

Gutachten zur Fortentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs in Schleswig-Holstein

Gutachten im Auftrag des Innenministeriums
des Landes Schleswig-Holstein

Daniel Schiller und Alexander Cordes

Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (NIW)

Juli 2013, Hannover

Ansprechpartner:

PD Dr. Daniel Schiller

Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (NIW)

Königstr. 53

30175 Hannover

www.niw.de

Tel.: 0511/12 33 16 - 38

Fax: 0511/12 33 16 - 55

E-Mail: schiller@niw.de

Inhalt

1	Problemstellung und Vorgehensweise	1
1.1	Problemstellung	1
1.2	Vorgehensweise	2
2	Struktur und Entwicklung der kommunalen Finanzen in Schleswig-Holstein	5
2.1	Datenaufbereitung und -auswertung	5
2.2	Aufteilung der Haushalte der kreisfreien Städte in Kreis- und Gemeindeaufgaben	7
2.3	Allgemeine Deckungsmittel	11
2.4	Aufgabenbezogene Zuschussbedarfe der Einzelpläne 0 bis 8	13
2.4.1	Verwaltungshaushalt	13
2.4.2	Vermögenshaushalt	17
3	Vergleich von verschiedenen Modellen der Teilmassenbildung	21
3.1	Hintergrund	21
3.2	Konstruktionsprinzipien	22
3.2.1	Grundbegriffe und Verbreitung der einzelnen Modelle	22
3.2.2	Berechnung der Massenaufteilung	24
3.2.3	Bewertung von Bedarfen auf der Basis von Ist-Zuschussbedarfen	28
3.2.4	Dynamik	29
3.3	Entscheidungskriterien	31
4	Abgrenzung und Bewertung übergemeindlicher Aufgaben im kommunalen Finanzausgleich	33
4.1	Abgrenzung potenziell finanzausgleichsrelevanter übergemeindlicher Aufgaben	33
4.2	Bewertung des übergemeindlichen Anteils an den übergemeindlichen Aufgaben	36
5	Prozentuale Aufteilung der Teilmassen	41
5.1	Relevante Größen für die Teilmassenbildung	41
5.2	Teilmassenbildung im Zwei-Ebenen-Modell	45
5.2.1	Prozentuales Aufteilungsverhältnis der Teilmassen	45
5.2.2	Vergleich mit dem FAG 2011	48
5.3	Teilmassenbildung im Drei-Säulen-Modell	49
5.3.1	Prozentuales Aufteilungsverhältnis der Teilmassen	49
5.3.2	Vergleich mit dem FAG 2011	51
5.4	Binnenaufteilung auf die zentralen Orte	52
6	Weiterführende Überlegungen zur Fortentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs in Schleswig-Holstein	59
6.1	Alternativen zum festen Aufteilungsverhältnis zwischen Kreisen und kreisfreien Städten	59
6.2	Berücksichtigung der unterschiedlichen Aufgabenbelastung bei den Gemeindeaufgaben	65
6.3	Regelgebundene Fortschreibung des Aufteilungsverhältnisses in der Zukunft	66
7	Fazit und Handlungsempfehlungen	69

Anhang	75
Literaturverzeichnis	126

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 3-1: Zwei-Ebenen-Modell	22
Abbildung 3-2: Mehr-Säulen-Modelle	23
Abbildung 6-1: Zusammenhang zwischen Personen in Bedarfsgemeinschaften und Zuschussbedarfen für Soziallasten	62

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 2-1: Aufteilung der Haushalte der kreisfreien Städte in Kreis- und Gemeindeebene nach Aufgabenbereichen	8
Tabelle 2-2: Ausgewählte Einnahme- und Ausgabearten im Einzelplan 9	12
Tabelle 2-3: Zuschussbedarfe im Verwaltungshaushalt in den Einzelplänen 0-8	14
Tabelle 2-4: Zuschussbedarfe im Vermögenshaushalt in den Einzelplänen 0-8	18
Tabelle 3-1: Säulen- und Ebenen-Modelle in den Bundesländern	24
Tabelle 4-1: Liste der potenziell finanzausgleichsrelevanten übergemeindlichen Aufgaben in Schleswig-Holstein	35
Tabelle 4-2: Zuschussbedarfe für übergemeindliche Aufgaben	38
Tabelle 4-3: Übergemeindlicher Anteil an den potenziell übergemeindlichen Aufgaben	39
Tabelle 5-1: Kreisumlage in Schleswig-Holstein, 2009 bis 2011	42
Tabelle 5-2: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	43
Tabelle 5-3: Datengrundlagen zur Berechnung der Massenaufteilung	44
Tabelle 5-4: Aufteilung der Teilmassen im Zwei-Ebenen-Modell	46
Tabelle 5-5: Veränderung der Einnahmesituation auf der Gemeinde- und Kreisebene	48
Tabelle 5-6: Aufteilung der Teilmassen im Drei-Säulen-Modell	50
Tabelle 5-7: Veränderung der Einnahmesituation nach kommunalen Gruppen	51
Tabelle 5-8: Zuschussbedarfe für übergemeindliche Aufgaben nach Aufgabenbereichen	54
Tabelle 5-9: Aufteilung zwischen den Oberzentren und den übrigen zentralen Orten	55
Tabelle 5-10: Anteile an den Zuweisungen für übergemeindliche Aufgaben nach zentralörtlicher Einstufung	56
Tabelle 5-11: Zuweisungen je zentralörtlicher Einstufung auf Basis der neuen Massenaufteilung im Vergleich zum FAG 2011 in Euro	57
Tabelle 6-1: Zuschussbedarfe für ausgewählte Soziallasten	61
Tabelle 6-2: Auswirkungen der Abschaffung der KdU-Umlage auf die Massenaufteilung	63
Tabelle 6-3: Gewicht des Soziallastenansatzes	65

Tabellen im Anhang

Tabelle A 1:	Ausgewählte Einnahme- und Ausgabearten im Einzelplan 9	76
Tabelle A 2:	Zuschussbedarfe im Verwaltungshaushalt in Euro je Einwohner nach ausgewählten regionalen Gliederungen, 2000-2011	84
Tabelle A 3:	Zuschussbedarfe im Vermögenshaushalt in Euro je Einwohner nach ausgewählten regionalen Gliederungen, 2000-2011	105

1 Problemstellung und Vorgehensweise

1.1 Problemstellung

2012 hat die schleswig-holsteinische Landesregierung damit begonnen, das komplexe System des kommunalen Finanzausgleichs in Schleswig-Holstein, welches sich über Jahrzehnte entwickelt hat, zu reformieren. Die übergeordnete Zielsetzung der Reform ist ein konsistenter Finanzausgleich ‚aus einem Guss‘. Der Zeitplan der Reform sieht vor, dass im Sommer 2013 ein Gesetzentwurf für das Finanzausgleichsgesetz (FAG) des Haushaltsjahres 2015 vorgelegt wird. Dieser Reformprozess wird seit Herbst 2012 in einem intensiven und offenen Dialog mit der kommunalen Ebene durchgeführt, an dem der mit Vertretern der kommunalen Landesverbände, des Finanzministeriums sowie – als Gäste – des Landesrechnungshofs besetzte Beirat für den kommunalen Finanzausgleich und die unterhalb des Beirats angesiedelte Arbeitsgruppe beteiligt sind. Die kommunale Familie ist dabei sowohl durch die Geschäftsstellen ihrer Verbände als auch durch kommunale Praktiker vertreten.

Die Reformschritte werden detailliert in der Landtagsdrucksache 18/477 vom 07. Februar 2013 dargestellt. Das Vorgehen ist dabei systematisch, d. h. zunächst wird die vertikale Dimension (Umfang der Finanzausgleichsmasse), dann die horizontale Dimension (Verteilung der Schlüsselzuweisungen) und schließlich die paternalistische Dimension (zweckgebundene Zuweisungen, Vorwegentnahmen) diskutiert.

Innerhalb des Beirats für den kommunalen Finanzausgleich hat man sich darauf geeinigt, für einen wichtigen Teilaspekt der horizontalen Dimension ein externes Gutachten zu vergeben: die Ermittlung einer sachgerechten prozentualen Aufteilung der als exogene Größe für Schlüsselzuweisungen zur Verfügung stehenden Mittel auf die verschiedenen Kommunalgruppen (Teilschlüsselmassen) einschließlich der Binnenaufteilung auf die zentralen Orte bei den Schlüsselzuweisungen für übergemeindliche Aufgaben. Der Auftrag zur Erstellung eines Gutachtens zu dieser Fragestellung wurde Ende März 2013 an das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (NIW) erteilt.

Die prozentuale Dotierung der Teilschlüsselmassen ist dabei am verfassungsmäßigen Auftrag des kommunalen Finanzausgleichs auszurichten. Laut Art. 49 Abs. 1 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein besteht dieser darin, die Leistungsfähigkeit der steuerschwachen Gemeinden und Gemeindeverbände zu sichern und eine unterschiedliche Belastung mit Ausgaben möglichst gut auszugleichen. Dabei sind die für die Aufgabenerfüllung erforderlichen Ausgaben zu berücksichtigen. Das Gutachten muss daher eine aufgabenorientierte Betrachtung der Ausgaben vornehmen und auch die Entwicklung der Aufgaben einbeziehen.

Im aktuellen FAG ist dabei vorgesehen, dass die Schlüsselmasse aufgabenbezogen in eine Teilmasse für Kreisaufgaben und eine Teilmasse für Gemeindeaufgaben sowie eine dritte Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben aufgeteilt wird. Schleswig-Holstein verfügt damit über ein sogenanntes Zwei-Ebenen-Modell, in dem die kreisfreien Städte sowohl Mittel aus der Masse für Kreis- als auch für Gemeindeaufgaben erhalten. Im Rahmen des Gutachtens soll neben diesem Verteilungssystem auch beurteilt werden, ob mit einer Gliederung der Teilschlüsselmassen nach Gruppen von Gebietskörperschaften (kreisfreie Städte, Kreise, kreisangehörige Gemeinden) eine sachgerechte und bedarfsorientierte Finanzausstattung der schleswig-holsteinischen Kommunen zielgenauer erreicht werden kann als mit der bisherigen Abgrenzung der Teilmassen. Ein solches Alternativmodell wird im Folgenden als Drei-Säulen-Modell (nach den drei Gruppen von Gebietskörperschaften) bezeichnet.

Die vorliegende Untersuchung bezieht sich ausdrücklich nicht auf die vertikale Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen (Bestimmung der Höhe der Mittel, die das Land den Kommunen im Rahmen des KFA insgesamt zur Verfügung stellt), die Entscheidung über die Art der Erstattung von Ausgaben in einzelnen Aufgabenbereichen (Zweckzuweisungen oder Schlüsselzuweisungen) und die horizontale Komponente der Bestimmung von Finanzkraft und Finanzbedarf für jede einzelne Kommune.

Die bestehenden Regelungen werden hierfür sofern relevant als gegeben angenommen, obwohl sich auch diese im Rahmen des Reformprozesses verändern können. Aufgrund von Wechselwirkungen mit anderen Aspekten des kommunalen Finanzausgleichs ist im Rahmen der Erstellung des Gesetzentwurfs zu prüfen, ob Veränderungen des FAG an anderer Stelle einen Einfluss auf die Ergebnisse des Gutachtens haben.

Die Methode der Teilmassenbildung und die Höhe ihrer Dotierungen sind zwar nur ein Teilaspekt im kommunalen Finanzausgleichssystem, sie sind jedoch für die Art und Intensität der Ausgleichswirkung von entscheidender Bedeutung. Die Methode der Teilmassenbildung legt fest, welche Gruppen von Gebietskörperschaften oder Aufgaben miteinander um Schlüsselzuweisungen konkurrieren. Aus dieser grundlegenden Entscheidung ergeben sich erhebliche Verteilungswirkungen, da z. B. die Bildung einer Teilmasse für kreisfreie Städte in Schleswig-Holstein die Anzahl der um diese Masse konkurrierenden Städte bereits vor der Bestimmung von Finanzbedarf und Finanzkraft stark reduzieren würde, während eine gemeinsame Schlüsselmasse Umverteilungen zwischen kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden bzw. Kreisen im Rahmen des Vergleichs von Finanzbedarf für Gemeinde- bzw. Kreisaufgaben und Finanzkraft ermöglicht.

Darüber hinaus wird durch die Dotierung der Teilmassen festgelegt, wie viele Mittel aus Schlüsselzuweisungen für eine Gruppe von Gebietskörperschaften oder Aufgaben insgesamt ausgereicht werden. Der Umfang, in dem hier Ausgaben der kommunalen Ebene anerkannt und bei der Massendotierung im Sinne einer angemessenen Finanzausstattung berücksichtigt werden, bestimmt in zentraler Weise das Verteilungsergebnis. Eine zu niedrig angesetzte Teilmasse wird auch bei noch so sachgerechter Bedarfsbestimmung keine hohe Ausgleichswirkung erzielen können.

Die Abgrenzung besonderer Teilmassen – in Schleswig-Holstein ist hier vor allem die Schlüsselmasse für übergemeindliche Aufgaben zu nennen – ersetzt zudem die Notwendigkeit eines Hauptansatzes für die Schlüsselmasse der Gemeindeaufgaben bei der Bedarfsbestimmung, da hier bereits bei der Teilmassenbildung und der Festlegung ihrer Binnenaufteilung die besonderen Bedarfe für zentralörtliche Aufgaben berücksichtigt werden können. In anderen Bundesländern dient diesem Zweck das abstrakte und daher streitanfällige Prinzip des Hauptansatzes (Hardt/Schiller 2006, Cordes et al. 2012a, Cordes/Hardt 2012), der mehr oder weniger häufig entsprechend überprüft wird bzw. zu überprüfen wäre.

Außerdem ergeben sich durch die Festlegung von Aufgaben, für die Zweckzuweisungen außerhalb der Schlüsselmasse gewährt werden und der Festlegung finanzkraftabhängiger und finanzkraftunabhängiger Zuweisungen, weitere Verteilungswirkungen. In Schleswig-Holstein wird nach geltendem Recht neben den Zweckzuweisungen auch die Schlüsselmasse für übergemeindliche Aufgaben finanzkraftunabhängig verteilt. Dies stellt ebenfalls eine Besonderheit zu anderen Bundesländern dar, in denen die höheren zentralörtlich bedingten Finanzbedarfe implizit durch einen Hauptansatz oder explizit durch Ansätze für Mittel- und Oberzentren in Abhängigkeit der finanziellen Leistungsfähigkeit ausgeglichen werden.

1.2 Vorgehensweise

Das vorliegende Gutachten gliedert sich im Anschluss an diese Einführung in sechs Kapitel.

Im zweiten Kapitel werden Struktur und Entwicklung der kommunalen Finanzen in Schleswig-Holstein überblicksartig beschrieben. Vor der Analyse der Daten werden Hinweise zur Aussagekraft der Datenbasis und der Datenaufbereitung gegeben. Dabei wird insbesondere auf die Probleme im Zuge der Umstellung vieler kommunaler Haushalte auf die doppische Buchführung eingegangen sowie die Aufteilung der Haushalte der kreisfreien Städte in Kreis- und Gemeindeaufgaben erläutert. Nach diesen

methodischen Vorbemerkungen werden die allgemeinen Deckungsmittel im Einzelplan 9 und die aufgabenbezogenen Zuschussbedarfe der Einzelpläne 0 bis 8 differenziert nach Aufgaben, Jahren, kommunalen Gruppen und Verwaltungs- und Vermögenshaushalten dargestellt. Diese Bestandsaufnahme der Finanzsituation der Kommunen in Schleswig-Holstein dient dazu, einen Überblick über die Unterschiede in der finanziellen Leistungskraft (allgemeine Deckungsmittel) und der Belastung durch bestimmte Aufgaben (Zuschussbedarfe) zu geben. Die Kenntnisse darüber sind für die Bewertung der Sachgerechtigkeit des später erarbeiteten Vorschlags für die Massenaufteilung von Bedeutung.

Das dritte Kapitel vergleicht mit dem Zwei-Ebenen- und dem Drei-Säulen-Modell zwei verschiedene Vorgehensweisen bei der Teilmassenbildung. Dabei werden die beiden verschiedenen Konstruktionsprinzipien ausführlich erläutert und anhand von Kriterien ein Vorschlag für die Teilmassenbildung in Schleswig-Holstein erarbeitet. Im Rahmen der folgenden Untersuchung werden jedoch Aufteilungsverhältnisse für beide Vorgehensweisen berechnet. Abschließend wird eine Bewertung abgegeben, welches Konstruktionsprinzip aus Sicht des Gutachters zu präferieren ist. Kapitel 3 widmet sich außerdem der Ableitung eines rechnerischen Vorgehens bei der Teilmassenbildung und diskutiert die Stärken und Schwächen einer Bestimmung des Finanzbedarfs anhand von Ist-Zuschussbedarfen, auf die das vorliegende Gutachten aufbaut.

Die Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben steht im Mittelpunkt des vierten Kapitels. Hier besteht zunächst die Notwendigkeit eine Liste mit potenziell finanzausgleichsrelevanten übergemeindlichen Aufgaben anhand von inhaltlich begründeten Kriterien herzuleiten. Auf Basis dieser Liste werden dann die Zuschussbedarfe in zentralen und nicht-zentralen Orten für diese Aufgaben ermittelt. Anhand der Differenz aus den Pro-Kopf-Zuschussbedarfen der beiden Gruppen kann abgeleitet werden, welcher Teil der Zuschussbedarfe der zentralen Orte übergemeindlichen Charakter besitzt. Aus dieser Berechnung wird das Gewicht der Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben bestimmt, das im folgenden Kapitel mit den übrigen Teilmassengewichten ins Verhältnis gesetzt wird.

Im fünften Kapitel wird schließlich die Aufteilung der Teilmassen nach dem bisher in Schleswig-Holstein bestehenden Zwei-Ebenen-Modell und alternativ nach einem Drei-Säulen-Modell berechnet. Dazu werden zunächst alle relevanten Teilgrößen zusammengetragen. Für einzelne Teilgrößen wie die Kreisumlage sowie die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach SGB XII, 4. Kapitel, deren Kosten ab 2014 komplett vom Bund erstattet werden, werden Nebenrechnungen vorgenommen. Die übrigen Werte entstammen den kommunalen Rechnungsergebnissen oder anderen amtlichen Statistiken. Nach der Vorstellung aller Teilwerte wird die Berechnung der prozentualen Aufteilungsverhältnisse im Zwei-Ebenen-Modell vorgenommen und das Verteilungsergebnis mit dem FAG 2011 verglichen. Daraufhin werden die gleichen Berechnungen für ein Drei-Säulen-Modell durchgeführt. Abschließend wird die Binnenaufteilung der Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben auf einzelne zentrale Orte abgeleitet. In diesem Kapitel werden dabei genau die Parameter berechnet, die auch bisher im FAG bestimmt wurden. Es werden keinerlei Vorschläge für weiterführende strukturelle Veränderungen gemacht.

Erst im sechsten Kapitel werden weiterführende Überlegungen zur Fortentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs in Schleswig-Holstein angestellt, die über die unmittelbare Bestimmung der prozentualen Aufteilungsverhältnisse hinausgehen. Dabei liegt ein besonderes Gewicht auf der Berücksichtigung der Soziallasten bei den Kreisaufgaben. Es wird diskutiert, inwiefern das bestehende feste Aufteilungsverhältnis zwischen Kreisen und kreisfreien Städten innerhalb der Teilmasse für Kreisaufgaben durch einen Soziallastenansatz ersetzt werden kann. Darüber hinaus wird auf Basis der Bestandsaufnahme in Kapitel 2 die Notwendigkeit von Nebenansätzen innerhalb der Teilmasse für Gemeindeaufgaben diskutiert. Abschließend werden Empfehlungen zur regelgebundenen Fortschreibung der Aufteilungsverhältnisse gegeben.

Das siebte Kapitel fasst die wesentlichen Ergebnisse des Gutachtens zusammen und stellt die sich aus den einzelnen Kapiteln ergebenden Handlungsempfehlungen in komprimierter Form dar.

2 Struktur und Entwicklung der kommunalen Finanzen in Schleswig-Holstein

2.1 Datenaufbereitung und -auswertung

Die Auswertungen im Rahmen des Gutachtens werden vor allem auf Basis der kommunalen Rechnungsstatistik durchgeführt. Sie bildet die einzige vergleichbare amtliche Datengrundlage, die einen nach Aufgaben differenzierenden Überblick über das kommunale Haushaltsgebaren ermöglicht. Die notwendigen Daten sind dem Auftragnehmer vom Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein am 12.04.2013 für die Jahre 2000 bis 2011 zur Verfügung gestellt worden. Aufgrund vielfältiger Gebietsstandsänderungen, i. d. R. durch Gemeindezusammenschlüsse, konnten allerdings nur die Jahre 2008 bis 2011 auf den aktuellen Gebietsstand umgerechnet werden, so dass nach einzelnen Kommunen differenzierende Untersuchungen nur für diesen Zeitraum möglich waren.

Dem Gutachter liegen die Daten aller Gebietskörperschaften (kreisfreie Städte, Kreise, amtsfreie Gemeinden, amtsangehörige Gemeinden) sowie der Ämter vor. Daten der einzelnen Zweckverbände wurden nicht angefordert und werden für die Untersuchung auch nicht benötigt, da ihre Finanzierung aus den Haushalten der oben genannten Gebietskörperschaften erfolgt und deren Ausgaben insofern berücksichtigt werden als sie auf der kommunalen Ebene die Zuschussbedarfe erhöhen. Eine Betrachtung der Zweckverbände würde daher lediglich wie eine Bilanzverlängerung wirken.

In den Haushaltsdaten der Gebietskörperschaften sind die Finanzbeziehungen mit den Zweckverbänden in den nachfolgend genannten Gruppierungen enthalten:

- Einnahmen von Zweckverbänden: GR 163, 173, 363,
- Ausgaben an Zweckverbände: GR 673, 713, 723, 833, 983.

Die Einnahmen und Ausgaben werden durch die Gebietskörperschaften aufgabenspezifisch nach der Gliederungssystematik verbucht. Es ist daher für die hier vorgenommenen Berechnungen unerheblich, ob eine Aufgabe durch die Gebietskörperschaft selbst oder durch einen Zweckverband erfüllt wird. Gliederungs- und Gruppierungssystematik sind zudem, auch über den langen Zeitraum betrachtet, im Wesentlichen unverändert geblieben.

Insgesamt sind durch die Finanzierung der Zweckverbände bei den Gebietskörperschaften Zuschussbedarfe von ca. 135 Millionen Euro bzw. 47,50 Euro je Einwohner und Jahr aufgelaufen. Diese sind vor allem auf den Einzelplan 2 (Schulen) mit ca. 25 Euro je Einwohner, den Einzelplan 7 (darunter insbesondere Abwasser, Abfall und ÖPNV) mit ca. 12 Euro je Einwohner, den Einzelplan 4 (insbesondere Kindertagesstätten) mit ca. 4 Euro je Einwohner und den Einzelplan 6 (insbesondere Gemeindestraßen) mit ca. 3 Euro je Einwohner konzentriert.

Die Haushaltsdaten (Rechnungsergebnisse) sind auch für die doppisch buchenden Kommunen durch das Statistikamt in die zuvor verwendeten kamerale Gliederungs- und Gruppierungssystematiken umgeschlüsselt worden. Dabei werden durch das Statistikamt regelmäßig aufwändige Plausibilitätsprüfungen durchgeführt, deren Verfahren und Ergebnisse dem Gutachter erläutert worden sind. Aufgrund der sich aus den Prüfungen des Statistikamtes ergebenden Korrekturen der kommunalen Datenmeldungen zur Verbesserung der Vergleichbarkeit weichen die verwendeten Daten zum Teil von den einzelnen kommunalen Meldungen ab. Darüber hinaus wurden durch den Auftragnehmer folgende Anpassungen an den Daten vorgenommen:

- 1) Vermögensbestände und Abschreibungen sind nach der Umschlüsselung doppischer Haushalte in die kamerale Logik nicht mehr darstellbar bzw. vergleichbar. Nicht-zahlungswirksame Leistungen werden aufgrund des Fehlens einer Bilanz des Vermögensbestands in der Kameralistik nicht abgebildet. Auch die kalkulatorischen Kosten und Einnahmen der Kameralistik (insbesondere Abschreibungen) sind nicht mehr mit den Werten doppisch buchender Kommunen vergleichbar. Daher

wurden die Rechnungsergebnisse um die Untergruppen 270, 275, 279 sowie 680, 685 und 689 bereinigt.

- 2) Einige Aufgabenbereiche werden bei der Umschlüsselung doppischer Haushalte in die kamerale Logik weniger differenziert dargestellt als bei kameral buchenden Kommunen. Die Ursache liegt vor allem darin, dass vierstellige Haushaltsabschnitte der Doppik aufgrund von Geheimhaltungsvorschriften nicht in der Statistik ausgewiesen werden. Auch wenn die Anwendung von Geheimhaltungsregeln für bestimmte amtlich erhobene Einzeldaten aufgrund des Schutzinteresses von nicht-öffentlichen Wirtschaftsakteuren (z. B. in der Steuer- oder der Beschäftigungsstatistik) gerechtfertigt sein mag, erscheint dieses Vorgehen dem Gutachter aufgrund des allgemeinen Interesses und der im Umgang mit öffentlichen Mitteln gebotenen Transparenz im Bereich der öffentlichen Haushalte nicht plausibel. Im Ergebnis führt dies dazu, dass wichtige Aufgabenbereiche wie die allgemeine Verwaltung oder die Sozialhilfe nach dem SGB XII nicht mehr differenziert nach Untergliederungen der Verwaltung oder verschiedenen Kapiteln des SGB XII ausgewertet werden können.

Aus diesem Grund wurden daher in den nachfolgenden Auswertungen zwecks konsistenter Zeitreihenvergleiche zusammenfassende Darstellungen für diese Aufgabenbereiche gewählt. Dies ist allerdings gerade im Bereich SGB XII aufgrund der Kostenübernahme des Bundes im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel, SGB XII) problematisch. Die für diese Aufgaben anfallenden Zuschussbedarfe werden daher später auf anderem Wege hergeleitet.

- 3) Einige Gruppierungen werden bei der Umschlüsselung doppischer Haushaltsdaten in die kamerale Logik nicht mehr dargestellt. Dabei handelt es sich z. B. um die Deckung von Sollfehlbeträgen der Vorjahre, die Zuführungen zum Vermögenshaushalt bzw. die Rückführungen zum Verwaltungshaushalt und die inneren Verrechnungen. Die ersten beiden Beispiele sind dabei aufgrund ihrer lediglich buchungstechnischen Zwecke für die Fragestellungen des Gutachtens von untergeordneter Bedeutung. Das Wegfallen der inneren Verrechnungen (Untergruppen 169 und 679) führt allerdings dazu, dass in den auf kamerale Logik umgeschlüsselten doppisch buchenden Kommunen die Ausgaben nicht mehr aufgabenbezogen angerechnet werden. So entfallen z. B. bei der Landeshauptstadt Kiel die Zuschussbedarfe für Schulen fast komplett, da diese vor allem aus einer inneren Verrechnung an die Bauverwaltung resultierten. Hier hatte man offensichtlich den Unterhalt der Schulgebäude zentral verbucht und den „Nutzern“ durch eine innere Verrechnung in einem zweiten Schritt zugeordnet. Es ist offensichtlich, dass ohne die inneren Verrechnungen die Haushaltsstrukturen nicht korrekt abgebildet werden können. Erschwerend kommt hinzu, dass das Instrument der inneren Verrechnungen von den Kommunen in unterschiedlichem Umfang und mit unterschiedlicher Systematik genutzt wurde, so dass keine nachträgliche Umschlüsselung möglich war.

Das geschilderte Problem wurde durch den Gutachter durch ein Fortschreibung der inneren Verrechnung aus der Vergangenheit genutzt. Durch eine Analyse der inneren Verrechnungen war aufgefallen, dass diese im Zeitverlauf weitestgehend stabil, in ihrer absoluten Höhe dabei sogar häufig innerhalb einer Kommune konstant sind. Daher wurde jeweils die letztmalig vor der Umstellung auf doppische Haushaltsführung angegebene innere Verrechnung herangezogen und auch für die Folgejahre angesetzt. Diese wurde dann für alle doppischen Haushaltsjahre der entsprechenden Kommune sowohl als Einnahme als auch als Ausgabe den Rechnungsergebnissen hinzugefügt. Damit bleibt die absolute Höhe der Zuschussbedarfe unverändert, die aufgabenspezifische Verteilung wird damit jedoch differenzierter.

Die folgende Auswertung der Daten erlaubt eine Betrachtung der kommunalen Haushalte aus verschiedenen Perspektiven. Zum einen werden die allgemeinen Deckungsmittel im Einzelplan 9 getrennt von den Zuschussbedarfen in den Einzelplänen 0 bis 8 untersucht. Der Zuschussbedarf berechnet sich dabei aus der Differenz von aufgabenbezogenen Ausgaben und Einnahmen. Diesem Vorgehen liegt

die Überlegung zugrunde, dass ein positiver aufgabenbezogener Zuschussbedarf die tatsächlichen Nettokosten der Aufgabenerfüllung widerspiegelt, die durch allgemeine Deckungsmittel (z. B. Steuereinnahmen, Schlüsselzuweisungen, Kreisumlage) gedeckt werden müssen. Alle aufgabenbezogenen Einnahmen inkl. zweckgebundener Zuweisungen des Landes im Finanzausgleich außerhalb der Schlüsselmasse werden in den entsprechenden Abschnitten und Unterabschnitten der Einzelpläne 0 bis 8 erfasst. Dabei gibt es in Schleswig-Holstein lediglich eine Ausnahme, die allerdings auch aus anderen Bundesländern bekannt ist: die Leistungen des Landes im Zusammenhang mit der Umsetzung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt. Sie werden im Einzelplan 9 unter der Untergruppe 092 verbucht, sind aber als Ausgleich für die Ausgaben im Bereich SGB II (Unterabschnitt 482) gedacht. Daher werden sie bei der Massenaufteilung (Kapitel 5), die sich an den Zuschussbedarfen der Einzelpläne 0 bis 8 orientiert, aufgrund ihres unmittelbaren Aufgabenbezugs von den Zuschussbedarfen abgezogen.

Bei der Analyse der Zuschussbedarfe wird zusätzlich zwischen den laufenden Kosten im Verwaltungshaushalt und der Investitionstätigkeit im Vermögenshaushalt unterschieden.

Aufgrund der starken jährlichen Schwankungen der Zuschussbedarfe (vor allem im investiven Bereich) und der allgemeinen Deckungsmittel (vor allem bei konjunkuranfälligen Einnahmen wie der Gewerbesteuer), wurden für die weiteren Berechnungen jeweils jahresdurchschnittliche Werte für den Zeitraum 2009 bis 2011 berechnet. Dieser Zeitraum wurde gewählt, um verschiedene Phasen des Konjunkturzyklus einzubeziehen und die starken Schwankungen auszugleichen. Während im Jahr 2009 durch die Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise im längeren Vergleich sehr niedrige Steuereinnahmen verzeichnet wurden, war das Jahr 2011 bereits wieder ein im langfristigen Vergleich steuerstarkes Jahr.

2.2 Aufteilung der Haushalte der kreisfreien Städte in Kreis- und Gemeindeaufgaben

Vor der Analyse der kommunalen Haushaltsstrukturen in Schleswig-Holstein ist ein weiterer Berechnungsschritt notwendig, um eine aufgabenbezogene Darstellung zu ermöglichen, die mit den Regelungen des aktuellen FAG im Einklang steht. Dies betrifft vor allem die Abgrenzung der Haushalte der kreisfreien Städte, die hier eine doppelte Funktion ausüben, indem aus ihnen gleichzeitig Gemeinde- und Kreisaufgaben finanziert werden. Die Bildung dieser beiden Aggregate ist daher nicht direkt aus den vorliegenden Daten der Jahresrechnungsstatistik möglich.

Insgesamt setzen sich die Kreisaufgaben aus den Zuschussbedarfen der Kreise sowie einem Teil der Zuschussbedarfe der kreisfreien Städte zusammen. Analog dazu werden Zuschussbedarfe für Gemeindeaufgaben einerseits aus den Zuschussbedarfen der kreisangehörigen Gemeinden und der Ämter sowie dem übrigen Teil der Zuschussbedarfe der kreisfreien Städte gebildet. Eine Voraussetzung für die Abgrenzung von Kreis- und Gemeindeaufgaben ist also eine Aufteilung der Haushalte der kreisfreien Städte.

Diese Aufteilung steht vor der Herausforderung, dass keine abschließende Zuordnung einzelner Aufgaben zur Kreis- oder Gemeindeebene existiert. Vielmehr ergibt sich die Aufgabenteilung zwischen den Kreisen und ihren Gemeinden meist aus praktischen, an den jeweiligen örtlichen Bedingungen orientierten Erwägungen bzw. ist das Verhältnis der Wahrnehmung einzelner Aufgaben z. T. auch historisch begründet und damit nicht ohne Ansicht des tatsächlichen Ausgabenverhaltens von außen zu bestimmen. Der Gutachter hat sich daher dazu entschieden, die Haushalte der kreisfreien Städte anhand der faktischen Aufgabenerfüllung im kreisangehörigen Raum aufzuteilen. Diese Methode wurde auch in früheren Gutachten des Auftragnehmers erfolgreich genutzt (u. a. Quellen: Hardt/Schmidt (1998), Niedersächsisches Landesamt für Statistik (2004), Hardt/Schiller (2006), Cordes et al. (2012a)).

Tabelle 2-1: Aufteilung der Haushalte der kreisfreien Städte in Kreis- und Gemeindeebene nach Aufgabenbereichen

Aufteilung der Zuschussbedarfe zwischen Kreis- und Gemeindeebene	Zuschussbedarf in Euro je Einwohner bzw. Aufteilung in % 2009-2011					
	Verwaltungshaushalt			Vermögenshaushalt		
	Kreise und Gemeinden	Anteil Kreise	Anteil Gemeinden	Kreise und Gemeinden	Anteil Kreise	Anteil Gemeinden
00 Gemeindeorgane	12,80	1,6%	98,4%	0,05	0,0%	100,0%
01 Rechnungsprüfung	0,46	23,5%	76,5%	0,00	0,0%	100,0%
02 Hauptverwaltung	121,26	35,5%	64,5%	4,35	48,5%	51,5%
03 Finanzverwaltung	15,71	1,2%	98,8%	-0,07	1,9%	98,1%
05 Bes. Dienststellen der allgemeinen Verwaltung	1,74	0,0%	100,0%	0,01	3,1%	96,9%
06 Einrichtungen für die gesamte Verwaltung	9,00	4,9%	95,1%	1,97	7,7%	92,3%
08 Einrichtungen für Verwaltungsangehörige	0,62	7,5%	92,5%	0,00	4,2%	95,8%
11 Öffentliche Ordnung	19,06	5,1%	94,9%	0,36	39,1%	60,9%
13 Brandschutz	19,95	16,6%	83,4%	13,56	0,0%	100,0%
14 Katastrophenschutz	1,53	82,9%	17,1%	0,56	93,0%	7,0%
16 Rettungsdienst	1,16	91,2%	8,8%	1,49	94,7%	5,3%
17 Seemannsamt	0,00	0,0%	100,0%	0,00	0,0%	100,0%
20 Schulverwaltung	10,24	1,0%	99,0%	-0,68	0,0%	100,0%
211 Grundschulen	29,73	0,0%	100,0%	11,00	0,0%	100,0%
213 Hauptschulen	1,94	1,0%	99,0%	0,53	15,8%	84,2%
215 Kombinierte Grund- u. Hauptschulen	11,05	0,6%	99,4%	2,69	2,6%	97,4%
221 Realschulen	4,80	0,0%	100,0%	1,92	1,0%	99,0%
225 Kombinierte Haupt- u. Realschulen	6,78	0,0%	100,0%	3,40	2,4%	97,6%
23 Gymnasien, Kollegs (oh. berufliche Gymnasien)	21,41	0,0%	100,0%	12,12	31,6%	68,4%
244 Berufsschulen u. dgl.	14,60	100,0%	0,0%	1,83	100,0%	0,0%
245 Fachschulen u. dgl.	1,47	100,0%	0,0%	0,04	100,0%	0,0%
246 Fachoberschulen u. dgl.	0,79	100,0%	0,0%	0,03	100,0%	0,0%
27 Sonderschulen (Förderschulen)	11,23	68,3%	31,7%	0,86	40,6%	59,4%
281 Gesamtschulen (integrierte u. kooperative)	23,85	0,0%	100,0%	11,77	4,7%	95,3%
285 Freie Waldorfschulen	0,65	0,0%	100,0%	0,00	0,0%	100,0%
290 Schülerbeförderung	21,27	75,9%	24,1%	0,01	53,9%	46,1%
293 Fördermaßnahmen für Schüler	0,55	77,1%	22,9%	0,00	0,0%	100,0%
295 Sonstige schulische Aufgaben	10,10	19,9%	80,1%	0,70	30,3%	69,7%
30 Verwaltung kultureller Angelegenheiten	0,51	2,8%	97,2%	0,01	0,0%	100,0%
31 Wissenschaft und Forschung	0,42	0,0%	100,0%	0,01	0,0%	100,0%
321 Nichtwiss. Museen, Sammlungen, Ausstellungen	3,24	41,0%	59,0%	0,44	5,1%	94,9%
323 Zoologische und Botanische Gärten	0,06	98,3%	1,7%	0,00	55,0%	45,0%
331 Theater	2,09	12,4%	87,6%	0,17	0,0%	100,0%
332 Musikpflege (ohne Musikschulen)	0,40	9,4%	90,6%	0,03	1,1%	98,9%
333 Musikschulen	1,44	44,4%	55,6%	0,03	86,8%	13,2%
34 Sonstige Kunstpflege	4,20	36,3%	63,7%	0,12	14,7%	85,3%
350 Volkshochschulen	2,76	9,9%	90,1%	0,21	8,9%	91,1%
352 Öffentliche Büchereien	6,78	13,3%	86,7%	0,58	0,3%	99,7%
355 Sonstige Volksbildung	0,47	53,9%	46,1%	0,10	72,7%	27,3%
360 Naturschutz und Landschaftspflege	4,11	67,3%	32,7%	0,23	76,4%	23,6%
365 Denkmalschutz und -pflege	0,62	56,7%	43,3%	0,05	20,8%	79,2%
400 Allgemeine Sozialverwaltung	5,31	7,6%	92,4%	0,03	34,3%	65,7%
405 Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (nach SGB II)	-0,10	100,0%	0,0%	0,01	0,0%	100,0%
407 Verwaltung der Jugendhilfe	0,34	53,0%	47,0%	0,00	0,0%	100,0%
409 Lastenausgleichsverwaltung	0,02	100,0%	0,0%	0,00	100,0%	0,0%
410 Hilfe zum Lebensunterhalt	70,95	96,3%	3,7%	0,03	90,4%	9,6%
411 Hilfe zur Pflege	0,11	98,5%	1,5%	0,00	100,0%	0,0%
412 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	0,31	99,9%	0,1%	0,00	100,0%	0,0%
413 Krankenhilfe; Hilfe bei Sterilisation; Hilfe zur Familienplanung (bis 2004) Hilfen zur Gesundheit (ab 2005)	0,17	100,0%	0,0%	0,00	84,2%	15,8%

Tabelle 2-1 (Fortsetzung)

Aufteilung der Zuschussbedarfe zwischen Kreis- und Gemeindeebene		Zuschussbedarf in Euro je Einwohner bzw. Aufteilung in % 2009-2011					
		Verwaltungshaushalt			Vermögenshaushalt		
		Kreise und Gemeinden	Anteil Kreise	Anteil Gemeinden	Kreise und Gemeinden	Anteil Kreise	Anteil Gemeinden
414	Sonstige Hilfe in besonderen Lebenslagen (bis 2004) Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und Hilfe in anderen Lebenslagen (seit 2005)	0,03	94,3%	5,7%	0,00	93,3%	6,7%
415	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII)	1,18	93,3%	6,7%	0,00	100,0%	0,0%
42	Durchführung d. Asylbewerberleistungsgesetzes	3,07	96,9%	3,1%	0,01	0,0%	100,0%
431	Soziale Einrichtungen für Ältere (ohne Pflegeeinrichtungen)	0,28	0,0%	100,0%	0,17	0,0%	100,0%
432	Soziale Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen	0,44	75,6%	24,4%	-0,11	100,0%	0,0%
433	Soziale Einrichtungen für Behinderte	0,00	0,0%	100,0%	0,00	0,0%	100,0%
435	Soziale Einrichtungen für Wohnungslose	0,52	0,0%	100,0%	0,11	0,0%	100,0%
436	Soziale Einrichtungen für Spätaussiedler und Ausländer	0,10	10,3%	89,7%	0,09	0,0%	100,0%
439	Andere soziale Einrichtungen	6,81	83,9%	16,1%	0,38	0,0%	100,0%
44	Kriegsopferfürsorge und ähnliche Maßnahmen	0,25	98,1%	1,9%	0,00	75,9%	24,1%
451	Jugendarbeit	4,85	50,4%	49,6%	0,08	58,5%	41,5%
452	Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	0,19	5,5%	94,5%	0,00	0,0%	100,0%
453	Förderung der Erziehung in der Familie	0,36	50,1%	49,9%	0,00	0,0%	100,0%
454	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	18,18	65,9%	34,1%	0,56	61,4%	38,6%
455	Hilfe zur Erziehung	2,31	75,9%	24,1%	0,00	23,5%	76,5%
456	Hilfen für junge Volljährige/Inobhutnahme	0,83	84,2%	15,8%	0,00	98,1%	1,9%
457	Adoptionsvermittlung, Amtspflegschaft und -vormundschaft, Gerichtshilfen	0,16	100,0%	0,0%	0,00	100,0%	0,0%
458	Sonstige Aufgaben	74,91	99,0%	1,0%	0,03	98,8%	1,2%
460	Einrichtungen der Jugendarbeit	11,11	4,3%	95,7%	1,89	28,9%	71,1%
461	Jugendwohnheime, Schülerheime, Wohnheime für Auszubildende	0,20	3,2%	96,8%	0,02	1,2%	98,8%
462	Einrichtungen der Familienförderung	0,01	0,0%	100,0%	0,00	0,0%	100,0%
464	Tageseinrichtungen für Kinder	86,38	13,7%	86,3%	11,48	2,3%	97,7%
465	Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen	0,26	25,2%	74,8%	0,00	31,9%	68,1%
466	Einrichtungen für Hilfe zur Erziehung und Hilfe für junge Volljährige sowie für Inobhutnahme	0,00	100,0%	0,0%	0,00	100,0%	0,0%
468	Sonstige Einrichtungen	3,93	82,6%	17,4%	0,14	23,9%	76,1%
47	Förderung anderer Träger der Wohlfahrtspflege	3,42	29,3%	70,7%	-0,03	0,0%	100,0%
482	Grundsicherung f. Arbeitsuchende (nach SGB II)	105,23	83,5%	16,5%	0,00	83,6%	16,4%
486	Vollzug des Betreuungsgesetzes	1,23	100,0%	0,0%	0,00	100,0%	0,0%
49	Sonstige soziale Angelegenheiten	4,42	78,7%	21,3%	0,00	1,5%	98,5%
50	Gesundheitsverwaltung	0,43	93,3%	6,7%	0,00	100,0%	0,0%
51	Krankenhäuser	11,75	99,9%	0,1%	2,83	99,7%	0,3%
54	Sonst. Einr. und Maßn. der Gesundheitspflege	10,60	94,5%	5,5%	0,19	17,5%	82,5%
55	Förderung des Sports	9,99	13,9%	86,1%	1,43	21,7%	78,3%
56	Eigene Sportstätten	10,05	0,0%	100,0%	8,65	0,0%	100,0%
57	Öffentliche Bäder	3,54	0,0%	100,0%	1,77	0,0%	100,0%
58	Park- und Gartenanlagen	14,17	1,9%	98,1%	1,60	0,0%	100,0%
59	Sonstige Erholungseinrichtungen	0,57	0,1%	99,9%	0,08	0,0%	100,0%
60	Bauverwaltung	13,88	1,9%	98,1%	0,68	0,0%	100,0%
61	Städteplanung, Vermessung, Bauordnung	12,61	32,2%	67,8%	4,91	7,4%	92,6%
62	Wohnungsbauförderung	0,00	0,0%	100,0%	-2,61	23,1%	76,9%
63	Gemeindestraßen	53,51	0,2%	99,8%	22,82	0,0%	100,0%
65	Kreisstraßen	4,74	95,1%	4,9%	4,61	93,6%	6,4%

Tabelle 2-1 (Fortsetzung)

Aufteilung der Zuschussbedarfe zwischen Kreis- und Gemeindeebene		Zuschussbedarf in Euro je Einwohner bzw. Aufteilung in % 2009-2011					
		Verwaltungshaushalt			Vermögenshaushalt		
		Kreise und Gemeinden	Anteil Kreise	Anteil Gemeinden	Kreise und Gemeinden	Anteil Kreise	Anteil Gemeinden
660	Bundesstraßen	0,40	0,0%	100,0%	0,73	0,0%	100,0%
665	Landesstraßen	0,51	0,0%	100,0%	1,39	20,0%	80,0%
670	Straßenbeleuchtung	7,32	0,0%	100,0%	0,98	0,0%	100,0%
675	Straßenreinigung	4,41	0,0%	100,0%	0,16	0,0%	100,0%
68	Parkeinrichtungen	-1,95	0,0%	100,0%	0,14	5,1%	94,9%
69	Wasserläufe, Wasserbau	2,40	45,5%	54,5%	1,42	0,0%	100,0%
70	Abwasserbeseitigung	-18,81	0,0%	100,0%	14,66	0,0%	100,0%
72	Abfallbeseitigung	-0,10	100,0%	0,0%	0,94	100,0%	0,0%
73	Märkte	0,25	0,0%	100,0%	0,08	0,0%	100,0%
75	Bestattungswesen	0,53	0,2%	99,8%	0,29	0,0%	100,0%
76	Sonstige öffentliche Einrichtungen	1,23	0,0%	100,0%	1,47	0,0%	100,0%
77	Hilfsbetriebe der Verwaltung	4,63	0,0%	100,0%	3,25	0,0%	100,0%
78	Förderung der Land- und Forstwirtschaft	1,46	3,6%	96,4%	-0,62	3,8%	96,2%
79	Fremdenv., sonst. Förd. v. Wirtsch. und Verkehr	5,30	57,7%	42,3%	0,37	0,0%	100,0%
790	Fremdenverkehr	3,20	15,1%	84,9%	0,59	3,0%	97,0%
791	Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr	2,55	28,0%	72,0%	0,50	0,0%	100,0%
792	Förderung des Nahverkehrs (ÖPNV)	5,89	89,6%	10,4%	0,12	0,0%	100,0%
80	Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen	0,00	0,0%	100,0%	0,00	0,0%	100,0%
810	Elektrizitätsversorgung	-22,16	2,3%	97,7%	3,27	0,0%	100,0%
817	Kombinierte Versorgungsunternehmen	-9,32	0,0%	100,0%	1,40	0,0%	100,0%
82	Verkehrsunternehmen	0,56	1,8%	98,2%	0,06	0,0%	100,0%
83	Komb. Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	-12,93	12,6%	87,4%	1,16	0,0%	100,0%
84	Unternehmen der Wirtschaftsförderung	0,21	0,0%	100,0%	0,78	7,4%	92,6%
85	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	0,21	0,0%	100,0%	0,03	0,0%	100,0%
86	Kur- und Badebetriebe	5,75	0,0%	100,0%	0,41	0,0%	100,0%
87	Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	12,27	1,7%	98,3%	4,43	1,6%	98,4%
88	Allgemeines Grundvermögen	-3,76	0,6%	99,4%	-4,41	0,0%	100,0%
89	Allgemeines Sondervermögen	0,02	0,0%	100,0%	0,27	0,0%	100,0%

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Zur Berechnung des Aufteilungsverhältnisses für die Haushalte der kreisfreien Städte wurde zunächst der Anteil der Aggregate kreisangehörige Gemeinden (inkl. Ämter) und Kreise an den gesamten Zuschussbedarfen im kreisangehörigen Raum berechnet (Tabelle 2-1). Diese Anteile wurden in einem zweiten Schritt auf die Zuschussbedarfe der kreisfreien Städte angewandt. Dabei wurden die Berechnungen auf Ebene der Abschnitte und Unterabschnitte jeweils mit dem größtmöglichen Grad an Differenzierung nach Aufgaben durchgeführt, der anhand der Rechnungsergebnisse möglich war. Nur im Rahmen von offensichtlichen Austauschbeziehungen zwischen einzelnen Gliederungen im Zeitablauf innerhalb der aufgeteilten Haushalte der kreisfreien Städte wurden diese zu Abschnitten bzw. Einzelplänen zusammengefasst. Für die Berechnung der Aufteilungsverhältnisse eines Jahres wurde ein gleitender Drei-Jahres-Durchschnitt genutzt, d. h. die Zuschussbedarfe der kreisfreien Städte des Jahres 2009 wurden anhand des Aufteilungsverhältnisses der Zuschussbedarfe im kreisangehörigen Raum im Jahresdurchschnitt 2008 bis 2010 aufgeteilt. Entsprechend wurden die Haushalte der kreisfreien Städte der Jahre 2010 und 2011 auf Basis des Durchschnitts im kreisangehörigen Raum der Jahre 2009 bis 2011 aufgeteilt.

In den Abbildungen der beiden folgenden Kapitel werden unter Nutzung der aufgeteilten Haushalte der kreisfreien Städte jeweils Aggregate gebildet, die entweder in einem Zwei-Ebenen- oder einem

Drei-Säulen-Modell relevant wären. Es handelt sich dabei um die Gegenüberstellung von Kreis- und Gemeindeaufgaben differenziert nach Kreisen und kreisfreien Städten bzw. Gemeinden und kreisfreien Städten für das Zwei-Ebenen-Modell sowie der Ausweisung der Zuschussbedarfe in kreisfreien Städten insgesamt und im kreisangehörigen Raum (Gemeinden und Kreise) für das Drei-Säulen-Modell.

2.3 Allgemeine Deckungsmittel

Vor der Analyse der aufgabenbezogenen Zuschussbedarfe werden in diesem Kapitel die allgemeinen Deckungsmittel der verschiedenen kommunalen Gruppen hinsichtlich ihrer Finanzierungsmöglichkeiten miteinander verglichen. Hierbei stehen die allgemeinen Deckungsmittel als wichtigste Determinante für die aufgabenbezogenen Zuschussbedarfe in den Einzelplänen 0 bis 8 im Vordergrund.¹ Die Analyse in Tabelle 2-2 bezieht sich auf den Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2011. Detaillierte Ergebnisse für die einzelnen Jahre im Zeitraum von 2000 bis 2011 finden sich im Anhang (Tabelle A 2 und Tabelle A 3).

Die allgemeinen Deckungsmittel brutto setzen sich zusammen aus den in Tabelle 2-2 dargestellten Größen. Diese umfassen für die Gemeinden und kreisfreien Städte vor allem die Steuereinnahmen, die Schlüsselzuweisungen und weitere Zuweisungen vom Land. Für die Kreise bestehen sie zum überwiegenden Teil aus Kreisumlage und Schlüsselzuweisungen. Von den allgemeinen Deckungsmitteln brutto werden zur Berechnung der allgemeinen Deckungsmittel netto noch die Netto-Zinsausgaben abgezogen, da auch diese nicht mehr zur Finanzierung der Zuschussbedarfe in den Einzelplänen 0 bis 8 zur Verfügung stehen. Nachrichtlich werden noch die Nettokreditaufnahme und die Summe der Einnahmen, Ausgaben und Zuschussbedarfe der Einzelpläne 0 bis 8 insgesamt ausgewiesen.

Für Schleswig-Holstein insgesamt wird deutlich, dass die Schlüsselzuweisungen in etwa ein Viertel der allgemeinen Deckungsmittel der kommunalen Ebene ausmachen. Sie werden in Ihrer Bedeutung lediglich vom gemeindlichen Anteil an der Einkommensteuer und der Kreisumlage übertroffen. In den kreisfreien Städten machen die Schlüsselzuweisungen sogar ein Drittel der allgemeinen Deckungsmittel aus. Dies macht deutlich, welche Bedeutung eine sachgerechte Verteilung dieser Mittel für die Kommunen besitzt.

Die kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein sind verglichen mit dem kreisangehörigen Raum des Landes relativ steuerschwach. Im Vergleich mit dem kreisangehörigen Raum verfügen die kreisfreien Städte nur über einen etwas höheren Pro-Kopf-Betrag an allgemeinen Deckungsmitteln. Es fällt allerdings auf, dass die Steuereinnahmen der kreisfreien Städte kaum über denen der kreisangehörigen Gemeinden liegen. Dies ist verglichen mit anderen Bundesländern (Hardt/Schiller 2006, Hardt/Schiller 2007, Hardt/Schiller 2010, Cordes et al. 2012a) durchaus als Besonderheit Schleswig-Holsteins hervorzuheben. Die Mehreinnahmen der kreisfreien Städte aus der Gewerbesteuer aufgrund der höheren Arbeitsplatzdichte werden vollständig durch ihre niedrigeren Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ausgeglichen, so dass die Differenz zwischen kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden fast ausschließlich auf höhere Einnahmen der kreisfreien Städte aus der Grundsteuer B zurückzuführen ist. Aufgrund der Schlüsselzuweisungen entsteht in der Summe immerhin eine Differenz von 230 Euro je Einwohner bei den allgemeinen Deckungsmitteln netto. Einschränkend wirkt sich bei den kreisfreien Städten allerdings die Zinsbelastung aus, die knapp 6 % der allgemeinen Deckungsmittel brutto bindet.

¹ Finanzierungsformen außerhalb der allgemeinen Deckungsmittel, insbesondere Kassenkredite, bleiben aufgrund der Prämisse ausgeglichener Haushalte an dieser Stelle unberücksichtigt.

Tabelle 2-2: Ausgewählte Einnahme- und Ausgabearten im Einzelplan 9

Ausgewählte Einnahme- und Ausgabearten im Einzelplan 9 in Euro je Einwohner, 2009-2011	Schleswig-Holstein insg.	kreisfreie Städte	Kreisangehöriger Raum	Kreise	Kreisangehörige Gemeinden
Grundsteuer A	7,03	0,58	8,82	0,00	8,82
Grundsteuer B	121,50	149,27	113,82	0,00	113,82
Gewerbesteuer netto	265,45	302,02	255,32	0,00	255,32
Anteil Einkommensteuer	308,29	265,32	320,19	0,00	320,19
Anteil Umsatzsteuer	32,43	51,23	27,22	0,00	27,22
Sonstige Steuereinnahmen	18,60	13,38	20,04	0,39	19,65
Steuereinnahmen gesamt	753,30	781,79	745,41	0,39	745,02
Schlüsselzuweisungen vom Land	296,69	435,77	258,20	116,35	141,85
Fehlbetragszuweisungen vom Land	15,97	22,76	14,09	7,52	6,57
Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land	35,80	70,57	26,18	0,62	25,56
Familienleistungsausgleich	34,31	29,86	35,54	0,00	35,54
Leistungen für moderne DL am Arbeitsmarkt	15,51	32,45	10,82	10,69	0,12
Zuweisungen vom Land im Verwaltungshaushalt	398,28	591,41	344,83	135,19	209,64
Kreis- und Amtsumlage (Einnahme)	311,75	0,00	398,04	317,51	80,53
Kreis- und Amtsumlage (Ausgabe)	311,58	0,00	397,81	0,00	397,81
Zuweisungen/Umlagen von bzw. an Gem./Gv.	0,17	0,00	0,22	317,51	-317,29
Allg. Deckungsmittel brutto (VWH)	1.151,75	1.373,20	1.090,46	453,09	637,37
Zinsausgaben (netto)	38,27	80,13	26,69	8,05	18,64
Zinsausgaben	45,65	82,86	35,35	9,96	25,39
(-) Zinseinnahmen	7,37	2,73	8,66	1,91	6,75
Allg. Deckungsmittel netto (VWH)	1.113,48	1.293,07	1.063,77	445,04	618,73
<i>nachrichtlich:</i>					
Nettokreditaufnahme	35,98	21,45	40,00	-4,19	44,19
Kredit-Einnahmen	163,77	290,63	128,66	19,22	109,44
Kredit-Tilgung	127,79	269,18	88,66	23,42	65,25
EP 0-8:					
Einnahmen VWH	1.005,39	1.179,07	957,32	579,55	377,77
Ausgaben VWH	2.034,82	2.536,14	1.896,07	1.003,55	892,52
Zuschussbedarf VWH	1.029,43	1.357,07	938,75	424,01	514,74
Einnahmen VMH	149,19	148,81	149,30	29,75	119,55
Ausgaben VMH	306,08	264,69	317,54	49,60	267,94
Zuschussbedarf VMH	156,89	115,88	168,24	19,86	148,38

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Ein Blick auf die Höhe der Zuschussbedarfe zeigt bereits, dass hier die Differenz zwischen kreisfreien Städten und kreisangehörigem Raum deutlich größer ist als bei den allgemeinen Deckungsmitteln. Bei den allgemeinen Deckungsmitteln erreichen die kreisfreien Städte 122 % des kreisangehörigen Raums, bei den Zuschussbedarfen 133 %. Diese beiden Relationen machen bereits deutlich, dass es den kreisfreien Städten deutlich schwerer fallen dürfte, ausgeglichene Haushalte vorzulegen als den Kommunen des kreisangehörigen Raums.

Der kommunale Finanzausgleich trägt diesem Missverhältnis bereits heute Rechnung. Er sorgt dafür, dass die kreisfreien Städte 1,69-mal so viele Mittel je Einwohner erhalten wie der kreisangehörige Raum. Aufgrund der zusätzlichen 180 Euro je Einwohner an Schlüsselzuweisungen (435,77 im Vergleich zu 258,20 Euro je Einwohner) verringert sich die Differenz zwischen beiden Gruppen bei den

allgemeinen Deckungsmitteln netto auf etwa 150 Euro je Einwohner. Allerdings beträgt die Differenz zwischen den Gruppen bei den Zuschussbedarfen etwa 365 Euro je Einwohner, woraus deutlich wird, dass für die kreisfreien Städte die Schlüsselzuweisungen des Landes von besonders großer Bedeutung sind.

Eine vergleichende Betrachtung innerhalb des kreisangehörigen Raums zeigt, dass die allgemeinen Deckungsmittel der Kreise, die sich ganz überwiegend aus der Kreisumlage speisen, fast exakt genauso hoch sind wie die Zuschussbedarfe. Die Kreise sind im Zeitraum 2009 bis 2011 auch die einzige Gruppe von Gebietskörperschaften, die ihren Kreditbestand verringern konnten. Die allgemeinen Deckungsmittel netto der kreisangehörigen Gemeinden liegen wie die der kreisfreien Städte unter den Zuschussbedarfen, allerdings ist die Differenz mit etwa 45 Euro je Einwohner in den kreisangehörigen Gemeinden deutlich geringer. Diese Lücke entspricht ungefähr der neu aufgenommenen fundierten Schuld der kreisangehörigen Gemeinden. Diese Daten legen nahe, dass die Finanzsituation innerhalb des kreisangehörigen Raums bei den Kreisen etwas günstiger ausfällt als bei den kreisangehörigen Gemeinden. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass die Kreise in ihrer Finanzierung fast vollständig auf die anderen Ebenen angewiesen sind, da sie ihre Einnahmen aus den Schlüsselzuweisungen des Landes und der Kreisumlage, die auf gemeindlichen Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen erhoben wird, erzielen.

2.4 Aufgabenbezogene Zuschussbedarfe der Einzelpläne 0 bis 8

In diesem Kapitel wird untersucht, für welche Fachaufgaben die schleswig-holsteinischen Kommunen die im vorangegangenen Kapitel beschriebenen allgemeinen Deckungsmittel verwenden. Dabei wird zwischen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt unterschieden. In der Darstellung werden kleinere Abschnitte und Unterabschnitte aus Gründen der Lesbarkeit zusammengefasst. Die Tabelle 2-3 sowie die Tabelle 2-4 zeigen dabei wiederum den Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2011. In Tabelle A 2 und Tabelle A 3) werden zusätzlich die jahresweisen Ergebnisse für den Zeitraum 2000 bis 2011 dargestellt.

Die Zuschussbedarfe werden für die Aggregate Kreis- und Gemeindeaufgaben dargestellt, die sich aus den Zuschussbedarfen der Kreise und des Kreisanteils der kreisfreien Städte bzw. den kreisangehörigen Gemeinden und dem Gemeindeanteil der kreisfreien Städte zusammensetzen. Zusätzlich werden die Zuschussbedarfe der kreisfreien Städte denen des kreisangehörigen Raums gegenübergestellt. Die Aggregate sind so gewählt, dass sie im weiteren Verlauf des Gutachtens sowohl für die Aufteilung der Schlüsselzuweisungen nach einem Zwei-Ebenen-Modell (Kreis- und Gemeindeaufgaben) als auch nach einem Drei-Säulen Modell (kreisfreie Städte, Kreise, kreisangehörige Gemeinden) genutzt werden können.

2.4.1 Verwaltungshaushalt

Die Differenzierung zwischen Kreis- und Gemeindeaufgaben zeigt, dass die Zuschussbedarfe für Gemeindeaufgaben mit etwa 540 Euro je Einwohner insgesamt höher sind als die für Kreisaufgaben mit knapp 490 Euro je Einwohner (Tabelle 2-3). Die Zuschussbedarfe für Kreisaufgaben ergeben sich zu 70 % aus Aufgaben der sozialen Sicherung (Einzelplan 4), darunter vor allem aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II), der Sozialhilfe nach dem SGB XII und der Jugendhilfe nach dem KJHG. Außer den Schulen (Einzelplan 2) und der allgemeinen Verwaltung (Einzelplan 0) mit einem jeweils etwa 9 %-igen Anteil sind alle anderen Aufgabenbereiche auf der Kreisebene von untergeordneter Bedeutung.

Tabelle 2-3: Zuschussbedarfe im Verwaltungshaushalt in den Einzelplänen 0-8

Zuschussbedarfe im Verwaltungshaushalt in Euro je Einwohner, 2009-2011	Kreisaufgaben			Gemeindeaufgaben			kreisfreie Städte	kreisangehöriger Raum
	insg.	kreisfreie Städte	Kreise	insg.	kreisfreie Städte	kreisangehörige Gemeinden		
Einzelplan 0-8	489,15	724,54	424,01	540,30	632,53	514,77	1.357,07	938,78
0 Allgemeine Verwaltung	42,10	35,23	44,00	108,11	73,88	117,59	109,11	161,59
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	8,16	13,79	6,61	44,24	77,24	35,10	91,03	41,71
11 Öffentliche Ordnung	1,19	1,98	0,97	20,30	28,26	18,09	30,24	19,06
13 Brandschutz	4,64	9,47	3,30	23,38	47,69	16,65	57,16	19,95
Übrige Aufgaben im Einzelplan 1 (10, 14, 16, 17)	2,34	2,34	2,33	0,56	1,29	0,36	3,63	2,70
2 Schulen	45,78	56,94	42,69	126,11	119,98	127,81	176,92	170,50
20 Schulverwaltung	0,09	0,04	0,10	8,16	0,98	10,14	1,02	10,24
21 Grund- und Hauptschulen	0,08	0,07	0,09	43,11	44,70	42,67	44,77	42,76
22 Realschulen (inkl. komb. Haupt- und R.schulen)	-0,06		-0,08	12,34	14,81	11,66	14,81	11,58
23 Gymnasien, Kollegs (oh. berufliche Gymnasien)	-0,38		-0,48	22,36	24,02	21,90	24,02	21,41
24 Berufsschulen, Fach(ober-)schulen	22,04	40,76	16,85	0,00	0,00	0,00	40,76	16,85
27 Sonderschulen (Förderschulen)	8,23	10,27	7,67	3,85	4,92	3,56	15,19	11,23
28 Gesamtschulen	-0,02		-0,02	23,68	20,63	24,52	20,63	24,50
290 Schülerbeförderung	13,30	3,05	16,14	4,23	0,96	5,14	4,00	21,27
Übrige schulische Aufgaben (292, 293, 295)	2,50	2,75	2,43	8,38	8,94	8,22	11,69	10,65
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	10,01	15,80	8,41	28,37	63,08	18,76	78,87	27,18
30 Verwaltung kultureller Angelegenheiten	0,04	0,13	0,01	0,50	0,49	0,50	0,62	0,51
31 Wissenschaft und Forschung				1,74	6,52	0,42	6,52	0,42
32 Museen, Sammlungen Ausstellungen	1,46	1,71	1,39	2,05	2,56	1,91	4,28	3,30
33 Theater, Konzerte, Musikpflege, Kunstpflege (34)	3,67	8,02	2,46	12,49	37,14	5,67	45,16	8,14
35 Volksbildung (350, 352, 355)	1,60	2,23	1,43	9,75	13,97	8,58	16,20	10,01
Übrige Kulturpflege (360, 365, 366, 37)	3,25	3,70	3,12	1,83	2,39	1,68	6,09	4,80
4 Soziale Sicherung	342,57	566,87	280,50	149,91	231,72	127,27	798,58	407,77
40 Verwaltungen der Sozialen Sicherung	3,00	11,99	0,51	6,42	11,31	5,07	23,29	5,57
41 Sozialhilfe nach SGB XII (ab 2005)	89,24	158,52	70,06	5,03	13,56	2,67	172,08	72,74
43 Soziale Einrichtungen (oh. Einr. der Jugendhilfe)	6,34	7,37	6,05	2,13	2,27	2,10	9,64	8,15
45 Jugendhilfe nach dem KJHG (oh. Kitas)	90,95	132,63	79,41	5,76	11,46	4,18	144,09	83,59
46 Einrichtung der Jugendhilfe (oh. Kitas)	3,12	0,68	3,79	13,20	18,58	11,72	19,26	15,50
Tageseinrichtungen für Kinder (464 + 454)	27,46	40,67	23,81	90,75	126,90	80,75	167,57	104,56
482 Grundsicherung f. Arbeitsuchende (SGB II), inkl. 485	111,59	197,17	87,90	21,98	38,76	17,33	235,93	105,23
übrige soziale Angelegenh. (42, 44, 47, 486, 487, 49)	10,89	17,84	8,96	4,63	8,88	3,46	26,73	12,42
5 Gesundheit, Sport, Erholung	24,22	25,67	23,82	41,03	54,56	37,28	80,24	61,11
50 Gesundheitsverwaltung	1,30	4,52	0,41	0,06	0,19	0,03	4,71	0,43
51 Krankenhäuser	11,22	9,38	11,73	0,01	0,01	0,01	9,39	11,75
54 Sonst. Einr. und Maßn. der Gesundheitspflege	10,12	10,49	10,02	0,61	0,69	0,59	11,19	10,60

Tabelle 2-3 (Fortsetzung)

Zuschussbedarfe im Verwaltungshaushalt in Euro je Einwohner, 2009-2011	Kreisaufgaben			Gemeindeaufgaben			kreisfreie Städte	kreisangehöriger Raum
	insg.	kreisfreie Städte	Kreise	insg.	kreisfreie Städte	kreisangehörige Gemeinden		
55 Förderung des Sports	1,27	0,81	1,39	7,82	5,00	8,60	5,81	9,99
56 Eigene Sportstätten				12,22	20,08	10,05	20,08	10,05
57 Öffentliche Bäder				3,84	4,96	3,54	4,96	3,54
58 Park- und Gartenanlagen	0,32	0,47	0,27	16,03	23,75	13,89	24,23	14,17
59 Sonstige Erholungseinrichtungen	0,00	0,00	0,00	0,42	-0,12	0,57	-0,12	0,57
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	10,28	11,18	10,03	82,91	65,23	87,80	76,42	97,84
60 Bauverwaltung	0,24	0,13	0,27	11,06	1,84	13,61	1,96	13,88
61 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung	4,84	7,65	4,07	10,19	16,10	8,55	23,75	12,61
62 Wohnungsbauförderung	-0,02	0,00	-0,03	0,00	-0,10	0,03	-0,10	0,00
63 Gemeindestraßen	0,12	0,08	0,13	50,15	38,44	53,38	38,52	53,51
65 Kreisstraßen	5,30	8,15	4,51	0,27	0,44	0,23	8,59	4,74
660 Bundesstraßen				1,00	3,17	0,40	3,17	0,40
665 Landesstraßen				1,45	4,83	0,51	4,83	0,51
670 Straßenbeleuchtung				6,02	1,32	7,32	1,32	7,32
675 Straßenreinigung				4,97	6,98	4,41	6,98	4,41
68 Parkeinrichtungen				-1,99	-2,15	-1,95	-2,15	-1,95
69 Wasserläufe, Wasserbau	-0,19	-4,82	1,09	-0,20	-5,63	1,31	-10,45	2,40
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	8,74	4,60	9,88	-10,15	-33,29	-3,75	-28,69	6,13
70 Abwasserbeseitigung	0,05		0,06	-23,66	-40,93	-18,87	-40,93	-18,81
72 Abfallbeseitigung	0,37	0,87	0,23	-0,25		-0,32	0,87	-0,10
77 Hilfsbetriebe der Verwaltung				3,62		4,63		4,63
übrige öffentl. Einrichtungen (73, 74, 75, 76, 78)	0,04	0,01	0,05	3,29	2,85	3,41	2,86	3,47
79 Fremdenv., sonst. Förd. v. Wirt. und Verkehr	8,28	3,72	9,54	6,84	4,79	7,41	8,51	16,95
8 Wirtschaftl. Unt., allg. Grund- und Sonderverm.	-2,72	-5,54	-1,94	-30,23	-19,87	-33,09	-25,41	-35,03
80 Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen				0,00		0,00		0,00
810 Elektrizitätsversorgung	-0,44	-0,17	-0,51	-18,46	-6,92	-21,65	-7,10	-22,16
813 Gasversorgung				-2,15		-2,74		-2,74
815 Wasserversorgung				-2,13		-2,72		-2,72
816 Fernwärmeversorgung				-0,33		-0,42		-0,42
817 Kombinierte Versorgungsunternehmen				-6,49	3,73	-9,32	3,73	-9,32
82 Verkehrsunternehmen	0,00	-0,02	0,01	0,16	-1,26	0,55	-1,28	0,56
83 Komb. Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	-2,46	-5,49	-1,63	-16,70	-36,19	-11,31	-41,67	-12,93
84 Unternehmen der Wirtschaftsförderung				0,23	0,31	0,21	0,31	0,21
85 Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	0,00	0,01	0,00	0,32	0,70	0,21	0,72	0,21
86 Kur- und Badebetriebe				4,78	1,28	5,75	1,28	5,75
87 Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	0,20	0,17	0,21	12,69	14,98	12,06	15,15	12,27
88 Allgemeines Grundvermögen	-0,03	-0,04	-0,02	-3,37	-2,03	-3,74	-2,07	-3,76
89 Allgemeines Sondervermögen				1,21	5,52	0,02	5,52	0,02

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Die Gemeindeaufgaben sind weniger stark auf einzelne Aufgaben konzentriert. Hier ist zwar ebenfalls die soziale Sicherung der Aufgabenbereich mit den höchsten Zuschussbedarfen, diese machen aber nur etwa 28 % der gesamten Zuschussbedarfe für Gemeindeaufgaben aus. Im Gegensatz zur überragenden Bedeutung der genannten einzelnen Aufgaben in der sozialen Sicherung auf der Kreisebene, sind es auf der Gemeindeebene vor allem die Tageseinrichtungen für Kinder, auf die die Zuschussbedarfe in der sozialen Sicherung zurückzuführen sind. Darüber hinaus besitzen Schulen (23 %), allgemeine Verwaltung (20 %) und Bau- und Wohnungswesen, Verkehr (Einzelplan 6, 15 %) eine fast ähnliche große Bedeutung.

Sowohl innerhalb der Kreis- als auch der Gemeindeaufgaben gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Zuschussbedarfen der kreisfreien Städte und denen der jeweiligen Gruppe von Gebietskörperschaften des kreisangehörigen Raums. Die Zuschussbedarfe der kreisfreien Städte sind dabei bei den Kreisaufgaben mit einer Differenz von 300 Euro je Einwohner deutlich höher als die der Kreise (724 zu 424 Euro je Einwohner); bei den Gemeindeaufgaben übertreffen die kreisfreien Städte die kreisangehörigen Gemeinden auch um knapp 120 Euro je Einwohner (633 zu 515 Euro je Einwohner).

Bei den Kreisaufgaben entsteht die Differenz zwischen dem Kreisanteil der kreisfreien Städte und den Kreisen durch markante Unterschiede in einigen wenigen Aufgaben. Aufgrund der überragenden Bedeutung der sozialen Sicherung für die Zuschussbedarfe der Kreisebene ist es wenig überraschend, dass auch der Großteil der Unterschiede zwischen kreisfreien Städten und Kreisen aus diesem Bereich resultiert. Aufgrund der Ballung verschiedener sozialer Problemlagen in größeren Städten sind die Zuschussbedarfe sowohl im Bereich des SGB II, des SGB XII als auch der Jugendhilfe deutlich höher als in den Kreisen. Die Differenz im Einzelplan 2 erklärt sich fast vollständig durch die höheren Zuschussbedarfe für Berufsschulen und Fach(ober-)schulen. In dieser Aufgabe sind auch die in Regionale Berufsbildungszentren (RBZ) gem. § 110 SchulG umgewandelten Berufsschulen enthalten.

Nach Informationen des schleswig-holsteinischen Bildungsministeriums resultieren die höheren Ausgaben für Berufsschulen in den kreisfreien Städten vor allem aus zwei Umständen. Zum einen sind die Kosten je Schüler dieser Schulen aufgrund des Anforderungsprofils höher (höhere Sachkosten). Zum anderen müssen die entstandenen Kosten für Schülerinnen und Schüler aus Umlandgemeinden in dem Fall nicht gegenüber der aufnehmenden Gemeinde erstattet werden, wenn sich der ausbildende Betrieb ebenfalls in der Stadt der Berufsschule befindet (§ 112 SchulG). Somit kommt es im Vergleich zum Besuch von allgemeinbildenden Schulen nicht zu einer Vollkostenerstattung.

Ausgleichend auf die Differenz zwischen Kreisen und kreisfreien Städten wirken im Schulbereich die im ländlichen Raum höheren Zuschussbedarfe für die Schülerbeförderung.

Im weiteren Verlauf des Gutachtens wird ein besonderes Augenmerk bei der Teilmassenbildung nach dem Zwei-Ebenen-Modell darauf zu legen sein, wie diese Unterschiede zwischen kreisfreien Städten und Kreisen innerhalb einer gemeinsamen Teilmasse für Kreisaufgaben angemessen berücksichtigt werden können.

Auch auf der Gemeindeebene sind die Unterschiede zwischen dem Gemeindeanteil der kreisfreien Städte und den kreisangehörigen Gemeinden auf wenige Aufgaben eingrenzbare. Die Zuschussbedarfe der Gemeindeebene sind vor allem in der allgemeinen Verwaltung höher als in den kreisfreien Städten. Dies liegt sehr wahrscheinlich an der stärker dezentralen Verwaltungsstruktur im kreisangehörigen Raum. Ansonsten finden sich deutlich höhere Zuschussbedarfe eher auf Seiten der kreisfreien Städte – und zwar vor allem im Brandschutz, in verschiedenen Abschnitten des Einzelplans 3, bei den Tageseinrichtungen für Kinder und einigen Aufgaben des Einzelplans 5.

Die höheren Zuschussbedarfe im Brandschutz ergeben sich aus der Verpflichtung zum Unterhalt einer Berufsfeuerwehr in Städten mit mehr als 80.000 Einwohnern (§ 7 Abs. 1 BrSchG), was dazu führt, dass alle vier kreisfreien Städte eine solche besitzen. Außerdem muss in größeren Städten aufgrund der komplexeren Baustruktur (z. B. höherer Anteil mehrgeschossiger Gebäude) zusätzliches techni-

sches Gerät vorgehalten werden. Die Berufsfeuerwehren sind darüber hinaus gehalten, auch bei Bränden im Umland auszurücken. Für Einsätze in einem Umkreis von 15 km ist allerdings keine Kostenerstattung vorgesehen (§ 21 Abs. 3 BrSchG).

Die höheren Kosten für Tageseinrichtungen für Kinder hängen damit zusammen, dass in Städten diese Angebote von einem größeren Anteil der Bevölkerung in Anspruch genommen werden als im ländlichen Raum. Es handelt sich daher neben der Grundversorgungsfunktion für die Wohnbevölkerung um sogenannte ballungsraumbezogene Aufgaben, die mit zunehmender Verdichtung ansteigen. Dies liegt vor allem anderem daran, dass die Erwerbsbeteiligung insbesondere der Frauen in stärker städtisch geprägten Gebieten höher ist als im ländlichen Raum. Außerdem werden im ländlichen Raum mehr Kinder tagsüber von anderen Familienmitgliedern (z. B. Großeltern) betreut.

Auf die höheren Zuschussbedarfe in den Einzelplänen 3 und 5 wird an dieser Stelle nicht eingegangen, da diese im Kapitel 4 bei den übergemeindlichen Aufgaben noch näher behandelt werden.

Eine Besonderheit besteht in Schleswig-Holstein im Bereich der Finanzierung der Schulen. § 111 Abs. 1 SchulG regelt, dass eine Gemeinde für eine Schülerin oder einen Schüler, die oder der in ihrem Gebiet wohnt und eine Grundschule, eine weiterführende allgemein bildende Schule oder ein Förderzentrum besucht, an deren oder dessen Trägerschaft die Gemeinde nicht beteiligt ist, an den Schulträger einen Schulkostenbeitrag zu zahlen hat. Dieser Schullastenausgleich ist als Vollkostenausgleich konzipiert und erklärt, warum es bei den Zuschussbedarfen für Schulen zwischen kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden fast keinen Unterschied gibt, obwohl die kreisfreien Städte über eine viel differenzierte Ausstattung mit weiterführenden Schulen verfügen als der Durchschnitt des kreisangehörigen Raums und viele Schüler dieser Schulen täglich aus dem Umland in die kreisfreien Städte fahren.

2.4.2 Vermögenshaushalt

In Tabelle 2-4 werden die Zuschussbedarfe im Vermögenshaushalt in der gleichen Struktur wie zuvor für den Verwaltungshaushalt dargestellt. Es wird deutlich, dass sich die kommunale Investitionstätigkeit fast ausschließlich auf die Gemeindeebene beschränkt. In den Kreisaufgaben fallen lediglich marginale Investitionen im Bereich der weiterführenden Schulen, der Krankenhäuser und der Kreisstraßen an. Die gemeindliche Investitionstätigkeit konzentriert sich dagegen auf den Brandschutz, die Schulen, die Tageseinrichtungen für Kinder, die Sportstätten, die Gemeindestraßen, die Abwasserbeseitigung und die Verkehrsunternehmen.

Es ist auffallend, dass die kreisfreien Städte in deutlich geringerem Maße investive Ausgaben tätigen als die kreisangehörigen Gemeinden. Dies kann als Ergebnis der in Relation zu den laufenden Ausgaben geringen allgemeinen Deckungsmittel verstanden werden. Nach Abzug der laufenden Kosten verbleiben den kreisfreien Städten keine ausreichenden Mittel mehr, um Investitionen zu tätigen. Die Unterschiede in der Investitionstätigkeit zwischen den beiden Gruppen sind bei allen oben genannten investitionsstarken Gemeindeaufgaben augenfällig. Die einzigen Ausnahmen bilden die Abwasserbeseitigung und die Verkehrsunternehmen.

Tabelle 2-4: Zuschussbedarfe im Vermögenshaushalt in den Einzelplänen 0-8

Zuschussbedarfe im Vermögenshaushalt in Euro je Einwohner, 2009-2011	Kreisaufgaben			Gemeindeaufgaben			kreisfreie Städte	kreisangehöriger Raum
	insg.	kreisfreie Städte	Kreise	insg.	kreisfreie Städte	kreisangehörige Gemeinden		
Einzelplan 0-8	19,47	18,07	19,86	137,42	97,81	148,38	115,88	168,24
0 Allgemeine Verwaltung	1,56	-1,66	2,45	3,33	1,42	3,85	-0,23	6,31
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2,57	3,82	2,22	11,29	2,40	13,75	6,22	15,97
11 Öffentliche Ordnung	0,17	0,35	0,11	0,35	0,73	0,25	1,08	0,36
13 Brandschutz	0,17	0,02	0,21	10,76	1,41	13,35	1,43	13,56
Übrige Aufgaben im Einzelplan 1 (10, 14, 16, 17)	2,23	3,44	1,89	0,18	0,26	0,16	3,71	2,05
2 Schulen	6,20	6,18	6,20	32,94	7,33	40,03	13,51	46,23
20 Schulverwaltung				-0,53	0,00	-0,68	0,00	-0,68
21 Grund- und Hauptschulen	0,23	0,04	0,28	11,30	1,74	13,95	1,78	14,23
22 Realschulen (inkl. komb. Haupt- und R.schulen)	0,11	0,03	0,14	4,34	1,28	5,18	1,31	5,32
23 Gymnasien, Kollegs (oh. berufliche Gymnasien)	2,42	0,70	2,90	7,65	1,99	9,22	2,69	12,12
24 Berufsschulen, Fach(ober-) schulen	2,59	5,11	1,90				5,11	1,90
27 Sonderschulen (Förderschulen)	0,36	0,14	0,42	0,39	0,18	0,45	0,32	0,86
28 Gesamtschulen	0,29	0,07	0,35	9,35	1,91	11,42	1,98	11,77
290 Schülerbeförderung	-0,01	0,00	-0,01	0,01	0,00	0,02	0,00	0,01
Übrige schulische Aufgaben (292, 293, 295)	0,19	0,09	0,22	0,42	0,24	0,48	0,33	0,70
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	0,29	0,16	0,33	1,79	2,19	1,67	2,34	2,00
30 Verwaltung kultureller Angelegenheiten				0,01	0,03	0,01	0,03	0,01
31 Wissenschaft und Forschung				0,13	0,58	0,01	0,58	0,01
32 Museen, Sammlungen Ausstellungen	0,07	0,05	0,07	0,36	0,28	0,38	0,33	0,45
33 Theater, Konzerte, Musikpflege, Kunstpflege (34)	0,02	0,02	0,02	0,29	0,22	0,31	0,24	0,34
35 Volksbildung (350, 352, 355)	0,08	0,01	0,10	0,82	0,89	0,80	0,90	0,89
Übrige Kulturpflege (360, 365, 366, 37)	0,13	0,07	0,14	0,17	0,19	0,17	0,26	0,31
4 Soziale Sicherung	1,16	0,49	1,35	11,55	4,30	13,56	4,79	14,91
40 Verwaltungen der Sozialen Sicherung	0,00	0,00		0,04	0,02	0,04	0,02	0,04
41 Sozialhilfe nach SGB XII (ab 2005)	0,02	0,01	0,03	0,00	0,00	0,00	0,01	0,03
43 Soziale Einrichtungen (oh. Einr. der Jugendhilfe)	-0,10		-0,12	0,74	0,64	0,77	0,64	0,64
45 Jugendhilfe nach dem KJHG (oh. Kitas)	0,06	0,08	0,05	0,07	0,08	0,07	0,16	0,12
46 Einrichtung der Jugendhilfe (oh. Kitas)	0,40	0,11	0,48	1,32	0,40	1,58	0,51	2,05
Tageseinrichtungen für Kinder (464 + 454)	0,78	0,29	0,91	9,37	3,05	11,12	3,35	12,03
482 Grundsicherung f. Arbeitsuchende (SGB II), inkl. 485	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
übrige soziale Angelegenh. (42, 44, 47, 486, 487, 49)	0,00	0,00	0,00	0,01	0,11	-0,02	0,11	-0,02
5 Gesundheit, Sport, Erholung	2,92	2,11	3,15	12,15	7,58	13,41	9,69	16,56
50 Gesundheitsverwaltung	0,00	0,02	0,00				0,02	0,00
51 Krankenhäuser	2,64	2,00	2,82	0,01	0,00	0,01	2,00	2,83
54 Sonst. Einr. und Maßn. der Gesundheitspflege	0,03	0,01	0,03	0,14	0,07	0,16	0,08	0,19

Tabelle 2-4 (Fortsetzung)

Zuschussbedarfe im Vermögenshaushalt in Euro je Einwohner, 2009-2011	Kreisaufgaben			Gemeindeaufgaben			kreisfreie Städte	kreisangehöriger Raum
	insg.	kreisfreie Städte	Kreise	insg.	kreisfreie Städte	kreisangehörige Gemeinden		
55 Förderung des Sports	0,24	0,07	0,29	0,96	0,29	1,15	0,36	1,43
56 Eigene Sportstätten				7,40	2,88	8,65	2,88	8,65
57 Öffentliche Bäder				1,51	0,57	1,77	0,57	1,77
58 Park- und Gartenanlagen	0,00	0,01	0,00	2,07	3,77	1,59	3,78	1,60
59 Sonstige Erholungseinrichtungen				0,07		0,08		0,08
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	4,63	6,52	4,10	29,08	21,68	31,13	28,20	35,23
60 Bauverwaltung				0,54	0,00	0,68	0,00	0,68
61 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung	0,05	0,24	-0,01	5,69	8,49	4,91	8,73	4,91
62 Wohnungsbauförderung	-0,42	-0,54	-0,38	-2,36	-2,83	-2,23	-3,37	-2,61
63 Gemeindestraßen	0,00	0,01	-0,01	20,19	10,67	22,83	10,68	22,82
65 Kreisstraßen	4,89	6,78	4,37	0,30	0,51	0,24	7,29	4,61
660 Bundesstraßen	0,00		0,00	0,79	1,03	0,73	1,03	0,73
665 Landesstraßen	0,09	0,02	0,10	1,06	0,23	1,29	0,25	1,39
670 Straßenbeleuchtung				0,84	0,33	0,98	0,33	0,98
675 Straßenreinigung				0,13	0,03	0,16	0,03	0,16
68 Parkeinrichtungen	0,03	0,01	0,03	0,13	0,19	0,11	0,20	0,14
69 Wasserläufe, Wasserbau	0,00	0,00		1,77	3,04	1,42	3,04	1,42
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	0,25	0,52	0,17	21,96	23,75	21,47	24,27	21,64
70 Abwasserbeseitigung				16,69	24,04	14,66	24,04	14,66
72 Abfallbeseitigung	0,77	0,61	0,82	0,12	0,09	0,12	0,70	0,94
77 Hilfsbetriebe der Verwaltung				2,55		3,25		3,25
übrige öffentl. Einrichtungen (73, 74, 75, 76, 78)	-0,49	0,00	-0,63	1,42	-0,13	1,84	-0,13	1,21
79 Fremdenv., sonst. Förd. v. Wirtsch. und Verkehr	-0,03	-0,09	-0,01	1,19	-0,25	1,59	-0,34	1,58
8 Wirtschaftl. Unt., allg. Grund- und Sonderverm.	-0,10	-0,07	-0,12	13,33	27,16	9,50	27,09	9,39
80 Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen				0,00		0,00		0,00
810 Elektrizitätsversorgung	-0,17		-0,22	2,73		3,49		3,27
813 Gasversorgung				0,00		0,00		0,00
815 Wasserversorgung				0,82		1,05		1,05
816 Fernwärmeversorgung				0,73		0,94		0,94
817 Kombinierte Versorgungsunternehmen				1,22	0,55	1,40	0,55	1,40
82 Verkehrsunternehmen				4,08	18,64	0,06	18,64	0,06
83 Komb. Versorgungs- und Verkehrsunternehmen				2,26	6,24	1,16	6,24	1,16
84 Unternehmen der Wirtschaftsförderung				0,61		0,78		0,78
85 Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	0,00		0,00	0,03	0,04	0,03	0,04	0,03
86 Kur- und Badebetriebe				0,32		0,41		0,41
87 Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	0,06	-0,03	0,08	3,95	2,53	4,35	2,50	4,43
88 Allgemeines Grundvermögen	0,01	-0,04	0,02	-4,16	-3,17	-4,43	-3,21	-4,41
89 Allgemeines Sondervermögen				0,72	2,33	0,27	2,33	0,27

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Bei der Interpretation der Zuschussbedarfe im Vermögenshaushalt ist allerdings einschränkend zu berücksichtigen, dass es zu einer Verzerrung der Ergebnisse kommen kann, wenn Aufgaben in Eigenbetriebe ausgelagert sind und in den Kernhaushalten lediglich die Zuweisungen an die Eigenbetriebe ohne weitere Differenzierung nach Ausgabearten verbucht werden. Sofern diese Zuweisungen vor allem im Verwaltungshaushalt als Ausgabe gebucht werden, aber durch den Eigenbetrieb für Investitionen genutzt werden, können die Zuschussbedarfe im Vermögenshaushalt geringer erscheinen, als sie es tatsächlich sind. Da zu vermuten ist, dass größere Kommunen mit einer komplexeren Aufgabenstruktur und größeren Betrieben stärkerem Maße ihre Aktivitäten in Eigenbetrieben organisieren, kann sich dies auf die Differenzierung zwischen kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden auswirken. In der Summe der Zuschussbedarfe im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt ergibt sich dadurch allerdings keine Verzerrung.

Die Ergebnisse der Bestandsaufnahme bilden den Hintergrund, vor dem die Aufteilung der Schlüsselmasse im schleswig-holsteinischen Finanzausgleich in den folgenden Kapiteln diskutiert wird. Die ermittelten Zuschussbedarfe sind die zentrale Ausgangsgröße für die Berechnung der prozentualen Aufteilungsverhältnisse. Bevor dazu allerdings konkrete Überlegungen angestellt werden, wird im folgenden Kapitel diskutiert, auf welchen Wegen die Massenaufteilung durchgeführt werden kann und welche Rechenoperationen dafür notwendig sind.

3 Vergleich von verschiedenen Modellen der Teilmassenbildung

3.1 Hintergrund

Die unterschiedliche Aufgabenwahrnehmung von Gemeinden, Kreisen und kreisfreien Städten erfordert ein geeignetes zielgenaues Zuweisungssystem unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedarfe einzelner kommunaler Gruppen und Ebenen.² Ein zentraler Unterschied besteht zwischen Kreisen und den jeweils kreisangehörigen Gemeinden, die innerhalb ihrer gemeinsamen administrativen Grenzen in vielen Aufgabenbereichen getrennt Verantwortung übernehmen. Eine Sonderrolle kommt daher den kreisfreien Städten hinzu, die Aufgaben beider Ebenen wahrnehmen, ohne dass dazu eine Trennung innerhalb der Verwaltungen der kreisfreien Städte vorgenommen wird. Der Umgang mit diesen zwei Dimensionen – Aufgabenorientierung und Typen von Gebietskörperschaftsgruppen – stellt allerdings das wesentliche Unterscheidungsmerkmal der zwei unterschiedlichen Arten der horizontalen Verteilung dar, d. h. von Ebenen- und Säulenmodellen.

Die Frage der Aufteilung auf unterschiedliche Gebietskörperschaften stellt sich vor allem zwecks Befriedung der Finanzbeziehungen zwischen Kreisen und Gemeinden. Im Extremfall wäre es denkbar, die gesamte Schlüsselmasse allein der Gemeindeebene zuzuweisen und die Kommunen über die Verteilung der Mittel innerhalb des Kreisgebiets entscheiden zu lassen. (Hardt/Schmidt 1998, S. 95; Hardt/Schiller 2006, S. 8f). Auch könnte man die Schlüsselzuweisungen fast ausschließlich den Kreisen zukommen lassen, die im Gegenzug auf die Erhebung einer Kreisumlage verzichten würden. Der Vorteil läge in einer Dezentralisierung, die unter Kenntnis der lokalen Erfordernisse eine stärker an den Bedarfen orientierte Mittelverteilung ermöglichen würde als es anhand der statistisch verfügbaren Informationen aus Sicht des Landes möglich wäre. Das gleiche gilt im Übrigen für weniger extreme Lösungen, die zumindest einen gewissen Sockelbetrag der weniger begünstigten Gruppe bzw. Ebene zugestehen, die Mittelverteilung ansonsten aber nur wenig genau zu berechnen versucht. Grundsätzlich könnte die Kreisumlage ein geeignetes Korrektiv der Mittelverteilung zwischen Kreisen und kreisangehörigen Gemeinden bilden. Höhere Schlüsselzuweisungen zu Gunsten der Kreise (der Gemeinden) würden in einer niedrigeren (höheren) Kreisumlage resultieren.

Derartige Eingriffe in die individuellen Finanzbeziehungen zwischen Kreisen und kreisangehörigen Gemeinden stoßen jedoch häufig auf geringe Akzeptanz der kommunalen Ebene.³ Die Kreisumlage bringt bereits ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen gemeindlichen Interessen (Kontrollinstrument, Verfügbarkeit von Finanzmitteln für die gemeindlichen Aufgabenbereiche) und kreislichen Bedarfen mit sich und das Land als dritter Akteur würde bei der Bestimmung des Umlagesatzes offenbar diese permanente Verhandlungssituation nicht entspannen, sondern damit in Verteilungauseinandersetzungen eingreifen, in die es bislang nicht direkt verwickelt war. Diese Prämisse soll nicht die Diskussion über die Finanzierung der einzelnen kommunalen Ebene missachten oder sogar ersetzen, vielmehr stellt sie aber heraus, dass die Kreisumlage prinzipiell als Korrektiv des Zuweisungsverhältnisses dienen kann, als explizite Zielgröße einer Reform jedoch problematisch ist. Lediglich zur Abfederung von reformbedingten Veränderungen kann eine – wie auch immer ausgestaltete bzw. bewirkte – Anpassung der Kreisumlage angebracht und sogar erforderlich sein.

² Gegeben eine angemessene vertikale Verteilung, die einen Mittelweg zwischen den Finanzbedarfen der Kommunen und den Finanzierungsmöglichkeiten des Landes beschreibt.

³ Hinzu kommen Ansprüche auf eigene Zuweisungen, die auf Grundlage der verfassungsrechtlich garantierten kommunalen Selbstverwaltung hervorgebracht werden könnten (so Hardt/Schiller 2006, S. 9). Darüber hinaus können auch vom Land übertragene Aufgaben direkte Zuweisungen an eine bestimmte Ebene erfordern. Aufgrund des monistischen Aufgabenbegriffs in Schleswig-Holstein kann dieser Aspekt in den skizzierten theoretischen Überlegungen unberücksichtigt bleiben.

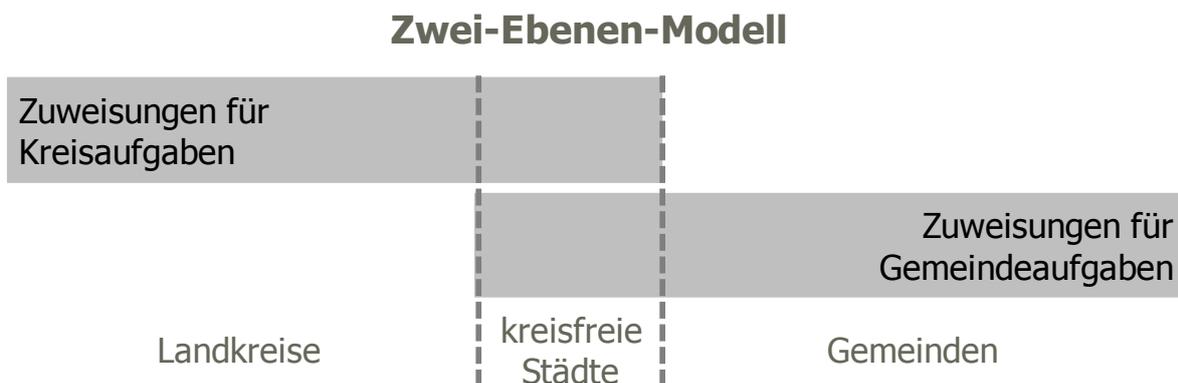
3.2 Konstruktionsprinzipien

3.2.1 Grundbegriffe und Verbreitung der einzelnen Modelle

Die Unterscheidung von Säulen- und Ebenen-Modellen ist im Wesentlichen daran festzumachen, ob die kreisfreien Städte ihre Schlüsselzuweisungen aus einer oder aus zwei Teilmassen erhalten. Wenn sich die Schlüsselzuweisungen der kreisfreien Städte gleichzeitig aus einer Masse für Gemeinden sowie einer Teilmasse für Kreise speisen, handelt es sich um ein Zwei-Ebenen-Modell (Abbildung 3-1). Der Begriff der Ebene verdeutlicht die dem Modell inhärente Gliederung in Kreisaufgaben und Gemeindeaufgaben. Dabei wird von der administrativen Einheit der kreisfreien Städte, die beiderlei Aufgaben wahrnehmen, abstrahiert. Praktisch gehören die kreisfreien Städte damit beiden Ebenen an und partizipieren entsprechend an beiden Teilmassen.

Zwei-Ebenen-Modelle existieren in den Ländern Baden-Württemberg, Brandenburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen (erst seit 2012, zuvor Zwei-Säulen-Modell) (Abbildung 3-1).⁴ Bedingt durch das Fehlen von kreisfreien Städten kann das Zwei-Ebenen-Modell auch für das Saarland als gegeben gelten.

Abbildung 3-1: Zwei-Ebenen-Modell



Quelle: Cordes/Hardt (2010).

Säulen-Modelle orientieren sich streng an den Gebietskörperschaftsgruppen der Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte (Abbildung 3-2). Bestehen einzelne Teilmassen für alle drei Gruppen, handelt es sich um ein Drei-Säulen-Modell. Zwei-Säulen-Modelle fassen die Gruppen der Gemeinden und der kreisfreien Städte zu einer Säule zusammen.

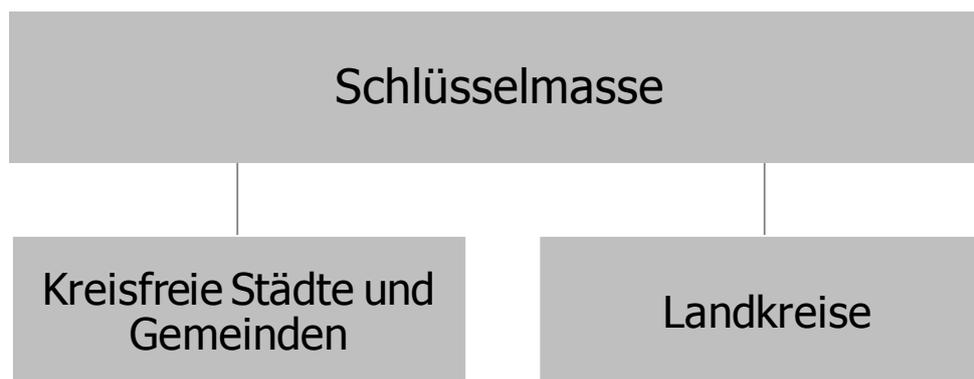
⁴ Die Identifizierung der Modelle richtet sich je nachdem, für welche kommunalen Gruppen bzw. Ebenen in den jeweiligen Finanzausgleichsgesetzen Teilschlüsselmassen gebildet werden.

Abbildung 3-2: Mehr-Säulen-Modelle

Drei-Säulen-Modell



Zwei-Säulen-Modell



Quelle: Cordes/Hardt (2010).

Drei-Säulen-Modelle existieren in den Ländern Hessen, Sachsen und Sachsen-Anhalt, Zwei-Säulen-Modelle in den Ländern Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen (Tabelle 3-1).

Insgesamt folgt die Wahl der Methode der horizontalen Verteilung in den verschiedenen Bundesländern keinem erkennbaren Schema. Im Hinblick auf mögliche Kriterien wie West/Ost (Beharrungsvermögen historisch gewachsener Landesstrukturen), Wirtschaftskraft, Demographie, Siedlungsdichte sowie Zahl und Bedeutung der kreisfreien Städte kommen Zwei-Ebenen- sowie Zwei- und Drei-Säulen-Modelle jeweils in sehr unterschiedlich strukturierten Ländern zur Anwendung. Das Zwei-Ebenen-Modell stellt dabei mit fünf Ländern die am häufigsten gewählte Verteilungsmethode dar. Den Autoren ist darüber hinaus aus der jüngeren Vergangenheit kein Beispiel bekannt, bei dem eine Umstellung von einem Ebenen- auf ein Säulen-Modell erfolgt ist. Die Länder Niedersachsen (Ende der 1990er Jahre) und Thüringen (im Jahr 2012) haben jedoch in den letzten Jahren ihre Säulen-Modell in Zwei-Ebenen-Modelle umgewandelt.

Tabelle 3-1: Säulen- und Ebenen-Modelle in den Bundesländern

Bundesland	Zwei-Ebenen-Modell	Zwei-Säulen-Modell	Drei-Säulen-Modell
Bayern		X	
Baden-Württemberg	X		
Brandenburg	X		
Hessen			X
Mecklenburg-Vorpommern		X	
Niedersachsen	X		
Nordrhein-Westfalen		X	
Rheinland-Pfalz ¹	-	-	-
Saarland ²	X		
Sachsen			X
Sachsen-Anhalt			X
Schleswig-Holstein	X		
Thüringen	X		

1) Das FAG Rheinland-Pfalz beschreibt weder ein Ebenen-, noch ein Mehr-Säulen-Modell. 2) Da im Saarland keine kreisfreien Städte existieren, erübrigt sich die Unterscheidung zwischen Säulen- und Ebenen-Modell. Quelle: Zusammenstellung des NIW.

3.2.2 Berechnung der Massenaufteilung

Nach der Entscheidung über Säulen- oder Ebenen-Modell sowie die Höhe der Gesamtschlüsselmasse, ist für die Massenaufteilung ein Indikator für die relativen Finanzbedarfe der jeweiligen kommunalen Gruppen bzw. Ebenen zu wählen. Soweit keine andere politische Zielsetzung besteht, kann hierzu auf das Verhältnis der absoluten Zuschussbedarfe (Ausgaben abzüglich Einnahmen) in den kommunalen Haushalten zurückgegriffen und damit das Gewicht der jeweiligen kommunalen Gruppen und Ebenen beibehalten werden.⁵ Für die horizontale Verteilung ist in diesem Zusammenhang weniger die absolute Höhe, sondern die Relation zwischen den Kommunen von Belang (Hardt/Schiller 2006, S. 7). Im Gegensatz zur nicht-rechnerischen Bestimmung der Aufteilungsverhältnisse sind die Prämissen und auch

⁵ Die folgenden Ausführungen stellen einen Berechnungsvorschlag zur Massenaufteilung dar. Von einigen Bundesländern ist ein derartiges Vorgehen auch bekannt, allerdings ist anzunehmen, dass es sich genauso häufig auch um politische Festsetzungen handelt (so z. B. die als das „Wunder von Gotha“ bekannte Einigung über die Aufteilung im alten Thüringer Zwei-Säulen-Modell).

Konsequenzen für zukünftige Anpassungen bei einer eingangs rechnerischen Bestimmung nachvollziehbar und damit weniger streitanfällig. Mit anderen Worten: Die Bedingungen, unter denen Anpassungen der Aufteilungsverhältnisse vorzunehmen sind, werden bei einer nicht-rechnerischen Bestimmung nicht benannt, wodurch schließlich veränderte Aufgabenwahrnehmungen unberücksichtigt bleiben und dadurch zwangsläufig zur Entstehung von Asymmetrien führen. Dies kann im Übrigen ebenfalls die vertikale Verteilung betreffen.

Bei der Umstellung von einer (womöglich nicht mehr sachgerechten) einst politischen Bestimmung der Aufteilungsverhältnisse auf eine rechnerische Bestimmung besteht die Möglichkeit stärkerer Veränderungen des Anteils bestimmter Gebietskörperschaften. Hierbei ist zu beachten, dass dies eine Folge ungenügend berücksichtigter Sonderlasten sein kann, die im Zeitverlauf an Gewicht gewonnen haben (z. B. Soziallasten). In diesem Fall könnte die horizontale Verteilung durch entsprechende Nebenansätze korrigiert werden. Dies ist allerdings nur bei einer hinreichenden Einbeziehung aller Gebietskörperschaften möglich und damit eher in einem Zwei-Ebenen- als in einem Drei-Säulen-Modell, wo beispielsweise keine Umverteilung zwischen kreisfreiem und kreisangehörigem Raum über einen Nebenansatz möglich ist. Außerdem ist zu überlegen, ob man sich ergebende Veränderungen unmittelbar wirksam werden lässt oder eine Übergangsphase bis zur vollständigen Umsetzung des Verteilungsergebnisses des neuen FAG einrichtet, in der die Veränderungen in den Zuweisungen im Vergleich zum bisherigen FAG erst schrittweise wirksam werden.

Zuschussbedarfe lassen sich grundsätzlich auf zwei Arten abgrenzen, zum einen über den Einzelplan 9, zum anderen über die (Summe der) Einzelpläne 0 bis 8. Die zweite Variante über die Zuschussbedarfe der Einzelpläne 0 bis 8 birgt für alle Modelle den Vorteil, dass sich Besonderheiten in einzelnen Aufgabenbereichen, z. B. ein allgemein verändertes Gewicht in den kommunalen Haushalten oder zunehmende Unterschiede zwischen den Gebietskörperschaften, relativ leicht identifizieren und damit auch etwaige Umschichtungen oder Nebenansätze rechtfertigen lassen können. Zudem ist insbesondere für die Einführung eines Zwei-Ebenen-Modells eine aufgabenspezifische Gliederung im Hinblick auf die Behandlung der kreisfreien Städte erforderlich (s. oben). Überdies sind je nach Modell in unterschiedlichem Maße Bereinigungen der zu Grunde liegenden Zuschussbedarfe vorzunehmen.

Je nach Berücksichtigung von Zuweisungen für Investitionen sind Verwaltungs- und Vermögenshaushalt zusammen (sofern Investitionen auch durch Schlüsselzuweisungen gefördert werden)⁶ oder getrennt (bei separaten Investitionszuweisungen) zu betrachten. Im Vergleich zwischen Kreis- und Gemeindeaufgaben ist dieser Unterschied nicht zu vernachlässigen, da die Hauptträger von Investitionen die Gemeindeebene ist und damit bei Einbezug von Investitionen die Teilmasse für Gemeindeaufgaben deutlich höher ausfällt als ohne Investitionsförderung (z. B. Cordes et al. 2012a).

Zu berücksichtigen ist zudem, dass sich die allgemeinen Deckungsmittel je nach kommunaler Gruppe bzw. Ebene unterschiedlich zusammensetzen.⁷ So werden die Zuschussbedarfe für Gemeindeaufgaben aus Steuern und Landeszuweisungen finanziert, gleichzeitig wird daraus auch die Kreisumlage geleistet und damit auch die Aufgabenwahrnehmung der Kreisebene mitfinanziert. Die Kreisaufgaben wiederum werden aus Kreisumlage und Schlüsselzuweisungen gedeckt. Bei den kreisfreien Städten ist, finanziert aus Steuern und Schlüsselzuweisungen, gedanklich ebenfalls von einer (fiktiven) Kreisumlage zur Erfüllung der Kreisaufgaben auszugehen.

Alle Modelle erfordern zunächst eine mindernde Berücksichtigung der Steuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städte (S_{Gem} bzw. S_{KS}), da dieser Teil des notwendigen Finan-

⁶ Investitionszuweisungen müssen dazu nicht zwingend zweckgebunden sein, sondern es genügt, dass das Konzept des kommunalen Finanzausgleichs Investitionen in der Schlüsselmasse quasi mitdenkt.

⁷ Aus normativen Gründen wird von ausgeglichenen Haushalten und keiner dauerhaften Kreditfinanzierung, womöglich sogar aus Kassenkrediten, ausgegangen (Cordes et al. 2012a, S. 70).

zierungsumfangs (der allgemeinen Deckungsmittel) auf der Einnahmeseite vorausgesetzt werden muss. Anders gesagt: Die durch eigene Mittel finanzierbaren Zuschussbedarfe sind nicht relevant für die Bestimmung des Aufteilungsverhältnisses. Das gleiche gilt für die Einnahmen der Kreise aus der Kreisumlage (U), die umgekehrt den kreisangehörigen Gemeinden als zu finanzierende Ausgabe anzurechnen ist. Um verzerrende Effekte durch die unterschiedliche Höhe von Hebesätzen oder Kreisumlagesätzen zu verhindern wird an dieser Stelle wie auch bei der Finanzkraftbestimmung mit normierten Werten (Steuereinnahmekraft, Umlagekraft) gearbeitet.

In einem Drei-Säulen-Modell würde sich das Aufteilungsverhältnis der Schlüsselmasse (M) in Teilmassen für kreisfreie Städte (M_{KS}), kreisangehörige Gemeinden (M_{Gem}) und Kreise (M_K) ergeben aus

$$(1) m_{KS} = ZB_{KS} - S_{KS},$$

$$(2) m_{Gem} = ZB_{Gem} - S_{Gem} + U,$$

$$(3) m_K = ZB_K - U.$$

Verbalisierung der Gleichungen (1) bis (3)

(1) Teilmassengewicht „Kreisfreie Städte“ = Zuschussbedarfe kreisfreie Städte abzgl. Steuereinnahmen kreisfreie Städte

(2) Teilmassengewicht „Gemeinden“ = Zuschussbedarfe Gemeinden abzgl. Steuereinnahmen zzgl. Kreisumlage

(3) Teilmassengewicht „Kreise“ = Zuschussbedarfe Kreise abzgl. Kreisumlage

Dabei gilt für die Höhe der Kreisumlage U mit u als Umlagesatz:

$$(4) U = u * (M_{Gem} + S_{Gem}).$$

Schließlich wird das Verhältnis der Rechengrößen m untereinander auf die Schlüsselmasse übertragen, d. h. die Teilmassen ergeben sich durch Auflösen von

$$(5) \frac{m_{KS}}{m} = \frac{M_{KS}}{M}, \frac{m_{Gem}}{m} = \frac{M_{Gem}}{M} \text{ und } \frac{m_K}{m} = \frac{M_K}{M}, \text{ wobei } m := m_{KS} + m_{Gem} + m_K = 1.$$

In einem Zwei-Säulen-Modell würden die Teilmassen m_{KS} und m_{Gem} rechnerisch auf gleichem Wege ermittelt, schließlich aber zusammengefasst werden.

Bei einem Zwei-Ebenen-Modell, das lediglich zwischen Gemeinde- und Kreisebene trennt, stellt sich das Problem der Differenzierung von (virtuellen) Gemeinde- und Kreisanteilen in den Haushalten der kreisfreien Städte. Nach der in Kapitel 2.2 erläuterten Methode wird dazu die Aufgabenverteilung zwischen den beiden Ebenen im kreisangehörigen Raum für jede einzelne Aufgabe i auf die kreisfreien Städte übertragen (Gleichungen (6) und (7)) und dadurch jeweils eine gemeindliche ($ZB_{KS_{Gem}}^i$) und eine kreisliche Ebene ($ZB_{KS_K}^i$) innerhalb der kreisfreien Städte generiert.

$$(6) ZB_{Gem,K}^i := ZB_{Gem}^i + ZB_K^i,$$

$$(7) \frac{ZB_{Gem}^i}{ZB_{Gem,K}^i} * ZB_{KS}^i = ZB_{KS_{Gem}}^i \text{ und } \frac{ZB_K^i}{ZB_{Gem,K}^i} * ZB_{KS}^i = ZB_{KS_K}^i.$$

Es gilt dann für die Gemeinde- und Kreisanteile der Haushalte der kreisfreien Städte:

$$(8) \sum_i ZB_{KS_{Gem}}^i = ZB_{KS_{Gem}} \text{ und } \sum_i ZB_{KS_K}^i = ZB_{KS_K}.$$

Die Aufteilung auf Gemeinde- (m_g) und Kreisebene (m_k) folgt dann:⁸

⁸ Für die Kreisumlage gilt analog zum Säulen-Modell $U = u * (M_g + S_g)$.

$$(9) m_g = (ZB_{Gem} - S_{Gem} + U) + (ZB_{KS_{Gem}} - \beta S_{KS}) \text{ und}$$

$$(10) m_k = (ZB_K - U) + (ZB_{KS_K} - (1 - \beta)S_{KS}).$$

In den Gleichungen (9) und (10) stellt jeweils der zweite Klammerterm den Beitrag der kreisfreien Städte dar. Der Parameter β ist dabei ein exogen gegebener Wert zwischen 0 und 1, der bei der Bestimmung des Anteils der Gemeindemasse m_g zu einem geringeren Teil die Steuereinnahmen der kreisfreien Städte zum Abzug bringt. Der Zweck dieses Arguments wird bei der Bestimmung von m_k deutlich, wo $(1 - \beta)S_{KS}$ wie eine fiktive Kreisumlage im kreislichen Haushalt der kreisfreien Städte behandelt wird.⁹ Mit der Festsetzung (Normierung) von β wird bei einer Reform direkt auf die Kreisumlage eingewirkt. Der Einfachheit halber wurde z. B. in Thüringen $\beta = 0,5$ gewählt (Cordes et al. 2012a).

Im Übrigen gilt analog zum Säulen-Modell die Übertragung der Relation auf die gegebene Gesamtschlüsselmasse

$$(11) \frac{m_g}{m} = \frac{M_g}{M} \text{ und } \frac{m_k}{m} = \frac{M_k}{M}, \text{ wobei } m := m_g + m_k.$$

Verbalisierung der Gleichungen (6) bis (10)

(6) Zuschussbedarfe des kreisangehörigen Raumes in der jeweiligen Aufgabe „i“ ist definiert als Zuschussbedarfe der Gemeinden und der Kreise in der jeweiligen Aufgabe „i“

(7a) Anteil der Zuschussbedarfe der Gemeinden in der Aufgabe „i“ an den Zuschussbedarfen des kreisangehörigen Raums in der Aufgabe „i“ insgesamt multipliziert mit den Zuschussbedarfen der kreisfreien Städte in der Aufgabe „i“ sind gleich dem Gemeindeanteil der Aufgabe „i“ an den Zuschussbedarfen der kreisfreien Städte in der Aufgabe „i“ insgesamt

(7b) Anteil der Zuschussbedarfe der Kreise in der Aufgabe „i“ an den Zuschussbedarfen des kreisangehörigen Raums in der Aufgabe „i“ insgesamt multipliziert mit den Zuschussbedarfen der kreisfreien Städte in der Aufgabe „i“ sind gleich dem Kreisanteil der Aufgabe „i“ an den Zuschussbedarfen der kreisfreien Städte in der Aufgabe „i“ insgesamt

(8a) Die Summe über die Gemeindeanteile in allen Aufgaben „i“ ergibt die Zuschussbedarfe für Gemeindeaufgaben in den kreisfreien Städten.

(8b) Die Summe über die Kreisanteile in allen Aufgaben „i“ ergibt die Zuschussbedarfe für Kreisaufgaben in den kreisfreien Städten.

(9) Anteil Gemeindeaufgaben ergibt sich aus den Zuschussbedarfen der Gemeinden abzgl. ihrer Steuereinnahmen zzgl. der geleisteten Kreisumlage sowie den Zuschussbedarfen für Gemeindeaufgaben in den kreisfreien Städten abzgl. eines noch zu berechnenden Anteils β an den Steuereinnahmen. Der Faktor β wird so eingestellt, dass er wie eine fiktive Kreisumlage innerhalb der kreisfreien Städte in Höhe der durchschnittlichen Kreisumlage des kreisangehörigen Raums wirkt. Dadurch ist eine Anpassung der Kreisumlagesätze nicht erforderlich.

(10) Anteil Kreisaufgaben ergibt sich aus den Zuschussbedarfen der Kreise abzgl. der empfangenen Kreisumlage sowie den Zuschussbedarfen für Kreisaufgaben in den kreisfreien Städten abzgl. eines noch zu berechnenden Anteils $(1 - \beta)$ an den Steuereinnahmen. Der Faktor $(1 - \beta)$ wird so eingestellt, dass er wie eine fiktive Kreisumlage innerhalb der kreisfreien Städte in Höhe der durchschnittlichen Kreisumlage des kreisangehörigen Raums wirkt. Dadurch ist eine Anpassung der Kreisumlagesätze nicht erforderlich.

⁹ Siehe bspw. auch Niedersächsisches Landesamt für Statistik (2004, S. 11).

Die Aufteilung der Schlüsselmasse ist in allen Modellen nicht ohne Normierungen bzw. die Setzung notwendiger Parameterwerte möglich. Dies betrifft die Höhe der Kreisumlage bzw. im Zwei-Ebenen-Modell darüber hinaus das Äquivalent einer fiktiven Kreisumlage auf die fiktiven Umlagegrundlagen der kreisfreien Städte. Im Falle einer Neuberechnung von Aufteilungsverhältnissen liegt es nahe, zunächst von einer konstanten Kreisumlage auszugehen und mit dem durchschnittlichen Kreisumlagesatz, der im untersuchten Bundesland zur Anwendung kommt, zu arbeiten.

Nach der Bestimmung der Teilmassen erfolgt schließlich die Verteilung innerhalb der Säulen i. d. R. durch die Gegenüberstellung von Finanzkraft und Finanzbedarf, wobei die Höhe der Finanzbedarfe über Erhöhungen der Einwohnerwerte je nach Gruppe bzw. Ebene und indikator- bzw. größengestützte Nebenansätze konkretisiert wird. Neben Schleswig-Holstein bildet auch Rheinland-Pfalz in diesem Zusammenhang die große Ausnahme, da hier jeweils auf Einwohnerveredelung durch einen sogenannten Hauptansatz verzichtet wird und vielmehr gesonderte finanzkraftunabhängige Zuweisungen für verschiedene Aufgabenbereiche, insbesondere zentralörtliche Funktionen, verteilt werden.

3.2.3 Bewertung von Bedarfen auf der Basis von Ist-Zuschussbedarfen

Eine entscheidende Voraussetzung für die Ableitung des Aufteilungsverhältnisses zwischen den verschiedenen Teilschlüsselmassen ist der Rückgriff auf die Ist-Zuschussbedarfe zur Bestimmung der tatsächlich notwendigen Finanzbedarfe. Diesem Vorgehen wird häufig kritisch entgegen gehalten, dass dabei die Gefahr eines Zirkelschlusses besteht, da derjenige, der viel habe, auch viel ausgabe, d. h. die Einnahmen und nicht die Bedarfe bestimmen die Ausgaben: durch steigende Ist-Zuschussbedarfe könnten steigende Schlüsselzuweisungen realisiert werden, die in der nächsten Runde durch die gestiegenen Einnahmen einen weiteren Anstieg der Ist-Zuschussbedarfe und damit wiederum ansteigende Schlüsselzuweisungen nach sich zögen.

Grundsätzlich setzen sich die Ist-Zuschussbedarfe aus mindestens drei Komponenten zusammen:

- Notwendige Zuschussbedarfe, die durch exogene Faktoren determiniert werden (Bedarfsträger, gesetzliche Vorgaben, etc.)
- +/- unterschiedliche Standards der Aufgabenerfüllung
- +/- unterschiedliche Effizienz der Aufgabenerfüllung.

Empirisch sind diese drei Komponenten allerdings nicht vollständig trennbar. Eine Trennung ist aber auch nicht in allen Modellen der Aufteilung der Schlüsselmasse in gleichem Maße notwendig. Sofern hinreichend große Aggregate betrachtet werden, erfolgt praktisch eine Pauschalierung der Zuschussbedarfe und einzelne Kommunen können durch ihr Verhalten nicht ihre eigene Schlüsselzuweisung beeinflussen, da bei der Bestimmung des Finanzbedarfs nicht die Höhe der Zuschussbedarfe herangezogen wird.

Das Zwei-Ebenen-Modell hat hier den Vorteil, dass die kreisfreien Städte, deren Zahl von allen kommunalen Gruppen am kleinsten ist, in zwei Teilmassen eingebunden sind. Sollten nun einige kreisfreie Städte sehr hohe Standards oder sehr geringe Effizienz bei der Aufgabenerfüllung an den Tag legen, würden sie durch ihr Verhalten im Zwei-Ebenen-Modell zwar die jeweils betroffene Teilmasse erhöhen. Wenn z. B. bei Kindertagesstätten sehr großzügig Ausgaben getätigt werden, würde die Gemeindemasse steigen, im Falle von Ausgaben im Bereich der Jugendhilfe wäre die Kreismasse betroffen. Diese Mittel würden aber nicht unmittelbar den kreisfreien Städten, die für die Erhöhung der Masse verantwortlich sind zu Gute kommen, da die Verteilung auf einzelne Kommunen nach anderen Kriterien als den Ist-Zuschussbedarfen erfolgt. Wenn sowohl bei Kreis- als auch Gemeindeaufgaben höhere Standards gesetzt würden, gäbe es außerdem nicht einmal einen asymmetrischen Effekt zwischen den Teilmassen.

Im Drei-Säulen-Modell ist hingegen die Gefahr des Zirkelschlusses deutlich größer, da hier eine eigene Teilmasse für eine üblicherweise kleine Zahl von kreisfreien Städten – mit entsprechend großem Gewicht – exklusiv reserviert ist. Höhere Standards oder geringere Effizienz würden sich unmittelbar asymmetrisch nur zugunsten der Teilmasse für kreisfreie Städte auswirken.

Eine weitere Begrenzung eines Zirkelschlusses erfolgt beim in diesem Gutachten gewählten Vorgehen durch die Bereinigung der Zuschussbedarfe um die Steuereinnahmen. Sofern überdurchschnittlich hohe Zuschussbedarfe aus überdurchschnittlich hohen Steuereinnahmen resultieren, würde dieser Effekt, d. h. die durch höhere Einnahmen finanzierten höheren Zuschussbedarfe, bei der Massenaufteilung unberücksichtigt bleiben.

Als Königsweg der Bestimmung notwendiger Ausgaben oder Standards werden häufig zwei Methoden genannt: die Nutzung von Indikatoren, mit denen die bedarfsverursachenden Faktoren abgebildet werden können, und das Benchmarking der Kommunen untereinander. Das indikatorengestützte Vorgehen ist in den Bereichen anwendbar, in denen exogene Indikatoren existieren, mit denen die Bedarfe abgebildet werden können. Dafür müssten diese Indikatoren einen hohen inhaltlichen und statistischen Erklärungsgehalt für die Zuschussbedarfe besitzen. Das Benchmarking-Verfahren ist hingegen dann besonders gut anwendbar, wenn Standards der Aufgabenerfüllung flächendeckend abgegrenzt werden können und damit ein Vergleich der Zuschussbedarfe möglich wird. Dies ist besonders bei Aufgaben mit einem hohen Grad an Pflichtigkeit und geringen Gestaltungsspielräumen zu erwarten.¹⁰

Aufgrund dieser anspruchsvollen Voraussetzungen hat sich in der Praxis herausgestellt, dass sich das Haushaltsgebaren einzelner Kommunen in einer aufgabenbezogenen Betrachtung nur in Teilbereichen erklären lässt. Vor allem die Unterschiede in den Zuschussbedarfen der sozialen Sicherung (SGB II und XII) können relativ gut erklärt werden. In vielen anderen Bereichen sind die kommunalen Problemlagen, Schwerpunktsetzungen und übergemeindlichen Verflechtungen allerdings derart komplex, dass keine exogenen Faktoren gefunden werden können. Daraus zu schließen, dass nur die Zuschussbedarfe, die auch erklärt werden können oder die in ihrer Höhe eine (wie auch immer definierte) kostengünstigste Vergleichsgruppe nicht übersteigen, auch notwendig sind, würde den in der Verfassung abgesicherten Anspruch auf kommunale Selbstverwaltung unterminieren. Außerdem würden dadurch Aufgaben je nach Existenz eines geeigneten Indikators unterschiedlich behandelt. In vielen Fällen ist aber zu erwarten, dass das Fehlen eines geeigneten Indikators in der amtlichen Statistik vor allem mit den Grenzen der statistischen Erfassbarkeit vieler sozialer und ökonomischer Phänomene zu tun hat.

Schließlich spricht für den Rückgriff auf Ist-Zuschussbedarfe auch, dass der kommunale Finanzausgleich streng reaktiv angelegt sein soll, d. h. er soll nicht bestimmte Entwicklungsstrategien belohnen oder bestrafen, sondern die Finanzbedarfe der Kommunen sachgerecht bedienen.

3.2.4 Dynamik

Unterschiedliche Entwicklungen hinsichtlich Verantwortung und Umfang bestimmter Aufgaben, Bevölkerung und auch der Finanzkraft einzelner Ebenen und Gruppen verändern die Grundlagen der einmal getroffenen Entscheidung über die Massenaufteilung. Daher sind grundsätzlich regelmäßige Überprüfungen und in der Konsequenz auch Eingriffe in die Massenaufteilung erforderlich, sofern sich die Ausstattung der einzelnen Ebenen und Gruppen nicht systeminhärent anpasst. Derartige Mechanismen werden im Folgenden beschrieben. Sie tragen darüber hinaus zur Transparenz und Verlässlichkeit des Systems bei und reduzieren die Streit anfälligkeit. Dies kann sich bereits in einem geringeren Gesetzbearbeitungsaufwand äußern, aber auch etwaige Verteilungsaueinandersetzungen zwischen den kommu-

¹⁰ Beispielsweise wurde in Thüringen bis vor Kurzem ein Benchmarking vor dem Hintergrund eines hohen Grades an Standardisierung und Pflichtigkeit angewandt.

nalen Spitzenverbänden können auf diesem Wege gemildert werden. Zudem werden entsprechende Untersuchungen nur in größeren Zeitabständen vorgenommen, so dass etwaige Umschichtungen in umso größerem Umfang zu treffen wären, was zusätzliche Probleme der Durchsetzungsfähigkeit von – notwendigen – Reformen mit sich bringt.

Eingangs beschrieben wurde bereits die Erforderlichkeit einer in gewissen Grenzen flexiblen Kreisumlage. Die – nicht quantifizierbaren – Grenzen lägen zum einen in dem Kontrollverlust der kreisangehörigen Gemeinden gegenüber der Kreisebene, sofern die Kreisumlage und damit die Beteiligung an den Entscheidungen über die kreisliche Aufgabenwahrnehmung zu gering ausfällt. Dies könnte zudem mit einem Effizienzverlust auf der Kreisebene verbunden sein, da die Beurteilung über das angemessene Maß der Aufgabenerfüllung und die damit verbundene Höhe von Ausgaben aus lokaler Perspektive (der Gemeinden) leichter fällt als aus übergeordneter (Landes-) Perspektive. Umgekehrt ist auch eine sehr hohe Finanzierungsbeteiligung der Gemeinden an den Kreisaufgaben nicht anzustreben, da dies den eigenen Handlungsspielraum einschränken¹¹ und damit letztlich die kommunale Selbstverwaltung beeinträchtigen würde.

Gegenüber einem Zwei-Ebenen-Modell ist die Stabilität der Massenaufteilung im Drei-Säulen-Modell durch die Sonderstellung der kreisfreien Städte beeinträchtigt. Entwickelt sich die Finanzkraft oder die Einwohnerzahl der kreisfreien Städte beispielsweise stärker (der häufigere Fall) als im kreisangehörigen Raum, muss aufgrund der höheren Steuereinnahmen Masse zugunsten der Kreise umgeschichtet werden. Der gleiche Effekt würde bei einer günstigeren Bevölkerungsentwicklung im kreisangehörigen Raum entstehen, sei es aufgrund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung oder im Zuge von ausgeprägten Stadt-Umland-Wanderungen, die einen höheren Finanzbedarf im kreisangehörigen Raum verursachen.

In einem Drei-Säulen-Modell kann hierzu auf das in Sachsen praktizierte Konzept des horizontalen Gleichmäßigkeitsgrundsatzes (GMG II) zurückgegriffen werden, wonach sich die Finanzkraft je Einwohner in den drei Säulen gleichmäßig entwickeln soll (Hardt/Schiller 2006, S. 23). Diese automatische, d. h. regelgebundene Anpassung der Massenaufteilung hat sich dort - auch nach Einschätzung der dort Beteiligten – bis zuletzt bewährt.¹²

Die Gleichmäßigkeit der Entwicklung wird in Sachsen im zweijährlichen Rhythmus überprüft. Wenn sich die Bevölkerungszahl in den einzelnen Säulen unterschiedlich entwickelt, wird die Massenaufteilung entsprechend an die Schlüsselzuweisungen je Einwohner in den einzelnen Säulen angepasst. Die beiden Säulen des kreisangehörigen Raums werden dabei aufgrund ihrer gemeinsamen Einwohnerzahl zusammengefasst und hinsichtlich der Entwicklung mit der Säule der kreisfreien Städte verglichen. Die Ausstattung der einzelnen Säulen im Ausgangszeitpunkt bleibt davon unberührt: „So sind im Jahr 2005 trotz überdurchschnittlicher Steuerkraft in den Verdichtungsräumen etwa 42% der Schlüsselzuweisungen in die kreisfreien Städte geflossen; der Anteil der Städte an der Bevölkerung lag aber nur bei rund 35%.“ (Hardt/Schiller 2006, S. 23). Nach § 10 Abs. 1 des SächsFAG sind die „zentralörtlichen Funktionen der Kreisfreien Städte [...] bei der Bemessung der Schlüsselmasse für Kreisfreie Städte nach § 4 Abs. 1 berücksichtigt“, wobei hierzu keine ursprünglichen Berechnungen zur Bestimmung der zentralörtlichen bedingten Unterschiede bekannt sind.

¹¹ Hinweise auf eine übermäßige Finanzierungsbeteiligung der kreisangehörigen Gemeinden finden sich beispielsweise im Saarland (Cordes et al. 2012b).

¹² Erst mit den spürbaren Bevölkerungsverlusten im ländlichen Raum wurden die Umschichtungen aufgrund von wahrgenommenen Remanenzkosten als übermäßig empfunden.

3.3 Entscheidungskriterien

Vor dem Hintergrund der erläuterten Konstruktionsprinzipien sollte die Wahl eines Zwei-Ebenen- oder eines Drei-Säulen-Modells nach Abwägung verschiedener Entscheidungskriterien gefällt werden. Im Folgenden werden die wichtigsten Entscheidungskriterien kurz für die Situation in Schleswig-Holstein erläutert und bewertet. Abschließend wird eine Empfehlung abgegeben.

Der *Aufgabenbezug* ist im Zwei-Ebenen-Modell deutlich größer, da er das leitende Prinzip der Massenaufteilung ist. In Schleswig-Holstein hat sich der Beirat für den kommunalen Finanzausgleich das Ziel gesetzt, den Aufgabenbezug zu stärken. Daher spricht in diesem Punkt vieles für ein Zwei-Ebenen-Modell. Im Drei-Säulen-Modell ist der Aufgabenbezug dadurch verwischt, dass die kreisfreien Städte sowohl Kreis- als auch Gemeindeaufgaben erfüllen. Durch den Aufgabenbezug sind Anpassungen im Falle veränderter Aufgabenverteilung, z. B. durch die Kostenübernahme bestimmter Aufgaben durch höhere Ebenen oder die Verlagerung bestimmter Aufgaben auf die kommunale Ebene, im Zwei-Ebenen-Modell leichter möglich. Das Gewicht der jeweiligen Aufgabe in der Teilmasse ist bekannt und Umschichtungen können auf gleiche Art und Weise für alle betroffenen Gebietskörperschaften vorgenommen werden.

Aus der *Verwaltungsgliederung* ergibt sich die Anzahl der Gebietskörperschaften, die jeweils in einer Teilmasse zusammengefasst werden. Je weniger Einheiten in einer Teilmasse vorhanden sind, desto größer ist das Gewicht einzelner Kommunen und ggf. ihres spezifischen Ausgabenverhaltens bei der Bestimmung der Teilmasse. Dies führt häufig zu Verzerrungen, d. h. die betreffende Ebene oder Gruppe von Gebietskörperschaften wird zwar im Aggregat angemessen ausgestattet, allerdings könnte eine bevölkerungsreiche Kommune mit geringen Zuschussbedarfen vergleichsweise überdurchschnittlich, die übrigen Kommunen jedoch unterdurchschnittlich profitieren. Zudem besteht bei einer zu geringen Zahl an Gebietskörperschaften eine erhöhte Strategiefanfälligkeit bzw. Gefahr eines oben erläuterten Zirkelschlusses. So können einzelne Kommunen mit großzügigem Ausgabeverhalten den Finanzbedarf ihrer jeweiligen Ebene/Gruppe zu Lasten der jeweils anderen Ebene/Gruppe(n) höher ausfallen lassen. Ein Drei-Säulen-Modell ist tendenziell immer dann eher anwendbar, wenn es eine Vielzahl an kreisfreien Städten gibt. Da es in Schleswig-Holstein nur vier kreisfreie Städte gibt, spricht auch dieses Argument für das Zwei-Ebenen-Modell.

Die *Einwohnerzahl* und die *Steuereinnahmen* entwickeln sich häufig zwischen den städtischen und ländlichen Teilräumen nicht homogen. Sofern die Einwohnerzahl oder die Steuereinnahmen nur einer Teilgruppe stärker wachsen, werden im Drei-Säulen-Modell entsprechende Anpassungen notwendig. Beim Zwei-Ebenen-Modell liegt der Vorteil darin, dass sich beide Ebenen auf die gleichen Einwohner bzw. Steuereinnahmen, d. h. jeweils die Gesamtheit des Bundeslandes, beziehen. In Schleswig-Holstein zeigen z. B. die Bevölkerungsvorausberechnungen, dass die Einwohnerzahl der kreisfreien Städte sich im Vergleich zum kreisangehörigen Raum in den kommenden Jahren günstiger entwickeln wird. Aus diesem Grund würde im Drei-Säulen-Modell eine Anpassung notwendig werden, die sich im Zwei-Ebenen-Modell vermeiden ließe.

Bei der Auswahl des Konstruktionsprinzips der Teilmassen ist es außerdem sinnvoll, ein mit anderen Teilaspekten des KFA *konsistentes Vorgehen* zu wählen. Sollten bestimmte Gruppen von Kommunen bereits aufgabenbezogen mit gleichartigen zusammengefasst werden, erscheint es sinnvoll, dies auch an dieser Stelle fortzuführen. Im schleswig-holsteinischen KFA werden die kreisfreien Städte bereits mit kreisangehörigen Gemeinden zusammengefasst, die über eine zentralörtliche Einstufung verfügen. Hier wird also ebenfalls aufgabenspezifisch nach der Erfüllung übergemeindlicher Aufgaben abgegrenzt. Im Falle der Notwendigkeit von Nebenansätzen lassen sich diese im Zwei-Ebenen-Modell auch rein aufgabenbezogen konstruieren, während im Drei-Säulen-Modell Sonderlösungen für die kreisfreien Städte gefunden werden müssen. Für die Fortführung einer aufgabenbezogenen Abgrenzung in allen Teilaspekten des KFA bietet sich daher das Zwei-Ebenen-Modell an. Eine Entscheidung für ein

Drei-Säulen-Modell würde weitere Umstellungen z. B. bei der Konstruktion der Teilmasse für übergemeindliche Aufgabe nach sich ziehen.

Ein *polit-ökonomisches Argument* liegt in der Tatsache, dass im Drei-Säulen-Modell jeder kommunale Spitzenverband eine „eigene“ Säule besitzt. Auseinandersetzungen über die Dotierung der Säulen dürften hier deutlich schärfer geführt werden, da die Fronten zwischen kreisfreiem und kreisangehörigem Raum deutlicher zu Tage treten.

Es wird deutlich, dass auf Basis der inhaltlichen Kriterien in Schleswig-Holstein die überwiegende Zahl der Argumente für die Beibehaltung der Aufteilung der Teilmassen nach dem Zwei-Ebenen-Modell in Kreis- und Gemeindeaufgaben spricht. Auch die Entwicklungen in anderen Bundesländern haben gezeigt, dass im Falle von Systemumstellungen ausschließlich Wechsel von Säulen- zu Ebenen-Modellen durchgeführt worden sind. In den Berechnungen der Teilmassenaufteilung in Kapitel 5 wird dennoch ebenfalls eine Berechnung für das Drei-Säulen-Modell durchgeführt, um einen transparenten Vergleich beider Varianten zu ermöglichen. Erst auf dieser Basis wird eine abschließende Bewertung vorgenommen.

4 Abgrenzung und Bewertung übergemeindlicher Aufgaben im kommunalen Finanzausgleich

Die explizite Berücksichtigung übergemeindlicher Aufgaben stellt eine Besonderheit des Finanzausgleichs in Schleswig-Holstein dar, die mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern (§ 16 FAG M-V) in keinem anderen Bundesland in ähnlicher Form genutzt wird. In § 15 Abs. 1 FAG wird geregelt, dass zentrale Orte für die Wahrnehmung von Aufgaben für die Einwohnerinnen und Einwohner ihres Verflechtungsbereichs sowie kommunale Schulträger Schlüsselzuweisungen für übergemeindliche Aufgaben erhalten. In anderen Bundesländern dienen übergemeindliche Aufgaben häufig als Begründung für die Einwohnerveredelung unter Nutzung eines Hauptansatzes. Schleswig-Holstein hat sich hier seit vielen Jahren für einen unmittelbaren Aufgabenbezug entschieden, der vor dem Hintergrund der jüngsten kritischen Bewertung des Hauptansatzes durch das Landesverfassungsgericht Sachsen-Anhalts (LVG 23/10) sachgerecht erscheint.

Aus Sicht der Gutachter ist die Argumentation des schleswig-holsteinischen Gesetzgebers für eine Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben plausibel und nachvollziehbar. Der Umfang übergemeindlicher Aufgaben, d. h. Aufgaben die für Einwohner des Verflechtungsbereichs erbracht werden, ist zunächst unabhängig von der eigenen Einwohnerzahl. Ein Zusammenhang besteht hier nur deshalb, weil größere Städte auch häufiger zentralörtliche Funktionen übernehmen als kleine Städte. Die Einwohnerzahl alleine bietet aber keine hinreichende Begründung für das Ausüben zentralörtlicher Funktionen. Eine solche ergibt sich ausschließlich aus einer entsprechenden zentralörtlichen Einstufung im Landesentwicklungsplan.

Der Zuschussbedarf für übergemeindliche Aufgaben steigt mit der Größe des Verflechtungsbereichs und der Hierarchiestufe im zentralörtlichen System und wird durch die räumliche Nähe zu anderen zentralen Orten (Nachbarschaftseffekte) verringert. So ist zu erwarten, dass ein Mittelzentrum im ländlichen Raum einen umfassenderen Bestand an übergemeindlichen Angeboten vorhalten muss, als ein Mittelzentrum in einem Verdichtungsraum. Im Verdichtungsraum werden viele Einwohner entsprechend spezialisierte Angebote auch im Oberzentrum wahrnehmen, da sie dieses z. B. als Berufspendler täglich frequentieren. Im ländlichen Raum gibt es die Möglichkeit zur Wahl zwischen verschiedenen zentralen Orten gleicher Stufe aufgrund der größeren Entfernungen häufig nicht.

Das bisher genutzte Verfahren der finanzkraftunabhängigen Vergabe der Schlüsselzuweisungen für übergemeindliche Aufgaben ist ebenfalls nachvollziehbar und sollte aus Sicht des Gutachters beibehalten werden. Da hier Leistungen für den Verflechtungsbereich erbracht werden sollen, erscheint ein Rückgriff auf die eigene Finanzkraft nicht gerechtfertigt. Es könnte überlegt werden, die Finanzkraft der Kommunen des Verflechtungsbereichs zu berücksichtigen, da gerade in finanzschwachen Verflechtungsbereichen die Gefahr besteht, dass mehr Aufgaben auf die zentralen Orte abgewälzt werden, während sich in finanzstarken Verflechtungsbereichen auch nicht-zentrale Orte im Bereich ausgewählter übergemeindlicher Aufgaben auf freiwilliger Basis stärker engagieren und so den zentralen Ort entlasten. Eine solche Finanzkraftbestimmung erweist sich aufgrund der Unkenntnis der tatsächlichen Nutzerströme, d. h. der Bevölkerungsanteile der Kommunen des Verflechtungsbereichs, die Angebote im zentralen Ort wahrnimmt, als wenig praktikabel.

4.1 Abgrenzung potenziell finanzausgleichsrelevanter übergemeindlicher Aufgaben

Aufbauend auf der grundsätzlichen Würdigung des bisherigen Vorgehens bei den Schlüsselzuweisungen für übergemeindliche Aufgaben stellt sich für die Bestimmung des Gewichts der Teilmasse zunächst die Frage, welche Aufgaben als übergemeindliche eingeordnet werden können. Hierbei ist festzustellen, dass es keine abschließende Liste übergemeindlicher Aufgaben für zentrale Orte verschiedener Hierarchiestufen gibt; weder im Allgemeinen noch für Schleswig-Holstein im Speziellen. Daher

greift der Gutachter auf Abgrenzungen zurück, die in der wissenschaftlichen Literatur häufig genutzt werden und stellt Kriterien auf, nach denen er eine Einordnung als übergemeindliche Aufgabe vornimmt.

Bei diesem Vorgehen ist anzumerken, dass es nicht das Ziel des Gutachtens ist, der Diskussion über den Landesentwicklungsplan vorwegzugreifen. Bei den hier angestellten Überlegungen werden nur Aufgaben diskutiert, die durch die Kommunen wahrgenommen werden und damit potenziell finanzausgleichsrelevant sind. Die zentralörtliche Einstufung im Landesentwicklungsplan geht in ihrem Aufgabenbestand weit über die hier untersuchten kommunalen Aufgaben hinaus. Daher kann die im folgenden abgeleitete Aufstellung von potenziell finanzausgleichsrelevanten übergemeindlichen Aufgaben nur im Rahmen der Finanzausgleichsdiskussion herangezogen werden.

Für die Entwicklung von Optionen für eine (ebenfalls aufgabenorientierte) Gemeindefinanzierung österreichischer Kommunen wurde folgende Untergliederung kommunaler Aufgaben vorgenommen¹³:

- Basisaufgaben
- Naturraumbezogene Aufgaben
- Ballungsraumspezifische Aufgaben
- Zentralörtliche (übergemeindliche) Aufgaben

Aufbauend auf dieser Arbeit lassen sich folgende Kriterien aufstellen, die für eine Abgrenzung übergemeindlicher Aufgaben herangezogen werden können:

1. Die Nutzung erfolgt in nicht unerheblichem Maße durch Einwohner des Verflechtungsbereichs.
2. Die Aufgabe wird aus landesplanerischen Überlegungen nicht oder nicht in gleichem Umfang Orten mit niedrigerer Zentralitätseinstufung beigemessen.
3. Durch die Nutzung entstehen Kosten für die kommunale Ebene.
4. Eine Identifizierung der Aufgabe in der kommunalen Gliederungssystematik ist möglich.

Das erste Kriterium ist dabei das wichtigste. Es besitzt den Charakter einer notwendigen Bedingung. Die anderen Kriterien können als hinreichende Bedingungen bei der Abwägung einer Aufnahme der Aufgabe in die Liste der übergemeindlichen Aufgaben herangezogen werden, sofern die notwendige Bedingung (erstes Kriterium) erfüllt ist. Darüber hinaus werden unmittelbar aus übergemeindlichen Aufgaben abgeleitete Aufgaben ebenfalls als übergemeindliche Aufgaben eingeordnet.

Unter Anwendung der genannten Kriterien ergibt sich folgende Liste potenziell finanzausgleichsrelevanter übergemeindlicher Aufgaben in Schleswig-Holstein:

¹³ Bröthaler, J.; Sieber, L.; Schönböck, W., Maimer, A.; Bauer, H. (2002): Aufgabenorientierte Gemeindefinanzierung in Österreich : Befunde und Optionen. Springer Verlag: Wien.

Tabelle 4-1: Liste der potenziell finanzausgleichsrelevanten übergemeindlichen Aufgaben in Schleswig-Holstein

Abschnitt / Unterabschnitt	Bezeichnung des Aufgabenbereichs
213	Hauptschulen
215	Kombinierte Grund- u. Hauptschulen
216	Schulartunabhängige Orientierungsstufe
221	Realschulen
225	Kombinierte Haupt- u. Realschulen / Regionalschulen
23	Gymnasien, Kollegs (ohne berufliche Gymnasien)
244	Berufsschulen u. dgl.
245	Fachschulen u. dgl.
246	Fachoberschulen u. dgl.
27	Sonderschulen (Förderschulen)
281	Gesamtschulen (integrierte u. kooperative) / Gemeinschaftsschulen
285	Freie Waldorfschulen
31	Wissenschaft und Forschung
321	Nichtwissenschaftliche Museen, Sammlungen, Ausstellungen
323	Zoologische und Botanische Gärten
331	Theater
332	Musikpflege (ohne Musikschulen)
333	Musikschulen
350	Volkshochschulen
352	Büchereien
355	Sonstige Volksbildung
51	Krankenhäuser
54	Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen der Gesundheitspflege
55	Förderung des Sports
56	Eigene Sportstätten
57	Öffentliche Bäder
58	Park- und Gartenanlagen
63	Gemeindestraßen
65	Kreisstraßen
660	Bundesstraßen
665	Landesstraßen
670	Straßenbeleuchtung
675	Straßenreinigung
68	Parkeinrichtungen

Quelle: Eigene Zusammenstellung des NIW auf Basis der Verwaltungsvorschrift über die Gliederung kameraler Haushaltspläne der Gemeinden (Runderlass des Innenministeriums vom 11. September 2012).

Die in Tabelle 4-1 abgegrenzten Aufgaben sind in einigen wenigen Einzelplänen konzentriert. Namentlich handelt es sich um Teile der Einzelpläne 2, 3, 5 und 6. Im Schulbereich wurden die weiterführenden Schulen sowie die Berufs- und Förderschulen sowie verwandte Einrichtungen aufgenommen. Grundschulen zählen hingegen zu den Basisaufgaben. Gleiches gilt für die ebenfalls nicht berücksichtigten Tageseinrichtungen für Kinder. Ein Großteil des Einzelplans 3, insbesondere zoologische Gärten, Theater, Musikschulen, Volkshochschulen und Büchereien, zählt zu den übergemeindlichen Aufgaben. Im Einzelplan 5 treffen die oben genannten Kriterien auf die Krankenhäuser und andere Einrichtungen

und Maßnahmen der Gesundheitspflege, die Sportstätten, öffentliche Bäder sowie Park- und Gartenanlage zu. Im Einzelplan 6 wurde jeglicher Art von Straßen sowie den daraus abgeleiteten Aufgaben der Straßenbeleuchtung, Straßenreinigung und der Parkeinrichtungen ein übergemeindlicher Charakter zugesprochen. Diese Einordnung ergibt sich nicht daraus, dass in nicht-zentralen Orten keine Straßen oder deren Beleuchtung vorgehalten werden, sondern aus der Überlegung, dass die Straßen in zentralen Orten auch dazu dienen, dass die Einwohner des Verflechtungsbereichs die Angebote im zentralen Ort erreichen können. Da aufgrund der tageszeitlichen Schwankungen dieser Umlandverkehrs eine besonders leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur in den zentralen Orten vorgehalten werden muss, wird diese Aufgabe als abgeleitete übergemeindliche Aufgabe in die Liste aufgenommen.

Ein Vergleich mit den in Kapitel 3 vorgestellten Zuschussbedarfen macht deutlich, dass die kriteriengestützte Abgrenzung übergemeindlicher Aufgaben einem Vorgehen, dass die Aufgaben als übergemeindlich einstuft, die in zentralen Orten höhere Zuschussbedarfe hervorrufen, klar überlegen ist. Zum einen würden ansonsten viele ballungsraumspezifische Aufgaben wie der Brandschutz oder große Teile der sozialen Sicherung fälschlicherweise als übergemeindlich eingestuft werden. Zum anderen wäre die Abgrenzung übergemeindlicher Aufgaben von der Qualität des im Landesentwicklungsplan festgelegten zentralörtlichen Systems abhängig.

Die Förderung des Tourismus qualifiziert sich nach unseren Kriterien ebenfalls nicht als übergemeindliche Aufgabe. Hier werden Leistungen zwar für Einwohner erbracht, die nicht in der Gemeinde selbst wohnen, allerdings ist das Angebot nicht explizit und ausschließlich auf den Verflechtungsbereich ausgerichtet, sondern bedient eine landes-, bundes- oder sogar weltweite Nachfrage. Die Aufgabe ist daher den naturraumbezogenen Aufgaben zuzuordnen. Für die daraus der öffentlichen Hand entstehenden Kosten existieren außerdem Finanzierungsmechanismen, z. B. Kurtaxe.

Im Rahmen des Gutachtens wurden auch andere Möglichkeiten der Identifizierung übergemeindlicher Aufgaben diskutiert. Zum einen werden in der 42. Ausführungsanweisung für das Finanzausgleichsgesetz Beispiele für übergemeindliche Aufgaben genannt. Allerdings sind die Gutachter nach eingehender Prüfung zu der Ansicht gelangt, dass einerseits einige der dort genannten Aufgaben nicht den Kriterien für übergemeindliche Aufgaben entsprechen und andererseits einige aus unserer Sicht als übergemeindlich einzustufende Aufgaben dort nicht berücksichtigt sind.

Die Haushalts-Vorberichte der Gemeinden mit zentralörtlicher Einstufung, in denen aus der jeweiligen kommunalen Perspektive auf die wahrgenommenen zentralörtlichen Funktionen eingegangen wird, sind aus Sicht des Gutachters als Datenquelle für übergemeindliche Aufgaben und Zuschussbedarfe ebenfalls ungeeignet. Die Datenbasis besitzt erstens nicht wie die Rechnungsergebnisse einen amtlichen Charakter. Die Zusammenstellung folgt zweitens mehr oder weniger direkt der beispielhaften Auflistung übergemeindlicher Aufgaben der Ausführungsanweisung und ist daher nicht deckungsgleich mit der von uns genutzten Abgrenzung. Drittens wird darüber hinaus häufig einfach die Einwohnerzahl des Verflechtungsbereichs ins Verhältnis zur eigenen Einwohnerzahl gesetzt und daraus der übergemeindliche Anteil der Aufgabe errechnet. Aus unserer Sicht ist es allerdings zweifelhaft, ob die Einwohner des Verflechtungsbereichs tatsächlich alle Einrichtungen des zentralen Ortes mit der gleichen Intensität nutzen, wie die Einwohner des zentralen Ortes selbst. Genau dies wird durch die Bildung des Verhältnisses aber unterstellt.

4.2 Bewertung des übergemeindlichen Anteils an den übergemeindlichen Aufgaben

Auf Basis der im vorherigen Kapitel vorgenommenen Abgrenzung potenziell finanzausgleichsrelevanter übergemeindlicher Aufgaben wird in diesem Kapitel der übergemeindliche Anteil an den entsprechenden Aufgaben berechnet und bewertet. Die entscheidende Vorüberlegung bei unserem Vorgehen ist, dass sowohl zentrale als auch nicht-zentrale Orte Zuschussbedarfe für übergemeindliche Aufgaben

finanzieren. Als Beispiele sind zu nennen, dass es auch in nicht-zentralen Orten Straßen und Straßenbeleuchtung gibt und dass auch in nicht-zentralen Orten öffentliche Einrichtungen wie Büchereien oder Sportstätten vorgehalten werden. Allerdings ist davon auszugehen, dass zusätzlich zu einem Basisangebot in diesen Bereichen ein größeres oder stärker spezialisiertes Angebot in zentralen Orten vorgehalten wird. Der übergemeindliche Anteil an einer potenziell übergemeindlichen Aufgabe ergibt sich daher in den folgenden Berechnungen aus der Differenz zwischen dem Zuschussbedarf für übergemeindliche Aufgaben in zentralen Orten und dem Zuschussbedarf für diese Aufgaben in nicht-zentralen Orten.

Folgende Formel zeigt die Berechnung des Gewichts des übergemeindlichen Anteils an den übergemeindlichen Aufgaben:

$$m_g^{\text{ügA}} = \left(\frac{\sum_{KS_K}^{\text{ügA}} ZB}{EW_{KS}} - \frac{\sum_K^{\text{ügA}} ZB}{EW_K} \right) EW_{KS} + \left(\frac{\sum_{KSGem}^{\text{ügA}} ZB + \sum_{GemZO}^{\text{ügA}} ZB}{EW_{KS} + EW_{GemZO}} - \frac{\sum_{GemnZO}^{\text{ügA}} ZB}{EW_{GemnZO}} \right) (EW_{KS} + EW_{GemZO})$$

Das Gewicht der übergemeindlichen Aufgaben ergibt sich aus:

- den Zuschussbedarfen je Einwohner für übergemeindliche Kreisaufgaben in den Oberzentren (= kreisfreie Städte) abzüglich der entsprechenden Zuschussbedarfe je Einwohner der Kreise multipliziert mit der Einwohnerzahl der Oberzentren und
- den Zuschussbedarfen je Einwohner für übergemeindliche Gemeindeaufgaben in den Oberzentren (= kreisfreie Städte) und den übrigen Gemeinden mit zentralörtlicher Einstufung abzüglich der entsprechenden Zuschussbedarfen je Einwohner in Kommunen ohne zentralörtliche Einstufung multipliziert mit der Einwohnerzahl der Oberzentren und der übrigen Gemeinden mit zentralörtlicher Einstufung.

Die kreisfreien Städte können bei dieser Untersuchung als Gruppe behandelt werden, da sie in Schleswig-Holstein mit den Oberzentren deckungsgleich sind. Der Vergleich zwischen kreisfreien Städten (= Oberzentren) und Kreisen ist damit begründet, dass ein Kreis, der eine übergemeindliche Aufgabe wahrnimmt, bereits seinen gesamten Verflechtungsbereich umfasst – die Einwohner der kreisangehörigen Gemeinden des Kreises entsprechen den Einwohnern des „Verflechtungsbereichs“ des Kreises. Durch die Kreisumlage ist ihre Beteiligung an den Kosten der Erfüllung übergemeindlicher Kreisaufgaben bereits gewährleistet. Entsprechende Angebote in kreisfreien Städten (vor allem Berufsschulen) werden allerdings in hohem Maße von Einwohnern wahrgenommen, die nicht Einwohner der entsprechenden kreisfreien Stadt sind.

Bei diesem Vorgehen ist es durchaus möglich, dass die Erfüllung einer übergemeindlichen Aufgabe in zentralen Orten nicht teurer ist als in nicht-zentralen Orten. Aufgrund unseres Berechnungsschemas würde sich durch diese Aufgabe dann der Bedarf für übergemeindliche Aufgaben, der bei der Schlüsselmassenaufteilung angesetzt wird, verringern. Sollte dies z. B. im Bereich der Straßen und der Straßenbeleuchtung der Fall sein, würde dies zu einer geringeren Dotierung der Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben führen, da sich diese nur auf den übergemeindlichen Anteil an den potenziell übergemeindlichen Aufgaben bezieht, d. h. auf die Differenz der Zuschussbedarfe je Einwohner zwischen zentralen und nicht-zentralen Orten für das entsprechende Aufgabenbündel.

Es ist anzumerken, dass es dabei vorkommen kann, dass durch zusätzliche freiwillige Erfüllung potenziell übergemeindlicher Aufgaben in nicht-zentralen Orten die Differenz der Zuschussbedarfe zwischen zentralen und nicht-zentralen Orten geringer wird. Genauso können aber auch überdimensionierte Angebote in zentralen Orten zu einer Vergrößerung der Differenz führen. Beide Tatbestände sind empirisch allerdings nicht nachweisbar (s. Kapitel 3.2.3 zum Problem der Objektivierbarkeit), so dass in diesem Gutachten auf die Ist-Zuschussbedarfe zurückgegriffen wird. Dieses Vorgehen stellt vor allem dann kein Problem dar, wenn nicht auf kleine Gruppen von Kommunen oder einzelne Aufgaben abgestellt wird. Da in diesem Schritt alle zentralen Orte und alle übergemeindlichen Aufgaben gesamthaft

betrachtet werden, stellt sich nicht das Problem, dass sich Kommunen in gering besetzten Gruppen durch ihr Haushaltgebaren in einzelnen Aufgaben einen Vorteil im Finanzausgleich verschaffen können.

Tabelle 4-2: Zuschussbedarfe für übergemeindliche Aufgaben

Zuschussbedarfe für übergemeindliche Aufgaben	Zuschussbedarfe in Euro je Einwohner				
	2008	2009	2010	2011	2009 - 2011
Übergemeindliche Aufgaben im Verwaltungshaushalt	224,11	256,92	261,41	274,24	264,20
Kommunen mit zentralörtlicher Einstufung	207,87	219,59	211,31	219,31	216,74
darunter: kreisfreie Städte (Gemeindeaufgaben)	234,61	245,32	227,92	253,11	242,13
darunter: kreisangehörige Gemeinden	195,58	207,77	203,68	203,75	205,06
Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	146,22	159,64	169,07	169,04	165,91
<i>nachrichtlich: darunter Ämter</i>	<i>4,92</i>	<i>5,61</i>	<i>7,58</i>	<i>8,42</i>	<i>7,20</i>
kreisfreie Städte (Kreisaufgaben)	56,60	78,06	82,13	110,66	90,32
Landkreise	29,71	49,99	58,05	59,45	55,83
Übrige Aufgaben im Verwaltungshaushalt	687,96	758,18	758,62	778,95	765,26
Kommunen mit zentralörtlicher Einstufung	287,97	340,18	348,71	367,40	352,12
darunter: kreisfreie Städte (Gemeindeaufgaben)	287,18	379,91	387,03	404,21	390,41
darunter: kreisangehörige Gemeinden	288,34	321,94	331,09	350,45	334,51
Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	280,42	301,03	307,21	325,86	311,36
kreisfreie Städte (Kreisaufgaben)	595,95	627,00	646,81	628,86	634,22
Landkreise	348,91	375,89	360,89	367,75	368,18
Übergemeindliche Aufgaben im Vermögenshaushalt	89,54	79,45	85,34	60,86	75,21
Kommunen mit zentralörtlicher Einstufung	74,34	71,39	75,15	52,97	66,49
darunter: kreisfreie Städte (Gemeindeaufgaben)	44,16	33,87	35,19	15,64	28,21
darunter: kreisangehörige Gemeinden	88,20	88,62	93,52	70,16	84,09
Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	49,49	54,60	52,10	42,66	49,79
<i>nachrichtlich: Ämter</i>	<i>4,61</i>	<i>7,62</i>	<i>8,04</i>	<i>7,14</i>	<i>7,60</i>
kreisfreie Städte (Kreisaufgaben)	37,84	21,05	8,46	15,29	14,93
Landkreise	18,87	11,17	19,84	9,94	13,65
Übrige Aufgaben im Vermögenshaushalt	57,58	90,31	87,30	67,47	81,68
Kommunen mit zentralörtlicher Einstufung	47,92	83,69	79,06	59,32	74,01
darunter: kreisfreie Städte (Gemeindeaufgaben)	8,06	86,01	75,91	45,16	68,99
darunter: kreisangehörige Gemeinden	66,23	82,63	80,51	65,84	76,32
Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	88,51	78,00	78,25	84,97	80,40
kreisfreie Städte (Kreisaufgaben)	9,25	4,77	19,17	-12,63	3,75
Landkreise	-6,42	9,39	5,53	3,72	6,21

Quelle: eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein

Die Existenz einer faktischen Dopplung von Aufgaben durch zusätzliche Erfüllung übergemeindlicher Aufgaben in nicht-zentralen Orten erscheint plausibel. Der Finanzausgleich ist allerdings nicht dazu in der Lage, in Form einer Detailsteuerung des kommunalen Haushaltsgebarens solche Entwicklungen zu verhindern. Dadurch, dass er nur zentralen Orten Zuweisungen für übergemeindliche Aufgaben zur Verfügung stellt, honoriert er sie aber auch nicht mit zusätzlichen Schlüsselzuweisungen. Häufig ergeben sich diese Doppelungen auch, da in nicht-zentralen Orten eine Grundversorgung in einigen Aufgabenbereichen vorgehalten wird. So unterhalten auch nicht-zentrale Orte Bibliotheken und Sportanlagen. Ob diese jedoch einen Umfang oder einen Spezialisierungsgrad erreicht haben, wie er nur in

zentralen Orten vorzuhalten wäre, lässt sich anhand der Rechnungsergebnisse nicht feststellen. Im Rahmen des Gutachtens ist eine Differenzierung der Aufgaben in einer Form, die für eine qualitative Bewertung des Umfangs der Aufgabenerfüllung nötig wäre, nicht möglich.

In Tabelle 4-2 wird nun dargestellt, wie hoch die Zuschussbedarfe in Euro je Einwohner für übergemeindliche Aufgaben in Orten mit und ohne zentralörtliche Einstufung sind. Insgesamt entfallen knapp 28 % aller Zuschussbedarfe der schleswig-holsteinischen Kommunen auf übergemeindliche Aufgaben entsprechend der Abgrenzung aus Tabelle 4-1. Davon ist allerdings, wie in der weiter oben gezeigten Formel deutlich wird, nur ein deutlich geringerer Teil als tatsächlich übergemeindlicher Anteil zu bewerten. Aus den Werten wird allerdings bereits deutlich, dass die Zuschussbedarfe für übergemeindliche Aufgaben in Kommunen mit zentralörtlicher Einstufung deutlich höher sind als in Kommunen ohne zentralörtliche Einstufung.

Tabelle 4-3: **Übergemeindlicher Anteil an den potenziell übergemeindlichen Aufgaben**

Übergemeindlicher Anteil an den potenziell übergemeindlichen Aufgaben, Jahresdurchschnitt 2009 - 2011		Zuschussbedarfe in Euro je Einwohner	Einwohner	Zuschussbedarfe in Euro
Übergemeindliche Aufgaben im Verwaltungshaushalt		264,20	2.832.316	748.290.389
1 - 4	Übergemeindlicher Anteil der potenziell übergemeindlichen Gemeindeaufgaben	50,83	1.949.338	99.076.198
2 - 4	darunter: kreisfreie Städte (Gemeindeaufgaben)	76,21	613.970	46.793.721
3 - 4	darunter: kreisangehörige Gemeinden	39,15	1.335.368	52.282.477
5 - 6	Übergemeindlicher Anteil der potenziell übergemeindlichen Kreisaufgaben	34,49	613.970	21.174.266
1	Kommunen mit zentralörtlicher Einstufung	216,74	1.949.338	422.494.959
2	darunter: kreisfreie Städte (Gemeindeaufgaben)	242,13	613.970	148.658.790
3	darunter: kreisangehörige Gemeinden	205,06	1.335.368	273.836.169
4	Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	165,91	882.979	146.496.870
5	kreisfreie Städte (Kreisaufgaben)	90,32	613.970	55.451.360
6	Landkreise	55,83	2.218.346	123.847.201
Übergemeindliche Aufgaben im Vermögenshaushalt		75,21	2.832.316	213.015.183
7 - 10	Übergemeindlicher Anteil der potenziell übergemeindlichen Gemeindeaufgaben	16,70	1.949.338	32.550.363
8 - 10	darunter: kreisfreie Städte (Gemeindeaufgaben)	-21,58	613.970	-13.248.188
9 - 10	darunter: kreisangehörige Gemeinden	34,30	1.335.368	45.798.550
11 - 12	Übergemeindlicher Anteil der potenziell übergemeindlichen Kreisaufgaben	1,28	613.970	787.403
7	Kommunen mit zentralörtlicher Einstufung	66,49	1.949.338	129.612.319
8	darunter: kreisfreie Städte (Gemeindeaufgaben)	28,21	613.970	17.322.775
9	darunter: kreisangehörige Gemeinden	84,09	1.335.368	112.289.544
10	Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	49,79	882.979	43.965.516
11	kreisfreie Städte (Kreisaufgaben)	14,93	613.970	9.165.671
12	Landkreise	13,65	2.218.346	30.271.676

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle 4-3 zeigt auf Basis der genannten Ergebnisse, wie groß der übergemeindliche Anteil an den potenziell finanzausgleichsrelevanten übergemeindlichen Aufgaben in absoluten Euro-Werten ist. Die-

ser Wert wird als Massengewicht für die Berechnung des Aufteilungsverhältnisses in Kapitel 5 genutzt werden. Auf die in der Tabelle nochmals gezeigten Werte aus Tabelle 4-2 wird die Formel zur Berechnung im oberen Teil der Tabelle angewandt. Daher sind neben den Werten in Euro je Einwohner auch die Einwohnerzahlen dargestellt.

Im Verwaltungshaushalt ergibt sich der übergemeindliche Anteil an den potenziell übergemeindlichen Gemeindeaufgaben von 50,83 Euro je Einwohner aus der Differenz von 216,74 Euro je Einwohner in den Kommunen mit zentralörtlicher Einstufung und den 165,91 Euro je Einwohner in den Kommunen ohne zentralörtliche Einstufung. Entsprechend ergibt sich der übergemeindliche Anteil an den potenziell übergemeindlichen Kreisaufgaben in Höhe von 34,49 Euro je Einwohner durch die Differenz aus 90,32 Euro je Einwohner in den Oberzentren (kreisfreie Städte) und 55,83 Euro in den Kreishaushalten.

Aus der Multiplikation der entsprechenden Differenzen mit den Einwohnerzahlen in Kommunen mit zentralörtlicher Einstufung (1.949.338 Einwohner in allen Kommunen mit zentralörtlicher Einstufung bzw. 613.970 Einwohner in den Oberzentren) ergibt sich der übergemeindliche Anteil an den Zuschussbedarfen für übergemeindliche Aufgaben. Die Berechnungen für den Vermögenshaushalt folgen dem gleichen Muster.

In der Summe der Verwaltungs- und Vermögenshaushalte beträgt das Teilmassengewicht für übergemeindliche Gemeindeaufgaben etwa 130 Mio. Euro und für übergemeindliche Kreisaufgaben etwa 22 Millionen Euro.

Diese beiden Größen erhalten erst durch die Gegenüberstellung mit den übrigen Zuschussbedarfen in Kapitel 5 eine Aussagekraft, da erst dann ihr Umfang im Verhältnis zu den übrigen Zuschussbedarfen bewertet werden kann. Die Ergebnisse dieser Berechnungen werden darüber hinaus in Kapitel 6 aufgegriffen, in dem die Binnenaufteilung der Zuweisungen für übergemeindliche Aufgaben auf die verschiedenen Kategorien zentraler Orte vorgenommen wird.

5 Prozentuale Aufteilung der Teilmassen

Dieses Kapitel widmet sich dem zentralen Bestandteil des Gutachtens: dem prozentualen Aufteilungsverhältnis der Teilmassen. Zunächst werden alle für die Teilmassenbildung notwendigen Größen hergeleitet und erläutert. Darauf aufbauend werden Berechnungen für das Zwei-Ebenen- und das Drei-Säulen-Modell durchgeführt. Abschließend wird innerhalb der Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben ein Vorschlag für die Binnenaufteilung nach zentralörtlicher Einstufung vorgenommen.

5.1 Relevante Größen für die Teilmassenbildung

Zur Berechnung der prozentualen Aufteilungsverhältnisse der Teilmassen kommen die in Kapitel 3.2.2 vorgestellten Formeln zur Anwendung. Dazu ist es notwendig, die entsprechenden Werte für die dabei genutzten Größen zu bestimmen. Eine Übersicht der für die Berechnung genutzten Grundlagen findet sich am Ende dieses Kapitels in Tabelle 5-3. Für alle Berechnungen wird, wie in Kapitel 2.1 erläutert, der Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2011 genutzt.

Zunächst werden die in Kapitel 2.4 analysierten Zuschussbedarfe benötigt, die nach Gruppen von Gebietskörperschaften (Drei-Säulen-Modell) und Aufgabenbezug (Kreis- und Gemeindeaufgaben, Zwei-Ebenen-Modell) zusammengefasst werden. Zusätzlich zu den gesamten Zuschussbedarfen in den Einzelplänen 0 bis 8 wird auf Basis der Berechnungen in Kapitel 4 der übergemeindliche Teil der Zuschussbedarfe separat ausgewiesen. Hier wird zwischen Oberzentren (kreisfreien Städten) und übrigen zentralen Orten unterschieden sowie zwischen übergemeindlichen Gemeindeaufgaben (in allen zentralen Orten) und übergemeindlichen Kreisaufgaben (nur in Oberzentren bzw. kreisfreien Städten). Die Binnendifferenzierung zwischen Orten unterschiedlicher zentralörtlicher Einstufung erfolgt erst in Kapitel 5.4. Die Datengrundlagen für diese Berechnungen entstammen den Rechnungsergebnissen der schleswig-holsteinischen Kommunen.

Die Zuschussbedarfe werden um ausgewählte allgemeine Deckungsmittel gekürzt. Für die Gemeindeaufgaben im Zwei-Ebenen-Modell bzw. für die Gemeinden und kreisfreien Städte im Drei-Säulen-Modell sind dies die Steuerkraftmesszahlen. Diese werden anstelle der Steuereinnahmen genutzt, um verzerrende Wirkungen aufgrund unterschiedlicher Anspannung der Hebesätze auszublenden und um ein mit anderen Elementen des Finanzausgleichs wie z. B. der Finanzkraftbestimmung konsistentes Vorgehen zu gewährleisten. Dafür wird auf die im Statistischen Bericht L II 7 für die Jahre 2009, 2010 und 2011 ausgewiesenen Steuerkraftmesszahlen zurückgegriffen.

Zu den bei der Massenaufteilung zu berücksichtigenden allgemeinen Deckungsmitteln zählt ebenfalls die Kreisumlage. In Tabelle 5-1 werden die Kreisumlagezahlungen und die Kreisumlagesätze der schleswig-holsteinischen Kreise dargestellt. Die Kreisumlage ist die wesentliche eigene Einnahmequelle der Kreise und wird bei ihnen in gleicher Weise von den Zuschussbedarfen abgezogen wie die Steuerkraftmesszahlen auf der Gemeindeebene. Bei der Berechnung für ein Drei-Säulen-Modell wird das Ist-Aufkommen an Kreisumlage bei den Kreisen von den Zuschussbedarfen abgezogen und bei den kreisangehörigen Gemeinden hinzuaddiert, da diese die Kreisumlage aus ihren allgemeinen Deckungsmitteln finanzieren. Im Zwei-Ebenen-Modell ist es notwendig, analog zur Aufteilung der Zuschussbedarfe der kreisfreien Städte auch eine fiktive Kreisumlage innerhalb der kreisfreien Städte zu berechnen. Hierzu wird der durchschnittliche Kreisumlagesatz im kreisangehörigen Raum von 35,58 % für den Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2011 auf die Umlagegrundlagen der kreisfreien Städte (Steuerkraftmesszahl und Gemeindeschlüsselzuweisungen) angewandt. Der Rückgriff auf das Ist-Aufkommen aus der Kreisumlage unter Nutzung des aktuellen durchschnittlichen Kreisumlagesatzes macht deutlich, dass durch die Neuberechnung der Aufteilungsverhältnisse zwischen den Teilmassen per se keine Anpassung der Kreisumlagesätze nach oben oder nach unten impliziert wird.

Tabelle 5-1: Kreisumlage in Schleswig-Holstein, 2009 bis 2011

Kreisumlage in Euro	2009	2010	2011	2009-2011
Dithmarschen	40.502.306	40.455.209	37.075.684	39.344.400
Herzogtum Lauenburg	53.624.306	54.386.020	50.917.961	52.976.096
Nordfriesland	55.276.655	56.390.623	55.524.342	55.730.540
Ostholstein	55.006.698	55.367.559	51.621.563	53.998.607
Pinneberg	101.419.545	105.619.354	101.740.143	102.926.347
Plön	35.961.499	38.219.563	34.608.354	36.263.139
Rendsburg-Eckernförde	67.750.705	65.869.515	61.094.172	64.904.797
Schleswig-Flensburg	52.930.439	53.859.384	52.123.277	52.971.033
Segeberg	82.186.161	79.913.490	79.189.179	80.429.610
Steinburg	44.675.738	43.329.303	35.307.715	41.104.252
Stormarn	81.569.553	84.151.387	78.106.280	81.275.740
Kreise insgesamt	670.903.604	677.561.406	637.308.670	661.924.560

Kreisumlagesatz in %	2009	2010	2011	2009-2011
Dithmarschen	37,00	37,00	37,00	37,00
Herzogtum Lauenburg	36,40	36,40	36,40	36,40
Nordfriesland	35,50	35,50	35,575	35,52
Ostholstein	35,00	35,00	35,00	35,00
Pinneberg	37,75	39,00	39,00	38,58
Plön	33,00	35,00	35,00	34,31
Rendsburg-Eckernförde	31,00	31,00	31,00	31,00
Schleswig-Flensburg	35,00	35,00	36,32	35,42
Segeberg	36,00	36,00	37,50	36,48
Steinburg	33,00	33,00	33,00	33,00
Stormarn	36,75	36,75	36,75	36,75
Kreise insgesamt	35,26	35,58	35,91	35,58

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein.

Als weiterer Betrag werden diejenigen aufgabenbezogenen Kostenerstattungen zum Abzug gebracht, die nicht in den Einzelplänen 0 bis 8 verbucht werden. In Schleswig-Holstein betrifft dies lediglich die Untergruppe 092 (Erstattung von Kosten aus der Umsetzung des 4. Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt). Diese inhaltlich dem Unterabschnitt 482 zugehörige Kostenerstattung wird im Einzelplan 9 verbucht. Ihr Betrag ist den Rechnungsergebnissen entnommen und wird getrennt für kreisfreie Städte und Kreise ausgewiesen.

Als letzte relevante Größe für die Berechnung der Teilmassen werden die Zuschussbedarfe für Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII, 4. Kapitel) ausgewiesen. Die Kosten für diese Aufgabe werden ab 2014 vollständig vom Bund übernommen, so dass sie bei der Erarbeitung eines Vorschlags für das FAG 2015 nicht mehr berücksichtigt werden müssen. Das hier genutzte Vorgehen zur Herausrechnung der Kosten für die Erfüllung einer Aufgabe, die nicht mehr von der kommunalen Ebene finanziert wird, steht darüber hinaus exemplarisch für eine Möglichkeit der dynamischen Anpassung der Aufteilungsverhältnisse im Falle weiterer Veränderungen im Bestand der durch die kommunale Ebene zu finanzierenden Aufgaben in der Zukunft.

Tabelle 5-2: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII, 4. Kapitel)	2009	2010	2011	2009-2011
Nettoausgaben für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	159.136.046	166.690.410	178.312.053	168.046.170
Erstattungen an Kreise und Gemeinden in Verbindung mit §§ 41 ff. SGB XII	50.887.500	54.522.800	55.117.000	53.509.100
Zuschussbedarf für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	108.248.546	112.167.610	123.195.053	114.537.070

Quelle für Nettoausgaben: Statistischer Bericht des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein K I 1 - j/09 bis j/11, Teil 1, Die Sozialhilfe in Hamburg und Schleswig-Holstein 2011.

Quelle für Erstattungen: Landeshaushaltsplan des Landes Schleswig-Holstein für die Haushaltsjahre 2011/2012

Das Vorgehen bei der Bestimmung der Zuschussbedarfe für die Grundsicherung nach SGB XII, 4. Kapitel wird in Tabelle 5-2 dargestellt. Problematisch ist an dieser Stelle, dass die entsprechenden Zuschussbedarfe in doppisch buchenden Kommunen datentechnisch nicht mehr von anderen Bereichen des SGB XII getrennt werden können. Die einzelnen Kapitel des SGB XII werden in der Doppik auf Ebene der 4-Steller verbucht. Die Meldung der Haushaltsdaten an das statistische Amt erfolgt allerdings nur auf der Ebene von 3-Stellern. Daher wurden in Tabelle 5-2 Daten des Statistischen Berichts K I 1 für die Jahre 2009, 2010 und 2011 und des Landeshaushalts (Haushaltsjahre 2009/2010 und 2011/2012) verknüpft. Im Statistischen Bericht K I 1 sind die Nettoausgaben für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung enthalten. Diese entsprechen den Bruttoausgaben abzüglich der aufgabenbezogenen Einnahmen ohne die gezahlten Erstattungen durch Bund und Land. Um von den Nettoausgaben auf die Zuschussbedarfe zu kommen, müssen diese Erstattungen noch zum Abzug gebracht werden. Die entsprechenden Werte finden sich im Haushaltsplan des Landes Schleswig-Holstein bei den Erstattungen an Kreise und Gemeinden in Verbindung mit §§ 41 ff. SGB XII. Für die Berechnungen werden, für das Drei-Säulen-Modell wiederum getrennt nach Kreisen und kreisfreien Städten, auch hier die Jahresdurchschnitte 2009 bis 2011 genutzt.

Tabelle 5-3 zeigt eine Gesamtübersicht der Datengrundlagen für die Berechnung der prozentualen Aufteilungsverhältnisse. Nachrichtlich sind im unteren Teil der Tabelle die bisherigen Zahlungen an Schlüsselzuweisungen für den Jahresdurchschnitt 2009 bis 2011 aufgeführt. Von diesen wurde lediglich für die Berechnung der fiktiven Kreisumlage der kreisfreien Städte der Wert für die Schlüsselzuweisungen für Gemeindeaufgaben an die kreisfreien Städte benötigt, da diese auch im kreisangehörigen Raum Bestandteil der Umlagegrundlagen für die Kreisumlage sind.

Tabelle 5-3: Datengrundlagen zur Berechnung der Massenaufteilung

Zuschussbedarfe in den Verwaltungs- und Vermögenshaushalten der Einzepläne 0 bis 8		2009-2011 in Euro	Quelle
1	kreisangehörige Gemeinden	1.471.108.043	GFR, eigene Berechnung
2	Kreise	984.645.874	GFR, eigene Berechnung
3	kreisfreie Städte	904.349.033	GFR, eigene Berechnung
3a	davon für Gemeindeaufgaben	448.411.494	GFR, eigene Berechnung
3b	davon für Kreisaufgaben	455.937.538	GFR, eigene Berechnung
4	übergemeindlicher Teil der Gemeindeaufgaben	131.626.561	GFR, eigene Berechnung
4a	davon in Oberzentren	33.545.533	GFR, eigene Berechnung
4b	davon in den übrigen zentralen Orten	98.081.028	GFR, eigene Berechnung
5	übergemeindlicher Teil der Kreisaufgaben	21.961.669	GFR, eigene Berechnung
Summe der Steuerkraftmesszahlen			
6	Kreisfreie Städte	410.314.295	Statistischer Bericht L II 7
7	Kreisangehörige Gemeinden	1.672.881.112	Statistischer Bericht L II 7
Kreisumlage			
8	Ist-Aufkommen an Kreisumlage im kreisangehörigen Raum	661.924.560	Daten des MI
9	Fiktive Kreisumlage der kreisfreien Städte	171.282.581	berechnet: 12 x (6 + 13a)
Aufgabenbezogene Kostenerstattungen im Einzelplan 9			
10	GR 092 - Umsetzung des 4. Gesetzes f. mod. DL am Arb.markt	43.915.469	GFR, eigene Berechnung
10a	davon an kreisfreie Städte	19.921.233	GFR, eigene Berechnung
10b	davon an Kreise	23.994.236	GFR, eigene Berechnung
Zuschussbedarfe für Grundsicherung nach SGB XII, 4. Kapitel			
11	Kreise und kreisfreie Städte	114.537.070	Stat. Bericht K I 1, Landes-HH
11a	davon kreisfreie Städte	44.053.428	Stat. Bericht K I 1, Landes-HH
11b	davon Kreise	70.483.642	Stat. Bericht K I 1, Landes-HH
Größen zur Berechnung der Kreisumlage		2009-2011	
12	Kreisumlagesatz (in %)	35,58	Daten des MI
13	Gemeindeschlüsselzuweisungen	384.271.667	Statistischer Bericht L II 9
13a	davon an kreisfreie Städte	71.087.000	Statistischer Bericht L II 9
13b	davon an kreisangehörige Gemeinden	313.184.667	Statistischer Bericht L II 9
14	Kreisschlüsselzuweisungen	446.301.000	Statistischer Bericht L II 9
14a	davon an kreisfreie Städte	187.491.000	Statistischer Bericht L II 9
14b	davon an Kreise	258.810.000	Statistischer Bericht L II 9
15	Zuweisungen für übergemeindliche Aufgaben	104.851.000	Statistischer Bericht L II 9
15a	davon an Oberzentren	47.183.000	Statistischer Bericht L II 9
15b	davon an übrige zentrale Orte	57.668.000	Statistischer Bericht L II 9
16	Finanzausgleichsumlage (nur kreisangehörige Gemeinden)	32.684.000	Statistischer Bericht L II 9

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW auf Basis von Daten aus verschiedenen Quellen.

5.2 Teilmassenbildung im Zwei-Ebenen-Modell

In diesem Kapitel werden die im vorangegangenen Kapitel beschriebenen Werte entsprechend der Formeln aus Kapitel 3.2.2 zunächst für ein Zwei-Ebenen-Modell wie im bisherigen schleswig-holsteinischen Finanzausgleich miteinander verrechnet. Die Zahlen in der linken Spalte der Tabelle 5-4 korrespondieren dabei mit den Zahlen in der linken Spalte der Tabelle 5-3. Sie erleichtern das Auffinden der genutzten Werte und erhöhen die Nachvollziehbarkeit der Berechnungen. Es wird jeweils das Aufteilungsverhältnis im FAG 2011, die Neuberechnung ohne Abzug der Zuschussbedarfe für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die Neuberechnung unter Berücksichtigung der Kostenübernahme durch den Bund in diesem Bereich ab 2014 dargestellt.

5.2.1 Prozentuales Aufteilungsverhältnis der Teilmassen

Im Zwei-Ebenen-Modell werden wie im bisherigen schleswig-holsteinischen FAG drei Teilmassen gebildet: eine Teilmasse für Gemeindeaufgaben, eine für Kreisaufgaben und eine für übergemeindliche Aufgaben. An dieser Stelle werden außerdem alle Werte des bisherigen FAG berechnet ohne Vorschläge für weiterführende strukturelle Veränderungen zu machen. Veränderungen in der bisherigen Struktur werden in Kapitel 6 diskutiert und in den zusammenfassenden Handlungsempfehlungen abschließend bewertet.

In Tabelle 5-4 werden zunächst die absoluten Gewichte der Teilmassen berechnet. Aus dem Vergleich der Teilmassengewichte miteinander ergeben sich die relativen Gewichte, die dem prozentualen Aufteilungsverhältnis entsprechen. Erst aus der Anwendung der relativen Gewichte auf die gesamte Schlüsselmasse können die tatsächlichen Schlüsselzuweisungen für die einzelnen Ebenen ermittelt werden und Vergleiche mit dem bisherigen Aufteilungsverhältnis durchgeführt werden.

Die Teilmasse für Gemeindeaufgaben ergibt sich aus der Addition der Zuschussbedarfe im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt der kreisangehörigen Gemeinden und der entsprechenden Werte für Gemeindeaufgaben in den Haushalten der kreisfreien Städte abzüglich des übergemeindlichen Anteils an diesen Zuschussbedarfen für Gemeindeaufgaben. Außerdem werden die Steuerkraftzahlen abgezogen und die Kreisumlagezahlungen hinzuaddiert. Daraus ergibt sich ein absolutes Gewicht der Teilmasse von 537.904.710 Euro.

Die Teilmasse für Kreisaufgaben ergibt sich aus der Addition der Zuschussbedarfe im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt der Kreise und der entsprechenden Werte für Kreisaufgaben in den Haushalten der kreisfreien Städte abzüglich des übergemeindlichen Anteils an diesen Zuschussbedarfen für Kreisaufgaben. Außerdem werden die Kreisumlageeinnahmen sowie die Kostenerstattungen im Einzelplan 9 (Untergruppe 092) abgezogen. In der Berechnung unter Berücksichtigung der Übernahme der Vollkosten aus der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund wird dieser Wert ebenfalls von den Zuschussbedarfen für Kreisaufgaben abgezogen. Daraus ergibt sich ein absolutes Gewicht der Teilmasse von 541.499.133 inkl. SGB XII, 4. Kapitel bzw. 426.962.063 Euro abzgl. SGB XII, 4. Kapitel.

Die Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben ergibt sich aus den übergemeindlichen Anteilen an den Zuschussbedarfen, die in den beiden zuvor genannten Teilmassen zum Abzug gebracht worden sind. Ein Abzug der Steuerkraftmesszahl erfolgt hier nicht, da die Schlüsselzuweisungen für übergemeindliche Aufgaben finanzkraftunabhängig gewährt werden (siehe Erläuterung in Kapitel 4). Insgesamt beträgt das absolute Gewicht dieser Teilmasse 153.588.230.

Tabelle 5-4: Aufteilung der Teilmassen im Zwei-Ebenen-Modell

Aufteilung der Teilmassen im Zwei-Ebenen-Modell		ohne SGB XII, 4. Kapitel	mit SGB XII, 4. Kapitel	FAG 2011
<u>Teilmasse für Gemeindeaufgaben</u>				
1	Zuschussbedarf Verwaltungs- und Vermögenshaushalt der Einzelpläne 0 bis 8, <i>kreisangehörige Gemeinden</i>	1.471.108.043		
+ 3a	Zuschussbedarf Verwaltungs- und Vermögenshaushalt der Einzelpläne 0 bis 8, <i>Gemeindeaufgaben der kreisfreien Städte</i>	448.411.494		
- 4	übergemeindlicher Teil der Gemeindeaufgaben	131.626.561		
	<i>Zwischensumme</i>	<i>1.787.892.976</i>		
- 6	Steuerkraftmesszahlen der kreisfreien Städte	410.314.295		
- 7	Steuerkraftmesszahlen der kreisangehörigen Gemeinden	1.672.881.112		
+ 8	Ist-Aufkommen an Kreisumlage im kreisangehörigen Raum	661.924.560		
+ 9	fiktive Kreisumlage der kreisfreien Städte	171.282.581		
	Gewicht der Teilmasse für Gemeindeaufgaben	537.904.710	537.904.710	
<u>Teilmasse für Kreisaufgaben</u>				
2	Zuschussbedarf Verwaltungs- und Vermögenshaushalt der Einzelpläne 0 bis 8, <i>Kreise</i>	984.645.874		
+ 3b	Zuschussbedarf Verwaltungs- und Vermögenshaushalt der Einzelpläne 0 bis 8, <i>Kreisaufgaben der kreisfreien Städte</i>	455.937.538		
- 5	übergemeindlicher Teil der Kreisaufgaben	21.961.669		
	<i>Zwischensumme</i>	<i>1.418.621.743</i>	1.418.621.743	
- 8	Ist-Aufkommen an Kreisumlage im kreisangehörigen Raum	661.924.560	661.924.560	
- 9	fiktive Kreisumlage der kreisfreien Städte	171.282.581	171.282.581	
- 10	Aufgabenbezogene Kostenerstattung im Einzelplan 9 (GR 092)	43.915.469	43.915.469	
- 11	Zuschussbedarfe für Grundsicherung nach SGB XII, 4. Kapitel	114.537.070		
	Gewicht der Teilmasse für Kreisaufgaben	426.962.063	541.499.133	
<u>Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben</u>				
4	übergemeindlicher Teil der Gemeindeaufgaben	131.626.561		
+ 5	übergemeindlicher Teil der Kreisaufgaben	21.961.669		
	Gewicht der Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben	153.588.230	153.588.230	
<u>Aufteilungsverhältnis der Schlüsselmasse auf Basis der Gewichte der Teilmassen</u>				
Teilmasse für Gemeindeaufgaben		48,09%	43,63%	40,00%
Teilmasse für Kreisaufgaben		38,17%	43,92%	48,59%
Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben		13,73%	12,46%	11,41%
<u>Festes Aufteilungsverhältnis zwischen kreisfreien Städten und Kreisen wie im aktuellen FAG</u>				
Gewicht der kreisfreien Städte in der Teilmasse für Kreisaufgaben		198.718.627	242.772.055	
Gewicht der Kreise in der Teilmasse für Kreisaufgaben		228.243.436	298.727.077	
Anteil kreisfreie Städte an der Teilmasse für Kreisaufgaben		46,54%	44,83%	42,00%
Anteil Kreise an der Teilmasse für Kreisaufgaben		53,46%	55,17%	58,00%

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Aus der Gegenüberstellung der drei absoluten Teilmassengewichte ergeben sich die in Tabelle 5-4 dargestellten Aufteilungsverhältnisse für die Teilmassen. Unter Berücksichtigung der Zuschussbedarfe für das 4. Kapitel des SGB XII verschieben sich die Teilmassengewichte im Vergleich zum aktuellen FAG leicht zugunsten der Aufgaben der Gemeindeebene. Diese profitiert zum einen von einem Anstieg des Anteils der Schlüsselmasse für Gemeindeaufgaben von 40,00 % auf 43,63 % als auch einem Anstieg des Anteils der Teilmasse für übergemeindliche Aufgabe von 11,41 % auf 12,46 %. Der Abzug der Zuschussbedarfe für das 4. Kapitel des SGB XII resultiert schließlich in einer weiteren Verschiebung der Verhältnisse zugunsten der Gemeindeebene. Der Anteil der Teilmasse für Kreisaufgaben sinkt auf 38,17 %, während die Teilmasse für Gemeindeaufgaben auf 48,09 % anwächst, diejenige für übergemeindliche Aufgaben auf 13,73 %.

Im bisherigen FAG wird nach § 12 Abs. 1 FAG innerhalb der Teilmasse für Kreisaufgaben zusätzlich ein festes Aufteilungsverhältnis zwischen den Kreisen und den kreisfreien Städten bestimmt. Dieses feste Aufteilungsverhältnis wird berechnet, indem die Teilmasse für Kreisaufgaben nochmals in die auf die Kreise bzw. kreisfreien Städte entfallenden Anteile getrennt werden. Dafür sind in Tabelle 5-3 ebenfalls alle relevanten Werte entsprechend differenziert dargestellt worden. Das feste Aufteilungsverhältnis verschiebt sich leicht zugunsten der kreisfreien Städte. Unter Berücksichtigung der Zuschussbedarfe für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ergibt sich nur noch ein Verhältnis von 55,17 % zu 44,83 % zugunsten der Kreise anstelle von 58,00 % zu 42,00 %. Ohne Berücksichtigung der Zuschussbedarfe für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sinkt der Anteil der Kreise sogar auf 53,46 % und der Anteil der kreisfreien Städte steigt auf 46,54 %. In Kapitel 6.1 werden zusätzlich die Implikationen eines festen Aufteilungsverhältnisses diskutiert und ein Vorschlag erarbeitet, wie mit diesem Aspekt in Zukunft verfahren werden könnte.

Auch in anderen Bundesländern, die ein Zwei-Ebenen-Modell nutzen, ergeben sich Aufteilungsverhältnisse zwischen den Teilmassen für Kreis- und Gemeindeaufgaben. Allerdings sind länderübergreifende Vergleiche dieser Parameter aufgrund der Vielzahl von Unterschieden in den Rahmenbedingungen nur schwer möglich. So haben unterschiedliche Kreisumlagesätze, Aufgabenverteilungen zwischen Kreis- und Gemeindeebene, Kreisumlagesätzen, Raum- und Wirtschaftsstrukturen etc. einen Einfluss auf die Massenaufteilung. Dennoch seien hier der Vollständigkeit halber folgende Zahlen aus anderen Ländern genannt:

Im Vergleich zu einem kürzlich durch das NIW angefertigten Gutachten für den kommunalen Finanzausgleich des Freistaates Thüringen (Cordes et al. 2012a) fällt das Aufteilungsverhältnis für Schleswig-Holstein für die Kreisebene günstiger aus. In Thüringen entfielen unter Nutzung einer vergleichbaren Methodik 66 % der Schlüsselzuweisungen auf die Gemeindeebene und 34 % auf die Kreisebene. Die Berechnungen wurden damals noch unter Berücksichtigung der Zuschussbedarfe für das 4. Kapitel des SGB XII durchgeführt, so dass sie mit dem Anteil für Gemeinde- und übergemeindliche Aufgaben in Höhe von 56,09 % (43,63 % + 12,46 %) und 43,92 % für die Kreisebene aus Tabelle 5-4 korrespondieren. Der höhere Anteil für Gemeindeaufgaben in Thüringen erklärt sich aus den höheren Zuweisungen für Kosten der sozialen Sicherung in den neuen Bundesländern, die die Zuschussbedarfe der Kreisebene senken und den höheren Investitionsausgaben, die vor allem in den Gemeindeaufgaben anfallen und den entsprechenden Zuschussbedarf erhöhen.

In Niedersachsen, das seit vielen Jahren ein Zwei-Ebenen-Modell nutzt, sind die Massen für Kreis- und Gemeindeaufgaben in etwa gleich groß.

Die tatsächlichen fiskalischen Wirkungen der Verschiebungen, die sich aus der oben berechneten Aufteilung ergibt, lassen sich allerdings erst beurteilen, wenn die Gesamteinnahmen der einzelnen Ebenen betrachtet werden. Dies geschieht im folgenden Kapitel.

5.2.2 Vergleich mit dem FAG 2011

Für einen Vergleich des neuen Aufteilungsverhältnisses mit dem FAG 2011 ist es zum einen nötig, die prozentualen Aufteilungsverhältnisse auf die Schlüsselmasse anzuwenden. Zum anderen muss die Veränderung der Kreisumlage berücksichtigt werden, die von einer Veränderung der Gemeindegemeinschaftszuweisungen betroffen ist, da diese einen Teil der Umlagegrundlagen darstellen. Eine Verschiebung des Aufteilungsverhältnisses zugunsten der Gemeindeebene wird daher zum Teil durch höhere Kreisumlagezahlungen aufgefangen.

Tabelle 5-5 zeigt die Veränderungen der Einnahmen der Kreis- und der Gemeindeebene, die sich durch die Umstellung des Aufteilungsverhältnisses ergeben würden. Vor Abzug der Zuschussbedarfe für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ergibt sich ein Verlust der Kreisebene in Höhe von ca. 27,5 Millionen Euro, die Gemeindeebene wird in entsprechender Weise gestärkt. Wenn die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum Abzug gebracht wird, erhöht sich die Verschiebung zugunsten der Gemeindeebene auf ca. 61,4 Millionen Euro.

Der Verlust der Kreisebene durch Umstellung des Aufteilungsverhältnisses (minus 61,4 Millionen Euro) fällt damit jedoch deutlich geringer aus als die Entlastung durch die Vollkostenübernahme des Bundes im Bereich 4. Kapitel SGB XII (plus 114,5 Millionen Euro). Genaue Wirkungen für einzelne Kreise und kreisfreie Städte lassen sich jedoch nur durch Proberechnungen bestimmen.¹⁴

Tabelle 5-5: Veränderung der Einnahmesituation auf der Gemeinde- und Kreisebene

<u>Aufteilung der Teilmassen im Zwei-Ebenen-Modell</u>	ohne SGB XII, 4. Kapitel	mit SGB XII, 4. Kapitel	FAG 2011
Veränderung der Einnahmesituation auf der Gemeinde- und Kreisebene			
Schlüsselzuweisungen 2011	814.204.600	814.204.600	814.204.600
Teilmasse für Gemeindeaufgaben	391.579.892	355.204.627	325.681.840
Teilmasse für Kreisaufgaben	310.816.684	357.578.199	395.622.015
Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben	111.808.023	101.421.774	92.900.745
Einnahmen der Kreisebene	1.191.341.736	1.225.160.931	1.252.700.540
Schlüsselzuweisungen	310.816.684	357.578.199	395.622.015
nachrichtlich: kreisfreie Städte	144.661.716	160.314.189	166.161.246
nachrichtlich: Kreise	166.154.968	197.264.010	229.460.769
Kreisumlage auf Steuerkraft und Gemeindegemeinschaftszuweisungen	880.525.051	867.582.732	857.078.524
Differenz zum FAG 2011	-61.358.804	-27.539.608	
Einnahmen der Gemeindeebene	1.706.058.271	1.672.239.076	1.644.699.467
Steuerkraftmesszahlen	2.083.195.407	2.083.195.407	2.083.195.407
Gemeindegemeinschaftszuweisungen	391.579.892	355.204.627	325.681.840
übergemeindliche Aufgaben	111.808.023	101.421.774	92.900.745
Kreisumlage auf Steuerkraft und Gemeindegemeinschaftszuweisungen	880.525.051	867.582.732	857.078.524
Differenz zum FAG 2011	61.358.804	27.539.608	

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

¹⁴ Die Durchführung von Proberechnungen geht allerdings über die Leistungsbeschreibung des Gutachtens hinaus. An dieser Stelle soll jedoch auf deren Bedeutung hingewiesen werden.

5.3 Teilmassenbildung im Drei-Säulen-Modell

In diesem Kapitel werden die in Kapitel 5.1 beschriebenen Werte entsprechend der Formeln aus Kapitel 3.2.2 für ein Drei-Säulen-Modell miteinander verrechnet, das zwischen Gruppen von Gebietskörperschaften differenziert. Es wird je eine Teilmasse für kreisfreie Städte, für kreisangehörige Gemeinden und für Kreise gebildet. Darüber hinaus gibt es eine weitere Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben, die sich allerdings nur auf die kreisangehörigen Gemeinden bezieht, da die übergemeindlichen Aufgaben für Oberzentren bereits in der Teilmasse für kreisfreie Städte beinhaltet sind. Die Zahlen in der linken Spalte der Tabelle 5-6 korrespondieren dabei mit den Zahlen in der linken Spalte der Tabelle 5-3. Die Berechnungen zeigen die Aufteilungsverhältnisse sowohl ohne Abzug der Zuschussbedarfe für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung als auch unter Berücksichtigung der Kostenübernahme durch den Bund in diesem Bereich ab 2014. Ein Vergleich mit einem früheren Aufteilungsverhältnis ist an dieser Stelle nicht möglich, da ein solches Vorgehen bei der Konstruktion der Teilmassen nicht genutzt wurde.

5.3.1 Prozentuales Aufteilungsverhältnis der Teilmassen

In Tabelle 5-6 werden zunächst wiederum die absoluten Gewichte der Teilmassen berechnet. Aus dem Vergleich der Teilmassengewichte miteinander ergeben sich die relativen Gewichte, die dem prozentualen Aufteilungsverhältnis entsprechen. Erst aus der Anwendung der relativen Gewichte auf die gesamte Schlüsselmasse können die tatsächlichen Schlüsselzuweisungen für die einzelnen Säulen ermittelt werden und Vergleiche mit den bisherigen Verteilungswirkungen angestellt werden.

Die Teilmasse für kreisfreie Städte ergibt sich aus der Addition der Zuschussbedarfe im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt der kreisfreien Städte abzüglich der Steuerkraftzahlen sowie der aufgabenbezogenen Kostenerstattung im Einzelplan 9 (Untergruppe 092). Daraus ergibt sich ein absolutes Gewicht der Teilmasse von 474.113.505 Euro. Dieses Gewicht verringert sich auf 430.060.077, wenn die Zuschussbedarfe für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung abgezogen werden.

Die Teilmasse für Kreise ergibt sich aus der Addition der Zuschussbedarfe im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt der Kreise abzüglich der Einnahmen aus der Kreisumlage sowie der aufgabenbezogenen Kostenerstattung im Einzelplan 9 (Untergruppe 092). In der Berechnung unter Berücksichtigung der Übernahme der Vollkosten aus der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund wird dieser Wert ebenfalls von den Zuschussbedarfen der Kreise abgezogen. Daraus ergibt sich ein absolutes Gewicht der Teilmasse von 298.727.077 inkl. SGB XII, 4. Kapitel bzw. 228.243.436 Euro abzgl. SGB XII, 4. Kapitel.

Die Teilmasse für kreisangehörige Gemeinden ergibt sich aus den Zuschussbedarfen im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt in den kreisangehörigen Gemeinden abzüglich des übergemeindlichen Anteils an diesen Aufgaben. Desweiteren werden die Steuerkraftmesszahlen abgezogen und die Kreisumlagezahlungen hinzuaddiert. Daraus ergibt sich ein absolutes Gewicht dieser Teilmasse von 362.070.463 Euro.

Die Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben ergibt sich aus dem übergemeindlichen Anteil an den Zuschussbedarfen der kreisangehörigen Gemeinden, der in der Teilmasse für kreisangehörige Gemeinden zum Abzug gebracht worden sind. Insgesamt beträgt das absolute Gewicht dieser Teilmasse 98.081.028.

Tabelle 5-6: Aufteilung der Teilmassen im Drei-Säulen-Modell

Aufteilung der Teilmassen im Drei-Säulen-Modell		ohne SGB XII, 4. Kapitel	mit SGB XII, 4. Kapitel
Teilmasse für kreisfreie Städte			
3	Zuschussbedarf Verwaltungs- und Vermögenshaushalt der Einzelpläne 0 bis 8, <i>kreisfreie Städte</i>	904.349.033	904.349.033
- 6	Steuerkraftmesszahlen der kreisfreien Städte	410.314.295	410.314.295
- 10a	Aufgabenbezogene Kostenerstattung im Einzelplan 9 (GR 092)	19.921.233	19.921.233
- 11a	Zuschussbedarfe für Grundsicherung nach SGB XII, 4. Kapitel	44.053.428	
Gewicht der Teilmasse für kreisfreie Städte		430.060.077	474.113.505
Teilmasse für Kreise			
2	Zuschussbedarf Verwaltungs- und Vermögenshaushalt der Einzelpläne 0 bis 8, <i>Kreise</i>	984.645.874	984.645.874
- 8	Ist-Aufkommen an Kreisumlage im kreisangehörigen Raum	661.924.560	661.924.560
- 10b	Aufgabenbezogene Kostenerstattung im Einzelplan 9 (GR 092)	23.994.236	23.994.236
- 11b	Zuschussbedarfe für Grundsicherung nach SGB XII, 4. Kapitel	70.483.642	
Gewicht der Teilmasse für Kreise		228.243.436	298.727.077
Teilmasse für kreisangehörige Gemeinden			
1	Zuschussbedarf Verwaltungs- und Vermögenshaushalt der Einzelpläne 0 bis 8, <i>kreisangehörige Gemeinden</i>	1.471.108.043	
- 4b	übergemeindlicher Teil der Gemeindeaufgaben ohne Oberzentren	98.081.028	
- 7	Steuerkraftmesszahlen der kreisangehörigen Gemeinden	1.672.881.112	
+8	Ist-Aufkommen an Kreisumlage im kreisangehörigen Raum	661.924.560	
Gewicht der Teilmasse für kreisangehörige Gemeinden		362.070.463	362.070.463
Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben			
4b	übergemeindlicher Teil der Gemeindeaufgaben ohne Oberzentren	98.081.028	
Gewicht der Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben		98.081.028	98.081.028
Aufteilungsverhältnis der Schlüsselmasse auf Basis der Gewichte der Teilmassen			
Teilmasse für kreisfreie Städte		38,45%	38,45%
Teilmasse für Kreise		20,41%	24,23%
Teilmasse für kreisangehörige Gemeinden		32,37%	29,37%
Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben		8,77%	7,95%

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Aus der Gegenüberstellung der vier absoluten Teilmassengewichte ergeben sich die in Tabelle 5-6 dargestellten Aufteilungsverhältnisse für die Teilmassen. Unter Berücksichtigung der Zuschussbedarfe für das 4. Kapitel des SGB XII erhalten die kreisfreien Städte die meisten Schlüsselzuweisungen (38,45 %). Auf die Kreise entfallen 24,23 %, die kreisangehörigen Gemeinden erreichen einen Anteil von 29,37 % und für übergemeindliche Aufgaben werden nochmals 7,95 % an kreisangehörige Gemeinden mit zentralörtlicher Einstufung ausgereicht. Nach Abzug der Zuschussbedarfe für das 4. Kapitel des SGB XII verschieben sich diese Werte zugunsten der Gemeindeebene. Der Anteil der kreisfreien Städte bleibt unverändert bei 38,45 %, da sie trotz geringerer Zuschussbedarfe im Kreisanteil von einer höheren Gewichtung ihrer Zuschussbedarfe für Gemeindeaufgaben profitieren. Der Anteil für Kreise verringert sich auf 20,41 %, während der Gemeindeanteil auf 32,37 % und zusätzliche 8,77 %

für übergemeindliche Aufgaben in kreisangehörigen Gemeinden mit zentralörtlicher Einstufung ansteigt.

Auch im Drei-Säulen-Modell lassen sich die tatsächlichen fiskalischen Wirkungen der Massenaufteilung allerdings erst beurteilen, wenn die Gesamteinnahmen der einzelnen Ebenen betrachtet werden. Dies geschieht im folgenden Kapitel.

5.3.2 Vergleich mit dem FAG 2011

Der Vergleich der Auswirkungen der Einführung eines Drei-Säulen-Modells kann nicht ohne weiteres im Vergleich mit dem FAG 2011 dargestellt werden, da die Schlüsselzuweisungen bislang nicht auf diese Weise aufgeteilt worden sind. Die Werte in der rechten Spalte der Tabelle 5-7 sind daher nur näherungsweise geschätzte Werte, die sich aus der Annäherung der bisherigen Verteilungswirkung des FAG an das Drei-Säulen-Modell ergeben. Die wichtigste Einschränkung bei dieser Berechnung ist, dass sich das Aufteilungsverhältnis der Teilmasse für Gemeindeaufgaben bislang erst aus der tatsächlichen Verteilung der Mittel nach Finanzkraft und Finanzbedarf ergibt. 2011 erhielten die kreisfreien Städte etwa 20 % der Masse für Gemeindeaufgaben. Dieses Verhältnis wird genutzt, um die Teilmasse für Gemeindeaufgaben aufzuteilen. Für die anderen beiden Teilmassen sind feste Aufteilungsverhältnisse im FAG 2011 vorgesehen: die kreisfreien Städte erhalten 42 % der Teilmasse für Kreisaufgaben und 45 % der Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben.

Tabelle 5-7: Veränderung der Einnahmesituation nach kommunalen Gruppen

Aufteilung der Teilmassen im Drei-Säulen-Modell	ohne SGB XII, 4. Kapitel	mit SGB XII, 4. Kapitel	FAG 2011 (geschätzt)
Veränderung der Einnahmesituation auf der Gemeinde- und Kreisebene			
Schlüsselzuweisungen 2011	814.204.600	814.204.600	814.204.600
Teilmasse für kreisfreie Städte	313.071.953	313.080.193	274.180.715
Teilmasse für Kreise	166.154.968	197.264.010	229.460.769
Teilmasse für kreisangehörige Gemeinden	263.577.378	239.092.727	259.467.706
Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben	71.400.301	64.767.670	51.095.410
Einnahmen der kreisfreien Städte	723.386.248	723.394.488	684.495.010
Steuereinnahmekraft	410.314.295	410.314.295	410.314.295
Schlüsselzuweisungen	313.071.953	313.080.193	274.180.715
Differenz zum FAG 2011	38.891.238	38.899.478	
Einnahmen der Kreise	855.146.899	886.255.941	918.452.699
Kreisumlage auf Steuerkraft und Gemeindeschlüsselzuweisungen	688.991.931	688.991.931	688.991.931
Schlüsselzuweisungen	166.154.968	197.264.010	229.460.769
Summe	-63.305.801	-32.196.759	
Einnahmen der kreisangehörigen Gemeinden	1.318.866.860	1.287.749.578	1.294.452.297
Steuereinnahmekraft	1.672.881.112	1.672.881.112	1.672.881.112
Schlüsselzuweisungen	263.577.378	239.092.727	259.467.706
übergemeindliche Aufgaben	71.400.301	64.767.670	51.095.410
Kreisumlage auf Steuerkraft und Gemeindeschlüsselzuweisungen	688.991.931	688.991.931	688.991.931
Summe	24.414.563	-6.702.719	

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Die geschätzten Werte für 2011 ergeben sich durch folgende Berechnungen anhand der tatsächlichen Werte des bisherigen FAG 2011:

- Teilmasse „Kreisfreie Städte“: 42 % der Teilmasse für Kreisaufgaben, ca. 20 % der Teilmasse für Gemeindeaufgaben und 45 % der Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben.
- Teilmasse „Kreisaufgaben“: 58 % der Teilmasse für Kreisaufgaben
- Teilmasse „Kreisangehörige Gemeinden“: ca. 80 % der Teilmasse für Gemeindeaufgaben
- Teilmasse „Übergemeindliche Aufgaben“: 55 % der bisherigen Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben.

Tabelle 5-7 zeigt in etwa die Veränderungen der Einnahmen der einzelnen Gruppen von Gebietskörperschaften, die sich durch die Umstellung der Konstruktion der Teilmassenbildung auf ein Drei-Säulen-Modell ergeben würden. Da eine exakte Aufteilung der Schlüsselmasse für Gemeindeaufgaben jedoch nicht möglich ist, sind die Ergebnisse nur unter Vorbehalt interpretierbar.

Vor Abzug der Zuschussbedarfe für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ergibt sich ein Zugewinn der kreisfreien Städte in Höhe von knapp 39 Millionen Euro. Wenn die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum Abzug gebracht wird, verändert sich dieser Wert nicht. Die Kreise würden 32 Millionen Euro bzw. 63 Millionen Euro nach Abzug der Zuschussbedarfe für SGB XII, 4. Kapitel verlieren. Damit läge ihr Verlust immer noch unter der Entlastung durch die Vollkostenerstattung durch den Bund in Höhe von ca. 70 Millionen Euro. Die kreisangehörigen Gemeinden wären zunächst leichte Verlierer (6,7 Millionen Euro), würden aber nach Abzug der Zuschussbedarfe für Leistungen nach dem 4. Kapitel des SGB XII um 24,4 Millionen Euro besser gestellt. Genaue Wirkungen für einzelne Kreise und kreisfreie Städte lassen sich jedoch nur durch Proberechnungen bestimmen, die nicht Bestandteil des Gutachtens sind.

5.4 Binnenaufteilung auf die zentralen Orte

Innerhalb der Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben sieht der KFA in Schleswig-Holstein eine prozentuale Binnenaufteilung auf die zentralen Orte entsprechend ihrer Zentralitätseinstufung vor. Diese Aufteilung soll entsprechend dem Auftrag des Gutachtens wie andere Bestandteile des KFA auch einer Überprüfung unterzogen werden und neu bestimmt werden. Die Ausgangswerte für diese Berechnung wurden bereits in Kapitel 4 ausführlich diskutiert.

Die rechnerische Bestimmung der Binnenaufteilung steht allerdings vor der Herausforderung, dass jeweils für einzelne zentralörtliche Einstufungen Prozentsätze gefunden werden müssen, die von einer kleinen Anzahl an zentralen Orten je Einstufung bestimmt werden. Die damit verbundenen Probleme wurden bereits in Kapitel 3.3 bei der Diskussion der Kriterien für oder gegen Zwei-Ebenen- und Drei-Säulen-Modelle erläutert. Daher ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass ein rein rechnerisches Vorgehen bei der Binnenaufteilung zwischen zentralen Orten verschiedener Einstufungen an seine Grenzen stößt und dass zusätzliche Argumente für die Setzung bestimmter Annahmen notwendig sind.

Das hier geschilderte Vorgehen greift auf die bisher genutzten Untergliederungen der Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben in § 15 Abs. 3 bis 5 FAG zurück. Dabei wird zunächst zwischen Oberzentren und anderen zentralen Orten differenziert (Abs. 3). Danach werden die Mittel zwischen den vier Oberzentren im Wesentlichen an der Einwohnerzahl orientiert aufgeteilt (Abs. 4) und schließlich wird die Binnenaufteilung für die zentralen Orte unterhalb der Oberzentren festgelegt (Abs. 5). Dabei wird die Zuweisung an jedes der 13 Mittelzentren auf 100 % gesetzt.

Die sechs Mittelzentren im Verdichtungsraum werden im FAG 2011 mit den neun Unterzentren mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums zusammengefasst und erhalten 50 % der Zuweisung, die die Mittelzentren erhalten. Diese Zusammenfassung erscheint plausibel, da die Mittelzentren im Verdichtungsraum durch die Nachbarschaft zum Oberzentrum Hamburg entlastet werden. Da viele zentralörtliche Leistungen in Hamburg angeboten werden, muss ein weniger umfangreiches Angebot in den umliegenden Mittelzentren angeboten werden als in den Mittelzentren, die im ländlichen Raum gelegen sind und für ein größeres Einzugsgebiet das einzige mittelzentrale Angebot vorhalten müssen.

Die 35 Unterzentren ohne Teilfunktionen eines Mittelzentrums werden separat betrachtet und erhalten 25 % der Zuweisung eines Mittelzentrums. Die 37 ländlichen Zentralorte werden hingegen wiederum mit den vier Stadtrandkernen I. Ordnung zusammengefasst und mit 15 % der Zuweisung eines Mittelzentrums bewertet, während die 15 Stadtrandkerne II. Ordnung eine Klasse für sich bilden und 7,5 % der Zuweisung der Mittelzentren erhalten. Die Zusammenfassung der Stadtrandkerne I. Ordnung mit den ländlichen Zentralorten ist plausibel, da beide nur in wenigen Bereichen zentralörtliche Aufgaben übernehmen. Auch wenn diese Bereiche sich zwischen Stadtrandkernen und Orten im ländlichen Raum unterscheiden, wäre es weniger sinnvoll, die vier Stadtrandkerne I. Ordnung separat zu betrachten. Bei den Stadtrandkernen ist zusätzlich zu beachten, dass hier teilweise Stadtteile von Kiel und Lübeck über eine solche Einstufung verfügen. Diese sind in der Gemeindefinanzrechnung allerdings nicht getrennt ausgewiesen und erhalten auch bisher aus dem Finanzausgleich keine über die Mittel der Oberzentren, zu denen sie gehören, hinausgehenden Zuweisungen für übergemeindliche Aufgaben.

Für die rechnerische Annäherung an die Binnenaufteilung zwischen zentralen Orten verschiedener Einstufung wird wiederum auf die Jahresdurchschnitte 2009 bis 2011 zurückgegriffen. Allerdings werden hier nur die Zuschussbedarfe in den Verwaltungshaushalten der Einzelpläne 0 bis 8 genutzt, da die zwischen den Jahren stark schwankenden Investitionen im Vermögenshaushalt bei den geringen Besetzungen der Gruppen zu starken Verzerrungen führen können. Außerdem werden nicht wie bei der Bestimmung der Teilmassen die Steuerkraftzahlen zum Abzug gebracht, um konsistent mit der finanzkraftunabhängigen Vergabe dieser Zuweisungen an einzelne Gemeinden zu verfahren.

In Tabelle 5-8 sind die Zuschussbedarfe aufgabenspezifisch und nach Oberzentren, anderen zentralen Orten und nicht-zentralen Orten differenziert dargestellt. Hier ist erkennbar, dass die Oberzentren höhere Zuschussbedarfe je Einwohner finanzieren müssen als die anderen zentralen Orte. Diese liegen wiederum deutlich vor den Kommunen ohne zentralörtliche Einordnung. Besonders große Unterschiede ergeben sich bei auf der Gemeindeebene in den Einzelplänen 3 und 5. Durch den Schullastenausgleich gibt es nur geringe Unterschiede im Einzelplan 2. Die Tatsache, dass auch nicht-zentrale Orte Straßen vorhalten und die Straßendichte im ländlichen Raum höher ist, führt trotz geringerer Leistungsfähigkeit der Straßen im Vergleich zu den Städten dazu, dass die Zuschussbedarfe zwischen den Gruppen kaum variieren.

Tabelle 5-8: Zuschussbedarfe für übergemeindliche Aufgaben nach Aufgabebereichen

Zuschussbedarfe für übergemeindliche Aufgaben im Verwaltungshaushalt in Euro je Einwohner, Jahresdurchschnitt 2009-2011		Oberzentren (Gemeindaufgaben)	kreisangehörige Gemeinden mit zentralörtlicher Einstufung	Kommunen ohne zentralörtliche Einordnung	Oberzentren (Kreisaufgaben)	Landkreise
213	Hauptschulen	2,18	2,78	0,63	0,02	0,02
215	Kombinierte Grund- und Hauptschulen	11,62	6,82	17,27	0,05	0,07
216	Schulartunabhängige Orientierungsstufe	0,00	0,08	0,00	0,00	0,00
221	Realschulen	10,30	5,81	3,30	0,00	-0,02
225	Kombinierte Haupt- und Realschulen / Regionalschulen	4,51	4,79	9,96	0,00	-0,06
23	Gymnasien, Kollegs (ohne berufliche Gymnasien)	24,02	18,93	26,38	0,00	-0,48
244	Berufsschulen u. dgl.	0,00	0,00	0,00	26,96	14,60
245	Fachschulen u. dgl.	0,00	0,00	0,00	8,91	1,47
246	Fachoberschulen u. dgl.	0,00	0,00	0,00	4,89	0,79
27	Sonderschulen (Förderschulen)	4,92	4,16	2,65	10,27	7,67
281	Gesamtschulen (integrierte u. kooperative)	20,35	21,32	27,72	0,00	-0,02
285	Freie Waldorfschulen	0,28	0,38	1,07	0,00	0,00
31	Wissenschaft und Forschung	6,52	0,69	0,01	0,00	0,00
321	Nichtwissenschaftliche Museen, Sammlungen, Ausstellungen	2,56	3,02	0,23	1,71	1,33
323	Zoologische und Botanische Gärten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,06
331	Theater	32,00	3,02	0,04	5,12	0,26
332	Musikpflege (ohne Musikschulen)	0,55	0,56	0,07	0,05	0,04
333	Musikschulen	0,82	1,17	0,24	0,71	0,64
350	Volkshochschulen	2,69	3,75	0,58	0,30	0,27
352	Büchereien	11,04	8,71	1,58	1,65	0,90
355	Sonstige Volksbildung	0,24	0,35	0,02	0,28	0,25
51	Krankenhäuser	0,01	0,02	0,00	9,38	11,73
54	Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen der Gesundheitspflege	0,69	0,38	0,90	10,49	10,02
55	Förderung des Sports	5,00	11,12	4,80	0,81	1,39
56	Eigene Sportstätten	20,08	12,61	6,18	0,00	0,00
57	Öffentliche Bäder	4,96	4,67	1,82	0,00	0,00
58	Park- und Gartenanlagen	23,75	21,15	2,92	0,47	0,27
63	Gemeindestraßen	38,44	56,77	48,27	0,08	0,13
65	Kreisstraßen	0,44	0,38	0,01	8,15	4,51
660	Bundesstraßen	3,17	0,66	0,00	0,00	0,00
665	Landesstraßen	4,83	0,85	0,00	0,00	0,00
670	Straßenbeleuchtung	1,32	7,54	7,00	0,00	0,00
675	Straßenreinigung	6,98	5,60	2,61	0,00	0,00
68	Parkeinrichtungen	-2,15	-3,01	-0,35	0,00	0,00
Übergemeindliche Aufgaben insgesamt		242,13	205,06	165,91	90,32	55,83

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Bei den übergemeindlichen Aufgaben, die im kreisangehörigen Raum von den Kreisen erfüllt werden, stechen vor allem die Berufsschulen, einige kulturelle Angebote des Einzelplans 3 und die Kreisstraßen hervor, die in der Summe dazu führen, dass in den Oberzentren höhere Zuschussbedarfe finanziert werden als in den Kreisen.

Wie bisher in § 15 Abs. 3 wird zunächst die Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben zwischen den vier Oberzentren und den übrigen zentralen Orten aufgeteilt. Dazu werden in Tabelle 5-9 unter Verwendung der Zuschussbedarfe je Einwohner in den Orten verschiedener zentralörtlicher Einstufungen aus Tabelle 5-8 die Differenzen zwischen Kommunen mit und ohne zentralörtliche Einstufung analog zum Vorgehen in Kapitel 4.2 berechnet. Multipliziert mit den Einwohnerwerten ergeben sich die übergemeindlichen Anteile in Oberzentren und in übrigen zentralen Orten auf Basis der absoluten Euro-Werte. Der Anteil der Oberzentren an der Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben beträgt auf Basis dieses Vorgehens 56,5 %, während auf die übrigen zentralen Orte 43,5 % entfallen. Damit wird auf Basis dieses Gutachtens eine Verschiebung innerhalb der Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben zugunsten der Oberzentren empfohlen.

Tabelle 5-9: Aufteilung zwischen den Oberzentren und den übrigen zentralen Orten

Aufteilung zwischen den Oberzentren und den übrigen zentralen Orten	Oberzentren (Gemeinde- und Kreisaufgaben)	übrige zentrale Orte
Zuschussbedarfe für übergemeindliche Aufgaben im Verwaltungshaushalt in Euro je Einwohner		
in Kommunen mit zentralörtlicher Einstufung	332,44	205,06
in Kommunen ohne zentralörtliche Einstufung	221,74	165,91
Differenz je Einwohner	110,70	39,15
Einwohner	613.970	1.335.368
Übergemeindlicher Anteil in Euro	67.967.987	52.282.477
Anteile an der gesamten Masse für übergemeindliche Aufgaben	56,5%	43,5%

Anmerkung: Die Verteilung innerhalb der Oberzentren erfolgt nach der Einwohnerzahl.

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Für die Oberzentren bieten sich auf Basis der Ergebnisse keine Kriterien an, die eine weitere indikatorengestützte Differenzierung zwischen den vier Oberzentren zulassen würden. Daher wird empfohlen die Zuweisungen für Oberzentren entsprechend der Einwohnerzahl auf die Oberzentren aufzuteilen.

Die verbleibenden 43,5 % der Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben werden auf die zentralen Orte verschiedener zentralörtlicher Einstufungen von den Mittelzentren abwärts aufgeteilt. Die Berechnungen dafür entsprechen dem Vorgehen, dass auch bei der Bestimmung der Höhe der Teilmasse und der Aufteilung zwischen Oberzentren und übrigen Orten mit zentralörtlicher Einstufung genutzt wurde. Allerdings werden die Zuschussbedarfe in den Mittelzentren im Verdichtungsraum nicht für diese Berechnung genutzt, da sie aufgrund der besonderen Lage im Hamburger Umland über eine besonders gute Einnahmesituation verfügen und auch aufgrund der demographischen Struktur spezifische Schwerpunkte in ihren Haushalten setzen. Daher werden für sie die Zuschussbedarfe der Unterebenen mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums angesetzt. Die Bestimmung des Zuweisungsanteils für die Stadtrandkerne II. Ordnung wird aus dem gleichen Grund ebenfalls nicht rechnerisch ermittelt, sondern wie im bisherigen KFA mit 50 % der Stadtrandkerne I. Ordnung angesetzt.

Die Ergebnisse der Berechnung der Binnenaufteilung auf die einzelnen zentralörtlichen Einstufungen werden in Tabelle 5-10 dargestellt. Aus den Berechnungen ergibt sich, dass bei Setzung der Mittelzentren außerhalb des Verdichtungsraums auf 100 % folgende Anteilswerte erreicht werden:

- 60 % für Mittelzentren im Verdichtungsraum und Unterzentren mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums
- 30 % für Unterzentren¹⁵
- 10 % für Ländliche Zentralorte und Stadtrandkerne I. Ordnung
- 5 % für Stadtrandkerne II. Ordnung.

Tabelle 5-10: Anteile an den Zuweisungen für übergemeindliche Aufgaben nach zentralörtlicher Einstufung

Anteile an den Zuweisungen für übergemeindliche Aufgaben nach zentralörtlicher Einstufung (ohne Oberzentren)	Mittelzentren (außerhalb des Verdichtungsraums)	Unterzentren mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums	Unterzentren	Ländliche Zentralorte und Stadtrandkerne I. Ordnung
Zuschussbedarfe für übergemeindliche Aufgaben im Verwaltungshaushalt in Euro je Einwohner, 2009-2011				
in Kommunen mit zentralörtlicher Einstufung	198,60	210,22	195,51	184,29
in Kommunen ohne zentralörtliche Einstufung	165,91	165,91	165,91	165,91
Differenz je Einwohner zwischen Orten mit und ohne zentralörtliche Einstufung	32,69	44,31	29,59	18,38
x Einwohner	317.263	99.185	292.667	182258
= Übergemeindlicher Anteil in Euro	10.370.585	4.394.504	8.661.322	3.349.841
/ Anzahl Kommunen	13	9	35	41
= Übergemeindlicher Anteil je Kommune	797.737	488.278	247.466	81.703
Verhältnis der Zuweisungen je Einstufung (Mittelzentren = 100)	100	61	31	10
Vorschlag für die Umsetzung im neuen FAG	100	60	30	10

Anmerkung: Wie im bisherigen FAG wird der Wert für die Unterzentren mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums auch für die Mittelzentren im Verdichtungsraum angesetzt. Der Wert für die Stadtrandkerne II. Ordnung wird wie bisher mit 50 % der Stadtrandkerne I. Ordnung angesetzt.

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Damit ergeben sich leichte Anpassungen gegenüber dem bisherigen Verteilungsschlüssel. Die Unterzentren und die Mittelzentren im Verdichtungsraum werden gegenüber den Mittelzentren außerhalb des Verdichtungsraums etwas besser gestellt. Das gleiche gilt für die Unterzentren. Die Ländlichen Zentralorte und die Stadtrandkerne I. und II. Ordnung werden dagegen etwas schlechter gestellt. Die Wirkungen für einzelne zentrale Orte werden in Tabelle 5-11 dargestellt.

¹⁵ Im FAG 2011 werden Stadtrandkerne I. Ordnung mit mittelzentralen Teilfunktionen genauso behandelt wie Unterzentren. Diese Gleichsetzung erscheint plausibel. Eine empirische Überprüfung ist allerdings nicht möglich ist, da die entsprechende Einstufung im LEP momentan nicht besetzt ist. Sollten zukünftig wieder Stadtrandkerne I. Ordnung mit mittelzentralen Teilfunktionen ausgewiesen werden, sollten diese genauso eingestuft werden wie die Unterzentren.

Tabelle 5-11: Zuweisungen je zentralörtlicher Einstufung auf Basis der neuen Massenaufteilung im Vergleich zum FAG 2011 in Euro

	ohne SGB XII, 4. Kapitel	mit SGB XII, 4. Kapitel	FAG 2011
Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben insgesamt	111.808.023	101.421.774	92.619.996
Oberzentren	63.171.533	57.303.302	41.805.324
Flensburg	9.097.742	8.252.620	5.769.132
Kiel	24.595.855	22.311.058	16.387.692
Lübeck	21.585.841	19.580.654	14.297.424
Neumünster	7.892.095	7.158.970	5.351.076
übrige zentrale Orte	48.636.490	44.118.472	50.814.672
Mittelzentren (außerhalb des Verdichtungsraums)	1.302.182	1.181.217	1.391.244
Mittelzentren im Verdichtungsraum und Unterzentren mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums	781.309	708.730	695.616
Unterzentren	390.655	354.365	347.808
Ländliche Zentralorte und Stadtrandkerne I. Ordnung	130.218	118.122	208.680
Stadtrandkerne II. Ordnung	65.109	59.061	104.340

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Im bisherigen § 15 Abs. 5 FAG war außerdem geregelt, dass die Träger von Förderschulen und von Realschulen in nichtzentralen Orten zusätzliche Zuweisungen erhalten. Durch den Schullastenausgleich nach § 111 Abs. 1 SchulG, der sowohl für weiterführende allgemein bildende Schulen als auch für Förderschulen regelt, dass eine Gemeinde für eine Schülerin oder einen Schüler, die oder der in ihrem Gebiet wohnt an den Schulträger einen Schulkostenbeitrag zu zahlen hat, existiert in Schleswig-Holstein ein Vollkostenausgleich für Gastschüler in anderen Gemeinden. Daher wird empfohlen, den bisherigen Ausgleich für kommunale Schulträger aus dem FAG zu streichen.

6 Weiterführende Überlegungen zur Fortentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs in Schleswig-Holstein

Im vorangegangenen Kapitel lag der Schwerpunkt auf der Ermittlung von Parametern zur Massenaufteilung innerhalb der bestehenden Struktur des kommunalen Finanzausgleichs. In diesem abschließenden Kapitel sollen noch ausgewählte weiterführende Überlegungen angestellt werden, die sich mit strukturellen Veränderungen befassen. Ausgangspunkt der ersten beiden Aspekte sind Unterschiede in der finanziellen Belastung zwischen den kreisfreien Städten und dem kreisangehörigem Raum oder zwischen einzelnen Kommunen, die durch den Finanzausgleich bisher bei der Bedarfsbestimmung nicht berücksichtigt werden. Zunächst wird für die Kreisebene eine Alternative zum bisherigen festen Aufteilungsverhältnis der Teilmasse für Kreisaufgaben zwischen Kreisen und kreisfreien Städten entwickelt. Dabei liegt das besondere Augenmerk auf den Soziallasten. Danach werden für die Gemeindeebene die Aufgaben näher betrachtet, bei denen sich in der Bestandsaufnahme in Kapitel 2.4 deutliche Unterschiede zwischen kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden gezeigt haben und die nicht zu den übergemeindlichen Aufgaben gezählt werden können. Abschließend werden Möglichkeiten und Grenzen einer regelgebundenen Fortschreibung des Aufteilungsverhältnisses in der Zukunft behandelt.

6.1 Alternativen zum festen Aufteilungsverhältnis zwischen Kreisen und kreisfreien Städten

Für die Teilmasse für Kreisaufgaben ist bisher in § 12 Abs. 1 FAG ein festes Aufteilungsverhältnis zwischen Kreisen (58 %) und kreisfreien Städten (42 %) vorgesehen. Dieses feste Aufteilungsverhältnis wurde durch den in diesem Gutachten verfolgten Ansatz überprüft und eine an der gesamthaften Aufgabenfinanzierung orientierte Anpassung zugunsten der kreisfreien Städte vorgeschlagen. Aus Sicht der Gutachter ist dieses feste Aufteilungsverhältnis allerdings nicht mit anderen Bestandteilen des Zwei-Ebenen-Modell konsistent. Daher wird in diesem Kapitel der Ersatz des festen Aufteilungsverhältnisses durch einen Soziallastenansatz diskutiert.

Das feste Aufteilungsverhältnis entspricht in seiner Wirkung dem Vorgehen im Drei-Säulen-Modell. Auch wenn es nur für die Teilmasse für Kreisaufgaben angewandt wird, reserviert es den beiden Gruppen der Kreise und kreisfreien Städte jeweils eine eigene Unterteilmasse innerhalb der Teilmasse für Kreisaufgaben. Gegen die Bestimmung der Höhe dieser Teilmassen, d. h. des festen Aufteilungsverhältnisses, sprechen die gleichen Argumente, die bereits in Kapitel 3.3 ins Feld geführt worden sind. Aufgrund der geringen Anzahl kreisfreier Städte und Kreise ist eine zu starke Beeinflussbarkeit der Höhe des Teilungsparameters durch einzelne Kommunen gegeben.

Außerdem wird bei der Nutzung eines festen Parameters davon ausgegangen, dass unterschiedliche Finanzbedarfe auf der Kreisebene sich ausschließlich aus der Tatsache heraus ergeben, ob eine Gebietskörperschaft kreisfrei oder kreisangehörig ist. Innerhalb der Gruppen wird hingegen von gleichen Finanzbedarfen je Einwohner ausgegangen. Grundsätzlich bedarf die Setzung einer solchen Annahme einer empirischen Überprüfung. Sollte sich herausstellen, dass es große Belastungsunterschiede zwischen gleichartigen Gebietskörperschaften gibt, könnte darin eine Begründung für die Einführung eines Nebenansatzes liegen, der zusätzlich zur Einwohnerzahl für die Bestimmung des Finanzbedarfs herangezogen wird.

Das NIW hat in früheren Gutachten dargelegt, dass nur in sehr wenigen Fällen auf Nebenansätze zurückgegriffen werden sollte, da in den meisten Fällen effizientere Möglichkeiten für eine sachgerechte Abbildung des Finanzbedarfs existieren. Um die Einführung eines Nebenansatzes zu rechtfertigen, müssen mindestens die folgenden drei Bedingungen zutreffen (Cordes et al. 2012a):

- Die Zuschussbedarfe für die Aufgabe müssen für die kommunale Ebene einen erheblichen quantitativen Stellenwert besitzen.
- Die Zuschussbedarfe müssen zwischen den Gebietskörperschaften innerhalb einer Teilmasse eine erhebliche Streuung aufweisen.
- Es muss ein exogener Indikator gefunden werden, durch den die Bedarfe erklärt werden können. Die Ist-Zuschussbedarfe sind für die Konstruktion eines Nebenansatzes aufgrund der Gefahr des Zirkelschlusses nicht geeignet.

Innerhalb des schleswig-holsteinischen KFA existiert bislang nur durch die Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben eine Art Nebenansatz. Die Begründung für seine Existenz wurde in den Kapiteln 4.2 und 5.4 erbracht. Übergemeindliche Aufgaben haben einen erheblichen Anteil an den Zuschussbedarfen der Kommunen in Schleswig-Holstein, sie streuen stark, d. h. sie sind auf die zentralen Orte konzentriert und mit der zentralörtlichen Einstufung existiert ein exogener Indikator für die Bedarfsbestimmung.

Auf der Kreisebene haben die Soziallasten, wie in Kapitel 2.4 gezeigt, eine überragende Bedeutung. Anhand von Tabelle 2-3 wurde außerdem deutlich, dass starke Unterschiede zwischen kreisfreien Städten und Kreisen im Einzelplan 4 insbesondere bei den Leistungen des SGB II, des SGB XII und der Jugendhilfe existieren. Eine Bewertung der Bedarfe von Kreisen und kreisfreien Städten alleine anhand der Einwohnerzahl schließt sich daher aus. Das bisher genutzte feste Aufteilungsverhältnis impliziert aber, dass die Belastungen in diesen Aufgabenbereichen zumindest jeweils innerhalb der Gruppe der Kreise bzw. der kreisfreien Städte annähernd gleich sind.

Zur Überprüfung dieser Annahme zeigt Tabelle 6-1 die (bereinigten) Zuschussbedarfe für die Aufgaben nach dem SGB II, dem SGB XII (bereits ohne 4. Kapitel) und der Jugendhilfe nach dem KJHG (ohne Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen). Die Zuschussbedarfe für die Aufgaben nach dem SGB II werden um die aufgabenbezogenen Kosten im Einzelplan 9, Untergruppe 092 bereinigt sowie zwecks Vergleichbarkeit der Kreise und kreisfreien Städte um die Kosten der Unterkunft, die von den kreisangehörigen Gemeinden an die Kreise gezahlt wird (KdU-Umlage), erhöht. Im SGB XII wird wiederum der Kostenübernahme durch den Bund bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel) vorgegriffen. Innerhalb der Jugendhilfe nach dem KJHG wird der Unterabschnitt 454 (Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen) abgezogen, da er mit dem Unterabschnitt 464 verwandt ist und dem in Kapitel 6.2 diskutierten Bereich der Zuschussbedarfe für Tageseinrichtungen für Kinder zuzurechnen ist.

Insgesamt ist die Grundsicherung nach dem SGB II der Bereich mit den höchsten Zuschussbedarfen auf der Kreisebene, gefolgt von der Jugendhilfe und der nach Abzug des 4. Kapitels verbleibenden Sozialhilfe nach dem SGB XII. Insgesamt konzentrieren sich etwa 56 % der Zuschussbedarfe für Kreisaufgaben im Verwaltungshaushalt auf die drei betrachteten Bereiche. Die Mehrbelastung der kreisfreien Städte im Vergleich zu den Kreisen wird daran deutlich, dass in keinem der drei betrachteten Bereiche der Kreis mit den höchsten Zuschussbedarfen die kreisfreie Stadt mit den niedrigsten Zuschussbedarfen übertrifft. Spitzenreiter bei der Belastung durch Soziallasten ist die Stadt Neumünster mit Zuschussbedarfen von 473 Euro je Einwohner (Durchschnitt: 253 Euro je Einwohner) für die drei Bereiche der sozialen Sicherung bzw. 67 % aller Zuschussbedarfe in diesem Bereich. Die geringste Belastung durch diese drei Bereiche fällt im Kreis Stormarn mit 160 Euro je Einwohner bzw. 45 % der gesamten Zuschussbedarfe an. Die Streuung der Soziallasten innerhalb Schleswig-Holsteins ist also beträchtlich.

Auch zwischen den kreisfreien Städten bzw. den Kreisen sind die Unterschiede erheblich, so dass eine Gleichbehandlung jeweils im Aggregat der kreisfreien Städte bzw. der Kreise nicht sachgerecht erscheint. Während Kiel und Lübeck mit jeweils etwa 430 Euro je Einwohner bzw. ca. 65 % Anteil an den gesamten Zuschussbedarfen diese Aufgaben bereits deutlich günstiger erfüllen können als Neu-

münster, werden in Flensburg lediglich 340 Euro je Einwohner bzw. 56 % aller Zuschussbedarfe durch die drei ausgewählten Aufgabenbereiche gebunden. Neumünster wendet also je Einwohner fast 40 % mehr für die untersuchten Soziallasten auf als Flensburg. Auf der Kreisebene bildet der Kreis Dithmarschen mit 244 Euro je Einwohner bzw. 56 % aller Zuschussbedarfe das Maximum der Verteilung. Damit sind die Pro-Kopf-Zuschussbedarfe auch hier um etwa 50 % höher als im Kreis Stormarn.

Tabelle 6-1: Zuschussbedarfe für ausgewählte Soziallasten

Zuschussbedarfe für Soziallasten im Verwaltungshaushalt in Euro je Einwohner, 2009-2011	Grundsicherung nach SGB II, abzgl. UGr 092, zzgl. Einnahmen der Kreise aus KdU-Umlage	Sozialhilfe nach SGB XII, abzgl. 4. Kapitel	Jugendhilfe nach dem KJHG, abzgl. Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (UA 454)	Zuschussbedarfe im Verwaltungshaushalt für übrige Kreisaufgaben
	2009-2011	2009-2011	2009-2011	2009-2011
Schleswig-Holstein insgesamt	112,78	48,80	90,95	197,32
Flensburg	168,11	60,15	112,10	266,99
Kiel	208,56	93,41	127,39	233,66
Lübeck	220,99	83,82	127,10	226,38
Neumünster	180,65	104,83	187,51	234,85
Dithmarschen	123,59	37,40	82,96	193,25
Herzogtum Lauenburg	103,27	28,36	89,39	173,43
Nordfriesland	69,53	50,03	78,38	240,13
Ostholstein*	95,51	38,17	62,28	177,04
Pinneberg	91,29	40,50	90,64	166,54
Plön	91,24	31,64	75,13	205,04
Rendsburg-Eckernförde	80,03	41,64	80,01	163,80
Schleswig-Flensburg	94,51	38,36	91,94	194,42
Segeberg	73,37	42,38	80,08	182,57
Steinburg	101,23	34,39	75,75	196,73
Stormarn	64,43	33,10	62,74	197,54

*) Für Ostholstein bezieht sich der Wert für die Grundsicherung nach SGB II nur auf die Jahre 2010 und 2011.

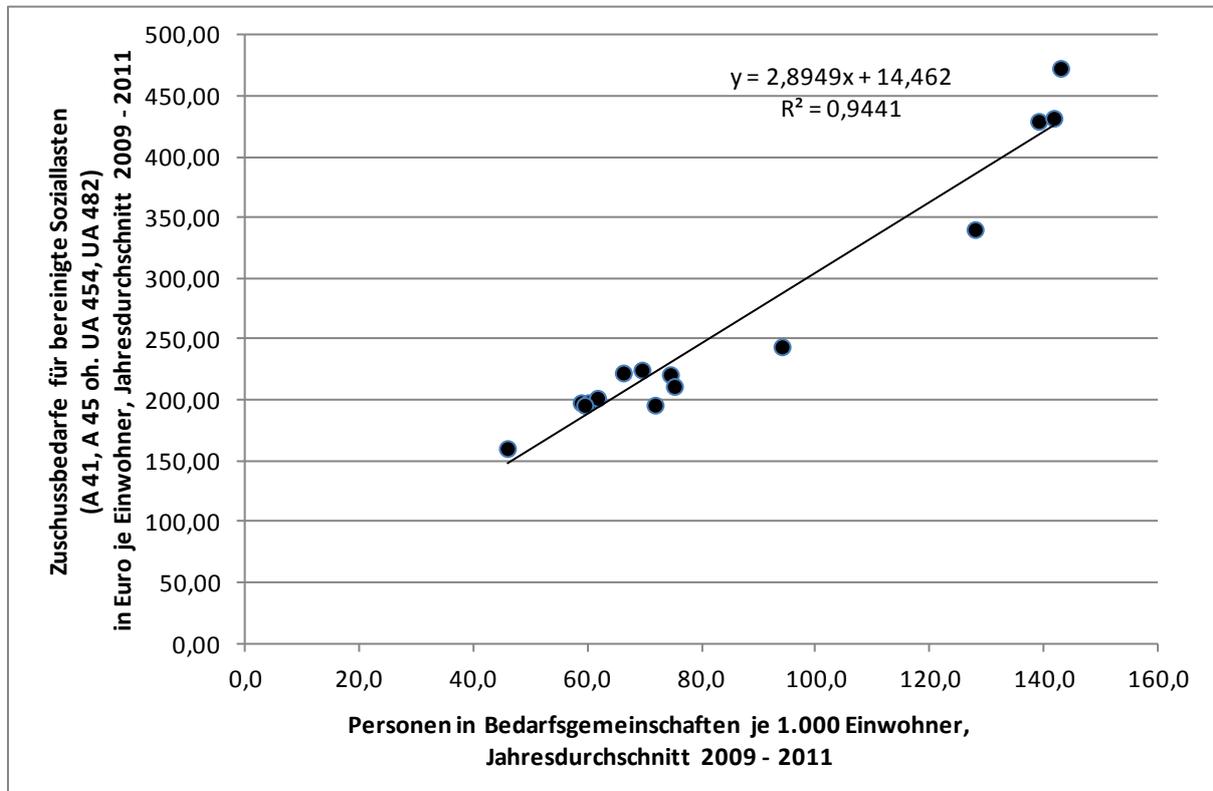
Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Das NIW hat in Thüringen bereits gezeigt, dass insbesondere die Soziallasten sehr gut durch exogene Faktoren erklärt werden können (Cordes et al. 2012a). Als geeigneter Indikator haben sich hier besonders die Personen in Bedarfsgemeinschaften (SGB II) erwiesen. Der Vorteil ist, dass die Kommunen die mit den Bedarfsgemeinschaften verbundenen Kosten aufgrund der gesetzlichen Vorgaben und der offenbar nur geringen regionalen Kostenunterschiede nur sehr begrenzt beeinflussen können. Zudem ist anzunehmen, dass eine hohe Korrelation mit anderen verursachenden Faktoren im Sozialbereich besteht, so dass auch Aufgaben außerhalb des SGB II mit diesem Indikator empirisch in Zusammenhang gesetzt werden können.

Für Schleswig-Holstein kann gezeigt werden, dass die Personen in Bedarfsgemeinschaften die Zuschussbedarfe für alle drei Soziallasten (SGB II, SGB XII und Jugendhilfe) sehr gut erklären können (vgl. Abbildung 6-1). Der Korrelationskoeffizient zwischen den Personen in Bedarfsgemeinschaften je 1.000 Einwohner und den Zuschussbedarfen für die drei Soziallasten je Einwohner nimmt mit 0,9441 einen außerordentlich hohen Wert an. Durch Quadrieren des Korrelationskoeffizienten erhält man das sogenannte Bestimmtheitsmaß. Dieses besagt, dass 89 % der Varianz in den Zuschussbedarfen durch die Personen in Bedarfsgemeinschaften erklärt werden und nur 11 % durch andere Faktoren bedingt sind, z. B. Unterschiede in der Miethöhe (bei den Kosten der Unterkunft), der Effizienz oder den Standards der Aufgabenerfüllung. Für die Soziallasten auf der Kreisebene sind daher alle drei Kriterien für

die Einführung eines Nebenansatzes (bedeutender Umfang, starke Streuung, exogener Indikator) gegeben.

Abbildung 6-1: Zusammenhang zwischen Personen in Bedarfsgemeinschaften und Zuschussbedarfen für Soziallasten



Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein

Das NIW empfiehlt vor diesem Hintergrund die Abschaffung des bisherigen festen Aufteilungsverhältnisses zwischen Kreisen und kreisfreien Städten zugunsten eines Soziallastenansatzes, der sich an der Anzahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften anstelle der Einwohnerzahl orientiert.

Für die Konstruktion eines Soziallastenansatzes wird folgendes empfohlen:

- 1) Nutzung der Zahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften als exogene Variable zur Bestimmung des Finanzbedarfs für die Leistungen nach dem SGB II, dem SGB XII und die Jugendhilfe nach dem KJHG.
- 2) Finanzkraftabhängige Vergabe der Schlüsselzuweisungen für Soziallasten unter Verwendung der bisher bei der Verteilung der Teilschlüsselmasse für Kreisaufgaben genutzten Finanzkraftmesszahlen der Kreise und kreisfreien Städte.
- 3) Abschaffung der KdU-Umlage und Umschichtung der dort bisher durch die Gemeinden gezahlten Mittel aus der Teilschlüsselmasse für Gemeindeaufgaben in die Masse für Kreisaufgaben¹⁶.

¹⁶ Momentan finanzieren die kreisangehörigen Gemeinden durch die KdU-Umlage 23 % der Kosten für Unterkunft und Heizung, die den Kreisen entstehen. Für die gemeindegrenze Ermittlung der Umlage werden die Kosten für Unterkunft und Heizung anhand des Wohnorts der SGB II-Empfänger auf die einzelnen Gemeinden herunter gebrochen. Jede Gemeinde zahlt dann 23 % der auf die SGB II-Empfänger in ihren Grenzen entfallenden Kosten für Unterkunft und Heizung.

Tabelle 6-2: Auswirkungen der Abschaffung der KdU-Umlage auf die Massenaufteilung

Aufteilung der Teilmassen im Zwei-Ebenen-Modell		ohne SGB XII, 4. Kapitel, ohne KdU-Umlage
Teilmasse für Gemeindeaufgaben		
1	Zuschussbedarf Verwaltungs- und Vermögenshaushalt der Einzelpläne 0 bis 8, <i>kreisangehörige Gemeinden</i>	1.471.108.043
+ 3a	Zuschussbedarf Verwaltungs- und Vermögenshaushalt der Einzelpläne 0 bis 8, <i>Gemeindeaufgaben der kreisfreien Städte</i>	448.411.494
- 4	übergemeindlicher Teil der Gemeindeaufgaben	131.626.561
-	Beteiligung an den Kosten der Unterkunft	64.008.732
<i>Zwischensumme</i>		<i>1.723.884.244</i>
- 6	Steuerkraftmesszahlen der kreisfreien Städte	410.314.295
- 7	Steuerkraftmesszahlen der kreisangehörigen Gemeinden	1.672.881.112
+ 8	Ist-Aufkommen an Kreisumlage im kreisangehörigen Raum	661.924.560
+ 9	fiktive Kreisumlage der kreisfreien Städte	171.282.581
Gewicht der Teilmasse für Gemeindeaufgaben		473.895.978
Teilmasse für Kreisaufgaben		
2	Zuschussbedarf Verwaltungs- und Vermögenshaushalt der Einzelpläne 0 bis 8, <i>Kreise</i>	984.645.874
+ 3b	Zuschussbedarf Verwaltungs- und Vermögenshaushalt der Einzelpläne 0 bis 8, <i>Kreisaufgaben der kreisfreien Städte</i>	455.937.538
- 5	übergemeindlicher Teil der Kreisaufgaben	21.961.669
- 10	Aufgabenbezogene Kostenerstattung im Einzelplan 9 (GR 092)	43.915.469
- 11	Zuschussbedarfe für Grundsicherung nach SGB XII, 4. Kapitel	114.537.070
+	Beteiligung an den Kosten der Unterkunft	64.008.732
<i>Zwischensumme</i>		<i>1.324.177.937</i>
- 8	Ist-Aufkommen an Kreisumlage im kreisangehörigen Raum	661.924.560
- 9	fiktive Kreisumlage der kreisfreien Städte	171.282.581
Gewicht der Teilmasse für Kreisaufgaben		490.970.796
Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben		
4	übergemeindlicher Teil der Gemeindeaufgaben	131.626.561
+ 5	übergemeindlicher Teil der Kreisaufgaben	21.961.669
Gewicht der Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben		153.588.230
Aufteilungsverhältnis der Schlüsselmasse auf Basis der Gewichte der Teilmassen		
Teilmasse für Gemeindeaufgaben		42,37%
Teilmasse für Kreisaufgaben		43,90%
Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben		13,73%
Festes Aufteilungsverhältnis zwischen kreisfreien Städten und Kreisen wie im aktuellen FAG		
Gewicht der kreisfreien Städte in der Teilmasse für Kreisaufgaben		222.513.357
Gewicht der Kreise in der Teilmasse für Kreisaufgaben		268.457.438
Anteil kreisfreie Städte an der Teilmasse für Kreisaufgaben		45,32%
Anteil Kreise an der Teilmasse für Kreisaufgaben		54,68%

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Die Abschaffung der KdU-Umlage wird aus zwei Gründen empfohlen. Zum einen ist ihre Bereinigung bei der Einführung eines Soziallastenansatzes notwendig, um einen unmittelbaren Vergleich von kreisfreien Städten und Kreisen bei der Grundsicherung nach dem SGB II zu ermöglichen. Zum anderen scheint ihre Wirkung aus Sicht der Gutachter auch unabhängig von der Einführung eines Soziallastenansatzes problematisch. Die kreisangehörigen Gemeinden werden ohne Berücksichtigung ihrer Finanzkraft an den Kosten einer Aufgabe beteiligt, auf die sie zum einen aufgrund ihrer jeweiligen Sozialstruktur nur sehr begrenzten Einfluss haben, und zum anderen da die Wahrnehmung der Aufgabe durch eine übergeordnete administrative Ebene erfolgt. Da häufig die Gemeinden mit vielen SGB II-Empfängern auch nur über eine geringere Steuerkraft verfügen, verschärft die KdU-Umlage die fiskalischen Disparitäten und wirkt damit der Zielsetzung eines Finanzausgleichs entgegen.

Die Abschaffung der KdU-Umlage wirkt sich unmittelbar auf das Aufteilungsverhältnis zwischen den Teilmassen aus (Tabelle 6-2). Abweichend von der in Tabelle 5-4 gezeigten Berechnung für ein Zwei-Ebenen-Modell ist zusätzlich die geleistete KdU-Umlage bei den Zuschussbedarfen für Gemeindeaufgaben abzuziehen und den Zuschussbedarfen für Kreisaufgaben hinzuzurechnen. Die im Zwei-Ebenen-Modell anzusetzende KdU-Umlage betrug im Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2011 etwa 64 Mio. Euro pro Jahr. Dieser Wert ergibt sich aus den Ausgaben der kreisangehörigen Gemeinden (Unterabschnitt 482, Untergruppe 672) bzw. den Einnahmen der Kreise (Unterabschnitt 482, Untergruppe 162) sowie der fiktiven KdU-Umlagezahlung in den Gemeindeaufgaben der kreisfreien Städte, die diesen im Rahmen der Aufteilung ihrer Haushalte in Kreis- und Gemeindeaufgaben auf Basis der Verhältnisse im kreisangehörigen Raum in Kapitel 2.2 zugerechnet worden sind. Dadurch verändert sich das Aufteilungsverhältnis der Teilmassen zugunsten der Teilmasse für Kreisaufgaben. Für Kreisaufgaben sind nun 43,9 % und für Gemeindeaufgaben 42,4 % vorzusehen. Der Anteil der Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben bleibt davon unberührt.

- 4) Bemessung des Umfangs des Nebenansatzes „Soziallasten“ am Anteil der bereinigten Zuschussbedarfe für die drei Aufgaben im Sozialbereich (SGB II, SGB XII, Jugendhilfe) an den gesamten Zuschussbedarfen. In Tabelle 6-3 wird dazu hergeleitet wie sich der Anteil der Zuschussbedarfe in Anlehnung an die Berechnungen zur Massenaufteilung ergibt.

Im Ergebnis entfallen 56,7 % der gesamten nicht durch eigene allgemeine Deckungsmittel finanzierten Zuschussbedarfe für Kreisaufgaben auf die drei Soziallasten. Dazu werden zunächst wie bei der Massenaufteilung die Zuschussbedarfe für alle Kreisaufgaben berechnet. Sie werden wiederum um den übergemeindlichen Teil der Kreisaufgaben, die aufgabenbezogene Kostenerstattung im EP 9 (UGr 092) und die Zuschussbedarfe für Grundsicherung nach dem 4. Kapitel des SGB XII verringert und zusätzlich um die KdU-Umlage erhöht. Zusätzlich werden die in Tabelle 6-1 genannten Soziallasten in absoluten Euro-Werten ausgedrückt dargestellt und den Zuschussbedarfen für übrige Kreisaufgaben gegenübergestellt.

In einem zweiten Schritt werden die eigenen allgemeinen Deckungsmittel der Kreisebene, d. h. die Kreisumlage bzw. die fiktive Kreisumlage der kreisfreien Städte, zum Abzug gebracht. Dieser Abzug erfolgt insofern anteilig, als dass die Kreisumlage der Kreise zu 49,0 % von den Zuschussbedarfen für Soziallasten und zu 51,0 % von den übrigen Zuschussbedarfen abgezogen wird. Bei der fiktiven Kreisumlage der kreisfreien Städte wird das Verhältnis von 65,9 % für Zuschussbedarfe für Soziallasten zu 34,1 % für die übrigen Zuschussbedarfe zugrunde gelegt. Dadurch ergibt sich schlussendlich ein Anteil der Soziallasten an den um die Kreisumlage bereinigten Zuschussbedarfen für Kreisaufgaben in Höhe von 56,7 %. Für diesen Teil der Schlüsselmasse für Kreisaufgaben sollte bei der Bestimmung des Finanzbedarfs die Zahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften genutzt werden, während der Finanzbedarf für die übrigen 43,3 % wie bisher auf Basis der Einwohnerzahl ermittelt werden sollten.

Tabelle 6-3: Gewicht des Soziallastenansatzes

Gewicht der Soziallasten an den bereinigten Zuschussbedarfen für Kreisaufgaben	Kreise	kreisfreie Städte	Kreis-aufgaben insgesamt
Zuschussbedarfe für Kreisaufgaben insgesamt	984.645.874	455.937.538	1.440.583.412
- übergemeindlicher Teil der Kreisaufgaben	0	21.961.669	21.961.669
- Aufgabenbezogene Kostenerstattung im EP 9 (GR 092)	23.994.236	19.921.233	43.915.469
- Zuschussbedarfe für Grundsicherung SGB XII, 4. Kapitel + KdU-Umlage*	70.483.642	44.053.428	114.537.070
	40.214.002	23.794.730	64.008.732
bereinigte Zuschussbedarfe für Kreisaufgaben	930.381.998	393.795.938	1.324.177.937
SGB XII ohne Grundsicherung nach SGB XII, 4. Kapitel + SGB II abzgl. GR 092 zzgl. KdU-Umlage	84.998.113	53.279.396	138.277.509
+ Jugendhilfe (A 45) oh. Kindertagesstätten (UA 454)	194.491.089	124.932.252	319.423.341
	176.276.621	81.486.243	257.762.865
Zuschussbedarfe für Soziallasten (nur Kreisaufgaben)	455.765.823	259.697.891	715.463.714
Anteil an den Zuschussbedarfen	49,0%	65,9%	54,0%
Zuschussbedarfe für übrige Kreisaufgaben	474.616.175	134.098.047	608.714.222
Anteil an den Zuschussbedarfen	51,0%	34,1%	46,0%
Kreisumlage bzw. fiktive Kreisumlage	661.924.560	171.282.581	833.207.141
Zuschussbedarfe für Kreisaufgaben abzgl. Kreisumlage	268.457.438	222.513.358	490.970.796
davon Soziallasten abzgl. Kreisumlage (anteilig)	131.509.128	146.741.609	278.250.737
Anteil an gesamt	26,8%	29,9%	56,7%
davon übrige Kreisaufgaben abzgl. Kreisumlage (anteilig)	136.948.310	75.771.748	212.720.059
Anteil an gesamt	27,9%	15,4%	43,3%

* fiktive KdU-Umlage für kreisfreie Städte aufgrund der Aufteilung der Haushalte anhand des Verhältnisses der Zuschussbedarfe im kreisangehörigen Raum.

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

6.2 Berücksichtigung der unterschiedlichen Aufgabenbelastung bei den Gemeindeaufgaben

Auf der Gemeindeebene besteht unter Umständen ebenfalls die Notwendigkeit zur Einführung von Nebenansätzen, falls sich neben den übergemeindlichen Aufgaben weitere Bereiche finden sollten, auf die die Kriterien für Nebenansätze zutreffen.

In der Bestandsaufnahme in Kapitel 2.4 wurde bereits herausgestellt, dass neben den bereits in Kapitel 4 diskutierten übergemeindlichen Aufgaben lediglich zwei Aufgaben auf der Gemeindeebene mit quantitativ bedeutendem Umfang bei den kreisfreien Städten erheblich höhere Zuschussbedarfe als bei den kreisangehörigen Gemeinden verursachen: Brandschutz und Tageseinrichtungen für Kinder.

Für diese beiden Aufgaben gibt es jedoch aus Sicht der Gutachter gute Gründe, die gegen die Einführung eines Nebenansatzes sprechen:

- Für den Brandschutz besteht bereits eine Beteiligungsmöglichkeit für Umlandkommunen an Einsätzen der Berufsfeuerwehren der Oberzentren. Allerdings ist in § 21 Abs. 3 BrSchG geregelt, dass dieser erst ab 15 km greift. Hier könnte über eine Beteiligung bei allen Einsätzen der Berufsfeuerwehren im Umland nachgedacht werden. Außerdem ermöglicht das Aufkommen aus der Feuerchutzsteuer, die momentan vor allem der Entlastung bei Investitionen dienen soll, zumindest eine teilweise Umverteilung zugunsten der Kommunen mit einer Berufsfeuerwehr. Hier könnte der Ver-

teilungsschlüssel angepasst werden, um eine bessere Berücksichtigung der höheren Kosten für Berufsfeuerwehren zu ermöglichen. Dies ist z. B. durch eine unterschiedliche Gewichtung des Personals von freiwilligen und Berufsfeuerwehren und der Abschaffung des Flächenparameters möglich. Allerdings ist das Aufkommen der Steuer in Höhe von ca. 11 Millionen Euro pro Jahr bei weitem nicht ausreichend, um selbst bei einer extremen Umverteilung zu Gunsten der kreisfreien Städte deren höhere Kosten der Berufsfeuerwehren auch nur annähernd zu decken.

- Für Tageseinrichtungen für Kinder bietet sich grundsätzlich eine stärkere Unterstützung von städtischen Kommunen an, die aufgrund der Nachfrageunterschiede nach Kinderbetreuung höhere Pro-Kopf-Zuschussbedarfe zu tragen haben als ländliche Gemeinden. Hier spricht gegen einen Nebenansatz zum jetzigen Zeitpunkt vor allem die Tatsache, dass sich dieser Bereich durch den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz erst in den letzten Jahren sehr dynamisch entwickelt hat. Die Ergebnisse für den Jahresdurchschnitt 2009 bis 2011 scheinen daher nicht geeignet, um die Verteilung der Zuschussbedarfe im Jahr 2015 sachgerecht abzubilden. Hier wäre für eine Übergangsphase darüber nachzudenken, ob diese Aufgabe durch Zuweisungen außerhalb der Schlüsselmasse unterstützt werden kann. Nach einigen Jahren wäre dann zu prüfen, ob sich ein geeigneter exogener Indikator zur Erklärung der Zuschussbedarfe finden lässt, der die Einführung eines Nebenansatzes ermöglicht.

6.3 Regelgebundene Fortschreibung des Aufteilungsverhältnisses in der Zukunft

Das durch den Gutachter favorisierte und im Moment in Schleswig-Holstein genutzte Zwei-Ebenen-Modell hat den Vorteil, dass viele im Drei-Säulen-Modell notwendige laufende Anpassungen der Massenaufteilung nicht relevant sind. Dies liegt daran, dass sich sowohl die Teilmasse für Gemeindeaufgaben und Kreisaufgaben jeweils auf die gesamte Einwohnerzahl und Fläche des Landes beziehen. Daher sind Anpassungen aufgrund unterschiedlicher Bevölkerungs- oder Steuerkraftentwicklung zwischen kreisfreien Städten und kreisangehörigem Raum wie im Drei-Säulen-Modell nicht notwendig.

Regelmäßige Bedarfe zur Überprüfung und ggf. Anpassung des Aufteilungsverhältnisses ergeben sich aber auch im schleswig-holsteinischen Finanzausgleich:

- Der Bestand an durch die kommunale Ebene zu erfüllenden Aufgaben bzw. die Kosten der Aufgabenerfüllung verändern sich im Zeitverlauf. Wie beispielsweise beim Wegfall der Kosten für eine Aufgabe zu verfahren ist, wurde in Kapitel 5 anhand des 4. Kapitels des SGB XII gezeigt. Die entsprechenden Zuschussbedarfe können vom Gewichtungsfaktor der Schlüsselmasse abgezogen bzw. im Falle einer neuen Aufgabe mit bekanntem Kostenumfang hinzugefügt werden.
- Asymmetrische Entwicklungen der Kosten der Aufgabenerfüllung zwischen Aufgaben der Kreis- und Gemeindeebene können allerdings nur durch eine Analyse der Ist-Zuschussbedarfe ermittelt werden, wie sie im vorliegenden Gutachten angewandt wurde.
- Ebenso erscheint eine regelmäßige Überprüfung der Zuschussbedarfe für übergemeindliche Aufgaben notwendig. Neben der Entwicklung des übergemeindlichen Anteils an den übergemeindlichen Aufgaben beeinflussen hier auch Veränderungen im zentralörtlichen System den Umfang und die Binnenaufteilung der Teilmasse auf die einzelnen zentralen Orte.
- Veränderungen der Massenaufteilung können sich auch durch eine nicht durch Änderungen im Aufgabenbestand oder -umfang gedeckte Anpassung des durchschnittlichen Kreisumlagesatzes ergeben. Eine Erhöhung (Senkung) des Satzes würde sich unter sonst gleichen Bedingungen in einer Senkung (Erhöhung) des Gewichts der Teilmasse für Kreisaufgaben auswirken.

Grundsätzlich erscheint es sinnvoll sowohl kleine als auch große Revisionen des Finanzausgleichs in regelmäßigen Abständen durchzuführen. Eine transparente Festlegung der Zeiträume und der Bereiche im FAG, auf die sich diese Revisionen beziehen sollen, erhöht die Verlässlichkeit des KFA und senkt die Streitanzahl.

Für kleine Revisionen bietet sich ein eher kurzfristiger Turnus an. Hier könnten Anpassungen an einen veränderten Aufgabenbestand unmittelbar vorgenommen werden und die relevanten Parameter entsprechend der Trendentwicklung fortgeschrieben werden. In mittelfristiger Perspektive könnten dann die Parameter einer grundlegenden Überprüfung unterzogen werden, die dem hier gewählten Vorgehen entspricht. Im Rahmen der großen Revision könnten dann auch strukturelle Anpassungen vorgenommen werden, z. B. Veränderung der Nebenansätze, Anpassung der Liste übergemeindlicher Aufgaben, Koordination mit dem Landesentwicklungsplan etc.

7 Fazit und Handlungsempfehlungen

Das Ziel des vorliegenden Gutachtens war es, eine sachgerechte prozentuale Aufteilung der Schlüsselzuweisungen im schleswig-holsteinischen kommunalen Finanzausgleich auf die verschiedenen Kommunalgruppen (Teilschlüsselmassen) einschließlich der Binnenaufteilung auf die zentralen Orte bei den Schlüsselzuweisungen für übergemeindliche Aufgaben zu ermitteln. Dabei war außerdem ein Vergleich zwischen dem bisherigen Vorgehen bei der Konstruktion von Teilschlüsselmassen mit Aufgabenbezug (Kreis- und Gemeindeaufgaben) und einer Unterteilung nach kommunalen Gruppen (kreisfreie Städte, Kreise, kreisangehörige Gemeinden) durchzuführen. In diesem abschließenden Kapitel werden die wesentlichen Ergebnisse und Handlungsempfehlungen zusammengefasst.

Bestandsaufnahme

Die Bestandsaufnahme der Finanzsituation der schleswig-holsteinischen Kommunen hat ergeben, dass die Situation der kreisfreien Städte besonders problematisch ist und es daher gerechtfertigt erscheint, den Ursachen auch und vor allem im Rahmen der Fortentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Sie erzielen nur wenig mehr Steuereinnahmen als der kreisangehörige Raum, obwohl sie einen umfassenderen Bestand an Aufgaben finanzieren müssen. Die relative Finanzschwäche wird nur teilweise durch den bestehenden Verteilungsmodus für Schlüsselzuweisungen ausgeglichen, so dass sich in den kreisfreien Städten eine große Lücke zwischen allgemeinen Deckungsmitteln und Zuschussbedarfen ergibt. Im kreisangehörigen Raum stellt sich die Finanzsituation der kreisangehörigen Gemeinden besser dar als die der Kreise.

Die nach Aufgaben differenzierende Analyse hat gezeigt, dass die kreisfreien Städte innerhalb der Kreisaufgaben vor allem bei ausgewählten Soziallasten (SGB II, SGB XII und Jugendhilfe) und Berufsschulen deutlich höhere Zuschussbedarfe als die Kreise finanzieren. Bei den Gemeindeaufgaben konzentrieren sich die Unterschiede zu den kreisangehörigen Gemeinden auf übergemeindliche Aufgaben, Kindertagesstätten und den Brandschutz. Die angespannte Finanzsituation der kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein kommt darüber hinaus in einer im Vergleich zum kreisangehörigen Raum deutlich geringeren Investitionstätigkeit zum Ausdruck. Bei den genannten Aufgabenbereichen handelt es sich um stark regulierte Aufgaben (Soziallasten) oder im weiteren Sinne um den Bildungsbereich (Kindertagesstätten, Jugendhilfe). Daher kann zunächst nicht von im Allgemeinen zu hohen Standards oder zu geringer Effizienz der Aufgabenerfüllung in den kreisfreien Städten ausgegangen werden.

Zwei-Ebenen- oder Drei-Säulen-Modell

Beim Vergleich verschiedener Konstruktionsprinzipien für die Teilmassenbildung wurde herausgearbeitet, dass für Schleswig-Holstein die Beibehaltung des Zwei-Ebenen-Modells, das nach Kreis- und Gemeindeaufgaben differenziert, einem Drei-Säulen-Modell mit Teilmassen für die einzelnen kommunalen Gruppen vorzuziehen ist. Die Gründe liegen vor allem in der größeren Anzahl von Gebietskörperschaften je Teilmasse, die eine bessere Objektivierbarkeit mit sich bringt, und der Kompatibilität mit anderen Teilaspekten des schleswig-holsteinischen Finanzausgleichs, insbesondere dem eindeutigen Bekenntnis zu einem aufgabenorientierten System. Darüber hinaus ist es im Zwei-Ebenen-Modell besser möglich, auf Basis der Ist-Zuschussbedarfe die Teilmassendotierung abzuleiten, da z. B. ein im allgemeinen zu ausgabenfreudiges Verhalten der kreisfreien Städte nicht unmittelbar zu einer Verzerrung der Massendotierung zu Gunsten der kreisfreien Städte führt, sondern sowohl das Gewicht der Teilmasse für Kreisaufgaben als auch für Gemeindeausgaben erhöht und damit keine Veränderung der Relation der beiden Massen zueinander herbeiführt.

Im Kapitel zur Konstruktion der Teilmassen wurde formal gezeigt, wie die Teilmassendotierung rechnerisch unter Berücksichtigung der Zuschussbedarfe, der allgemeinen Deckungsmittel (Steuereinnahmen und Kreisumlage) und weiterer Werte (insbesondere aufgabenbezogene Zuweisungen im Einzelplan 9) ermittelt werden kann. In den folgenden Kapiteln wurden die entsprechenden Parameter bestimmt und Berechnungen entsprechend der vorgestellten Formeln durchgeführt.

Potenziell finanzausgleichsrelevante übergemeindliche Aufgaben

Die Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben wurde in Schleswig-Holstein im Jahr 1970 eingeführt. Sie ist zur Finanzierung des übergemeindlichen Anteils an den Gemeindeaufgaben in Orten mit zentralörtlicher Einstufung vorgesehen und ersetzt den in den meisten anderen Bundesländern üblichen Hauptansatz. Die Mittel werden unabhängig von der Einwohnerzahl und der Finanzkraft der zentralen Orte vergeben, da der übergemeindliche Teil der entsprechenden Aufgaben nicht durch die eigene Einwohnerzahl und Finanzkraft bestimmt wird. Dieses Vorgehen erscheint den Gutachtern plausibel und sollte beibehalten werden.

Für die Ermittlung der Zuschussbedarfe für den übergemeindlichen Anteil an den kommunalen Aufgaben wurde zunächst eine Liste übergemeindlicher Aufgaben anhand ex-ante formulierter, maßgeblicher Kriterien erstellt, die sich an der Gliederungssystematik kommunaler Aufgaben orientiert. Das wichtigste Kriterium war, dass tatsächlich in relevantem Maße Leistungen angeboten werden, die durch Einwohner des Verflechtungsbereichs eines zentralen Ortes genutzt werden. Durch dieses Vorgehen wurde verhindert, dass alle Aufgaben, in denen zentrale Orte höhere Zuschussbedarfe decken müssen, als übergemeindliche Aufgaben eingeordnet wurden. In der Untersuchung wurde erläutert, dass die Zuschussbedarfe vieler dieser Aufgaben (z. B. Soziallasten, Kindertagesstätten, Brandschutz) nicht daher in größeren Städten höher sind, weil hier Aufgaben für den Verflechtungsbereich erbracht werden, sondern weil bestimmte Problemlagen, Lebensentwürfe oder bauliche Besonderheiten in Räumen mit höherer Ballung häufiger auftreten als in Räumen geringerer Ballung.

Zu den potenziell finanzausgleichsrelevanten übergemeindlichen Aufgaben zählen in Schleswig-Holstein die weiterführenden Schulen (Einzelplan 2), der überwiegende Teil des Einzelplans 3 (Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege), Krankenhäuser und andere Einrichtungen und Maßnahmen der Gesundheitspflege, Sportstätten, öffentliche Bäder sowie Park- und Gartenanlage im Einzelplan 5 (Gesundheit, Sport, Erholung) sowie im Einzelplan 6 die Straßen und daraus abgeleitete Aufgaben (Straßenbeleuchtung, Straßenreinigung und Parkeinrichtungen). Darüber hinaus gibt es weitere übergemeindliche Aufgaben, die aber nicht für den Finanzausgleich relevant sind, da sie z. B. nicht von den Kommunen getragen werden. Als Beispiele privatwirtschaftlicher zentralörtlicher Angebote ist der Einzelhandel zu nennen. Im öffentlichen Bereich sind Einrichtungen der Bundes- und Landesverwaltung zu nennen. Die in diesem Gutachten erstellte Liste kann und soll daher eine Diskussion über die für landesplanerische Belange insgesamt relevanten zentralörtlichen Aufgaben nicht ersetzen.

Auf Basis der Liste potenziell finanzausgleichsrelevanter übergemeindlicher Aufgaben wurden die Zuschussbedarfe für die Aufgaben in Orten mit und ohne zentralörtliche Einstufung berechnet. Nur der Teil der Zuschussbedarfe je Einwohner, der in zentralen Orten mit zentralörtlicher Einstufung über dem der Orte ohne zentralörtliche Einstufung liegt, wird als übergemeindlicher Anteil an den potenziell finanzausgleichsrelevanten übergemeindlichen Aufgaben eingestuft. Durch Multiplikation mit der Einwohnerzahl der zentralen Orte ergibt sich daraus das relative Gewicht der Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben.

Durch diese Berechnung wird der Tatsache Rechnung getragen, dass auch nicht-zentrale Orte potenziell übergemeindliche Aufgaben wahrnehmen und darin ein Basisangebot für die Grundversorgung der eigenen Bevölkerung vorhalten. Außerdem werden mögliche Unschärfen in der Festlegung der zentralen Orte ausgeglichen, da faktische Zentralorte ohne entsprechende Einstufung im Landesent-

wicklungsplan durch ihre Zuschussbedarfe für übergemeindliche Aufgaben das Gewicht der Teilmasse senken. Damit wird auch der reaktiven Funktion des kommunalen Finanzausgleichs Rechnung getragen, dessen Aufgabe es nicht ist, landesplanerische Belange zu beeinflussen, sondern die faktischen Finanzbedarfe der Kommunen zu decken.

Aufgrund der besonderen Bedeutung der übergemeindlichen Aufgaben im schleswig-holsteinischen Finanzausgleich kommt dem Landesentwicklungsplan eine besondere Bedeutung zu. In diesem Zusammenhang würden eine präzisere Definition und eine ausführlichere Begründung der Einstufung einzelner Gemeinden auch im Hinblick auf den kommunalen Finanzausgleich zu einer Senkung der Streit anfälligkeit und Erhöhung der Transparenz beitragen.

Aufteilung der Teilmassen

Im zentralen Kapitel des Gutachtens wurden die zuvor abgeleiteten Formeln für die Teilmassenbildung auf die anhand der kommunalen Rechnungsergebnisse und anderer amtlicher Daten berechneten Größen angewandt. Dabei wurden sowohl für das Zwei-Ebenen- als auch für das Drei-Säulen-Modell Berechnungen durchgeführt und die Verteilungsergebnisse soweit möglich mit denen des FAG 2011 verglichen. Es wurden zunächst alle Parameter ermittelt, die auch im FAG 2011 genutzt worden sind. Dazu wurden die Zuschussbedarfe im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt sowie andere finanzstatistische Kennziffern im Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2011 genutzt. Lediglich bei der Berechnung der Binnenaufteilung der Masse für übergemeindliche Aufgaben ist eine leicht abweichende Berechnungsmethode gewählt worden, da aufgrund der geringen Anzahl von Kommunen in einzelnen Zentralitätseinstufungen eine rechnerische Ermittlung nicht immer möglich war und größere Investitionen einzelner Kommunen zu Verzerrungen der Ergebnisse geführt hätten. Weiterführende Vorschläge zu strukturellen Veränderungen wurden erst im folgenden Kapitel gemacht.

Die folgende Übersicht zeigt die wesentlichen Parameter der Berechnungen auf Basis der in Kapitel 3 genannten Formeln nach Abzug der Zuschussbedarfe für das 4. Kapitel des SGB XII, da die dort entstehenden Kosten ab 2014 vollständig durch den Bund erstattet werden. Da sich die Gutachter klar für ein Zwei-Ebenen-Modell aussprechen, werden an dieser Stelle nur diese Ergebnisse zusammenfassend dargestellt. Außerdem wurden bereits die in Kapitel 6.1 empfohlene Abschaffung der KdU-Umlage und die Einführung eines Soziallastenansatzes berücksichtigt.

<u>Parameter</u>	<u>Dotierung</u>
Teilmasse für Gemeindeaufgaben	42,4 %
Teilmasse für Kreisaufgaben	43,9 %
<i>davon nach der Einwohnerzahl</i>	<i>43,3 %</i>
<i>davon nach der Zahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften</i>	<i>56,7 %</i>
Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben	13,7 %
<i>davon Anteil Oberzentren</i>	<i>56,5 %</i>
<i>davon Anteil übrige zentrale Orte</i>	<i>43,5 %</i>
<u>Binnenaufteilung auf die übrigen zentralen Orte</u>	
Mittelzentren außerhalb des Verdichtungsraums	100,0 %
Mittelzentren im Verdichtungsraum	60,0 %
Unterkentren mit mittelzentralen Teilfunktionen	60,0 %
Unterkentren	30,0 %
Stadtrandkerne I. Ordnung mit mittelzentralen Teilfunktionen	30,0 %
Ländliche Zentralorte	10,0 %
Stadtrandkerne I. Ordnung	10,0 %
Stadtrandkerne II. Ordnung	5,0 %

Im Vergleich zum FAG 2011 führen die vorgeschlagenen Parameter zu einer Verschiebung der Schlüsselmasse zugunsten der Gemeindeaufgaben und der übergemeindlichen Aufgaben, da durch die Kostenerstattung für das 4. Kapitel des SGB XII eine erhebliche Entlastung bei den Kreisaufgaben erfolgt, die größer ist als die durch Abschaffung der KdU-Umlage erzielten Verteilungswirkung zugunsten der Kreisebene. Die Umschichtung zugunsten der Gemeindeebene ist allerdings in der Summe geringer als die Entlastung der Kreise durch den Wegfall der Finanzierung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Innerhalb der Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben kommen die zusätzlichen Mittel vor allem den Oberzentren zu Gute. Dies steht im Einklang mit der in der Bestandsaufnahme abgeleiteten besonderen Finanzierungsproblematik der kreisfreien Städte. Aufgrund der höheren Dotierung dieser Teilmasse ergeben sich für die meisten anderen zentralen Orte allerdings keine Verschlechterungen im Vergleich zur aktuellen Situation. Aufgrund des Schullastenausgleichs wird die Abschaffung der Zuweisungen an Schulträger von Realschulen und Förderschulen in nicht-zentralen Orten empfohlen.

Weiterführende Überlegungen zur Fortentwicklung des schleswig-holsteinischen Finanzausgleichs

Im abschließenden Kapitel wurden drei weiterführende Überlegungen zu strukturellen Veränderungen des kommunalen Finanzausgleichs in Schleswig-Holstein angestellt. Der wichtigste Aspekt ist dabei das feste Aufteilungsverhältnis innerhalb der Teilmasse für Kreisaufgaben, das feste Quoten für die kreisfreien Städte und die Kreise festlegt. Die Gutachter empfehlen die Abkehr von einer nicht aus sachlichen bzw. aufgabenorientierten Erwägungen abgeleiteten Quotierung der Teilmassenbildung und plädieren stattdessen für die Einführung eines Soziallastenansatzes. Das feste Aufteilungsverhältnis ist vor allem deshalb problematisch, weil es faktisch wie im Drei-Säulen-Modell den kreisfreien Städten eine exklusive Unter-Teilmasse bietet und keinerlei Differenzierung bei der Bestimmung des Finanzbedarfs innerhalb der Gruppen der kreisfreien Städte bzw. der Kreise ermöglicht. Die Bestimmung der exklusiven Unterteilmasse ist aufgrund der geringen Zahl kreisfreier Städte und dem möglichen strategischen Verhalten problematisch, während die Gleichbehandlung jeweils aller Kreise bzw. kreisfreien Städte nach der Analyse der Streuung der Soziallasten (SGB II, SGB XII, Jugendhilfe) innerhalb der Gruppen nicht mehr sachgerecht erscheint.

Die Einführung eines Nebenansatzes für Soziallasten ist auf der Kreisebene gerechtfertigt, weil alle Kriterien für die Einführung von Nebenansätzen in diesem Bereich zutreffen: quantitativ hohes Gewicht der Aufgaben, starke Streuung zwischen den Gebietskörperschaften einer Teilmasse und Existenz eines exogenen Indikators für die Bedarfsbestimmung (Anzahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften), der die Summe der Zuschussbedarfe aller drei Bereiche sehr gut erklärt. Es wird daher empfohlen, für den Anteil der Zuschussbedarfe, den die genannten Soziallasten an den gesamten Zuschussbedarfen für Kreisaufgaben besitzen (56,7 %), bei der Bestimmung des Finanzbedarfs die Zahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften heranzuziehen und nur den übrigen Teil der Zuschussbedarfe für Kreisaufgaben durch die Einwohnerzahl abzubilden (43,3 %). Beide Teilmassen sollten finanzkraftabhängig auf Basis der bisher genutzten Finanzkraftmesszahl verteilt werden.

Im Rahmen der Einführung eines Soziallastenansatzes und aufgrund der Wirkungen zu Ungunsten ohnehin bereits finanzschwacher kreisangehöriger Gemeinden werden außerdem die Abschaffung der KdU-Umlage und die Umschichtung der entsprechenden Mittel von der Masse für Gemeindeaufgaben in die Masse für Kreisaufgaben empfohlen.

Bei der Bedarfsbestimmung innerhalb der Teilmasse für Gemeindeaufgaben sollten aus Sicht der Gutachter außer der Bildung einer Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben zum jetzigen Zeitpunkt keine weiteren Nebenansätze eingeführt werden. Die beiden einzigen Aufgaben, die sich potenziell dafür qualifizieren könnten, sind der Brandschutz und die Kindertagesstätten. Beim Brandschutz sollte zunächst durch eine stärkere Beteiligung von Umlandkommunen an der Finanzierung der Berufsfeuer-

wehren in den kreisfreien Städten und eine Anpassung des Verteilungsschlüssels für das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer versucht werden, die Unterschiede zwischen kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden zu reduzieren. Der Bereich der Kindertagesstätten unterliegt durch die Einführung des gesetzlichen Anspruchs im Moment einer sehr hohen Dynamik, die eine Ableitung der Zuschussbedarfe auf Basis von Werten der Jahre 2009 bis 2011 für das Jahr 2015 unmöglich macht. Daher wird vorgeschlagen im Rahmen der nächsten Überprüfung des kommunalen Finanzausgleichs Umfang und Streuung der Zuschussbedarfe für diesen Bereich erneut hinsichtlich der Notwendigkeit eines Nebenansatzes zu prüfen.

Abschließend wurden Optionen für eine regelgebundene Fortschreibung und Überprüfung des kommunalen Finanzausgleichs benannt. Ein solches Vorgehen erhöht die Transparenz und Verlässlichkeit und verringert die Streit anfälligkeit des gesamten Systems. Es sollte daher bei der Entwicklung eines Gesetzentwurfs fixiert werden.

Anhang

Tabelle A 1:

Ausgewählte Einnahme- und Ausgabearten im Einzelplan 9

Schleswig-Holstein insgesamt	Ausgewählte Einnahme- und Ausgabearten im Einzelplan 9 in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Grundsteuer A	6,11	6,27	6,87	6,36	6,54	6,58	6,70	6,71	6,81	6,91	7,02	7,16
Grundsteuer B	93,23	96,82	98,50	100,17	102,88	105,30	108,02	110,80	112,31	115,85	120,30	128,35
Gewerbesteuer netto	187,58	172,57	163,89	176,45	203,26	242,81	299,00	282,04	293,45	241,54	256,11	298,63
Anteil Einkommensteuer	280,68	268,26	266,16	247,97	227,19	234,15	252,90	286,34	313,87	301,70	284,83	338,31
Anteil Umsatzsteuer	25,09	24,46	27,43	26,68	25,14	25,48	26,41	29,80	30,96	31,27	32,23	33,77
Sonstige Steuereinnahmen	15,28	14,63	14,90	15,04	14,80	12,97	13,57	14,57	15,89	16,96	18,69	20,13
Steuereinnahmen gesamt	607,96	583,01	577,76	572,68	579,81	627,29	706,60	730,25	773,29	714,24	719,19	826,35
Schlüsseluweisungen vom Land	287,27	284,89	277,15	247,87	244,61	267,87	217,30	253,89	300,51	318,33	310,07	261,73
Fehlbeitragszuweisungen vom Land	2,04	2,32	3,47	5,31	5,65	6,36	5,65	6,22	6,18	12,24	16,52	19,15
Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land	38,00	37,99	37,13	33,37	32,26	35,30	32,96	34,56	42,34	39,59	36,91	30,91
Familienleistungsausgleich	22,90	23,42	27,66	25,38	24,22	25,99	22,42	26,78	25,50	31,02	31,85	40,05
Leistungen für moderne DL am Arbeitsmarkt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	13,39	19,14	15,61	16,18	15,53	15,54	15,44
Zuweisungen vom Land im Verwaltungshaushalt	350,21	348,62	345,42	311,94	306,73	348,90	297,47	337,07	390,71	416,71	410,89	367,29
Kreis- und Amtsumlage (Einnahme)	225,23	236,76	226,85	217,52	235,12	230,68	252,41	270,44	304,49	318,68	308,84	307,76
Kreis- und Amtsumlage (Ausgabe)	223,86	234,21	226,16	214,72	232,99	228,53	250,32	267,08	302,90	317,32	315,88	301,55
Zuweisungen/Umlagen von bzw. an Gem./Gv.	1,37	2,55	0,69	2,80	2,12	2,14	2,09	3,36	1,60	1,36	-7,04	6,20
Allg. Deckungsmittel brutto (VWH)	959,54	934,18	923,87	887,42	888,67	978,34	1.006,16	1.070,68	1.165,59	1.132,31	1.123,03	1.199,84
Zinsausgaben (netto)	45,28	41,92	41,66	44,56	45,68	45,03	44,47	39,03	35,41	35,65	38,48	40,68
Zinsausgaben	56,17	55,91	54,37	52,83	52,64	51,15	51,99	51,77	51,85	45,98	44,00	46,96
(-) Zinseinnahmen	10,89	13,99	12,71	8,27	6,96	6,11	7,52	12,74	16,44	10,33	5,52	6,28
Allg. Deckungsmittel netto (VWH)	914,25	892,26	882,21	842,85	842,99	933,30	961,69	1.031,65	1.130,19	1.096,66	1.084,55	1.159,15
<i>nachrichtlich:</i>												
Nettokreditaufnahme	2,42	0,87	-13,14	4,14	5,61	12,27	5,34	2,47	-1,13	15,21	62,06	30,67
Kredit-Einnahmen	89,90	83,95	71,39	107,43	110,89	134,37	146,20	145,83	105,69	131,91	209,66	149,76
Kredit-Tilgung	87,48	83,08	84,53	103,28	105,27	122,10	140,86	143,36	106,81	116,70	147,60	119,09
EP 0-8:												
Einnahmen VWH	726,64	735,47	754,88	769,17	795,96	817,10	864,98	963,89	1.005,45	977,91	998,44	1.039,76
Ausgaben VWH	1.499,03	1.517,95	1.563,28	1.586,03	1.651,04	1.656,33	1.672,63	1.848,26	1.917,52	1.993,00	2.018,49	2.092,86
Zuschussbedarf VWH	772,40	782,48	808,40	816,86	855,09	839,23	807,65	884,36	912,07	1.015,10	1.020,05	1.053,10
Einnahmen VMH	203,58	249,81	192,98	188,62	170,03	180,31	192,24	162,28	156,01	123,57	142,19	181,77
Ausgaben VMH	370,37	332,08	314,33	295,62	273,22	301,26	306,46	300,55	303,14	293,32	314,82	310,10
Zuschussbedarf VMH	166,79	82,27	121,35	107,00	103,19	120,95	114,22	138,27	147,13	169,76	172,63	128,33

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 1 (Fortsetzung)

Kreisfreie Städte	Ausgewählte Einnahme- und Ausgabebarten im Einzelplan 9 in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Grundsteuer A	0,59	0,59	0,56	0,57	0,56	0,53	0,56	0,54	0,55	0,55	0,54	0,64
Grundsteuer B	122,08	128,97	126,03	129,53	129,43	132,55	134,91	138,51	138,96	142,03	147,17	158,55
Gewerbesteuer netto	257,82	242,41	198,05	223,19	245,44	346,85	443,23	352,97	404,30	283,86	269,39	352,61
Anteil Einkommensteuer	261,13	251,82	253,42	221,51	200,73	207,59	216,14	244,63	267,14	259,61	244,98	291,25
Anteil Umsatzsteuer	41,38	40,59	40,23	40,20	40,33	40,84	43,16	47,81	49,45	49,54	50,92	53,23
Sonstige Steuereinnahmen	15,62	13,40	13,30	12,54	11,31	7,56	9,40	8,83	10,89	11,55	13,31	15,27
Steuereinnahmen gesamt	698,63	677,79	631,58	627,55	627,81	735,91	847,40	793,29	871,30	747,14	726,31	871,54
Schlüsselaufwendungen vom Land	395,51	412,23	407,33	361,77	366,34	395,20	305,39	343,75	416,12	465,75	451,56	390,24
Fehlbetragsaufwendungen vom Land	0,00	0,00	0,00	0,00	5,82	5,82	5,98	5,97	5,95	18,28	19,97	29,99
Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land	75,20	75,63	75,13	67,12	68,15	71,35	67,60	72,76	83,35	78,28	72,52	60,96
Familienleistungsausgleich	21,59	22,10	26,17	22,39	22,18	22,61	19,34	23,17	21,71	27,36	27,70	34,51
Leistungen für moderne DL am Arbeitsmarkt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	20,67	50,43	33,99	36,38	32,90	32,46	31,97
Zuweisungen vom Land im Verwaltungshaushalt	492,30	509,96	508,64	451,28	462,50	515,64	448,74	479,64	563,51	622,57	604,22	547,67
Kreis- und Amtsumlage (Einnahme)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Kreis- und Amtsumlage (Ausgabe)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Zuweisungen/Umlagen von bzw. an Gem./Gv.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Allg. Deckungsmittel brutto (VWH)	1.190,93	1.187,75	1.140,22	1.078,83	1.090,30	1.251,55	1.296,14	1.272,93	1.434,81	1.369,71	1.330,52	1.419,20
Zinsausgaben (netto)	109,10	103,37	94,56	101,58	104,45	101,51	104,58	92,76	87,00	76,60	80,18	83,59
Zinsausgaben	114,60	114,44	107,63	103,88	105,66	102,61	106,20	98,77	94,60	81,24	82,07	85,25
(-) Zinseinnahmen	5,51	11,07	13,08	2,29	1,21	1,10	1,62	6,01	7,59	4,64	1,89	1,66
Allg. Deckungsmittel netto (VWH)	1.081,83	1.084,38	1.045,66	977,24	985,85	1.150,04	1.191,56	1.180,17	1.347,81	1.293,10	1.250,34	1.335,61
<i>nachrichtlich:</i>												
Nettokreditaufnahme	5,54	-34,47	-107,63	-48,54	5,29	-6,55	20,45	-24,42	-1,94	-5,94	78,47	-8,12
Kredit-Einnahmen	163,92	126,94	64,39	135,84	221,22	241,47	292,97	312,56	181,10	255,77	443,83	172,67
Kredit-Tilgung	158,39	161,41	172,02	184,38	215,93	248,02	272,52	336,98	183,03	261,71	365,35	180,79
EP 0-8:												
Einnahmen VWH	955,34	975,59	1.026,17	1.002,62	1.104,82	1.079,15	1.205,13	1.368,77	1.348,63	1.134,90	1.149,38	1.252,58
Ausgaben VWH	1.967,53	2.012,09	2.124,53	2.076,51	2.263,08	2.226,70	2.253,87	2.513,00	2.522,97	2.465,19	2.493,27	2.649,43
Zuschussbedarf VWH	1.012,19	1.036,50	1.098,36	1.073,89	1.158,26	1.147,55	1.048,74	1.144,22	1.174,34	1.330,29	1.343,89	1.396,84
Einnahmen VMH	226,48	527,26	286,36	190,39	206,23	214,11	254,60	210,58	201,77	116,50	108,26	221,34
Ausgaben VMH	393,49	351,83	372,75	329,94	320,76	341,07	397,00	326,35	301,09	262,21	246,99	284,80
Zuschussbedarf VMH	167,01	-175,43	86,39	139,55	114,53	126,96	142,40	115,77	99,32	145,70	138,73	63,46

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 1 (Fortsetzung)

Kreisaangehöriger Raum	Ausgewählte Einnahme- und Ausgabearten im Einzelplan 9 in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Grundsteuer A	7,66	7,85	8,62	7,96	8,18	8,24	8,39	8,40	8,53	8,67	8,81	8,97
Grundsteuer B	85,11	87,85	90,87	92,07	95,58	97,82	100,64	103,17	104,96	108,62	112,87	119,97
Gewerbesteuer netto	167,82	153,08	154,42	163,55	191,67	214,24	259,43	262,53	262,85	229,86	252,44	283,65
Anteil Einkommensteuer	286,18	272,85	269,70	255,27	234,46	241,44	262,98	297,81	326,77	313,33	295,86	351,36
Anteil Umsatzsteuer	20,50	19,97	23,88	22,95	20,96	21,26	21,82	24,85	25,85	26,23	27,06	28,38
Sonstige Steuereinnahmen	15,19	14,98	15,34	15,73	15,76	14,45	14,71	16,14	17,27	18,45	20,18	21,48
Steuereinnahmen gesamt	582,45	556,58	562,83	557,54	566,62	597,46	667,98	712,91	746,24	705,15	717,22	813,81
Schlüsseluweisungen vom Land	256,82	249,36	241,05	216,46	211,14	232,91	193,14	229,18	268,59	277,62	270,93	226,07
Fehlbetragzuweisungen vom Land	2,62	2,97	4,44	6,78	5,60	6,50	5,56	6,29	6,25	10,57	15,57	16,14
Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land	27,53	27,48	26,60	24,06	22,39	25,40	23,46	24,06	31,02	28,91	27,06	22,57
Familienleistungsausgleich	23,26	23,79	28,07	26,21	24,78	26,92	23,27	27,78	26,54	32,03	32,99	41,59
Leistungen für moderne DL am Arbeitsmarkt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11,39	10,56	10,56	10,60	10,74	10,85	10,86
Zuweisungen vom Land im Verwaltungshaushalt	310,23	303,61	300,16	273,51	263,91	303,12	255,98	297,86	343,00	359,86	357,40	317,24
Kreis- und Amtsumlage (Einnahme)	288,60	302,81	289,76	277,52	299,76	294,03	321,65	344,82	388,55	406,69	394,28	393,15
Kreis- und Amtsumlage (Ausgabe)	286,84	299,55	288,87	273,94	297,05	291,29	318,99	340,53	386,51	404,95	403,28	385,23
Zuweisungen/Umlagen von bzw. an Gem./Gv.	1,75	3,26	0,88	3,57	2,71	2,73	2,66	4,29	2,04	1,73	-8,99	7,92
Allg. Deckungsmittel brutto (VWH)	894,43	863,45	863,88	834,62	833,23	903,31	926,62	1.015,06	1.091,28	1.066,74	1.065,63	1.138,97
Zinsausgaben (netto)	27,33	24,78	26,99	28,84	29,52	29,52	27,99	24,25	21,17	24,34	26,94	28,78
Zinsausgaben	39,73	39,58	39,60	38,75	38,06	37,01	37,12	38,84	40,05	36,24	33,46	36,34
(-) Zinsentnahmen	12,40	14,80	12,61	9,92	8,55	7,49	9,13	14,59	18,88	11,90	6,52	7,56
Allg. Deckungsmittel netto (VWH)	867,11	838,67	836,88	805,79	803,72	873,78	898,64	990,81	1.070,11	1.042,41	1.038,69	1.110,19
<i>nachrichtlich:</i>												
Nettokreditaufnahme	1,54	10,73	13,06	18,67	5,70	17,44	1,20	9,87	-0,90	21,05	57,52	41,43
Kredit-Einnahmen	69,07	71,96	73,33	99,59	80,55	104,96	105,95	99,97	84,87	97,70	144,87	143,41
Kredit-Tilgung	67,53	61,23	60,27	80,92	74,85	87,52	104,74	90,11	85,77	76,65	87,35	101,97
EP 0-8:												
Einnahmen VMH	662,29	668,48	679,66	704,78	711,04	745,13	771,68	852,54	910,71	934,55	956,68	980,71
Ausgaben VMH	1.367,22	1.380,10	1.407,65	1.450,75	1.482,77	1.499,70	1.513,20	1.665,44	1.750,38	1.862,60	1.887,14	1.938,43
Zuschussbedarf VWH	704,93	711,62	727,99	745,97	771,73	754,56	741,52	812,89	839,67	928,05	930,46	957,72
Einnahmen VMH	197,13	172,41	167,09	188,13	160,08	171,02	175,13	149,00	143,38	125,52	151,57	170,79
Ausgaben VMH	363,86	326,56	298,13	286,15	260,15	290,32	281,62	293,46	303,71	301,92	333,58	317,12
Zuschussbedarf VMH	166,73	154,15	131,04	98,02	100,08	119,30	106,49	144,46	160,32	176,40	182,01	146,33

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 1 (Fortsetzung)

Kreise	Ausgewählte Einnahme- und Ausgabarten im Einzelplan 9 in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Grundsteuer A	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Grundsteuer B	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gewerbesteuer netto	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Anteil Einkommensteuer	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Anteil Umsatzsteuer	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Steuereinnahmen	0,43	0,41	0,44	0,38	0,32	0,25	0,23	0,45	0,44	0,40	0,43	0,34
Steuereinnahmen gesamt	0,43	0,41	0,44	0,38	0,32	0,25	0,23	0,45	0,44	0,40	0,43	0,34
Schlüsselaufwendungen vom Land	120,87	120,08	117,74	106,45	100,56	114,03	78,64	101,58	120,07	124,38	121,37	103,30
Fehlbetragszuweisungen vom Land	0,00	0,00	1,32	1,86	1,56	1,66	1,89	2,02	1,80	5,70	8,26	8,61
Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land	0,00	0,00	0,00	0,00	0,01	0,01	0,00	0,00	0,00	0,69	0,54	0,63
Familienleistungsausgleich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Leistungen für moderne DL am Arbeitsmarkt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11,29	10,47	10,48	10,52	10,60	10,70	10,77
Zuweisungen vom Land im Verwaltungshaushalt	120,87	120,08	119,05	108,31	102,12	126,98	91,00	114,08	132,38	141,38	140,88	123,31
Kreis- und Amtsumlage (Einnahme)	219,84	232,60	220,02	208,86	228,60	231,38	257,13	277,00	310,86	326,19	313,08	313,27
Kreis- und Amtsumlage (Ausgabe)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,56	0,00	0,00	0,00
Zuweisungen/Umlagen von bzw. an Gem./Gv.	219,84	232,60	220,02	208,86	228,60	231,38	257,13	277,00	310,30	326,19	313,08	313,27
Allg. Deckungsmittel brutto (VWH)	341,14	353,10	339,51	317,55	331,04	358,62	348,36	391,53	443,12	467,97	454,39	436,93
Zinsausgaben (netto)	8,58	8,20	8,08	8,61	8,70	9,68	10,92	11,26	11,85	9,10	7,27	7,78
Zinsausgaben	10,43	10,33	10,56	10,24	10,80	10,81	12,07	13,76	14,23	11,60	8,86	9,42
(-) Zinseinnahmen	1,85	2,13	2,48	1,63	2,10	1,13	1,15	2,50	2,38	2,50	1,58	1,65
Allg. Deckungsmittel netto (VWH)	332,56	344,90	331,44	308,95	322,34	348,93	337,44	380,27	431,27	458,87	447,11	429,15
<i>nachrichtlich:</i>												
Nettokreditaufnahme	-4,15	1,09	-0,66	10,57	4,46	17,86	4,52	12,88	-2,09	-3,01	-2,44	-7,13
Kredit-Einnahmen	11,89	13,91	12,44	28,48	20,98	44,02	41,85	39,62	17,84	19,24	24,38	14,06
Kredit-Tilgung	16,04	12,82	13,09	17,92	16,52	26,16	37,32	26,74	19,94	22,25	26,81	21,18
EP 0-8:												
Einnahmen VWH	339,45	341,91	339,61	360,91	357,29	384,15	403,88	484,11	539,38	559,76	580,90	597,96
Ausgaben VWH	636,03	641,53	647,49	682,57	699,64	727,30	735,70	872,55	917,99	985,64	999,84	1.025,16
Zuschussbedarf VWH	296,58	299,62	307,88	321,66	342,35	343,15	331,82	388,44	378,61	425,87	418,94	427,20
Einnahmen VMH	36,86	31,11	32,40	44,93	33,33	32,24	41,62	30,74	34,47	21,47	29,71	38,04
Ausgaben VMH	67,14	66,23	58,54	66,30	59,96	66,49	60,00	57,86	46,92	42,03	55,08	51,70
Zuschussbedarf VMH	30,29	35,12	26,14	21,36	26,63	34,25	18,38	27,12	12,45	20,56	25,37	13,65

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 1 (Fortsetzung)

Kreisangehörige Gemeinden	Ausgewählte Einnahme- und Ausgabearten im Einzelplan 9 in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Grundsteuer A	7,66	7,85	8,62	7,96	8,18	8,24	8,39	8,40	8,53	8,67	8,81	8,97
Grundsteuer B	85,11	87,85	90,87	92,07	95,58	97,82	100,64	103,17	104,96	108,62	112,87	119,97
Gewerbesteuer netto	167,82	153,08	154,42	163,55	191,67	214,24	259,43	262,53	262,85	229,86	252,44	283,65
Anteil Einkommensteuer	286,18	272,85	269,70	255,27	234,46	241,44	262,98	297,81	326,77	313,33	295,86	351,36
Anteil Umsatzsteuer	20,50	19,97	23,88	22,95	20,96	21,26	21,82	24,85	25,85	26,23	27,06	28,38
Sonstige Steuereinnahmen	14,76	14,56	14,90	15,35	15,45	14,20	14,48	15,70	16,83	18,05	19,75	21,14
Steuereinnahmen gesamt	582,03	556,16	562,40	557,16	566,30	597,21	667,74	712,46	745,80	704,75	716,79	813,46
Schlüsselzuweisungen vom Land	135,95	129,28	123,32	110,00	110,58	118,88	114,50	127,59	148,52	153,23	149,55	122,77
Fehlbetragszuweisungen vom Land	2,62	2,97	3,12	4,92	4,04	4,85	3,67	4,27	4,45	4,87	7,30	7,53
Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land	27,53	27,48	26,60	24,06	22,38	25,39	23,46	24,06	31,02	28,22	26,52	21,95
Familienleistungsausgleich	23,26	23,79	28,07	26,21	24,78	26,92	23,27	27,78	26,54	32,03	32,99	41,59
Leistungen für moderne DL am Arbeitsmarkt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,10	0,09	0,08	0,08	0,13	0,16	0,08
Zuweisungen vom Land im Verwaltungshaushalt	189,36	183,53	181,11	165,19	161,78	176,13	164,98	183,78	210,62	218,49	216,53	193,92
Kreis- und Amtsumlage (Einnahme)	68,76	70,21	69,73	68,66	71,16	62,64	64,52	67,82	77,69	80,50	81,20	79,88
Kreis- und Amtsumlage (Ausgabe)	286,84	299,55	288,87	273,94	297,05	291,29	318,99	340,53	385,95	404,95	403,28	385,23
Zuweisungen/Umlagen von bzw. an Gem./Gv.	-218,09	-229,34	-219,14	-205,28	-225,89	-228,65	-254,46	-272,71	-308,26	-324,45	-322,07	-305,35
Allg. Deckungsmittel brutto (VWH)	553,30	510,35	524,36	517,07	502,19	544,69	578,26	623,53	648,16	598,78	611,24	702,04
Zinsausgaben (netto)	18,75	16,58	18,92	20,23	20,81	19,84	17,07	12,99	9,32	15,24	19,67	21,00
Zinsausgaben	29,30	29,26	29,04	28,52	27,26	26,20	25,05	25,08	25,82	24,64	24,61	26,92
(-) Zinsentnahmen	10,55	12,68	10,12	8,29	6,45	6,36	7,98	12,09	16,50	9,40	4,94	5,92
Allg. Deckungsmittel netto (VWH)	534,55	493,77	505,44	496,84	481,38	524,85	561,20	610,54	638,84	583,54	591,57	681,04
<i>nachrichtlich:</i>												
Nettokreditaufnahme	5,69	9,64	13,72	8,10	1,24	-0,42	-3,32	-3,01	1,19	24,06	59,95	48,56
Kredit-Einnahmen	57,18	58,05	60,90	71,10	59,58	60,95	64,10	60,35	67,03	78,46	120,49	129,35
Kredit-Tilgung	51,49	48,41	47,18	63,00	58,33	61,36	67,42	63,36	65,84	54,40	60,54	80,79
EP 0-8:												
Einnahmen VWH	322,84	326,57	340,04	343,87	353,75	360,98	367,80	368,43	371,34	374,78	375,79	382,75
Ausgaben VWH	731,20	738,56	760,16	768,18	783,13	772,39	777,50	792,89	832,39	876,96	887,30	913,27
Zuschussbedarf VWH	408,35	412,00	420,11	424,31	429,38	411,41	409,69	424,46	461,06	502,18	511,51	530,53
Einnahmen VMH	160,28	141,30	134,69	143,20	126,74	138,78	133,51	118,26	108,91	104,04	121,86	132,74
Ausgaben VMH	296,72	260,34	239,59	219,85	200,19	223,83	221,62	235,60	256,79	259,88	278,50	265,42
Zuschussbedarf VMH	136,44	119,04	104,90	76,66	73,45	85,05	88,11	117,34	147,88	155,84	156,64	132,68

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 1 (Fortsetzung)

Amtsfreie Gemeinden	Ausgewählte Einnahme- und Ausgabearten im Einzelplan 9			
	2008	2009	2010	2011
Grundsteuer A	2,16	2,25	2,30	2,33
Grundsteuer B	114,82	119,57	123,86	133,53
Gewerbsteuer netto	347,04	282,40	331,40	364,31
Anteil Einkommensteuer	348,93	330,47	311,22	368,84
Anteil Umsatzsteuer	34,96	35,46	36,58	38,27
Sonstige Steuereinnahmen	19,63	21,19	23,34	25,05
Steuereinnahmen gesamt	867,54	791,33	828,71	932,33
Schlüsselzuweisungen vom Land	83,32	90,98	98,14	82,15
Fehlbetragszuweisungen vom Land	4,16	4,19	6,65	10,35
Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land	41,81	38,43	35,08	28,61
Familienleistungsausgleich	28,39	33,69	34,28	43,56
Leistungen für moderne DL am Arbeitsmarkt	0,16	0,26	0,30	0,16
Zuweisungen vom Land im Verwaltungshaushalt	157,84	167,55	174,45	164,82
Kreis- und Amtsumlage (Einnahme)	0,00	0,00	0,00	0,00
Kreis- und Amtsumlage (Ausgabe)	311,63	332,09	328,94	317,01
Zuweisungen/Umlagen von bzw. an Gem./Gv.	-311,63	-332,09	-328,94	-317,01
Allg. Deckungsmittel brutto (VWH)	713,75	626,79	674,22	780,14
Zinsausgaben (netto)	16,99	22,17	26,61	28,13
Zinsausgaben	28,20	28,14	29,06	32,17
(-) Zinseinnahmen	11,20	5,97	2,45	4,04
Allg. Deckungsmittel netto (VWH)	696,75	604,62	647,61	752,01
<i>nachrichtlich:</i>				
Nettokreditaufnahme	3,78	40,15	86,34	64,23
Kredit-Einnahmen	80,57	105,94	164,49	176,24
Kredit-Tilgung	76,80	65,79	78,15	112,01
EP 0-8:				
Einnahmen VWH	411,44	412,22	402,07	404,46
Ausgaben VWH	934,48	981,78	983,24	1.006,74
Zuschussbedarf VWH	523,04	569,56	581,17	602,28
Einnahmen VMH	115,39	111,49	135,92	149,83
Ausgaben VMH	274,82	292,85	312,06	284,23
Zuschussbedarf VMH	159,43	181,36	176,14	134,40

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 1 (Fortsetzung)

Amtsangehörige Gemeinden	Ausgewählte Einnahme- und Ausgabearten im Einzelplan 9			
	2008	2009	2010	2011
Grundsteuer A	15,41	15,62	15,88	16,23
Grundsteuer B	94,30	96,76	100,93	105,16
Gewerbesteuer netto	171,91	172,93	166,66	195,57
Anteil Einkommensteuer	302,83	294,75	279,16	332,29
Anteil Umsatzsteuer	16,02	16,22	16,72	17,58
Sonstige Steuereinnahmen	13,73	14,57	15,73	16,73
Steuereinnahmen gesamt	614,20	610,86	595,08	683,56
Schlüsselzuweisungen vom Land	218,94	220,66	205,41	167,10
Fehlbetragszuweisungen vom Land	4,77	5,61	8,01	4,46
Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land	16,50	16,98	17,04	14,45
Familienleistungsausgleich	24,54	30,23	31,59	39,44
Leistungen für moderne DL am Arbeitsmarkt	0,00	0,00	0,00	0,00
Zuweisungen vom Land im Verwaltungshaushalt	264,75	273,48	262,05	225,46
Kreis- und Amtsumlage (Einnahme)	3,98	3,72	3,73	3,85
Kreis- und Amtsumlage (Ausgabe)	462,54	480,25	480,29	455,74
Zuweisungen/Umlagen von bzw. an Gem./Gv.	-458,56	-476,53	-476,56	-451,89
Allg. Deckungsmittel brutto (VWH)	420,39	407,81	380,57	457,14
Zinsausgaben (netto)	0,53	6,65	10,70	11,42
Zinsausgaben	18,33	17,36	16,83	17,77
(-) Zinseinnahmen	17,80	10,71	6,13	6,35
Allg. Deckungsmittel netto (VWH)	419,86	401,16	369,87	445,71
<i>nachrichtlich:</i>				
Nettokreditaufnahme	-1,76	6,90	22,43	26,58
Kredit-Einnahmen	43,03	43,19	58,70	67,13
Kredit-Tilgung	44,78	36,29	36,27	40,56
EP 0-8:				
Einnahmen VWH	241,60	246,47	260,28	268,33
Ausgaben VWH	504,25	539,41	555,52	576,04
Zuschussbedarf VWH	262,65	292,94	295,24	307,71
Einnahmen VMH	89,16	88,20	95,37	102,19
Ausgaben VMH	209,83	199,48	211,97	213,99
Zuschussbedarf VMH	120,67	111,28	116,60	111,80

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 1 (Fortsetzung)

Ämter	Ausgewählte Einnahme- und Ausgabearten im Einzelplan 9			
	2008	2009	2010	2011
Grundsteuer A	0,00	0,00	0,00	0,00
Grundsteuer B	0,00	0,00	0,00	0,00
Gewerbsteuer netto	0,00	0,00	0,00	0,04
Anteil Einkommensteuer	0,00	0,00	0,00	0,00
Anteil Umsatzsteuer	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Steuereinnahmen	0,08	0,08	0,13	0,14
Steuereinnahmen gesamt	0,08	0,08	0,13	0,18
Schlüsselzuweisungen vom Land	0,02	0,02	0,00	0,00
Fehlbetragszuweisungen vom Land	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land	2,87	0,17	0,18	0,22
Familienleistungsausgleich	0,00	0,00	0,00	0,00
Leistungen für moderne DL am Arbeitsmarkt	0,00	0,00	0,00	0,00
Zuweisungen vom Land im Verwaltungshaushalt	2,89	0,19	0,18	0,22
Kreis- und Amtsumlage (Einnahme)	157,64	164,00	165,68	163,20
Kreis- und Amtsumlage (Ausgabe)	3,70	3,65	3,74	3,94
Zuweisungen/Umlagen von bzw. an Gem./Gv.	153,94	160,35	161,95	159,26
Allg. Deckungsmittel brutto (VWH)	156,91	160,62	162,26	159,67
Zinsausgaben (netto)	0,49	1,09	1,43	1,80
Zinsausgaben	4,92	3,48	2,93	3,41
(-) Zinseinnahmen	4,42	2,40	1,50	1,62
Allg. Deckungsmittel netto (VWH)	156,42	159,53	160,83	157,87
<i>nachrichtlich:</i>				
Nettokreditaufnahme	0,15	-0,28	8,86	4,89
Kredit-Einnahmen	9,37	5,49	14,00	11,04
Kredit-Tilgung	9,21	5,77	5,14	6,16
EP 0-8:				
Einnahmen VWH	86,41	87,75	86,95	90,72
Ausgaben VWH	217,86	223,99	227,56	235,23
Zuschussbedarf VWH	131,45	136,24	140,61	144,51
Einnahmen VMH	12,75	7,77	11,22	11,91
Ausgaben VMH	27,48	24,68	30,08	30,90
Zuschussbedarf VMH	14,73	16,91	18,86	18,99

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 2:

 Zuschussbedarfe im Verwaltungshaushalt in Euro je Einwohner
 nach ausgewählten regionalen Gliederungen, 2000-2011

Schleswig-Holstein insgesamt	Zuschussbedarf im Verwaltungshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Einzelplan 0-8	772,40	782,48	808,40	816,86	855,09	839,23	807,65	884,36	912,07	1.015,11	1.020,02	1.053,19
0 Allgemeine Verwaltung	124,77	120,36	126,80	122,92	131,39	130,72	120,53	121,87	134,27	138,47	152,22	159,93
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	43,89	45,22	46,06	47,80	49,99	50,70	51,37	53,36	52,96	57,37	50,84	48,99
11 Öffentliche Ordnung	20,09	20,99	21,64	21,76	22,83	22,89	22,52	20,64	21,40	23,73	21,79	18,93
13 Brandschutz	22,05	22,78	21,62	24,11	24,64	25,43	26,46	29,87	28,48	29,64	25,97	28,44
Übrige Aufgaben im Einzelplan 1 (10, 14, 16, 17)	1,74	1,46	2,79	1,92	2,52	2,38	2,39	2,85	3,08	4,00	3,08	1,62
2 Schulen	129,25	131,73	133,74	133,07	138,42	139,74	147,32	151,69	157,75	169,49	170,43	175,75
20 Schulverwaltung	8,71	9,37	9,54	9,37	10,12	10,02	10,09	9,31	8,71	8,48	7,93	8,32
21 Grund- und Hauptschulen	47,09	48,77	49,55	48,47	46,69	46,10	49,40	50,83	51,00	47,36	42,09	40,15
22 Realschulen (inkl. komb. Haupt- und R.schulen)	13,36	13,32	13,43	13,12	14,09	14,58	15,68	16,10	15,40	14,22	12,66	9,96
23 Gymnasien, Kollegs (oh. berufliche Gymnasien)	15,28	15,72	15,67	15,19	16,97	17,05	18,26	18,79	19,21	22,82	21,42	21,70
24 Berufsschulen, Fach(ober-)schulen	12,71	11,88	12,06	12,52	12,53	13,73	14,70	16,19	16,58	19,17	21,25	25,68
27 Sonderschulen (Förderschulen)	8,63	8,80	8,92	9,46	10,32	10,51	10,80	11,11	11,16	12,12	12,05	12,09
28 Gesamtschulen	4,64	5,11	5,05	5,21	5,35	5,53	5,75	7,04	9,53	19,66	24,45	26,87
290 Schülerbeförderung	16,16	16,10	16,91	17,17	17,44	17,85	18,19	17,37	19,62	17,58	17,47	17,54
Übrige schulische Aufgaben (292, 293, 295)	2,66	2,66	2,60	2,55	4,91	4,37	4,45	4,95	6,52	8,07	11,11	13,44
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	36,21	35,50	36,07	34,72	36,31	36,28	35,88	34,70	45,77	39,15	37,73	38,26
30 Verwaltung kultureller Angelegenheiten	2,82	2,53	2,88	2,17	2,28	2,06	2,34	2,46	9,15	1,03	0,30	0,28
31 Wissenschaft und Forschung	1,03	1,03	0,80	0,86	1,73	1,94	1,85	1,88	2,18	1,85	1,72	1,66
32 Museen, Sammlungen Ausstellungen	3,94	4,12	4,08	4,08	3,51	3,51	3,36	3,43	3,48	3,87	3,21	3,45
33 Theater, Konzerte, Musikpflege, Kunstpflege (34)	11,45	11,33	11,74	11,00	12,70	12,52	12,48	10,27	14,95	16,40	15,85	16,24
35 Volksbildung (350, 352, 355)	12,20	12,06	11,89	11,94	12,27	12,63	12,39	12,49	12,01	11,58	11,10	11,38
Übrige Kulturpflege (360, 365, 366, 37)	4,77	4,42	4,68	4,66	3,82	3,63	3,45	4,16	4,00	4,42	5,56	5,26
4 Soziale Sicherung	377,63	387,35	398,81	417,85	445,33	418,00	391,83	462,83	439,99	497,44	485,83	494,19
40 Verwaltungen der Sozialen Sicherung	40,04	42,71	40,37	44,39	46,62	37,37	29,54	43,44	31,23	15,13	6,92	6,20
41 Sozialhilfe nach SGB XII (ab 2005)	190,55	191,10	202,95	193,90	202,02	99,38	67,46	115,63	70,70	92,70	93,26	96,85
43 Soziale Einrichtungen (oh. Eindr. der Jugendhilfe)	8,72	10,44	10,73	10,97	11,63	10,97	11,47	10,97	8,91	9,35	7,98	8,09
45 Jugendhilfe nach dem KHG (oh. Kitas)	49,69	52,04	51,86	57,18	59,86	57,81	57,77	72,05	78,13	93,95	97,03	99,14
46 Einrichtung der Jugendhilfe (oh. Kitas)	14,66	14,91	15,56	15,03	15,68	14,64	14,78	14,81	18,23	15,82	16,30	16,84
Tageseinrichtungen für Kinder (464 + 454)	64,92	67,16	68,02	77,04	79,18	81,66	84,03	88,89	96,72	108,90	116,08	129,66
482 Grundsicherung f. Arbeitsuchende (nach SGB II), inkl. 485 (nur 2003 und 2004)			10,27	22,50	106,50	118,75	109,16	124,69	147,75	131,64	131,64	121,33
Übrige soziale Angelegenheiten (42, 44, 47, 486, 487, 49)	9,05	9,00	9,31	9,08	7,86	9,66	8,03	7,87	11,37	13,85	16,64	16,08
5 Gesundheit, Sport, Erholung	46,98	47,37	50,98	47,28	48,05	50,38	49,87	52,84	55,66	63,32	64,65	67,79
50 Gesundheitsverwaltung	9,88	9,84	9,77	9,99	10,02	11,10	10,75	9,08	9,99	2,47	0,82	0,79
51 Krankenhäuser	0,48	0,36	2,85	2,06	0,16	0,14	-0,05	1,17	3,70	8,67	11,16	13,87
54 Sonst. Eindr. und Maßn. der Gesundheitspflege	1,92	2,26	0,90	2,09	1,73	1,27	1,47	2,87	1,29	9,72	11,11	11,36
55 Förderung des Sports	7,55	7,60	7,44	7,55	7,62	7,60	7,88	8,02	9,23	9,31	9,13	8,83
56 Eigene Sportstätten	5,72	5,59	5,74	5,58	6,03	5,96	6,23	7,48	8,23	11,39	12,13	13,15
57 Öffentliche Bäder	4,92	4,72	7,67	6,12	6,01	6,15	6,40	6,83	5,78	5,16	3,86	2,52
58 Park- und Gartenanlagen	15,70	16,14	15,80	14,97	15,67	17,25	15,88	16,58	16,87	16,26	15,94	16,84
59 Sonstige Erholungseinrichtungen	0,81	0,85	0,81	0,81	0,82	0,92	1,31	0,81	0,57	0,35	0,50	0,42

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 2 (Fortsetzung)

Schleswig-Holstein insgesamt	Zuschussbedarf im Verwaltungshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	82,25	82,22	84,60	85,71	78,54	77,42	80,20	82,64	81,45	96,24	89,03	94,31
60 Bauverwaltung	24,93	25,08	24,09	24,22	15,04	13,98	14,38	13,73	11,99	16,75	9,17	7,97
61 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung	12,22	12,30	12,92	13,30	13,29	13,06	12,73	12,79	13,15	15,29	14,87	14,93
62 Wohnungsbauförderung	0,58	0,50	0,50	0,38	0,26	0,10	0,22	-0,12	-0,21	0,02	-0,08	0,00
63 Gemeindestraßen	32,69	32,07	34,61	33,63	35,41	35,79	37,73	40,51	42,21	45,98	49,73	55,07
65 Kreisstraßen	1,79	2,18	2,08	2,20	2,11	2,37	2,64	2,98	2,45	3,82	6,29	6,61
660 Bundesstraßen	0,92	0,79	0,84	0,92	0,78	0,81	0,80	1,13	0,34	0,91	1,04	1,05
665 Landesstraßen	0,02	0,01	0,02	0,04	0,09	0,08	0,05	0,17	0,11	0,86	1,62	1,87
670 Straßenbeleuchtung	7,33	7,34	7,63	7,86	8,09	7,89	8,41	9,48	9,06	7,88	5,46	4,72
675 Straßenreinigung	1,66	2,11	1,77	2,37	3,13	3,78	3,39	2,07	1,98	3,58	4,85	4,87
68 Parkeinrichtungen	-1,93	-2,29	-1,94	-2,01	-2,09	-2,12	-1,92	-1,98	-2,00	-1,92	-1,87	-2,18
69 Wasserläufe, Wasserbau	2,05	2,11	2,07	2,82	2,43	1,67	1,77	1,88	2,39	3,07	-2,05	-2,19
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	-12,62	-10,20	-10,59	-8,77	-14,77	-11,67	-11,82	-9,36	-3,45	-3,88	0,13	-0,49
70 Abwasserbeseitigung	-29,12	-25,70	-26,88	-27,72	-29,99	-21,38	-27,42	-27,55	-22,60	-23,43	-23,05	-24,33
72 Abfallbeseitigung	0,10	-1,08	-1,74	0,42	-4,20	0,29	-1,37	-0,19	-3,78	-2,59	1,81	1,11
77 Hilfsbetriebe der Verwaltung	6,70	7,20	7,96	6,87	6,95	6,65	5,26	4,53	4,87	4,46	2,96	3,46
übrige öffentl. Einrichtungen (73, 74, 75, 76, 78)	1,16	1,52	1,37	2,30	2,35	2,22	2,60	2,60	2,78	3,54	2,90	3,57
79 Fremdenv., sonst. Förd. v. Wirtsch. und Verkehr	8,53	7,86	8,70	9,36	10,11	10,55	9,11	11,24	15,28	14,14	0,15	0,15
790 Fremdenverkehr											4,79	4,50
791 Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr											3,97	3,26
792 Förderung des Nahverkehrs (ÖPNV)											6,60	7,79
8 Wirtschaftl. Unt., allg. Grund- und Sonderverm.	-55,96	-57,08	-58,06	-63,73	-58,18	-62,35	-57,53	-66,20	-52,32	-42,48	-30,84	-25,54
80 Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen	-0,02	0,04	-0,03	0,00	0,02	0,18	0,46	1,25	-0,97	0,00	0,00	0,00
810 Elektrizitätsversorgung	-13,59	-16,51	-17,46	-15,33	-16,22	-16,21	-21,38	-21,19	-19,89	-20,21	-18,48	-17,99
813 Gasversorgung	-0,97	-1,03	-1,86	-1,50	-1,63	-1,57	-1,57	-1,74	-1,69	-1,78	-2,27	-2,40
815 Wasserversorgung	-2,12	-2,38	-2,31	-2,31	-2,69	-2,10	-2,10	-2,22	-2,07	-2,28	-2,19	-1,93
816 Fernwärmeversorgung	-0,02	0,01	0,02	0,00	-0,02	-0,03	0,00	-0,03	0,35	-0,35	-0,31	-0,32
817 Kombinierte Versorgungsunternehmen	-18,70	-20,04	-15,77	-24,17	-27,07	-23,15	-24,56	-32,73	-18,41	-9,66	-5,36	-4,46
82 Verkehrsunternehmen	-0,73	-1,04	-0,78	-0,33	2,59	-1,45	-1,96	-1,90	-4,26	-2,80	1,28	2,00
83 Komb. Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	-19,25	-15,16	-18,17	-17,27	-16,44	-17,65	-12,35	-11,49	-10,10	-13,62	-21,62	-22,24
84 Unternehmen der Wirtschaftsförderung	0,44	0,66	0,63	0,81	0,54	0,68	0,51	0,34	1,98	0,44	0,20	0,06
85 Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	0,43	0,77	0,51	0,41	0,50	0,38	0,27	0,38	0,31	0,42	0,38	0,16
86 Kur- und Badebetriebe	6,94	5,99	5,01	5,20	5,79	5,50	6,01	6,69	7,42	5,07	4,35	4,92
87 Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	-1,11	-1,24	-0,62	-0,98	2,26	-0,60	-1,61	1,54	0,02	5,15	16,12	17,40
88 Allgemeines Grundvermögen	-7,16	-7,08	-7,15	-8,36	-5,71	-6,26	-5,16	-5,04	-4,96	-4,34	-4,23	-1,61
89 Allgemeines Sondervermögen	-0,09	-0,09	-0,07	0,11	-0,09	-0,09	-0,08	-0,06	-0,06	1,46	1,30	0,88

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 2 (Fortsetzung)

Aufgaben der Kreisebene (inkl. Anteil der kreisfreien Städte)	Zuschussbedarf im Verwaltungshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Einzelplan 0-8	354,33	359,61	373,02	383,22	403,62	408,17	388,25	455,08	437,87	486,29	486,12	495,03
0 Allgemeine Verwaltung	27,17	26,30	28,38	27,80	29,82	29,62	26,22	27,37	35,37	37,64	43,25	45,40
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	7,99	8,21	9,66	9,48	10,75	10,73	9,51	8,42	8,73	10,44	8,67	5,37
11 Öffentliche Ordnung	3,04	3,40	3,83	4,15	4,71	4,82	3,80	1,92	1,76	2,10	1,76	-0,30
13 Brandschutz	3,55	3,67	3,41	3,86	4,00	3,99	3,94	4,29	4,38	5,02	4,39	4,51
Übrige Aufgaben im Einzelplan 1 (10, 14, 16, 17)	1,40	1,14	2,42	1,46	2,04	1,92	1,78	2,22	2,60	3,32	2,52	1,17
2 Schulen	33,81	33,21	33,86	34,42	36,51	37,32	39,78	40,18	40,85	43,35	44,75	49,25
20 Schulverwaltung	2,23	2,33	2,31	2,26	2,31	2,26	2,18	1,80	0,95	0,27	0,00	0,00
21 Grund- und Hauptschulen	-0,02	-0,03	0,00	-0,01	-0,01	-0,02	-0,03	0,01	0,01	0,07	0,09	0,09
22 Realschulen (inkl. komb. Haupt- und R.schulen)	-0,05	-0,04	-0,04	-0,05	-0,06	-0,05	-0,04	0,00	-0,04	-0,05	-0,07	-0,07
23 Gymnasien, Kollegs (oh. berufliche Gymnasien)	-0,47	-0,36	-0,49	-0,73	-0,82	-0,91	-0,44	-0,50	-1,75	0,38	-0,36	-1,15
24 Berufsschulen, Fach(ober-)schulen	12,66	11,82	12,00	12,48	12,50	13,70	14,67	16,16	16,58	19,17	21,25	25,68
27 Sonderschulen (Förderschulen)	5,47	5,47	5,57	6,00	6,43	6,55	6,74	6,93	7,07	8,01	8,33	8,36
28 Gesamtschulen	-0,10	-0,10	-0,09	-0,12	-0,04	-0,06	0,11	0,14	-0,04	-0,05	0,00	0,00
290 Schülerbeförderung	12,64	12,66	13,16	13,26	13,53	14,06	14,73	13,58	15,55	13,22	13,24	13,45
Übrige schulische Aufgaben (292, 293, 295)	1,46	1,47	1,43	1,33	2,66	1,79	1,86	2,07	2,52	2,35	2,27	2,88
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	10,28	9,58	9,55	8,79	8,60	8,38	8,16	8,60	11,71	9,81	10,06	10,17
30 Verwaltung kultureller Angelegenheiten	1,46	1,42	1,47	0,75	0,68	0,64	0,74	0,75	2,80	0,11	0,00	0,00
31 Wissenschaft und Forschung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
32 Museen, Sammlungen Ausstellungen	1,31	1,37	1,27	1,28	1,17	1,15	1,13	1,18	1,28	1,52	1,36	1,49
33 Theater, Konzerte, Musikpflege, Kunstpflege (34)	2,42	2,42	2,35	2,08	2,01	1,77	1,83	1,95	3,69	3,74	3,55	3,71
35 Volksbildung (350, 352, 355)	2,66	2,26	2,16	2,19	2,49	2,54	2,24	1,92	1,50	1,62	1,60	1,59
Übrige Kulturpflege (360, 365, 366, 37)	2,43	2,11	2,30	2,49	2,26	2,28	2,22	2,79	2,44	2,82	3,54	3,38
4 Soziale Sicherung	248,92	256,31	266,31	274,90	295,87	294,56	275,00	340,40	312,59	349,69	338,08	339,95
40 Verwaltungen der Sozialen Sicherung	16,44	18,25	17,06	18,90	20,30	24,90	18,18	30,48	21,39	6,54	1,17	1,28
41 Sozialhilfe nach SGB XII (ab 2005)	154,38	155,54	166,88	157,27	164,43	93,30	66,44	115,13	70,21	84,59	89,83	93,28
43 Soziale Einrichtungen (oh. Eindr. der Jugendhilfe)	6,60	7,81	7,98	8,08	8,70	8,30	8,93	8,42	6,35	6,83	5,93	6,26
45 Jugendhilfe nach dem KJHG (oh. Kitas)	47,49	49,96	49,43	55,06	57,69	55,10	54,97	68,52	72,99	88,41	91,16	93,27
46 Einrichtung der Jugendhilfe (oh. Kitas)	1,50	1,78	2,00	1,82	1,95	2,15	2,11	2,14	5,15	2,47	3,26	3,62
Tageseinrichtungen für Kinder (464 + 454)	18,59	18,23	17,69	20,59	20,37	20,71	21,69	22,81	24,37	24,12	27,16	31,11
482 Grundversicherung f. Arbeitsuchende (nach SGB II), inkl. 485 (nur 2003 und 2004)				8,07	18,28	84,54	98,19	88,22	103,54	126,44	107,96	100,39
Übrige soziale Angelegenheiten (42, 44, 47, 486, 487, 49)	3,91	4,75	5,28	5,11	4,15	5,56	4,50	4,68	8,58	10,29	11,62	10,75
5 Gesundheit, Sport, Erholung	12,46	12,38	12,54	12,53	12,34	13,19	13,16	13,96	16,08	21,85	23,84	26,97
50 Gesundheitsverwaltung	9,87	9,80	9,73	9,95	9,98	11,06	10,71	9,04	9,95	2,43	0,73	0,74
51 Krankenhäuser	0,43	0,30	1,23	0,13	0,15	0,11	-0,07	1,16	3,68	8,65	11,15	13,86
54 Sonst. Eindr. und Maßn. der Gesundheitspflege	0,66	0,83	0,10	0,91	0,77	0,59	0,83	2,31	0,84	9,14	10,43	10,80
55 Förderung des Sports	1,20	1,11	1,11	1,19	1,17	1,13	1,12	1,11	1,28	1,31	1,23	1,27
56 Eigene Sportsstätten	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,02	0,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
57 Öffentliche Bäder												
58 Park- und Gartenanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,05	0,05	0,29	0,33	0,31	0,30
59 Sonstige Erholungseinrichtungen	0,29	0,32	0,35	0,34	0,26	0,28	0,55	0,30	0,03	0,00	0,00	0,00

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 2 (Fortsetzung)

Aufgaben der Kreisebene (inkl. Anteil der kreisfreien Städte)	Zuschussbedarf im Verwaltungshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	10,31	11,51	11,32	11,78	10,08	9,75	10,17	10,55	8,38	10,97	9,99	9,88
60 Bauverwaltung	6,02	6,19	5,83	5,62	3,70	3,22	3,49	3,53	1,50	0,71	0,00	0,00
61 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung	2,05	2,66	3,10	3,57	4,12	4,19	4,17	4,28	4,04	5,20	4,75	4,58
62 Wohnungsbauförderung	0,04	0,04	0,03	0,04	0,06	0,05	0,03	0,02	0,02	0,00	-0,03	-0,03
63 Gemeindestraßen	0,09	0,08	-0,04	0,08	0,13	0,10	0,04	0,02	-0,03	0,10	0,13	0,12
65 Kreisstraßen	1,63	2,05	1,93	1,90	1,94	2,19	2,42	2,59	2,15	3,64	6,02	6,24
660 Bundesstraßen												
665 Landesstraßen												
670 Straßenbeleuchtung												
675 Straßenreinigung												
68 Parkeinrichtungen					0,00	0,00	0,00					
69 Wasserläufe, Wasserbau	0,49	0,48	0,47	0,56	0,12	0,00	0,02	0,11	0,72	1,33	-0,87	-1,03
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	5,70	4,34	3,86	6,94	2,75	7,58	4,05	7,15	7,56	5,66	10,21	10,34
70 Abwasserbeseitigung	0,32	0,30	0,37	0,23	0,19	0,14	0,10	0,10	0,07	0,06	0,06	0,04
72 Abfallbeseitigung	0,03	-1,12	-1,91	0,36	-4,29	0,16	-1,52	-0,32	-3,99	-2,84	2,24	1,70
77 Hilfsbetriebe der Verwaltung	0,17	0,19	0,20	0,14	0,15	0,16	0,16	0,16	0,06			
übrige öffentl. Einrichtungen (73, 74, 75, 76, 78)	0,02	0,01	-0,44	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,03	0,03	0,05	0,05
79 Fremdenv., sonst. Förd. v. Wirtsch. und Verkehr	5,16	4,96	5,64	6,19	6,69	7,12	5,30	7,20	11,38	8,42	0,05	0,05
790 Fremdenverkehr											0,69	0,71
791 Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr											1,11	0,92
792 Förderung des Nahverkehrs (ÖPNV)											6,01	6,88
8 Wirtschaftl. Unt., allg. Grund- und Sonderverm.	-2,32	-2,24	-2,46	-3,42	-3,11	-2,97	2,20	-1,55	-3,40	-3,12	-2,74	-2,30
80 Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen						0,03	0,08					
810 Elektrizitätsversorgung	-0,99	-1,24	-1,47	-1,60	-1,26	-1,38	-1,68	-1,53	-0,60	-0,54	-0,39	-0,38
813 Gasversorgung												
815 Wasserversorgung												
816 Fernwärmeversorgung												
817 Kombinierte Versorgungsunternehmen	-0,26	-0,37	-0,29	-0,52	-0,55	-0,56	-0,60	-0,68	-0,04			
82 Verkehrsunternehmen	-0,38	-0,27	-0,06	-0,05	-0,01	0,00	-0,01	0,00	-0,04	-0,04	0,03	0,03
83 Komb. Versorgungs- und Verkehrsunternehmen												
84 Unternehmen der Wirtschaftsförderung	-0,05	-0,02	-0,07	-0,05	-0,37	0,06	6,09	-0,15	-0,32			
85 Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	0,06	0,32	0,14	-0,01	-0,06	0,01	-0,15	-0,06	0,02	0,00	0,00	0,00
86 Kur- und Badebetriebe												
87 Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	0,00	-0,05	-0,07	-0,29	-0,28	-0,51	-0,95	2,05	-0,37	-0,28	0,23	0,66
88 Allgemeines Grundvermögen	-0,69	-0,60	-0,63	-0,90	-0,59	-0,62	-0,59	-0,63	-0,26	-0,08		
89 Allgemeines Sondervermögen												

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 2 (Fortsetzung)

Aufgaben der Gemeindeebene (inkl. Anteil der kreisfreien Städte)	Zuschussbedarf im Verwaltungshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Einzelplan 0-8	418,07	422,88	435,38	433,64	451,46	431,07	419,39	429,29	474,20	528,82	533,90	558,16
0 Allgemeine Verwaltung	97,59	94,06	98,42	95,13	101,57	101,10	94,31	94,50	98,90	100,83	108,97	114,52
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	35,90	37,01	36,40	38,32	39,23	39,97	41,86	44,94	44,23	46,92	42,17	43,62
11 Öffentliche Ordnung	17,05	17,59	17,81	17,61	18,12	18,07	18,73	19,65	19,65	21,62	20,04	19,23
13 Brandschutz	18,50	19,11	18,21	20,25	20,64	21,44	22,52	25,58	24,09	24,62	21,57	23,93
Übrige Aufgaben im Einzelplan 1 (10, 14, 16, 17)	0,35	0,31	0,38	0,46	0,47	0,46	0,61	0,64	0,48	0,68	0,56	0,46
2 Schulen	95,44	98,52	99,88	98,65	101,91	102,42	107,54	111,51	116,89	126,14	125,68	126,50
20 Schulverwaltung	6,48	7,04	7,23	7,11	7,82	7,76	7,91	7,52	7,76	8,22	7,93	8,32
21 Grund- und Hauptschulen	47,11	48,80	49,55	48,48	46,70	46,13	49,43	50,82	50,99	47,29	42,00	40,06
22 Realschulen (inkl. komb. Haupt- und R.schulen)	13,41	13,36	13,47	13,17	14,14	14,63	15,72	16,10	15,44	14,27	12,73	10,03
23 Gymnasien, Kollegs (oh. berufliche Gymnasien)	15,75	16,08	16,16	15,92	17,78	17,96	18,70	19,29	20,96	22,45	21,78	22,84
24 Berufsschulen, Fach(ober-)schulen	0,05	0,06	0,06	0,04	0,03	0,03	0,03	0,03	0,00	0,00	0,00	0,00
27 Sonderschulen (Förderschulen)	3,17	3,33	3,35	3,47	3,89	3,96	4,06	4,18	4,10	4,11	3,72	3,73
28 Gesamtschulen	4,74	5,22	5,14	5,33	5,39	5,58	5,64	6,91	9,58	19,72	24,45	26,87
290 Schülerförderung	3,53	3,44	3,75	3,91	3,91	3,79	3,46	3,79	4,07	4,37	4,24	4,09
Übrige schulische Aufgaben (292, 293, 295)	1,20	1,19	1,17	1,22	2,25	2,57	2,59	2,88	4,00	5,73	8,84	10,56
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	25,92	25,92	26,52	25,93	27,71	27,91	27,71	26,10	34,05	29,34	27,67	28,09
30 Verwaltung kultureller Angelegenheiten	1,37	1,11	1,41	1,42	1,60	1,42	1,60	1,72	6,35	0,92	0,30	0,28
31 Wissenschaft und Forschung	1,03	1,03	0,80	0,86	1,73	1,94	1,85	1,88	2,18	1,85	1,72	1,66
32 Museen, Sammlungen Ausstellungen	2,62	2,76	2,81	2,80	2,34	2,36	2,24	2,25	2,19	2,35	1,85	1,96
33 Theater, Konzerte, Musikpflege, Kunstpflege (34)	9,03	8,91	9,39	8,92	10,69	10,74	10,65	8,32	11,26	12,66	12,29	12,53
35 Volksbildung (350, 352, 355)	9,54	9,80	9,74	9,76	9,78	10,09	10,15	10,51	10,51	9,97	9,49	9,79
Übrige Kulturpflege (360, 365, 366, 37)	2,34	2,31	2,38	2,17	1,56	1,36	1,23	1,37	1,55	1,60	2,02	1,88
4 Soziale Sicherung	128,71	131,04	132,50	142,95	149,46	123,44	116,83	122,43	127,40	147,75	147,75	154,24
40 Verwaltungen der Sozialen Sicherung	23,60	24,46	23,31	25,50	26,32	12,48	11,36	12,96	9,84	8,59	5,75	4,92
41 Sozialhilfe nach SGB XII (ab 2005)	36,17	35,56	36,08	36,63	37,59	6,08	1,02	0,50	0,48	8,11	3,43	3,57
43 Soziale Einrichtungen (oh. Einr. der Jugendhilfe)	2,12	2,63	2,75	2,88	2,93	2,68	2,55	2,55	2,56	2,52	2,05	1,84
45 Jugendhilfe nach dem KJHG (oh. Kitas)	2,20	2,08	2,43	2,12	2,16	2,71	2,80	3,53	5,13	5,54	5,86	5,87
46 Einrichtung der Jugendhilfe (oh. Kitas)	13,16	13,13	13,56	13,21	13,72	12,48	12,66	12,67	13,08	13,35	13,04	13,22
Tageseinrichtungen für Kinder (464 + 454)	46,33	48,93	50,33	56,45	58,81	60,95	62,34	66,08	72,35	84,78	88,92	98,55
482 Grundsicherung f. Arbeitsuchende (nach SGB II), inkl. 485 (nur 2003 und 2004)				2,20	4,23	21,96	20,56	20,94	21,16	21,31	23,68	20,94
übrige soziale Angelegenheiten (42, 44, 47, 486, 487, 49)	5,13	4,25	4,03	3,96	3,71	4,10	3,53	3,19	2,80	3,56	5,01	5,33
5 Gesundheit, Sport, Erholung	34,52	34,99	38,44	34,75	35,71	37,19	36,71	38,88	39,59	41,47	40,80	40,81
50 Gesundheitsverwaltung	0,02	0,04	0,04	0,04	0,04	0,04	0,04	0,04	0,04	0,04	0,10	0,05
51 Krankenhäuser	0,05	0,06	1,62	0,02	0,01	0,03	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01
54 Sonst. Einr. und Maßn. der Gesundheitspflege	1,26	1,43	0,80	1,19	0,96	0,68	0,64	0,56	0,45	0,59	0,68	0,56
55 Förderung des Sports	6,34	6,49	6,33	6,36	6,45	6,47	6,76	6,92	7,94	8,00	7,90	7,56
56 Eigene Sportstätten	5,71	5,58	5,72	5,56	6,02	5,94	6,21	7,48	8,23	11,39	12,13	13,15
57 Öffentliche Bäder	4,92	4,72	7,67	6,12	6,01	6,15	6,40	6,83	5,78	5,16	3,86	2,52
58 Park- und Gartenanlagen	15,70	16,14	15,80	14,97	15,67	17,25	15,88	16,54	16,58	15,93	15,63	16,53
59 Sonstige Erholungseinrichtungen	0,52	0,53	0,46	0,47	0,56	0,64	0,76	0,51	0,54	0,34	0,50	0,42

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 2 (Fortsetzung)

Aufgaben der Gemeindeebene (inkl. Anteil der kreisfreien Städte)	Zuschussbedarf im Verwaltungshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	71,94	70,71	73,28	73,93	68,46	67,67	70,03	72,09	73,07	85,26	79,03	84,44
60 Bauverwaltung	18,90	18,89	18,26	18,59	11,34	10,75	10,89	10,20	10,49	16,04	9,17	7,97
61 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung	10,17	9,64	9,81	9,73	9,17	8,87	8,56	8,52	9,11	10,09	10,12	10,34
62 Wohnungsbauförderung	0,54	0,46	0,47	0,33	0,20	0,06	0,19	-0,14	-0,23	0,01	-0,05	0,04
63 Gemeindestraßen	32,61	31,99	34,66	33,55	35,28	35,69	37,70	40,49	42,24	45,88	49,60	54,94
65 Kreisstraßen	0,16	0,12	0,16	0,30	0,17	0,19	0,22	0,38	0,30	0,18	0,27	0,37
660 Bundesstraßen	0,92	0,79	0,84	0,92	0,78	0,81	0,80	1,13	0,34	0,91	1,04	1,05
665 Landesstraßen	0,02	0,01	0,02	0,04	0,09	0,08	0,05	0,17	0,11	0,86	1,62	1,87
670 Straßenbeleuchtung	7,33	7,34	7,63	7,86	8,09	7,89	8,41	9,48	9,06	7,88	5,46	4,72
675 Straßenreinigung	1,66	2,11	1,77	2,37	3,13	3,78	3,39	2,07	1,98	3,58	4,85	6,47
68 Parkeinrichtungen	-1,93	-2,29	-1,94	-2,01	-2,09	-2,12	-1,92	-1,98	-2,00	-1,92	-1,87	-2,18
69 Wasserläufe, Wasserbau	1,56	1,63	1,60	2,25	2,30	1,67	1,75	1,77	1,67	1,74	-1,17	-1,16
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	-18,32	-14,54	-14,45	-15,70	-17,52	-9,25	-15,87	-16,51	-11,01	-9,55	-10,08	-10,83
70 Abwasserbeseitigung	-29,44	-26,00	-27,24	-27,95	-30,18	-21,52	-27,52	-27,64	-22,67	-23,49	-23,11	-24,36
72 Abfallbeseitigung	0,07	0,04	0,17	0,06	0,09	0,13	0,15	0,13	0,21	0,25	-0,42	-0,59
77 Hilfsbetriebe der Verwaltung	6,54	7,01	7,76	6,73	6,80	6,49	5,10	4,37	4,81	4,46	2,96	3,46
übrige öffentl. Einrichtungen (73, 74, 75, 76, 78)	1,14	1,51	1,80	2,29	2,34	2,21	2,59	2,59	2,74	3,51	2,85	3,52
79 Fremdenv., sonst. Förd. v. Wirtsch. und Verkehr	3,37	2,90	3,07	3,17	3,43	3,43	3,81	4,05	3,89	5,73	4,10	0,10
790 Fremdenverkehr												3,78
791 Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr												2,86
792 Förderung des Nahverkehrs (ÖPNV)												0,58
8 Wirtschaftl. Unt., allg. Grund- und Sonderverm.	-53,64	-54,84	-55,60	-60,31	-55,07	-59,38	-59,72	-64,66	-48,92	-39,35	-28,11	-23,24
80 Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen	-0,02	0,04	-0,03	0,00	0,02	0,15	0,38	1,25	-0,97	0,00	0,00	0,00
810 Elektrizitätsversorgung	-12,60	-15,27	-15,99	-13,72	-14,97	-14,83	-19,70	-19,66	-19,29	-19,66	-18,09	-17,61
813 Gasversorgung	-0,97	-1,03	-1,86	-1,50	-1,63	-1,57	-1,57	-1,74	-1,69	-1,78	-2,27	-2,40
815 Wasserversorgung	-2,12	-2,38	-2,31	-2,31	-2,69	-2,10	-2,10	-2,22	-2,07	-2,28	-2,19	-1,93
816 Fernwärmeversorgung	-0,02	0,01	0,02	0,00	-0,02	-0,03	0,00	-0,03	0,35	-0,35	-0,31	-0,32
817 Kombinierte Versorgungsunternehmen	-18,44	-19,67	-15,48	-23,65	-26,52	-22,59	-23,97	-32,05	-18,37	-9,66	-5,36	-4,46
82 Verkehrsunternehmen	-0,34	-0,77	-0,72	-0,28	2,60	-1,45	-1,96	-1,90	-4,22	-2,75	1,25	1,97
83 Komb. Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	-19,25	-15,16	-18,17	-17,27	-16,44	-17,65	-12,35	-10,95	-8,30	-11,44	-19,03	-19,63
84 Unternehmen der Wirtschaftsförderung	0,49	0,69	0,70	0,86	0,91	0,63	0,42	0,49	2,31	0,44	0,20	0,06
85 Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	0,38	0,45	0,38	0,42	0,56	0,38	0,42	0,45	0,29	0,42	0,38	0,16
86 Kur- und Badebetriebe	6,94	5,99	5,01	5,20	5,79	5,50	6,01	6,69	7,42	5,07	4,35	4,92
87 Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	-1,11	-1,19	-0,56	-0,69	2,53	-0,09	-0,66	-0,50	0,39	5,43	15,89	16,74
88 Allgemeines Grundvermögen	-6,47	-6,47	-6,52	-7,46	-5,12	-5,64	-4,58	-4,41	-4,70	-4,26	-4,23	-1,61
89 Allgemeines Sondervermögen	-0,09	-0,09	-0,07	0,11	-0,09	-0,09	-0,08	-0,06	-0,06	1,46	1,30	0,88

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 2 (Fortsetzung)

Kreisfreie Städte	Zuschussbedarf im Verwaltungshaushalt in Euro je Einwohner												
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	
Einzelplan 0-8	1.012,19	1.036,50	1.098,36	1.073,89	1.158,26	1.147,55	1.048,74	1.144,22	1.174,34	1.330,29	1.343,89	1.396,84	
0 Allgemeine Verwaltung	116,10	89,58	114,19	103,72	114,73	113,29	74,51	74,98	77,47	74,27	127,81	125,12	
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	83,74	87,05	82,51	92,10	95,75	95,52	99,95	116,51	98,21	106,98	82,76	83,40	
11 Öffentliche Ordnung	25,30	27,14	26,12	29,60	31,12	29,51	28,88	32,14	28,22	36,23	27,72	26,79	
13 Brandschutz	53,30	56,58	48,83	58,67	59,16	60,96	63,81	77,03	67,11	65,60	48,96	56,93	
Übrige Aufgaben im Einzelplan 1 (10, 14, 16, 17)	5,14	3,33	7,56	3,83	5,47	5,05	7,26	7,34	2,89	5,15	6,08	-0,32	
2 Schulen	110,15	117,99	117,58	106,87	130,04	132,84	153,18	173,46	170,87	172,11	165,88	192,70	
20 Schulverwaltung	7,15	8,35	7,51	7,63	5,51	5,88	5,33	5,09	4,40	2,50	0,26	0,31	
21 Grund- und Hauptschulen	37,00	40,16	41,23	36,46	42,12	43,25	52,34	56,06	55,10	47,29	43,79	43,25	
22 Realschulen (inkl. komb. Haupt- und R-schulen)	9,96	10,00	9,55	8,60	10,55	10,13	12,93	15,20	14,80	15,11	14,45	14,88	
23 Gymnasien, Kollegs (oh. berufliche Gymnasien)	18,31	19,46	18,85	16,58	21,72	22,49	24,34	26,92	24,07	24,73	23,85	23,50	
24 Berufsschulen, Fach(ober-)schulen	16,17	17,26	18,38	15,07	18,73	19,97	23,35	29,42	30,86	35,70	31,52	55,00	
27 Sonderschulen (Förderschulen)	9,49	9,60	9,71	10,09	12,71	12,67	13,49	14,61	14,09	15,42	15,18	14,98	
28 Gesamtschulen	6,81	7,96	7,22	7,16	9,02	9,07	9,57	13,69	14,49	17,36	20,64	23,88	
290 Schülerförderung	2,26	2,11	2,23	2,68	2,37	2,18	2,57	2,53	2,49	3,59	4,07	4,35	
Übrige schulische Aufgaben (292, 293, 295)	3,00	3,09	2,90	2,60	7,31	7,21	9,26	9,95	10,56	10,40	12,11	12,55	
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	72,48	72,12	73,74	70,87	78,43	79,11	78,21	69,56	118,60	82,40	75,73	78,50	
30 Verwaltung kultureller Angelegenheiten	3,83	3,55	3,71	3,60	3,88	3,07	4,09	5,14	36,70	1,43	0,22	0,22	
31 Wissenschaft und Forschung	3,99	3,87	3,47	3,67	7,33	8,28	7,88	7,95	9,30	7,77	6,09	5,73	
32 Museen, Sammlungen Ausstellungen	7,38	7,98	8,06	7,73	6,39	5,94	4,84	4,54	4,85	5,27	3,69	3,88	
33 Theater, Konzerte, Musikpflege, Kunstpflege (34)	36,05	35,17	37,53	35,13	40,14	40,84	40,21	30,59	44,56	48,93	41,89	44,65	
35 Volksbildung (350, 352, 355)	18,75	19,33	18,55	18,29	18,24	18,71	18,44	19,05	20,79	16,68	16,09	15,84	
Übrige Kulturpflege (360, 365, 366, 37)	2,48	2,21	2,42	2,46	2,45	2,27	2,74	2,30	2,39	2,32	7,75	8,19	
4 Soziale Sicherung	597,44	617,72	624,50	658,27	701,69	681,35	649,11	745,39	708,59	799,31	790,92	805,49	
40 Verwaltungen der Sozialen Sicherung	75,72	84,11	70,18	89,67	96,08	60,01	58,93	85,02	67,96	38,79	14,84	16,30	
41 Sozialhilfe nach SGB XII (ab 2005)	311,80	313,21	344,04	312,78	316,84	168,47	122,17	176,12	114,13	181,05	168,85	166,38	
43 Soziale Einrichtungen (oh. Einr. der Jugendhilfe)	11,47	15,63	15,03	18,21	18,29	15,80	15,47	13,62	10,11	14,10	6,89	7,95	
45 Jugendhilfe nach dem KJHG (oh. Kitas)	81,56	84,44	81,51	84,85	89,45	89,61	91,14	102,88	104,44	139,06	142,13	151,03	
46 Einrichtung der Jugendhilfe (oh. Kitas)	17,23	17,24	17,38	16,67	18,62	17,52	18,04	18,76	27,71	16,21	19,82	21,74	
Tageseinrichtungen für Kinder (464 + 454)	90,96	98,38	88,40	105,22	109,85	109,35	114,17	120,60	130,27	157,64	154,24	190,72	
482 Grundsicherung f. Arbeitsuchende (nach SGB II), inkl. 485 (nur 2003 und 2004)			20,26	44,13	207,16	220,30	219,88	232,18	233,15	253,06		221,63	
Übrige soziale Angelegenheiten (42, 44, 47, 486, 487, 49)	8,71	4,72	7,96	10,60	8,44	13,45	8,89	8,51	21,79	19,32	31,09	29,74	
5 Gesundheit, Sport, Erholung	64,79	71,61	88,10	70,05	70,05	76,92	75,22	75,15	72,54	76,71	80,12	83,86	
50 Gesundheitsverwaltung	12,37	12,57	12,34	12,51	12,82	16,07	16,07	16,51	16,29	6,89	3,60	3,65	
51 Krankenhäuser	1,39	1,74	13,04	0,49	0,00	0,27		0,02	0,19	5,53	10,08	12,54	
54 Sonst. Einr. und Maßn. der Gesundheitspflege	3,32	5,03	0,87	3,30	2,92	1,52	2,80	0,85	2,03	9,53	11,64	12,39	
55 Förderung des Sports	4,76	4,77	4,95	5,18	5,30	4,61	4,94	5,54	5,49	5,54	5,56	6,33	
56 Eigene Sportstätten	6,67	6,62	6,52	6,19	6,68	6,55	7,72	12,88	11,55	19,53	20,50	20,21	
57 Öffentliche Bäder	4,73	4,38	16,67	13,60	12,85	12,18	11,36	8,23	8,00	8,09	3,89	2,90	
58 Park- und Gartenanlagen	30,42	34,89	32,00	27,19	28,73	34,52	29,69	30,24	28,20	22,22	24,75	25,70	
59 Sonstige Erholungseinrichtungen	1,14	1,63	1,72	1,58	0,75	1,20	2,64	0,89	0,78	-0,62	0,12	0,12	

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 2 (Fortsetzung)

Kreisfreie Städte	Zuschussbedarf im Verwaltungshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	90,20	87,09	88,30	95,22	63,05	48,32	45,85	41,41	36,46	89,17	60,14	79,95
60 Bauverwaltung	25,19	23,32	19,37	24,37	-20,84	-26,12	-23,94	-26,09	-24,96	5,46	0,57	-0,12
61 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung	20,72	21,83	23,32	24,70	27,42	24,04	22,26	23,09	20,31	23,76	23,99	23,51
62 Wohnungsbauförderung	1,08	1,13	1,46	1,34	0,19	0,10	0,38	-0,53	-0,68	-0,07	-0,06	-0,18
63 Gemeindestraßen	24,96	22,73	27,13	24,32	33,99	28,83	29,60	27,60	29,96	37,25	33,38	44,89
65 Kreisstraßen	2,69	3,99	3,43	2,94	2,72	3,21	4,24	4,09	2,15	4,98	9,63	11,13
660 Bundesstraßen	3,28	2,81	3,07	2,59	2,24	2,15	1,87	2,15	0,25	2,46	3,50	3,54
665 Landesstraßen	0,04	0,03	0,03	0,03	0,03	0,44	0,37	0,67	0,46	2,65	5,79	6,05
670 Straßenbeleuchtung	9,17	8,60	8,56	9,02	8,55	7,64	8,39	8,65	7,50	3,25	0,35	0,35
675 Straßenreinigung	1,45	1,98	1,14	2,07	5,78	7,86	2,16	1,80	1,97	6,75	2,54	11,63
68 Parkeinrichtungen	-1,69	-3,02	-2,62	-2,86	-3,34	-3,23	-3,16	-3,53	-3,44	-2,69	-1,91	-1,85
69 Wasserläufe, Wasserbau	3,31	3,67	3,41	6,69	6,29	3,42	3,68	3,50	2,94	5,37	-17,65	-19,00
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	-42,21	-32,71	-38,47	-41,58	-40,64	0,01	-37,09	-32,35	-23,27	-30,74	-21,04	-34,28
70 Abwasserbeseitigung	-46,35	-38,95	-47,63	-52,97	-54,31	-26,33	-50,54	-50,68	-41,12	-43,72	-32,07	-46,97
72 Abfallbeseitigung	1,95	2,07	2,80	7,02	1,87	13,07	0,03	0,92	2,07	0,83	0,54	1,23
77 Hilfsbetriebe der Verwaltung	-0,17	-0,34	3,73	-0,93	3,23	3,78	3,68	3,75	3,93			
übrige öffentl. Einrichtungen (73, 74, 75, 76, 78)	-4,18	-2,65	-2,29	0,67	-0,38	0,33	1,54	1,41	1,44	3,55	1,97	3,05
79 Fremdenv., sonst. Förd. v. Wirtsch. und Verkehr	6,54	7,17	4,92	4,63	8,95	9,16	8,20	12,26	10,40	8,59	0,26	0,25
790 Fremdenverkehr											3,80	4,39
791 Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr											3,63	2,07
792 Förderung des Nahverkehrs (ÖPNV)											0,84	1,70
8 Wirtschaftl. Unt., allg. Grund- und Sonderverm.	-80,49	-73,95	-52,09	-81,64	-54,84	-79,81	-90,19	-119,89	-85,12	-39,93	-18,44	-17,90
80 Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen						0,74	1,89	5,86	-4,52			
810 Elektrizitätsversorgung							-23,49	-23,19	-22,06	-21,34		
813 Gasversorgung												
815 Wasserversorgung												
816 Fernwärmeversorgung												
817 Kombinierte Versorgungsunternehmen	-21,71	-24,68	13,82	-19,09	-33,33	-20,38	-26,72	-72,93	-17,12	4,35	3,31	3,54
82 Verkehrsunternehmen	-3,20	-4,90	-5,04	-3,46	9,30	-8,45	-9,86	-10,55	-21,41	-14,87	3,94	7,03
83 Komb. Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	-53,57	-42,54	-58,09	-53,05	-46,31	-51,14	-27,92	-33,08	-17,44	-27,52	-48,47	-48,97
84 Unternehmen der Wirtschaftsförderung	1,66	2,10	1,99	2,60	2,43	2,61	2,45	2,05	2,69	0,55	0,20	0,20
85 Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	1,05	1,47	1,03	1,21	1,70	1,01	1,11	1,31	0,82	1,38	0,39	0,39
86 Kur- und Badbetriebe	6,97	5,47	5,43	6,93	2,49	2,43	1,50	2,10	1,68	1,73	0,68	1,41
87 Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	-3,84	-4,00	-1,56	-2,08	12,58	-0,62	-2,86	14,24	-1,54	15,37	15,53	14,56
88 Allgemeines Grundvermögen	-7,84	-6,85	-9,70	-14,68	-3,69	-5,97	-6,34	-5,69	-6,23	-6,22		
89 Allgemeines Sondervermögen	-0,01	-0,02	0,02	-0,01	-0,01	-0,04	0,04	0,00	-0,01	6,65	5,98	3,95

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 2 (Fortsetzung)

Kreisangehöriger Raum	Zuschussbedarf im Verwaltungshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Einzelplan 0-8	704,93	711,62	727,99	745,97	771,73	754,56	741,52	812,89	839,67	928,06	930,42	957,84
0 Allgemeine Verwaltung	127,20	128,94	130,30	128,22	135,98	135,51	133,15	134,76	149,95	156,20	158,97	169,58
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	32,67	33,56	35,95	35,58	37,40	38,39	38,05	36,00	40,47	43,66	42,01	39,44
11 Öffentliche Ordnung	18,63	19,27	20,40	19,60	20,55	21,08	20,78	17,48	19,52	20,28	20,16	16,75
13 Brandschutz	13,26	13,35	14,08	14,58	15,15	15,67	16,21	16,90	17,81	19,71	19,61	20,53
Übrige Aufgaben im Einzelplan 1 (10, 14, 16, 17)	0,79	0,93	1,47	1,40	1,70	1,64	1,06	1,62	3,14	3,68	2,25	2,16
2 Schulen	134,62	135,56	138,21	140,29	140,73	141,64	145,71	145,71	154,12	168,77	171,69	171,04
20 Schulverwaltung	9,15	9,66	10,11	9,85	11,39	11,16	11,40	10,48	9,90	10,14	10,05	10,54
21 Grund- und Hauptschulen	49,93	51,17	51,85	51,78	47,95	46,89	48,59	49,39	49,87	47,38	41,62	39,29
22 Realschulen (inkl. komb. Haupt- und R.schulen)	14,31	14,25	14,51	14,37	15,06	15,80	16,43	16,35	15,56	13,98	12,17	8,60
23 Gymnasien, Kollegs (oh. berufliche Gymnasien)	14,42	14,68	14,79	14,81	15,66	15,56	16,59	16,56	17,87	22,29	20,75	21,20
24 Berufsschulen, Fach(ober-)schulen	11,74	10,38	10,31	11,81	10,83	12,02	12,33	12,55	12,64	14,61	18,40	17,55
27 Sonderschulen (Förderschulen)	8,39	8,58	8,70	9,29	9,67	9,91	10,06	10,14	10,35	11,20	11,19	11,29
28 Gesamtschulen	4,03	4,32	4,45	4,67	4,34	4,55	4,70	5,22	8,17	20,30	25,50	27,70
290 Schülerförderung	20,07	20,00	20,98	21,17	21,59	22,16	22,47	21,45	24,35	21,45	21,18	21,19
Übrige schulische Aufgaben (292, 293, 295)	2,57	2,54	2,52	2,54	4,25	3,58	3,13	3,58	5,41	7,43	10,83	13,69
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	26,00	25,28	25,63	24,75	24,73	24,52	24,27	25,11	25,66	27,21	27,22	27,10
30 Verwaltung kultureller Angelegenheiten	2,54	2,25	2,65	1,78	1,84	1,78	1,86	1,73	1,55	0,92	0,33	0,30
31 Wissenschaft und Forschung	0,19	0,24	0,06	0,09	0,20	0,20	0,20	0,21	0,22	0,22	0,22	0,51
32 Museen, Sammlungen Ausstellungen	2,97	3,05	2,97	3,07	2,72	2,84	2,96	3,12	3,10	3,48	3,08	3,33
33 Theater, Konzerte, Musikpflege, Kunstpflege (34)	4,53	4,67	4,59	4,34	5,15	4,74	4,88	4,68	6,78	7,41	8,64	8,36
35 Volksbildung (350, 352, 355)	10,36	10,03	10,05	10,19	10,63	10,97	10,74	10,69	9,58	10,18	9,71	10,14
Übrige Kulturpflege (360, 365, 366, 37)	5,41	5,03	5,31	5,27	4,20	4,00	3,64	4,67	4,44	5,00	4,95	4,45
4 Soziale Sicherung	315,79	323,09	336,23	351,54	374,85	345,68	321,26	385,12	365,84	414,07	401,43	407,82
40 Verwaltungen der Sozialen Sicherung	30,01	31,16	32,10	31,90	33,02	31,16	21,48	32,01	21,09	8,59	4,73	3,40
41 Sozialhilfe nach SGB XII (ab 2005)	156,44	157,03	163,83	161,12	170,45	80,41	52,45	99,00	58,71	68,30	72,35	77,56
43 Soziale Einrichtungen (oh. Eindr. der Jugendhilfe)	7,95	8,99	9,54	8,97	9,79	9,65	10,38	10,24	8,58	8,03	8,28	8,14
45 Jugendhilfe nach dem KHG (oh. Kitas)	40,72	43,00	43,64	49,55	51,72	49,08	48,62	63,57	70,86	81,50	84,55	84,74
46 Einrichtung der Jugendhilfe (oh. Kitas)	13,94	14,26	15,06	14,58	14,87	13,85	13,88	13,72	15,61	15,71	15,32	15,48
Tageseinrichtungen für Kinder (464 + 454)	57,59	58,45	62,37	69,26	70,74	74,05	75,76	80,18	87,46	95,43	105,52	112,72
482 Grundsicherung f. Arbeitsuchende (nach SGB II), inkl. 485 (nur 2003 und 2004)				7,51	16,56	78,86	90,90	78,71	95,02	124,16	98,05	93,50
Übrige soziale Angelegenheiten (42, 44, 47, 486, 487, 49)	9,14	10,19	9,69	8,66	7,70	8,62	7,79	7,69	8,50	12,34	12,64	12,29
5 Gesundheit, Sport, Erholung	41,98	40,61	40,68	41,00	42,00	43,10	42,91	46,70	51,01	59,62	60,37	63,33
50 Gesundheitsverwaltung	9,18	9,08	9,06	9,30	9,24	9,74	9,30	7,03	8,25	1,25	0,06	0,00
51 Krankenhäuser	0,23	-0,03	0,02	0,07	0,20	0,10	-0,07	1,48	4,66	9,53	11,46	14,24
54 Sonst. Eindr. und Maßn. der Gesundheitspflege	1,53	1,49	0,91	1,76	1,40	1,20	1,10	3,42	1,08	9,78	10,96	11,08
55 Förderung des Sports	8,33	8,39	8,13	8,20	8,26	8,42	8,68	8,71	10,26	10,35	10,12	9,52
56 Eigene Sportstätten	5,46	5,31	5,52	5,41	5,85	5,80	5,82	5,99	7,32	9,14	9,81	11,20
57 Öffentliche Bäder	4,97	4,82	5,18	4,06	4,13	4,50	5,04	6,45	5,17	4,35	3,85	2,41
58 Park- und Gartenanlagen	11,56	10,92	11,30	11,60	12,08	12,50	12,09	12,82	13,75	14,61	13,51	14,38
59 Sonstige Erholungseinrichtungen	0,72	0,64	0,56	0,60	0,84	0,85	0,95	0,79	0,51	0,61	0,60	0,51

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 2 (Fortsetzung)

Kreisangehöriger Raum	Zuschussbedarf im Verwaltungshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	80,02	80,87	83,57	83,09	82,79	85,41	89,62	93,97	93,87	98,19	97,02	98,30
60 Bauverwaltung	24,85	25,58	25,40	24,17	24,90	24,99	24,89	24,68	22,18	19,87	11,55	10,22
61 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung	9,82	9,65	10,03	10,15	9,40	10,04	10,12	9,96	11,17	12,95	12,35	12,55
62 Wohnungsbauförderung	0,43	0,33	0,23	0,11	0,28	0,10	0,18	-0,01	-0,08	0,04	-0,09	0,05
63 Gemeindestraßen	34,87	34,68	36,69	36,20	35,80	37,70	39,96	44,05	45,59	48,39	54,25	57,89
65 Kreisstraßen	1,54	1,67	1,71	1,99	1,94	2,15	2,20	2,67	2,53	3,50	5,37	5,35
660 Bundesstraßen	0,25	0,23	0,22	0,46	0,38	0,45	0,50	0,85	0,37	0,48	0,35	0,36
665 Landesstraßen	0,02	0,01	0,02	0,04	0,11	-0,02	-0,04	0,03	0,01	0,36	0,46	0,72
670 Straßenbeleuchtung	6,81	6,99	7,37	7,54	7,97	7,97	8,41	9,70	9,49	9,16	6,88	5,93
675 Straßenreinigung	1,73	2,15	1,95	2,45	2,40	2,66	3,72	2,15	1,98	2,71	5,49	5,03
68 Parkeinrichtungen	-2,00	-2,08	-1,75	-1,78	-1,75	-1,81	-1,58	-1,55	-1,60	-1,71	-1,86	-2,27
69 Wasserläufe, Wasserbau	1,69	1,67	1,70	1,75	1,36	1,19	1,25	1,43	2,23	2,44	2,27	2,48
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	-4,30	-3,92	-2,86	0,28	-7,56	-2,13	-4,89	-3,04	2,02	3,53	5,98	8,88
70 Abwasserbeseitigung	-24,27	-22,00	-21,12	-20,75	-23,30	-20,02	-21,08	-21,19	-17,48	-17,83	-20,56	-18,05
72 Abfallbeseitigung	-0,41	-1,96	-3,00	-1,40	-5,87	-3,21	-1,75	-0,49	-5,40	-3,54	2,17	1,08
77 Hilfsbetriebe der Verwaltung	8,64	9,30	9,13	9,02	7,98	7,44	5,70	4,75	5,13	5,69	3,78	4,42
übrige öffentl. Einrichtungen (73, 74, 75, 76, 78)	2,66	2,69	2,38	2,75	3,10	2,74	2,89	2,93	3,15	3,54	3,15	3,71
79 Fremdenv., sonst. Förd. v. Wirtsch. und Verkehr	9,09	8,05	9,75	10,66	10,43	10,93	9,36	10,96	16,62	15,68	0,12	0,12
790 Fremdenverkehr											5,07	4,53
791 Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr											4,06	3,60
792 Förderung des Nahverkehrs (ÖPNV)											8,19	9,48
8 Wirtschaftl. Unt., allg. Grund- und Sonderverm.	-49,05	-52,37	-59,72	-58,79	-59,10	-57,56	-48,57	-51,44	-43,27	-43,18	-34,27	-27,65
80 Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen	-0,02	0,05	-0,04	0,00	0,02	0,03	0,06	-0,02	0,01	0,00	0,00	0,00
810 Elektrizitätsversorgung	-17,41	-21,11	-22,31	-19,56	-20,69	-20,66	-20,80	-20,64	-19,29	-19,89	-23,59	-22,99
813 Gasversorgung	-1,24	-1,32	-2,37	-1,91	-2,08	-2,00	-1,99	-2,22	-2,16	-2,27	-2,89	-3,07
815 Wasserversorgung	-2,72	-3,04	-2,95	-2,95	-3,43	-2,68	-2,67	-2,83	-2,65	-2,91	-2,79	-2,47
816 Fernwärmeversorgung	-0,03	0,02	0,02	0,00	-0,03	-0,04	0,00	-0,04	0,45	-0,44	-0,40	-0,41
817 Kombinierte Versorgungsunternehmen	-17,85	-18,75	-23,97	-25,57	-25,35	-23,91	-23,97	-21,68	-18,76	-13,53	-7,76	-6,68
82 Verkehrsunternehmen	-0,03	0,04	0,40	0,54	0,75	0,47	0,20	0,47	0,48	0,54	0,54	0,60
83 Komb. Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	-9,60	-7,53	-7,11	-7,41	-8,23	-8,45	-8,08	-5,55	-8,07	-9,78	-14,19	-14,82
84 Unternehmen der Wirtschaftsförderung	0,10	0,26	0,25	0,31	0,02	0,16	7,63	-0,13	1,79	0,41	0,19	0,02
85 Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	0,26	0,58	0,37	0,19	0,17	0,21	0,04	0,13	0,17	0,16	0,38	0,09
86 Kur- und Badebetriebe	6,93	6,14	4,89	4,72	6,70	6,35	7,25	7,95	9,01	5,99	5,36	5,89
87 Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	-0,34	-0,47	-0,36	-0,67	-0,58	-0,59	-1,27	-1,95	0,44	2,33	16,28	18,19
88 Allgemeines Grundvermögen	-6,97	-7,14	-6,45	-6,61	-6,26	-6,34	-4,84	-4,86	-4,62	-3,82	-5,40	-2,05
89 Allgemeines Sondervermögen	-0,11	-0,11	-0,09	0,14	-0,11	-0,10	-0,11	-0,08	-0,07	0,03	0,00	0,04

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 2 (Fortsetzung)

Kreise	Zuschussbedarf im Verwaltungshaushalt in Euro je Einwohner												
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	
Einzelplan 0-8	296,58	299,62	307,88	321,66	342,35	343,15	331,82	388,44	378,61	425,87	418,94	427,20	
0 Allgemeine Verwaltung	27,38	27,83	28,98	28,77	30,55	30,51	28,52	30,65	40,57	42,89	43,12	45,99	
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	5,48	6,04	7,07	7,03	8,08	8,30	6,61	5,03	7,25	8,61	7,07	4,13	
11 Öffentliche Ordnung	2,74	3,11	3,62	3,74	4,25	4,54	3,56	1,44	1,58	1,81	1,86	-0,76	
13 Brandschutz	2,15	2,17	2,19	2,33	2,49	2,46	2,42	2,36	2,71	3,40	3,37	3,14	
Übrige Aufgaben im Einzelplan 1 (10, 14, 16, 17)	0,60	0,76	1,26	0,96	1,33	1,30	0,63	1,23	2,96	3,40	1,85	1,75	
2 Schulen	35,67	34,50	35,06	36,57	37,38	38,16	40,03	38,66	39,43	41,06	43,92	43,10	
20 Schulverwaltung	2,36	2,40	2,44	2,38	2,59	2,52	2,47	2,04	1,08	0,31			
21 Grund- und Hauptschulen	-0,03	-0,04	0,00	-0,02	-0,01	-0,03	-0,04	0,01	0,01	0,08	0,09	0,09	
22 Realschulen (inkl. komb. Haupt- und R.schulen)	-0,07	-0,05	-0,05	-0,06	-0,07	-0,07	-0,06	0,00	-0,05	-0,07	-0,09	-0,09	
23 Gymnasien, Kollegs (oh. berufliche Gymnasien)	-0,60	-0,46	-0,62	-0,93	-1,04	-1,16	-0,56	-0,64	-2,23	0,48	-0,46	-1,46	
24 Berufsschulen, Fach(ober-)schulen	11,70	10,34	10,26	11,78	10,80	11,99	12,30	12,53	12,64	14,61	18,40	17,55	
27 Sonderschulen (Förderschulen)	5,33	5,32	5,42	5,91	6,01	6,18	6,28	6,32	6,53	7,40	7,77	7,84	
28 Gesamtschulen	-0,13	-0,13	-0,12	-0,15	-0,05	-0,07	0,10	0,13	-0,05	-0,07	0,00	0,00	
290 Schülerbeförderung	15,69	15,73	16,33	16,35	16,74	17,45	18,21	16,76	19,31	16,10	16,05	16,26	
Übrige schulische Aufgaben (292, 293, 295)	1,41	1,40	1,39	1,31	2,41	1,35	1,32	1,51	2,20	2,22	2,16	2,91	
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	8,39	7,55	7,60	6,97	7,19	7,01	6,85	7,23	8,03	8,13	8,60	8,50	
30 Verwaltung kultureller Angelegenheiten	1,29	1,29	1,38	0,56	0,54	0,56	0,60	0,47	0,68	0,64	0,68	0,64	
31 Wissenschaft und Forschung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
32 Museen, Sammlungen Ausstellungen	1,00	1,02	0,91	0,97	0,91	0,92	1,00	1,04	1,16	1,38	1,32	1,46	
33 Theater, Konzerte, Musikpflege, Kunstpflege (34)	0,97	1,04	0,92	0,79	1,10	0,84	0,94	0,87	2,27	2,08	2,61	2,69	
35 Volksbildung (350, 352, 355)	2,36	1,81	1,81	1,83	2,20	2,25	2,01	1,71	1,17	1,44	1,44	1,41	
Übrige Kulturpflege (360, 365, 366, 37)	2,76	2,38	2,58	2,81	2,44	2,44	2,30	3,13	2,75	3,19	3,23	2,95	
4 Soziale Sicherung	195,90	200,95	207,92	217,87	238,86	235,73	220,10	280,47	255,16	290,77	272,32	278,39	
40 Verwaltungen der Sozialen Sicherung	13,22	13,75	14,03	13,95	14,85	20,10	11,02	22,60	12,99	1,52			
41 Sozialhilfe nach SGB XII (ab 2005)	114,25	115,58	120,61	117,53	127,63	73,36	51,27	98,53	57,93	65,75	69,73	74,70	
43 Soziale Einrichtungen (oh. Einr. der Jugendhilfe)	6,39	7,30	7,83	7,61	8,35	7,94	8,67	8,21	6,63	5,72	6,13	6,31	
45 Jugendhilfe nach dem KHG (oh. Kitas)	38,50	40,71	41,21	47,10	49,64	46,55	46,18	60,82	67,41	77,60	80,43	80,21	
46 Einrichtung der Jugendhilfe (oh. Kitas)	2,21	2,53	2,71	2,43	2,84	2,59	2,51	2,34	3,79	3,55	3,78	4,03	
Tageseinrichtungen für Kinder (464 + 454)	16,74	15,28	15,76	18,40	17,80	18,37	19,21	20,24	21,60	19,90	23,80	27,73	
482 Grundsicherung f. Arbeitsuchende (nach SGB II), inkl. 485 (nur 2003 und 2004)				5,80	13,55	61,55	76,33	62,75	78,59	107,48	79,35	76,88	
Übrige soziale Angelegenheiten (42, 44, 47, 486, 487, 49)	4,58	5,80	5,77	5,04	4,20	5,28	4,92	4,98	6,24	9,26	9,10	8,53	
5 Gesundheit, Sport, Erholung	11,54	11,10	10,55	11,71	11,55	11,85	11,39	12,75	15,14	21,73	23,34	26,40	
50 Gesundheitsverwaltung	9,17	9,04	9,02	9,26	9,21	9,70	9,26	7,00	8,22	1,22			
51 Krankenhäuser	0,22	-0,04	0,01	0,05	0,20	0,08	-0,08	1,47	4,65	9,52	11,45	14,23	
54 Sonst. Einr. und Maßn. der Gesundheitspflege	0,55	0,63	0,04	0,82	0,61	0,56	0,54	2,78	0,58	9,24	10,27	10,55	
55 Förderung des Sports	1,34	1,22	1,21	1,30	1,27	1,25	1,24	1,20	1,43	1,46	1,35	1,37	
56 Eigene Sportstätten	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,02	0,01	0,00					
57 Öffentliche Bäder													
58 Park- und Gartenanlagen	0,00	0,00	0,00						0,27	0,30	0,27	0,25	
59 Sonstige Erholungseinrichtungen	0,25	0,24	0,25	0,27	0,26	0,24	0,43	0,30	0,00	0,00	0,00	0,25	

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 2 (Fortsetzung)

Kreise	Zuschussbedarf im Verwaltungshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	9,37	10,62	10,50	10,51	11,07	11,19	11,45	11,77	9,08	9,87	10,28	9,94
60 Bauverwaltung	5,99	6,33	6,16	5,57	6,07	5,82	6,02	6,00	2,91	0,80		
61 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung	1,44	2,17	2,39	2,70	2,99	3,22	3,30	3,42	3,31	4,52	3,92	3,75
62 Wohnungsbauförderung	0,05	0,05	0,04	0,05	0,08	0,06	0,04	0,03	0,02	0,01	-0,04	-0,04
63 Gemeindestraßen	0,10	0,10	-0,07	0,09	0,14	0,11	0,04	0,02	-0,05	0,11	0,14	0,13
65 Kreisstraßen	1,39	1,59	1,60	1,69	1,80	1,98	2,03	2,31	2,20	3,35	5,15	5,03
660 Bundesstraßen												
665 Landesstraßen												
670 Straßenbeleuchtung												
675 Straßenreinigung												
68 Parkeinrichtungen												
69 Wasserläufe, Wasserbau	0,41	0,38	0,39	0,42	-0,01	0,00	0,02	0,00	0,68	1,08	1,11	1,08
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	5,60	3,72	3,25	6,08	1,33	4,44	3,71	6,57	7,15	5,40	12,19	12,06
70 Abwasserbeseitigung	0,42	0,38	0,47	0,30	0,25	0,17	0,12	0,12	0,09	0,07	0,07	0,05
72 Abfallbeseitigung	-0,51	-2,01	-3,21	-1,48	-5,98	-3,38	-1,94	-0,66	-5,67	-3,86	2,70	1,83
77 Hilfsbetriebe der Verwaltung	0,22	0,24	0,23	0,18	0,17	0,18	0,17	0,18	0,06			
übrige öffentl. Einrichtungen (73, 74, 75, 76, 78)	0,02	0,02	-0,55	0,02	0,01	0,01	0,01	0,01	0,04	0,04	0,06	0,06
79 Fremdenv., sonst. Förd. v. Wirtsch. und Verkehr	5,46	5,09	6,32	7,06	6,88	7,46	5,34	6,91	12,62	9,15	0,02	0,02
790 Fremdenverkehr											0,72	0,73
791 Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr											1,13	1,01
792 Förderung des Nahverkehrs (ÖPNV)											7,47	8,37
8 Wirtschaftl. Unt., allg. Grund- und Sonderverm.	-2,75	-2,69	-3,05	-3,85	-3,66	-4,06	3,15	-4,69	-3,20	-2,59	-1,90	-1,33
80 Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen						0,04	0,10					
810 Elektrizitätsversorgung	-1,27	-1,59	-1,88	-2,05	-1,60	-1,75	-1,63	-1,56	-0,50	-0,54	-0,50	-0,49
813 Gasversorgung												
815 Wasserversorgung												
816 Fernwärmeversorgung												
817 Kombinierte Versorgungsunternehmen	-0,22	-0,36	-0,44	-0,56	-0,50	-0,58	-0,58	-0,53				
82 Verkehrsunternehmen	-0,49	-0,34	-0,08	-0,06	-0,01	0,00	-0,01	0,00	0,00	0,02	0,01	
83 Komb. Versorgungs- und Verkehrsunternehmen									-1,62	-1,63	-1,63	
84 Unternehmen der Wirtschaftsförderung	-0,06	-0,03	-0,10	-0,06	-0,47	-0,50	7,23	-0,57	-0,41			
85 Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	-0,02	0,29	0,08	-0,01	-0,07	0,01	-0,19	-0,08	0,03	-0,01	0,00	0,00
86 Kur- und Badebetriebe												
87 Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	0,00	-0,07	-0,09	-0,37	-0,35	-0,65	-1,21	-1,31	-0,48	-0,35	0,21	0,78
88 Allgemeines Grundvermögen	-0,69	-0,60	-0,56	-0,74	-0,65	-0,62	-0,55	-0,65	-0,21	-0,07		
89 Allgemeines Sondervermögen												

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 2 (Fortsetzung)

Kreisangehörige Gemeinden	Zuschussbedarf im Verwaltungshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Einzelplan 0-8	408,35	412,00	420,11	424,31	429,38	411,41	409,69	424,46	461,06	502,19	511,48	530,64
0 Allgemeine Verwaltung	99,82	101,12	101,32	99,43	105,43	105,00	104,63	104,11	109,38	113,30	115,86	123,59
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	27,19	27,51	28,88	28,54	29,32	30,09	31,44	30,97	33,22	35,05	34,94	35,31
11 Öffentliche Ordnung	15,89	16,15	16,78	15,86	16,29	16,54	17,22	16,04	17,94	18,47	18,30	17,51
13 Brandschutz	1,11	1,18	1,88	1,25	1,26	1,32	1,37	1,45	1,50	1,63	1,64	1,73
Übrige Aufgaben im Einzelplan 1 (10, 14, 16, 17)	0,09	0,18	0,21	0,43	0,37	0,34	0,43	0,38	0,18	0,28	0,40	0,41
2 Schulen	98,95	101,06	103,15	103,72	103,35	103,47	105,68	107,05	114,69	127,71	127,77	127,94
20 Schulverwaltung	6,79	7,26	7,66	7,46	8,80	8,64	8,93	8,43	8,82	9,83	10,05	10,54
21 Grund- und Hauptschulen	49,96	51,21	51,86	51,80	47,96	46,92	48,63	49,38	49,87	47,30	41,52	39,19
22 Realschulen (inkl. komb. Haupt- und R.schulen)	14,38	14,29	14,56	14,43	15,13	15,86	16,49	16,35	15,61	14,04	12,26	8,68
23 Gymnasien, Kollegs (oh. berufliche Gymnasien)	15,02	15,14	15,41	15,74	16,70	16,72	17,16	17,20	20,10	21,81	21,21	22,66
24 Berufsschulen, Fach(ober-)schulen	0,04	0,04	0,04	0,03	0,03	0,02	0,03	0,02	0,00	0,00	0,00	0,00
27 Sonderschulen (Förderschulen)	3,06	3,26	3,28	3,39	3,66	3,73	3,78	3,82	3,82	3,81	3,42	3,45
28 Gesamtschulen	4,16	4,45	4,57	4,82	4,39	4,62	4,59	5,08	8,22	20,37	25,50	27,70
290 Schülerförderung	4,38	4,27	4,65	4,82	4,84	4,71	4,26	4,69	5,04	5,34	5,13	4,93
Übrige schulische Aufgaben (292, 293, 295)	1,16	1,14	1,13	1,23	1,84	2,23	1,81	2,07	3,21	5,20	8,67	10,78
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	17,62	17,73	18,03	17,78	17,54	17,51	17,42	17,88	17,64	19,07	18,62	18,60
30 Verwaltung kultureller Angelegenheiten	1,25	0,96	1,27	1,22	1,30	1,22	1,26	1,26	0,87	0,88	0,33	0,30
31 Wissenschaft und Forschung	0,19	0,24	0,06	0,09	0,20	0,20	0,20	0,21	0,22	0,22	0,51	0,53
32 Museen, Sammlungen Ausstellungen	1,96	2,03	2,07	2,10	1,81	1,92	1,96	2,08	1,94	2,10	1,76	1,87
33 Theater, Konzerte, Musikpflege, Kunstpflege (34)	3,55	3,63	3,67	3,55	4,05	3,90	3,93	3,81	4,51	5,33	6,03	5,67
35 Volksbildung (350, 352, 355)	8,00	8,22	8,24	8,37	8,43	8,71	8,73	8,97	8,42	8,74	8,28	8,73
Übrige Kulturpflege (360, 365, 366, 37)	2,65	2,65	2,72	2,46	1,75	1,56	1,34	1,54	1,69	1,81	1,72	1,50
4 Soziale Sicherung	119,89	122,14	128,30	133,68	135,99	109,95	101,16	104,65	110,68	123,30	129,10	129,42
40 Verwaltungen der Sozialen Sicherung	16,79	17,41	18,07	17,95	18,17	11,06	10,46	9,41	8,10	7,07	4,73	3,40
41 Sozialhilfe nach SGB XII (ab 2005)	42,19	41,45	43,22	43,59	42,82	7,06	1,18	0,46	0,78	2,55	2,62	2,86
43 Soziale Einrichtungen (oh. Eindr. der Jugendhilfe)	1,56	1,69	1,71	1,35	1,45	1,71	1,70	2,04	1,95	2,31	2,14	1,83
45 Jugendhilfe nach dem KHG (oh. Kitas)	2,22	2,29	2,42	2,44	2,09	2,53	2,45	2,75	3,46	3,90	4,11	4,53
46 Einrichtung der Jugendhilfe (oh. Kitas)	11,73	11,73	12,35	12,15	12,03	11,26	11,37	11,38	11,82	12,16	11,54	11,45
Tageseinrichtungen für Kinder (464 + 454)	40,85	43,17	46,60	50,86	53,94	55,68	56,55	59,94	65,87	75,54	81,73	84,98
482 Grundversicherung f. Arbeitssuchende (nach SGB II), inkl. 485 (nur 2003 und 2004)				1,71	3,01	17,31	14,57	15,96	16,44	16,68	18,70	16,62
Übrige soziale Angelegenheiten (42, 44, 47, 486, 487, 49)	4,56	4,39	3,92	3,62	3,49	3,34	2,87	2,71	2,26	3,08	3,54	3,76
5 Gesundheit, Sport, Erholung	30,43	29,51	30,13	29,29	30,45	31,24	31,52	33,95	35,86	37,90	37,03	36,92
50 Gesundheitsverwaltung	0,01	0,04	0,04	0,04	0,04	0,04	0,04	0,03	0,03	0,03	0,06	0,00
51 Krankenhäuser	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,02	0,02	0,01	0,02	0,01	0,01	0,01
54 Sonst. Eindr. und Maßn. der Gesundheitspflege	0,98	0,86	0,87	0,93	0,79	0,64	0,57	0,65	0,51	0,54	0,69	0,53
55 Förderung des Sports	6,99	7,17	6,92	6,91	6,99	7,17	7,45	7,51	8,83	8,89	8,76	8,15
56 Eigene Sportstätten	5,45	5,30	5,51	5,40	5,84	5,78	5,80	5,99	7,32	9,14	9,81	11,20
57 Öffentliche Bäder	4,97	4,82	5,18	4,06	4,13	4,50	5,04	6,45	5,17	4,35	3,85	2,41
58 Park- und Gartenanlagen	11,56	10,92	11,30	11,60	12,08	12,50	12,09	12,82	13,48	14,31	13,24	14,12
59 Sonstige Erholungsrichtungen	0,47	0,40	0,31	0,33	0,58	0,60	0,52	0,49	0,51	0,61	0,60	0,51

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 2 (Fortsetzung)

Kreisangehörige Gemeinden	Zuschussbedarf im Verwaltungshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	70,65	70,24	73,07	72,57	71,72	74,22	78,17	82,20	84,80	88,32	86,74	88,35
60 Bauverwaltung	18,86	19,25	19,24	18,61	18,83	19,16	18,87	18,69	19,27	19,07	11,55	10,22
61 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung	8,39	7,48	7,64	7,46	6,41	6,82	6,82	6,54	7,86	8,43	8,42	8,79
62 Wohnungsbauförderung	0,39	0,27	0,19	0,05	0,20	0,04	0,13	-0,03	-0,10	0,03	-0,05	0,09
63 Gemeindestraßen	34,77	34,58	36,75	36,11	35,66	37,60	39,93	44,03	45,64	48,28	54,11	57,76
65 Kreisstraßen	0,15	0,08	0,11	0,30	0,14	0,17	0,17	0,36	0,32	0,15	0,22	0,32
66 Bundesstraßen	0,25	0,23	0,22	0,46	0,38	0,45	0,50	0,85	0,37	0,48	0,35	0,36
665 Landesstraßen	0,02	0,01	0,02	0,04	0,11	-0,02	-0,04	0,03	0,01	0,36	0,46	0,72
670 Straßenbeleuchtung	6,81	6,99	7,37	7,54	7,97	7,97	8,41	9,70	9,49	9,16	6,88	5,93
675 Straßenreinigung	1,73	2,15	1,95	2,45	2,40	2,66	3,72	2,15	1,98	2,71	5,49	5,03
68 Parkeinrichtungen	-2,00	-2,08	-1,75	-1,78	-1,75	-1,81	-1,58	-1,55	-1,60	-1,71	-1,86	-2,27
69 Wasserläufe, Wasserbau	1,29	1,30	1,32	1,33	1,37	1,19	1,23	1,43	1,55	1,36	1,16	1,40
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	-9,90	-7,64	-6,10	-5,80	-8,99	-6,57	-8,59	-9,60	-5,13	-1,87	-6,20	-3,18
70 Abwasserbeseitigung	-24,69	-22,38	-21,59	-21,05	-23,55	-20,19	-21,21	-21,31	-17,57	-17,90	-20,63	-18,09
72 Abfallbeseitigung	0,09	0,05	0,22	0,08	0,12	0,17	0,19	0,16	0,27	0,32	-0,54	-0,75
77 Hilfsbetriebe der Verwaltung	8,42	9,06	8,90	8,84	7,80	7,26	5,52	4,57	5,06	5,69	3,78	4,42
übrige öffentl. Einrichtungen (73, 74, 75, 76, 78)	2,64	2,67	2,94	2,73	3,09	2,73	2,88	2,92	3,11	3,50	3,09	3,65
79 Fremdenv., sonst. Förd. v. Wirtsch. und Verkehr	3,64	2,96	3,44	3,60	3,55	3,47	4,02	4,06	4,00	6,53	0,10	0,10
790 Fremdenverkehr											4,35	3,80
791 Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr											2,93	2,59
792 Förderung des Nahverkehrs (ÖPNV)											0,72	1,11
8 Wirtschaftl. Unt., allg. Grund- und Sonderverm.	-46,30	-49,68	-56,66	-54,94	-55,44	-53,50	-51,72	-46,74	-40,07	-40,59	-32,37	-26,32
80 Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen	-0,02	0,05	-0,04	0,00	0,02	-0,01	-0,04	-0,02	0,01	0,00	0,00	0,00
810 Elektrizitätsversorgung	-16,14	-19,53	-20,42	-17,51	-19,08	-18,90	-19,17	-19,08	-18,79	-19,35	-23,09	-22,50
813 Gasversorgung	-1,24	-1,32	-2,37	-1,91	-2,08	-2,00	-1,99	-2,22	-2,16	-2,27	-2,89	-3,07
815 Wasserversorgung	-2,72	-3,04	-2,95	-2,95	-3,43	-2,68	-2,67	-2,83	-2,65	-2,91	-2,79	-2,47
816 Fernwärmeversorgung	-0,03	0,02	0,02	0,00	-0,03	-0,04	0,00	-0,04	0,45	-0,44	-0,40	-0,41
817 Kombinierte Versorgungsunternehmen	-17,63	-18,39	-23,53	-25,01	-24,85	-23,32	-23,39	-21,15	-18,76	-13,53	-7,76	-6,68
82 Verkehrsunternehmen	0,46	0,38	0,48	0,60	0,76	0,47	0,21	0,48	0,48	0,52	0,53	0,60
83 Komb. Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	-9,60	-7,53	-7,11	-7,41	-8,23	-8,45	-8,08	-5,55	-6,45	-8,15	-12,57	-13,20
84 Unternehmen der Wirtschaftsförderung	0,16	0,29	0,34	0,37	0,49	0,66	0,40	0,44	2,20	0,41	0,19	0,02
85 Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	0,27	0,29	0,28	0,21	0,24	0,20	0,23	0,21	0,14	0,17	0,38	0,09
86 Kur- und Badebetriebe	6,93	6,14	4,89	4,72	6,70	6,35	7,25	7,95	9,01	5,99	5,36	5,89
87 Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	-0,34	-0,40	-0,28	-0,31	-0,23	0,05	-0,06	-0,64	0,92	2,69	16,07	17,42
88 Allgemeines Grundvermögen	-6,28	-6,54	-5,89	-5,87	-5,62	-5,72	-4,29	-4,21	-4,40	-3,76	-5,40	-2,05
89 Allgemeines Sondervermögen	-0,11	-0,11	-0,09	0,14	-0,11	-0,10	-0,11	-0,08	-0,07	0,03	0,00	0,04

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 2 (Fortsetzung)

Amtsfreie Gemeinden	Zuschussbedarf im Verwaltungshaushalt in Euro je Einwohner			
	2008	2009	2010	2011
Einzelplan 0-8	523,05	569,57	581,17	602,28
0 Allgemeine Verwaltung	111,22	115,82	121,62	132,67
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	32,97	34,48	34,87	34,93
11 Öffentliche Ordnung	19,90	20,07	19,93	19,10
13 Brandschutz	12,68	13,86	14,11	15,02
Übrige Aufgaben im Einzelplan 1 (10, 14, 16, 17)	0,38	0,56	0,84	0,81
2 Schulen	105,13	118,30	114,04	111,89
20 Schulverwaltung	6,37	7,57	7,21	7,18
21 Grund- und Hauptschulen	44,38	43,73	37,09	34,27
22 Realschulen (inkl. komb. Haupt- und R.schulen)	14,07	14,32	10,56	6,73
23 Gymnasien, Kollegs (oh. berufliche Gymnasien)	18,13	19,52	17,23	17,06
24 Berufsschulen, Fach(ober-)schulen				
27 Sonderschulen (Förderschulen)	4,63	4,46	4,23	4,08
28 Gesamtschulen	9,30	16,46	21,42	23,91
290 Schülerbeförderung	5,63	6,53	5,71	6,26
Übrige schulische Aufgaben (292, 293, 295)	2,61	5,71	10,60	12,39
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	26,53	28,59	27,83	27,78
30 Verwaltung kultureller Angelegenheiten	1,46	1,44	0,41	0,39
31 Wissenschaft und Forschung	0,38	0,38	0,91	0,98
32 Museen, Sammlungen Ausstellungen	3,24	3,48	2,79	3,00
33 Theater, Konzerte, Musikpflege, Kunstpflege (34)	7,26	8,56	9,77	9,01
35 Volksbildung (350, 352, 355)	13,19	13,61	12,82	13,43
Übrige Kulturpflege (360, 365, 366, 37)	1,00	1,12	1,14	0,98
4 Soziale Sicherung	137,32	150,36	159,83	159,16
40 Verwaltungen der Sozialen Sicherung	12,30	10,48	5,51	3,84
41 Sozialhilfe nach SGB XII (ab 2005)	0,49	3,27	4,66	4,64
43 Soziale Einrichtungen (oh. Einr. der Jugendhilfe)	3,26	3,83	3,74	3,47
45 Jugendhilfe nach dem KJHG (oh. Kitas)	4,98	5,78	6,24	7,19
46 Einrichtung der Jugendhilfe (oh. Kitas)	16,97	17,60	16,58	16,15
Tageseinrichtungen für Kinder (464 + 454)	75,25	84,29	93,66	97,43
482 Grundsicherung f. Arbeitsuchende (nach SGB II), inkl. 485 (nur übrige soziale Angelegenheiten (42, 44, 47, 486, 487, 49)	21,61	21,88	24,71	21,35
Übrige soziale Angelegenheiten (42, 44, 47, 486, 487, 49)	2,46	3,22	4,73	5,10
5 Gesundheit, Sport, Erholung	51,31	54,41	52,24	51,37
50 Gesundheitsverwaltung	0,06	0,06	0,11	
51 Krankenhäuser	0,03	0,02	0,02	0,02
54 Sonst. Einr. und Maßn. der Gesundheitspflege	0,27	0,32	0,35	0,36
55 Förderung des Sports	11,97	12,16	11,92	11,00
56 Eigene Sportstätten	9,63	12,70	13,35	14,87
57 Öffentliche Bäder	6,13	4,37	3,46	1,29
58 Park- und Gartenanlagen	22,45	23,89	22,03	23,01
59 Sonstige Erholungseinrichtungen	0,78	0,89	0,99	0,82
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	101,58	105,36	96,38	99,43
60 Bauverwaltung	26,29	25,80	11,41	9,83
61 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung	12,12	13,19	13,13	13,11
62 Wohnungsbauförderung	-0,15	-0,16	0,01	0,15
63 Gemeindestraßen	49,40	51,97	58,36	64,01
65 Kreisstraßen	0,62	0,28	0,42	0,61
660 Bundesstraßen	0,70	0,92	0,68	0,68
665 Landesstraßen	0,01	0,70	0,89	1,37
670 Straßenbeleuchtung	10,79	10,07	5,60	4,82
675 Straßenreinigung	2,85	3,81	7,77	7,35
68 Parkeinrichtungen	-2,63	-2,75	-2,98	-3,77
69 Wasserläufe, Wasserbau	1,56	1,52	1,10	1,26
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	4,17	7,57	-0,03	4,02
70 Abwasserbeseitigung	-5,89	-6,45	-12,15	-8,78
72 Abfallbeseitigung	0,31	0,45	-1,15	-1,52
77 Hilfsbetriebe der Verwaltung	2,40	3,33	0,44	1,93
übrige öffentl. Einrichtungen (73, 74, 75, 76, 78)	1,83	2,27	2,33	2,82
79 Fremdenv., sonst. Förd. v. Wirtsch. und Verkehr	5,52	7,96	0,11	0,11
790 Fremdenverkehr			5,87	4,11
791 Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr			3,27	3,53
792 Förderung des Nahverkehrs (ÖPNV)			1,25	1,81
8 Wirtschaftl. Unt., allg. Grund- und Sonderverm.	-47,19	-45,32	-25,61	-18,97
80 Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen	0,02			
810 Elektrizitätsversorgung	-12,50	-12,71	-14,10	-14,25
813 Gasversorgung	-2,25	-2,30	-2,46	-2,84
815 Wasserversorgung	-1,34	-1,47	-1,82	-1,56
816 Fernwärmeversorgung	-0,03	-0,04	-0,02	-0,05
817 Kombinierte Versorgungsunternehmen	-31,34	-22,42	-10,38	-8,33
82 Verkehrsunternehmen	0,57	0,73	0,78	0,90
83 Komb. Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	-11,99	-14,95	-22,66	-24,13
84 Unternehmen der Wirtschaftsförderung	4,28	0,86	0,37	0,02
85 Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	0,24	0,29	0,29	0,17
86 Kur- und Badebetriebe	8,96	4,75	3,18	5,79
87 Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	2,12	4,45	27,14	25,87
88 Allgemeines Grundvermögen	-3,75	-2,57	-5,99	-0,63
89 Allgemeines Sondervermögen	-0,17	0,06	0,05	0,07

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 2 (Fortsetzung)

Amtsangehörige Gemeinden	Zuschussbedarf im Verwaltungshaushalt in Euro je Einwohner			
	2008	2009	2010	2011
Einzelplan 0-8	262,65	292,94	295,16	307,93
0 Allgemeine Verwaltung	21,49	21,19	19,35	19,12
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	18,37	19,64	18,82	19,85
11 Öffentliche Ordnung	1,86	1,76	1,42	1,35
13 Brandschutz	16,55	17,92	17,48	18,53
Übrige Aufgaben im Einzelplan 1 (10, 14, 16, 17)	-0,04	-0,04	-0,07	-0,03
2 Schulen	115,38	129,18	130,80	134,79
20 Schulverwaltung	11,22	12,84	13,75	15,30
21 Grund- und Hauptschulen	52,06	49,53	43,28	42,67
22 Realschulen (inkl. komb. Haupt- und R.schulen)	14,96	11,27	10,95	8,68
23 Gymnasien, Kollegs (oh. berufliche Gymnasien)	20,80	23,35	24,12	27,17
24 Berufsschulen, Fach(ober-)schulen	0,00	0,00	0,00	0,00
27 Sonderschulen (Förderschulen)	2,65	2,88	2,36	2,62
28 Gesamtschulen	8,76	23,79	28,94	29,41
290 Schülerbeförderung	2,13	2,14	2,18	1,70
Übrige schulische Aufgaben (292, 293, 295)	2,80	3,37	5,22	7,24
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	7,43	8,03	7,97	7,87
30 Verwaltung kultureller Angelegenheiten	0,23	0,23	0,22	0,17
31 Wissenschaft und Forschung	0,03	0,04	0,06	0,04
32 Museen, Sammlungen Ausstellungen	0,47	0,47	0,56	0,48
33 Theater, Konzerte, Musikpflege, Kunstpflege (34)	1,34	1,64	1,78	1,74
35 Volksbildung (350, 352, 355)	3,06	3,25	3,14	3,51
Übrige Kulturpflege (360, 365, 366, 37)	2,30	2,40	2,22	1,93
4 Soziale Sicherung	70,73	81,42	83,38	84,66
40 Verwaltungen der Sozialen Sicherung	0,45	0,50	0,42	0,65
41 Sozialhilfe nach SGB XII (ab 2005)	0,21	0,18	0,22	0,17
43 Soziale Einrichtungen (oh. Einr. der Jugendhilfe)	0,28	0,48	0,26	-0,04
45 Jugendhilfe nach dem KJHG (oh. Kitas)	1,38	1,39	1,28	1,21
46 Einrichtung der Jugendhilfe (oh. Kitas)	6,10	6,13	5,84	6,02
Tageseinrichtungen für Kinder (464 + 454)	54,82	64,67	67,52	69,50
482 Grundsicherung f. Arbeitsuchende (nach SGB II), inkl. 485 (nur übrige soziale Angelegenheiten (42, 44, 47, 486, 487, 49)	5,50	5,35	5,83	5,24
1,98	2,73	2,02	1,90	
5 Gesundheit, Sport, Erholung	18,54	19,36	19,62	20,10
50 Gesundheitsverwaltung	0,00	0,00	0,00	0,00
51 Krankenhäuser	0,00	0,00	0,00	0,00
54 Sonst. Einr. und Maßn. der Gesundheitspflege	0,59	0,61	0,82	0,51
55 Förderung des Sports	5,11	5,06	5,03	4,69
56 Eigene Sportstätten	4,86	5,30	5,87	6,94
57 Öffentliche Bäder	4,06	4,23	4,16	3,55
58 Park- und Gartenanlagen	3,73	3,88	3,59	4,27
59 Sonstige Erholungseinrichtungen	0,19	0,28	0,14	0,13
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	55,55	58,65	64,78	65,10
60 Bauverwaltung	1,91	1,73	1,86	1,92
61 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung	2,18	2,59	2,45	2,49
62 Wohnungsbauförderung	-0,02	-0,06	-0,53	-0,44
63 Gemeindestraßen	41,29	44,12	49,13	50,66
65 Kreisstraßen		0,00	0,00	0,01
660 Bundesstraßen			0,00	0,00
665 Landesstraßen	0,01	0,00	0,01	0,00
670 Straßenbeleuchtung	8,09	8,17	8,27	7,15
675 Straßenreinigung	1,04	1,51	3,01	2,47
68 Parkeinrichtungen	-0,49	-0,58	-0,64	-0,65
69 Wasserläufe, Wasserbau	1,55	1,19	1,22	1,48
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	-13,88	-10,55	-11,11	-9,54
70 Abwasserbeseitigung	-28,47	-27,63	-27,07	-25,78
72 Abfallbeseitigung	0,23	0,25	0,21	0,21
77 Hilfsbetriebe der Verwaltung	7,87	8,20	7,40	7,25
übrige öffentl. Einrichtungen (73, 74, 75, 76, 78)	4,54	4,85	4,04	4,53
79 Fremdenv., sonst. Förd. v. Wirtsch. und Verkehr	1,95	3,78	0,09	0,09
790 Fremdenverkehr			2,31	2,94
791 Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr			1,84	0,87
792 Förderung des Nahverkehrs (ÖPNV)			0,07	0,34
8 Wirtschaftl. Unt., allg. Grund- und Sonderverm.	-30,96	-33,98	-38,47	-34,01
80 Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00
810 Elektrizitätsversorgung	-25,57	-26,51	-32,76	-31,46
813 Gasversorgung	-1,73	-1,98	-2,87	-3,10
815 Wasserversorgung	-3,39	-3,50	-3,55	-3,10
816 Fernwärmeversorgung	0,97	-0,88	-0,81	-0,81
817 Kombinierte Versorgungsunternehmen	-5,17	-3,91	-4,92	-4,88
82 Verkehrsunternehmen	0,38	0,29	0,25	0,27
83 Komb. Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	-0,45	-0,79	-1,60	-1,27
84 Unternehmen der Wirtschaftsförderung	-0,07	-0,12	0,01	0,01
85 Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	0,03	0,04	0,48	0,01
86 Kur- und Badebetriebe	9,21	7,34	7,73	6,00
87 Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	-0,40	0,75	4,12	7,74
88 Allgemeines Grundvermögen	-4,80	-4,70	-4,50	-3,41
89 Allgemeines Sondervermögen	0,03	-0,01	-0,04	0,00

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 2 (Fortsetzung)

Ämter	Zuschussbedarf im Verwaltungshaushalt in Euro je Einwohner			
	2008	2009	2010	2011
Einzelplan 0-8	131,45	136,25	140,61	144,53
0 Allgemeine Verwaltung	85,91	89,39	90,24	94,56
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	15,12	16,03	16,20	15,87
11 Öffentliche Ordnung	13,96	14,98	15,12	14,41
13 Brandschutz	1,17	1,05	1,08	1,45
Übrige Aufgaben im Einzelplan 1 (10, 14, 16, 17)	-0,01	0,00	0,00	0,00
2 Schulen	9,63	8,72	11,87	10,68
20 Schulverwaltung	0,25	-0,56	-0,60	-1,10
21 Grund- und Hauptschulen	3,73	1,64	3,06	1,90
22 Realschulen (inkl. komb. Haupt- und R.schulen)	2,31	2,47	3,15	2,13
23 Gymnasien, Kollegs (oh. berufliche Gymnasien)	1,43	0,95	1,42	1,59
24 Berufsschulen, Fach(ober-)schulen				
27 Sonderschulen (Förderschulen)	0,30	0,22	0,17	0,15
28 Gesamtschulen	-1,70	0,81	1,00	2,42
290 Schülerbeförderung	2,27	1,92	2,33	1,79
Übrige schulische Aufgaben (292, 293, 295)	1,06	1,28	1,35	1,79
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	0,60	0,73	0,64	0,72
30 Verwaltung kultureller Angelegenheiten	-0,01	0,04	0,03	0,03
31 Wissenschaft und Forschung	0,01	0,01	0,01	0,01
32 Museen, Sammlungen Ausstellungen	0,06	0,14	0,08	0,15
33 Theater, Konzerte, Musikpflege, Kunstpflege (34)	0,20	0,18	0,18	0,28
35 Volksbildung (350, 352, 355)	0,20	0,21	0,20	0,10
Übrige Kulturpflege (360, 365, 366, 37)	0,14	0,16	0,15	0,14
4 Soziale Sicherung	11,17	12,55	12,35	12,31
40 Verwaltungen der Sozialen Sicherung	3,11	2,88	3,46	2,28
41 Sozialhilfe nach SGB XII (ab 2005)	0,89	1,59	0,17	0,73
43 Soziale Einrichtungen (oh. Einr. der Jugendhilfe)	0,26	0,18	0,15	0,08
45 Jugendhilfe nach dem KJHG (oh. Kitas)	0,43	0,47	0,53	0,41
46 Einrichtung der Jugendhilfe (oh. Kitas)	0,16	0,14	0,22	0,29
Tageseinrichtungen für Kinder (464 + 454)	0,91	1,39	1,24	1,91
482 Grundsicherung f. Arbeitsuchende (nach SGB II), inkl. 485 (nur übrige soziale Angelegenheiten (42, 44, 47, 486, 487, 49)	5,34	5,70	6,35	6,22
übrige soziale Angelegenheiten (42, 44, 47, 486, 487, 49)	0,06	0,20	0,23	0,39
5 Gesundheit, Sport, Erholung	0,63	0,65	0,88	1,06
50 Gesundheitsverwaltung	0,00		0,00	
51 Krankenhäuser				
54 Sonst. Einr. und Maßn. der Gesundheitspflege	0,17	0,17	0,24	0,20
55 Förderung des Sports	0,32	0,30	0,30	0,33
56 Eigene Sportstätten	-0,04	-0,01	0,10	0,24
57 Öffentliche Bäder	0,08	0,10	0,11	0,08
58 Park- und Gartenanlagen	0,06	0,06	0,10	0,16
59 Sonstige Erholungseinrichtungen	0,03	0,03	0,04	0,04
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	11,11	11,20	11,49	11,17
60 Bauverwaltung	9,78	10,05	9,84	8,73
61 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung	1,08	0,69	0,86	1,59
62 Wohnungsbauförderung	-0,02	0,31	0,42	0,47
63 Gemeindestraßen	0,27	0,16	0,36	0,29
65 Kreisstraßen				0,00
660 Bundesstraßen				0,00
665 Landesstraßen				0,00
670 Straßenbeleuchtung	0,00	0,00	0,00	0,00
675 Straßenreinigung				0,03
68 Parkeinrichtungen		0,00	0,00	0,00
69 Wasserläufe, Wasserbau	0,00	-0,01	0,01	0,07
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	-1,30	-1,53	-1,80	-1,50
70 Abwasserbeseitigung	-1,73	-2,69	-2,78	-2,48
72 Abfallbeseitigung	0,00	-0,07	-0,09	-0,13
77 Hilfsbetriebe der Verwaltung	0,07	0,05	0,00	-0,11
übrige öffentl. Einrichtungen (73, 74, 75, 76, 78)	-0,05	-0,02	-0,11	0,02
79 Fremdenv., sonst. Förd. v. Wirtsch. und Verkehr	0,41	1,21		
790 Fremdenverkehr			0,38	0,51
791 Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr			0,72	0,68
792 Förderung des Nahverkehrs (ÖPNV)			0,07	0,01
8 Wirtschaftl. Unt., allg. Grund- und Sondervedm.	-1,42	-1,49	-1,25	-0,33
80 Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen	0,00	0,00	-0,01	0,01
810 Elektrizitätsversorgung	-0,01	-0,03	-0,11	-0,05
813 Gasversorgung	-0,34	-0,25	-0,50	-0,21
815 Wasserversorgung	-0,67	-0,96	-0,30	-0,37
816 Fernwärmeversorgung				0,01
817 Kombinierte Versorgungsunternehmen		0,01	0,01	0,01
82 Verkehrsunternehmen	0,00	0,00	0,00	0,01
83 Komb. Versorgungs- und Verkehrsunternehmen				
84 Unternehmen der Wirtschaftsförderung	0,02	0,04	-0,01	0,01
85 Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	0,00			
86 Kur- und Badebetriebe	-0,15	0,00	0,00	0,00
87 Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	0,03	0,03	-0,07	0,46
88 Allgemeines Grundvermögen	-0,31	-0,34	-0,26	-0,19
89 Allgemeines Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 2 (Fortsetzung)

Aufgaben der Kreisebene in den kreisfreien Städten	Zuschussbedarf im Verwaltungshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2008	2009	2010	2011	
Einzelplan 0-8	559,59	574,63	607,92	606,41	626,48	644,93	593,99	697,39	652,55	705,06	728,94	739,52
0 Allgemeine Verwaltung	26,43	20,81	26,24	24,29	27,18	26,36	17,82	15,43	16,52	18,60	43,72	43,30
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	16,88	15,98	18,99	18,35	20,48	19,56	20,08	20,77	14,11	17,08	14,45	9,84
11 Öffentliche Ordnung	4,11	4,41	4,61	5,67	6,37	5,84	4,64	3,66	2,38	3,17	1,41	1,36
13 Brandschutz	8,53	9,06	7,79	9,40	9,49	9,56	9,46	11,32	10,44	10,88	8,11	9,42
Übrige Aufgaben im Einzelplan 1 (10, 14, 16, 17)	4,24	2,51	6,59	3,27	4,62	4,16	5,98	5,79	1,30	3,03	4,94	-0,94
2 Schulen	27,21	28,59	29,50	26,60	33,36	34,27	38,86	45,70	45,99	51,64	47,73	71,40
20 Schulverwaltung	1,78	2,08	1,83	1,80	1,27	1,31	1,13	0,90	0,50	0,12	0,00	0,00
21 Grund- und Hauptschulen					0,01	0,01	0,00	0,01	0,03	0,06	0,09	0,08
22 Realschulen (inkl. komb. Haupt- und R.schulen)												
23 Gymnasien, Kollegs (oh. berufliche Gymnasien)												
24 Berufsschulen, Fach(ober-)schulen	16,06	17,14	18,28	15,00	18,69	19,92	23,31	29,38	30,85	35,70	31,52	55,00
27 Sonderschulen (Förderschulen)	5,94	6,02	6,09	6,33	7,97	7,89	8,41	9,15	9,00	10,22	10,37	10,23
28 Gesamtschulen							0,12	0,15	0,00			
290 Schülerförderung	1,77	1,65	1,74	2,08	1,84	1,72	2,04	2,01	1,93	2,76	3,09	3,30
Übrige schulische Aufgaben (292, 293, 295)	1,65	1,70	1,57	1,39	3,58	3,41	3,84	4,12	3,68	2,79	2,67	2,79
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	17,02	16,85	16,58	15,40	13,74	13,36	12,95	13,57	25,07	15,86	15,35	16,18
30 Verwaltung kultureller Angelegenheiten	2,04	1,89	1,80	1,43	1,20	0,96	1,24	1,76	10,48	0,37	0,01	0,01
31 Wissenschaft und Forschung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,01	0,01	0,00	0,00				
32 Museen, Sammlungen Ausstellungen	2,41	2,60	2,57	2,41	2,10	1,97	1,58	1,70	1,72	2,04	1,51	1,59
33 Theater, Konzerte, Musikpflege, Kunstpflege (34)	7,56	7,36	7,53	6,73	5,32	5,17	5,06	5,87	8,84	9,72	6,94	7,38
35 Volksbildung (350, 352, 355)	3,75	3,86	3,42	3,48	3,53	3,59	3,11	2,69	2,68	2,26	2,21	2,23
Übrige Kulturpflege (360, 365, 366, 37)	1,26	1,13	1,27	1,35	1,58	1,66	1,94	1,55	1,34	1,47	4,67	4,96
4 Soziale Sicherung	437,38	454,77	476,88	481,71	503,24	508,78	475,12	558,30	520,63	563,03	575,77	561,81
40 Verwaltungen der Sozialen Sicherung	27,88	34,36	27,99	36,81	40,14	42,37	44,29	59,15	51,82	24,73	5,38	5,89
41 Sozialhilfe nach SGB XII (ab 2005)	297,03	298,77	333,71	301,37	298,25	165,93	121,74	175,46	114,73	152,83	162,50	160,21
43 Soziale Einrichtungen (oh. Einr. der Jugendhilfe)	7,33	9,64	8,53	9,79	9,97	9,60	9,85	9,18	5,35	10,85	5,20	6,09
45 Jugendhilfe nach dem KHG (oh. Kitas)	79,46	83,12	79,06	83,92	87,01	86,26	87,03	96,49	93,24	127,58	129,94	140,33
46 Einrichtung der Jugendhilfe (oh. Kitas)	-1,02	-0,90	-0,54	-0,39	-1,25	0,57	0,66	1,42	10,09	-1,45	1,35	2,12
Tageseinrichtungen für Kinder (464 + 454)	25,15	28,81	24,63	26,53	29,70	29,24	30,71	32,18	34,42	39,40	39,30	43,29
482 Grundsicherung f. Arbeitsuchende (nach SGB II), inkl. 485 (nur 2003 und 2004)				16,29	35,48	168,26	177,88	180,85	193,92	195,06	211,37	185,13
Übrige soziale Angelegenheiten (42, 44, 47, 486, 487, 49)	1,55	0,98	3,51	5,40	3,96	6,56	2,95	3,56	17,05	14,03	20,73	18,76
5 Gesundheit, Sport, Erholung	15,73	16,96	19,70	15,52	15,19	18,05	19,62	18,34	19,46	22,31	25,67	29,02
50 Gesundheitsverwaltung	12,32	12,52	12,28	12,46	12,77	16,00	16,01	16,45	16,20	6,81	3,36	3,41
51 Krankenhäuser	1,20	1,50	5,61	0,43	0,00	0,22	0,02	0,02	0,19	5,52	10,06	12,53
54 Sonst. Einr. und Maßn. der Gesundheitspflege	1,03	1,57	0,31	1,20	1,34	0,70	1,89	0,59	1,79	8,77	10,99	11,71
55 Förderung des Sports	0,72	0,72	0,75	0,79	0,81	0,68	0,70	0,77	0,76	0,76	0,77	0,88
56 Eigene Sportstätten	0,02	0,02	0,02	0,02	0,02	0,02	0,01	0,01	0,00			
57 Öffentliche Bäder												
58 Park- und Gartenanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,21	0,39	0,44	0,48	0,50
59 Sonstige Erholungseinrichtungen	0,44	0,63	0,73	0,61	0,25	0,42	1,00	0,29	0,12	0,00	0,00	0,00

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 2 (Fortsetzung)

Aufgaben der Kreisebene in den kreisfreien Städten	Zuschussbedarf im Verwaltungshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	13,65	14,71	14,26	16,35	6,49	4,52	5,49	6,10	5,88	14,97	8,96	9,63
60 Bauverwaltung	6,14	5,68	4,65	5,82	-4,91	-6,26	-5,73	-5,43	-3,63	0,38	0,01	0,00
61 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung	4,22	4,44	5,67	6,74	8,25	7,73	7,34	7,41	6,70	7,65	7,73	7,58
62 Wohnungsbauförderung										-0,01		
63 Gemeindestraßen	0,03	0,03	0,03	0,04	0,10	0,07	0,04	0,00	0,02	0,05	0,08	0,11
65 Kreisstraßen	2,50	3,71	3,12	2,65	2,45	2,96	3,82	3,62	1,95	4,68	9,16	10,59
660 Bundesstraßen												
665 Landesstraßen												
670 Straßenbeleuchtung												
675 Straßenreinigung												
68 Parkeinrichtungen												
69 Wasserläufe, Wasserbau	0,76	0,85	0,78	1,10	0,60	0,01	0,02	0,50	0,85	2,22	-8,03	-8,64
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	6,04	6,55	6,07	10,04	7,93	19,03	5,32	9,28	9,03	6,62	3,05	4,13
70 Abwasserbeseitigung												
72 Abfallbeseitigung	1,95	2,07	2,80	7,02	1,87	13,07	0,03	0,92	2,07	0,83	0,54	1,23
77 Hilfsbetriebe der Verwaltung	0,00	-0,01	0,09	-0,02	0,07	0,09	0,11	0,10	0,06			
übrige öffentl. Einrichtungen (73, 74, 75, 76, 78)												
79 Fremdenv., sonst. Förd. v. Wirtsch. und Verkehr												
790 Fremdenverkehr	4,10	4,49	3,19	3,04	5,98	5,87	5,17	8,25	6,90	5,78	0,15	0,15
791 Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr												
792 Förderung des Nahverkehrs (ÖPNV)												
8 Wirtschaftl. Unt., allg. Grund- und Sonderverm.	-0,76	-0,60	-0,31	-1,86	-1,12	1,01	-1,27	9,91	-4,14	-5,07	-5,76	-5,79
80 Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen												
810 Elektrizitätsversorgung							-1,87	-1,41	-0,96	-0,53		
813 Gasversorgung												
815 Wasserversorgung												
816 Fernwärmeversorgung												
817 Kombinierte Versorgungsunternehmen	-0,37	-0,42	0,28	-0,38	-0,73	-0,46	-0,65	-1,26	-0,17			
82 Verkehrsunternehmen												
83 Komb. Versorgungs- und Verkehrsunternehmen												
84 Unternehmen der Wirtschaftsförderung												
85 Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	0,31	0,44	0,33			2,09	1,97	1,38		0,04		
86 Kur- und Badebetriebe												
87 Sonstige wirtschaftliche Unternehmen								14,24				
88 Allgemeines Grundvermögen	-0,70	-0,61	-0,91	-1,48	-0,38	-0,62	-0,72	-0,56	-0,44	-0,13	0,27	0,25
89 Allgemeines Sondervermögen												

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 2 (Fortsetzung)

Aufgaben der Gemeindeebene in den kreisfreien Städten	Zuschussbedarf im Verwaltungshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Einzelplan 0-8	452,60	461,87	490,45	467,48	531,78	502,62	454,76	446,83	521,79	625,23	614,95	657,32
0 Allgemeine Verwaltung	89,67	68,77	87,96	79,43	87,55	86,93	56,68	59,55	60,94	55,67	84,09	81,82
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	66,86	71,07	63,52	73,75	75,27	75,96	79,87	95,74	84,10	89,90	68,31	73,56
11 Öffentliche Ordnung	21,19	22,73	21,51	23,92	24,75	23,66	24,24	28,48	25,84	33,06	26,31	25,43
13 Brandschutz	44,77	47,52	41,05	49,27	49,66	51,41	54,35	65,71	56,67	54,72	40,86	47,51
Übrige Aufgaben im Einzelplan 1 (10, 14, 16, 17)	0,90	0,81	0,96	0,56	0,86	0,89	1,28	1,55	1,59	2,12	1,14	0,63
2 Schulen	82,95	89,40	88,08	80,27	96,67	98,57	114,32	127,76	124,89	120,47	118,14	121,30
20 Schulverwaltung	5,37	6,27	5,68	5,83	4,23	4,56	4,19	4,19	3,91	2,39	0,26	0,31
21 Grund- und Hauptschulen	37,00	40,16	41,23	36,46	42,10	43,24	52,34	56,05	55,07	47,23	43,71	43,17
22 Realschulen (inkl. komb. Haupt- und R.schulen)	9,96	10,00	9,55	8,60	10,55	10,13	12,93	15,20	14,80	15,11	14,45	14,88
23 Gymnasien, Kollegs (oh. berufliche Gymnasien)	18,31	19,46	18,85	16,58	21,72	22,49	24,34	26,92	24,07	24,73	23,85	23,50
24 Berufsschulen, Fach(hoch-)schulen	0,10	0,12	0,10	0,07	0,04	0,05	0,05	0,04	0,02	0,00	0,00	0,00
27 Sonderschulen (Förderschulen)	3,55	3,59	3,63	3,76	4,74	4,77	5,08	5,46	5,09	5,20	4,81	4,75
28 Gesamtschulen	6,81	7,96	7,22	7,16	9,02	9,07	9,45	13,54	14,49	17,36	20,64	23,88
290 Schülerbeförderung	0,49	0,46	0,49	0,60	0,52	0,45	0,53	0,52	0,56	0,83	0,98	1,05
Übrige schulische Aufgaben (292, 293, 295)	1,35	1,39	1,34	1,21	3,73	3,80	5,42	5,83	6,89	7,62	9,44	9,77
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	55,45	55,27	57,15	55,48	64,69	65,76	65,26	56,00	93,53	66,53	60,39	62,32
30 Verwaltung kultureller Angelegenheiten	1,79	1,66	1,91	2,18	2,69	2,12	2,85	3,38	26,23	1,06	0,21	0,21
31 Wissenschaft und Forschung	3,99	3,87	3,47	3,66	7,32	8,27	7,87	7,95	9,30	7,77	6,09	5,73
32 Museen, Sammlungen Ausstellungen	4,97	5,37	5,48	5,32	4,29	3,97	3,26	2,84	3,13	3,23	2,17	2,28
33 Theater, Konzerte, Musikpflege, Kunstpflege (34)	28,49	27,81	30,00	28,41	34,82	35,68	35,16	24,72	35,71	39,21	34,95	37,27
35 Volksbildung (350, 352, 355)	15,00	15,47	15,13	14,80	14,71	15,12	15,33	16,36	18,11	14,42	13,88	13,61
Übrige Kulturpflege (360, 365, 366, 37)	1,22	1,08	1,15	1,11	0,86	0,61	0,80	0,75	1,05	0,84	3,08	3,23
4 Soziale Sicherung	160,06	162,95	147,62	176,55	198,45	172,57	173,99	187,09	187,97	236,28	215,15	243,68
40 Verwaltungen der Sozialen Sicherung	47,84	49,75	42,18	52,86	55,94	17,65	14,64	25,87	16,13	14,06	9,46	10,40
41 Sozialhilfe nach SGB XII (ab 2005)	14,77	14,44	10,33	11,41	18,58	2,54	0,43	0,66	-0,60	28,22	6,35	6,17
43 Soziale Einrichtungen (oh. Einr. der Jugendhilfe)	4,14	5,99	6,51	8,42	8,33	6,20	5,62	4,44	4,75	3,25	1,69	1,86
45 Jugendhilfe nach dem KHG (oh. Kitas)	2,11	1,32	2,46	0,94	2,44	3,34	4,11	6,39	11,20	11,47	12,20	10,71
46 Einrichtung der Jugendhilfe (oh. Kitas)	18,24	18,14	17,92	17,07	19,87	16,95	17,38	17,34	17,62	17,66	18,47	19,62
Tageseinrichtungen für Kinder (464 + 454)	65,81	69,57	63,77	76,69	80,15	80,11	83,45	88,42	95,85	118,24	114,94	147,44
482 Grundsicherung f. Arbeitsuchende (nach SGB II), inkl. 485 (nur 2003 und 2004)				3,97	8,66	38,90	42,42	39,03	38,26	38,08	41,68	36,51
Übrige soziale Angelegenheiten (42, 44, 47, 486, 487, 49)	7,16	3,74	4,45	5,20	4,49	6,89	5,94	4,95	4,75	5,30	10,36	10,98
5 Gesundheit, Sport, Erholung	49,05	54,65	68,40	54,53	54,86	58,87	55,60	56,81	53,07	54,40	54,46	54,84
50 Gesundheitsverwaltung	0,04	0,04	0,05	0,05	0,05	0,06	0,06	0,00	0,09	0,08	0,24	0,25
51 Krankenhäuser	0,19	0,24	7,42	0,06	0,00	0,05	0,00	0,00	0,00	0,01	0,01	0,01
54 Sonst. Einr. und Maßn. der Gesundheitspflege	2,29	3,46	0,56	2,10	1,58	0,82	0,90	0,26	0,24	0,76	0,64	0,68
55 Förderung des Sports	4,04	4,05	4,20	4,39	4,49	3,93	4,23	4,76	4,73	4,77	4,78	5,45
56 Eigene Sportstätten	6,66	6,60	6,50	6,17	6,67	6,53	7,71	12,87	11,55	19,53	20,50	20,21
57 Öffentliche Bäder	4,73	4,38	16,67	13,60	12,85	12,18	11,36	8,23	8,00	8,09	3,89	2,90
58 Park- und Gartenanlagen	30,42	34,88	32,00	27,19	28,73	34,52	29,69	30,03	27,81	21,77	24,27	25,21
59 Sonstige Erholungseinrichtungen	0,70	1,00	0,99	0,97	0,50	0,77	1,64	0,60	0,65	-0,62	0,12	0,12

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 2 (Fortsetzung)

Aufgaben der Gemeindeebene in den kreisfreien Städten	Zuschussbedarf im Verwaltungshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	76,54	72,38	74,04	78,87	56,56	43,81	40,36	35,31	30,58	74,20	51,18	70,32
60 Bauverwaltung	19,05	17,63	14,72	18,55	-15,92	-19,87	-18,21	-20,66	-21,33	5,08	0,56	-0,12
61 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung	16,51	17,39	17,65	17,96	19,17	16,31	14,91	15,68	13,61	16,11	16,26	15,93
62 Wohnungsbauförderung	1,08	1,13	1,46	1,34	0,19	0,10	0,38	-0,53	-0,68	-0,06	-0,06	-0,18
63 Gemeindestraßen	24,93	22,71	27,10	24,29	33,89	28,76	29,56	27,60	29,94	37,20	33,31	44,79
65 Kreisstraßen	0,19	0,28	0,32	0,29	0,27	0,24	0,42	0,47	0,21	0,30	0,47	0,54
660 Bundesstraßen	3,28	2,81	3,07	2,59	2,24	2,15	1,87	2,15	0,25	2,46	3,50	3,54
665 Landesstraßen	0,04	0,03	0,03	0,03	0,03	0,44	0,37	0,67	0,46	2,65	5,79	6,05
670 Straßenbeleuchtung	9,17	8,60	8,56	9,02	8,55	7,64	8,39	8,65	7,50	3,25	0,35	0,35
675 Straßenreinigung	1,45	1,98	1,14	2,07	5,78	7,86	2,16	1,80	1,97	6,75	2,54	11,63
68 Parkeinrichtungen	-1,69	-3,02	-2,62	-2,86	-3,34	-3,23	-3,16	-3,53	-3,44	-2,69	-1,91	-1,85
69 Wasserläufe, Wasserbau	2,54	2,82	2,62	5,59	5,70	3,41	3,67	3,00	2,09	3,15	-9,63	-10,36
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	-48,26	-39,26	-44,55	-51,62	-48,57	-19,02	-42,41	-41,62	-32,31	-37,36	-24,09	-38,41
70 Abwasserbeseitigung	-46,35	-38,95	-47,63	-52,97	-54,31	-26,33	-50,54	-50,68	-41,12	-43,72	-32,07	-46,97
72 Abfallbeseitigung												
77 Hilfsbetriebe der Verwaltung	-0,16	-0,33	3,64	-0,91	3,16	3,68	3,57	3,65	3,87			
übrige öffentl. Einrichtungen (73, 74, 75, 76, 78)	-4,18	-2,65	-2,29	0,67	-0,38	0,33	1,53	1,40	1,44	3,54	1,95	3,07
79 Fremdenv., sonst. Förd. v. Wirtsch. und Verkehr	2,44	2,67	1,73	1,59	2,97	3,29	3,03	4,01	3,51	2,82	0,11	0,11
790 Fremdenverkehr											3,22	3,73
791 Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr											2,62	1,49
792 Förderung des Nahverkehrs (ÖPNV)											0,09	0,18
8 Wirtschaftl. Unt., allg. Grund- und Sonderverm.	-79,73	-73,36	-51,78	-79,78	-53,72	-80,81	-88,92	-129,80	-80,98	-34,87	-12,68	-12,12
80 Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen						0,74	1,89	5,86	-4,52			
810 Elektrizitätsversorgung							-21,62	-21,78	-21,10	-20,82		
813 Gasversorgung												
815 Wasserversorgung												
816 Fernwärmeversorgung												
817 Kombinierte Versorgungsunternehmen	-21,34	-24,26	13,54	-18,71	-32,60	-19,91	-26,07	-71,68	-16,96	4,35	3,31	3,54
82 Verkehrsunternehmen	-3,20	-4,90	-5,04	-3,46	9,30	-8,45	-9,86	-10,55	-21,25	-14,61	3,87	6,91
83 Komb. Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	-53,57	-42,54	-58,09	-53,05	-46,31	-51,14	-27,92	-30,60	-15,01	-23,33	-42,37	-42,81
84 Unternehmen der Wirtschaftsförderung	1,66	2,10	1,99	2,60	2,43	0,52	0,48	0,67	2,69	0,55	0,20	0,20
85 Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	0,74	1,03	0,71	1,21	1,70	1,01	1,11	1,31	0,82	1,34	0,39	0,39
86 Kur- und Badebetriebe	6,97	5,47	5,43	6,93	2,49	2,43	1,50	2,10	1,68	1,73	0,68	1,41
87 Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	-3,84	-4,00	-1,56	-2,08	12,58	-0,62	-2,86	-1,54	-1,54	15,37	15,26	14,31
88 Allgemeines Grundvermögen	-7,14	-6,24	-8,78	-13,21	-3,30	-5,34	-5,62	-5,13	-5,79	-6,10		
89 Allgemeines Sondervermögen	-0,01	-0,02	0,02	-0,01	-0,01	-0,04	0,04	0,00	-0,01	6,65	5,98	3,95

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 3:

 Zuschussbedarfe im Vermögenshaushalt in Euro je Einwohner
 nach ausgewählten regionalen Gliederungen, 2000-2011

Schleswig-Holstein insgesamt		Zuschussbedarf im Vermögenshaushalt in Euro je Einwohner											
		2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Einzelplan 0-8		166,79	82,27	121,35	107,00	103,19	120,95	114,22	138,27	147,13	169,76	172,63	128,33
0 Allgemeine Verwaltung		13,02	14,04	17,30	9,59	8,94	6,86	6,42	8,21	10,26	6,33	11,58	-3,23
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung		10,66	11,94	11,66	11,84	10,74	10,36	10,57	12,76	13,97	17,55	13,37	10,66
11 Öffentliche Ordnung		0,89	1,08	1,31	1,24	0,98	0,89	0,93	0,66	0,60	0,63	0,67	0,26
13 Brandschutz		8,45	8,78	8,49	9,23	8,19	8,17	7,87	9,94	11,11	13,86	10,43	8,50
Übrige Aufgaben im Einzelplan 1 (10, 14, 16, 17)		1,31	2,08	1,85	1,37	1,57	1,30	1,78	2,17	2,26	3,07	2,27	1,90
2 Schulen		28,91	29,15	31,58	38,59	32,82	43,39	37,53	39,31	36,43	41,65	45,57	30,20
20 Schulverwaltung		1,20	1,21	1,36	1,33	1,59	2,17	1,91	2,97	0,73	-0,36	-0,47	-0,76
21 Grund- und Hauptschulen		11,60	10,06	11,76	13,56	8,78	13,41	11,75	14,81	14,56	16,67	12,66	5,28
22 Realschulen (inkl. Komb. Haupt- und R.schulen)		3,64	6,08	5,39	6,10	4,43	5,91	6,54	4,74	6,24	4,46	4,54	4,35
23 Gymnasien, Kollegs (oh. berufliche Gymnasien)		5,27	3,97	6,51	8,18	11,07	12,21	8,04	6,06	5,52	8,52	13,67	8,04
24 Berufsschulen, Fach(ober-)schulen		2,86	2,78	2,35	3,70	3,60	5,11	5,46	6,01	4,06	2,87	2,69	2,22
27 Sonderschulen (Förderschulen)		1,26	0,97	1,17	2,81	1,54	2,33	1,52	1,67	0,98	1,41	0,61	0,22
28 Gesamtschulen		2,57	3,74	2,74	2,51	1,44	1,82	1,96	2,35	3,12	7,58	11,05	10,31
290 Schülerförderung		0,08	0,07	0,06	0,28	0,11	0,12	0,04	0,04	0,17	0,05	-0,03	0,01
Übrige schulische Aufgaben (292, 293, 295)		0,44	0,27	0,24	0,12	0,27	0,30	0,30	0,65	1,05	0,46	0,87	0,53
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege		5,34	5,70	3,65	3,42	2,64	3,03	3,37	3,36	3,25	2,50	2,02	1,71
30 Verwaltung kultureller Angelegenheiten		0,54	1,62	0,40	0,11	0,04	0,12	0,02	0,09	0,53	0,03	0,00	0,00
31 Wissenschaft und Forschung		0,06	-0,13	0,15	0,12	0,05	0,07	-0,25	0,26	0,09	-0,07	0,25	0,22
32 Museen, Sammlungen Ausstellungen		0,52	0,94	0,38	0,18	0,61	0,13	0,42	1,13	0,37	0,32	0,59	0,35
33 Theater, Konzerte, Musikpflege, Kunstpflege (34)		2,05	1,39	1,07	0,93	0,10	0,46	1,24	0,74	0,84	0,51	0,11	0,33
35 Volksbildung (350, 352, 355)		1,36	1,10	1,03	0,70	0,67	1,12	1,18	0,97	0,95	1,37	0,63	0,68
Übrige Kulturpflege (360, 365, 366, 37)		0,82	0,78	0,62	1,38	1,17	1,13	0,76	0,17	0,48	0,34	0,44	0,12
4 Soziale Sicherung		10,19	10,55	9,32	6,57	5,01	4,37	4,68	4,53	8,90	11,52	12,52	14,11
40 Verwaltungen der Sozialen Sicherung		0,56	0,31	0,49	0,23	0,28	0,38	-0,09	0,01	0,10	0,16	-0,04	0,00
41 Sozialhilfe nach SGB XII (ab 2005)							0,00		0,00	0,00	0,02	0,01	0,04
43 Soziale Einrichtungen (oh. Einr. der Jugendhilfe)		1,60	1,42	0,58	0,02	0,55	0,16	0,38	0,14	0,15	-0,03	0,68	1,28
45 Jugendhilfe nach dem KJHG (oh. Kitas)		0,38	0,10	0,12	0,15	-0,04	0,15	-0,06	0,09	0,09	0,17	0,09	0,11
46 Einrichtung der Jugendhilfe (oh. Kitas)		2,51	2,52	3,01	2,66	1,38	1,45	1,90	1,52	2,18	1,45	1,71	2,00
Tageseinrichtungen für Kinder (464 + 454)		4,88	6,01	4,99	3,42	2,60	2,21	2,43	2,80	6,36	9,77	10,00	10,69
482 Grundsicherung f. Arbeitsuchende (nach SGB II), inkl. 485 (nur 2003 und 2004)							0,00				0,01	0,00	0,00
übrige soziale Angelegenheiten (42, 44, 47, 486, 487, 49)		0,26	0,19	0,13	0,09	0,23	0,03	0,12	-0,02	0,02	-0,02	0,07	-0,01
5 Gesundheit, Sport, Erholung		19,93	20,97	10,64	15,91	15,02	17,08	17,77	22,21	22,04	15,97	20,50	8,75
50 Gesundheitsverwaltung		-0,08	0,12	0,11	0,93	0,02	0,44	0,09	0,13	0,11	0,01	0,00	0,00
51 Krankenhäuser		12,14	12,75	2,41	5,58	7,88	8,58	9,14	8,52	5,98	1,96	5,22	0,78
54 Sonst. Einr. und Maßn. der Gesundheitspflege		0,02	0,01	-0,01	0,00	0,05	0,00	-0,01	0,05	0,08	0,16	0,27	0,08
55 Förderung des Sports		1,27	1,50	1,43	0,99	0,94	1,10	0,78	1,34	1,40	0,91	1,70	0,98
56 Eigene Sportstätten		3,64	4,75	4,16	5,90	4,44	4,20	4,11	8,51	8,54	8,46	9,34	4,40
57 Öffentliche Bäder		1,30	0,31	0,59	0,35	0,14	0,86	1,43	1,59	2,27	2,00	2,13	0,40
58 Park- und Gartenanlagen		1,37	1,26	1,63	1,82	1,11	1,56	1,67	1,73	2,21	2,45	1,73	2,03
59 Sonstige Erholungseinrichtungen		0,27	0,26	0,32	0,33	0,45	0,33	0,57	0,34	1,44	0,01	0,11	0,08

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 3 (Fortsetzung)

Schleswig-Holstein insgesamt	Zuschussbedarf im Vermögenshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	40,71	39,30	34,06	24,89	21,60	26,84	33,00	41,11	45,07	38,28	32,79	30,06
60 Bauverwaltung	0,71	0,23	0,23	0,21	1,10	0,79	-0,05	-1,76	-1,25	1,54	0,04	0,03
61 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung	4,78	5,79	4,54	4,93	2,36	2,53	4,85	4,73	4,39	5,12	5,13	6,95
62 Wohnungsbauförderung	-1,60	-0,62	-2,17	-3,74	-4,26	-5,71	-5,32	-2,72	-2,11	-1,94	-3,01	-3,38
63 Gemeindestraßen	26,18	23,67	20,64	13,19	13,68	19,46	21,98	28,36	25,70	22,11	22,74	15,73
65 Kreisstraßen	6,16	4,56	5,13	5,52	4,92	5,86	8,13	6,58	9,92	5,77	4,30	5,51
66 Bundesstraßen	0,95	1,48	1,44	0,79	0,83	1,08	1,74	1,34	2,10	0,81	0,98	0,59
665 Landesstraßen	0,25	0,60	0,33	0,19	0,28	0,35	0,15	1,24	1,62	2,00	0,44	0,99
670 Straßenbeleuchtung	1,54	1,95	1,62	1,49	1,34	1,11	0,08	1,26	1,27	1,29	0,82	0,40
675 Straßenreinigung	0,26	0,17	0,11	0,32	0,21	0,09	0,10	0,25	0,24	0,10	0,10	0,20
68 Parkeinrichtungen	0,33	0,78	1,05	0,64	0,18	0,39	0,32	0,67	1,30	-0,26	0,31	0,40
69 Wasserläufe, Wasserbau	1,15	0,70	1,14	1,33	0,96	0,90	1,01	1,16	1,89	1,74	0,94	2,62
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	30,02	34,48	26,63	19,29	28,20	26,65	20,81	22,60	17,54	21,56	24,06	21,01
70 Abwasserbeseitigung	22,75	23,68	20,85	19,48	14,73	16,92	13,82	16,58	16,48	12,98	18,07	19,03
72 Abfallbeseitigung	-1,38	-1,21	0,75	-7,44	1,94	2,69	1,21	1,04	-9,40	1,88	0,50	0,28
77 Hilfsbetriebe der Verwaltung	2,24	2,54	1,46	1,29	1,52	1,68	2,94	2,44	3,76	4,20	1,46	1,98
übrige öffentl. Einrichtungen (73, 74, 75, 76, 78)	3,18	4,17	2,11	3,21	3,29	2,79	2,05	2,36	2,67	1,67	2,05	-0,94
79 Fremdenv., sonst. Förd. v. Wirtsch. und Verkehr	3,22	5,30	1,46	2,76	6,71	2,58	0,78	0,18	4,04	0,83		
790 Fremdenverkehr											0,69	0,43
791 Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr											1,02	0,15
792 Förderung des Nahverkehrs (ÖPNV)											0,28	0,08
8 Wirtschaftl. Unt., allg. Grund- und Sonderverm.	8,01	-83,86	-23,49	-23,10	-21,78	-17,61	-19,93	-15,81	-10,33	14,40	10,22	15,06
80 Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen	0,01	-1,09	-0,12	-0,09	-0,08	0,00	0,11	-0,12	0,52	0,01	0,01	
810 Elektrizitätsversorgung	0,06	-1,40	-0,75	-0,17	-0,17	-0,38	-0,24	-0,26	-0,03	-0,29	0,46	7,50
813 Gasversorgung	0,01	-0,37	1,08	0,44	0,75	0,03	1,94	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
815 Wasserversorgung	0,96	0,90	0,56	0,30	0,31	0,49	0,45	0,57	0,59	0,83	0,89	0,74
816 Fernwärmeversorgung	0,15	0,06	-0,02	-0,14		0,00	0,03	0,05	2,45	1,40	0,59	0,21
817 Kombinierte Versorgungsunternehmen	1,60	-61,67	-4,50	0,73	-2,74	-0,21	-0,49	-0,07	-0,10	-0,16	-0,18	3,98
82 Verkehrsunternehmen	5,77	2,21	2,43	4,88	4,31	6,01	11,42	2,54	-3,45	11,37	0,17	0,72
83 Komb. Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	1,75	0,94	0,02	0,08	0,01	0,02	0,33	0,17	1,87	5,94	0,03	0,82
84 Unternehmen der Wirtschaftsförderung	1,35	1,08	-0,54	0,63	-1,04	0,38	-0,13	0,24	0,42	0,55	1,55	-0,27
85 Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	-0,05	0,06	-0,04	-0,18	-0,13	0,12	0,10	-0,49	0,33	0,09	0,01	0,01
86 Kur- und Badebetriebe	0,17	0,19	0,70	-0,45	-0,01	0,44	0,09	0,23	1,12	0,61	0,22	0,14
87 Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	2,53	-6,81	-0,54	-0,90	-0,78	-0,15	-7,55	0,30	0,53	-3,05	10,13	4,95
88 Allgemeines Grundvermögen	-13,04	-18,04	-20,77	-26,47	-23,00	-24,46	-26,46	-19,17	-14,66	-4,60	-4,10	-3,75
89 Allgemeines Sondervermögen	6,75	0,06	-0,99	-1,75	0,80	0,09	0,48	0,20	0,09	1,71	0,44	0,00

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 3 (Fortsetzung)

Aufgaben der Kreisebene (inkl. Anteil der kreisfreien Städte)	Zuschussbedarf im Vermögenshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Einzelplan 0-8	31,19	33,31	21,83	21,47	29,24	32,83	24,39	29,67	19,02	21,79	26,09	10,55
0 Allgemeine Verwaltung	2,47	3,63	3,97	2,27	1,90	1,88	1,53	1,60	2,44	1,90	4,90	-2,12
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2,26	2,66	2,34	2,41	2,40	1,76	2,36	3,20	1,91	3,60	2,56	1,54
11 Öffentliche Ordnung	0,13	0,33	0,30	0,67	0,31	0,24	0,28	0,19	0,21	0,21	0,21	0,08
13 Brandschutz	0,65	0,49	0,20	0,44	0,57	0,22	0,34	0,96	-0,47	0,60	0,25	-0,34
Übrige Aufgaben im Einzelplan 1.(10., 14., 16., 17)	1,47	1,84	1,84	1,30	1,52	1,30	1,74	2,05	2,16	2,79	2,10	1,80
2 Schulen	8,02	9,23	7,86	11,92	11,47	13,43	11,60	10,74	7,79	6,07	7,84	4,67
20 Schulverwaltung	0,02	0,02	0,10	0,05	0,10	0,25	0,21	0,26	0,23			
21 Grund- und Hauptschulen	1,03	1,31	1,28	1,45	1,34	0,95	0,86	0,61	0,41	0,34	0,19	0,14
22 Realschulen (inkl. komb. Haupt- und R.schulen)	0,61	0,90	0,63	0,64	0,56	0,61	0,48	0,43	0,14	0,15	0,14	0,05
23 Gymnasien, Kollegs (oh. berufliche Gymnasien)	1,72	1,92	2,59	3,94	4,42	4,88	3,09	1,52	1,60	1,78	4,04	1,45
24 Berufsschulen, Fach(ober-)schulen	2,86	2,78	2,35	3,70	3,60	5,11	5,46	6,01	4,06	2,87	2,69	2,22
27 Sonderschulen (Förderschulen)	0,79	0,61	0,44	1,32	0,73	0,82	0,70	0,90	0,44	0,62	0,17	0,29
28 Gesamtschulen	0,89	1,61	0,40	0,61	0,49	0,67	0,76	1,00	0,77	0,00	0,44	0,43
290 Schülerbeförderung	0,08	0,05	0,04	0,20	0,05	0,11	0,03	0,01	0,11	0,03	-0,05	0,00
Übrige schulische Aufgaben (292, 293, 295)	0,03	0,03	0,04	0,02	0,19	0,02	0,01	0,01	0,03	0,28	0,23	0,08
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	0,72	0,67	0,59	0,25	0,18	0,23	0,29	0,25	0,08	0,31	0,42	0,15
30 Verwaltung kultureller Angelegenheiten	0,03	0,08	0,08	0,03	0,00	0,03	0,00	0,00	0,00			
31 Wissenschaft und Forschung												
32 Museen, Sammlungen Ausstellungen	0,13	0,11	0,10	0,03	0,10	0,04	0,23	0,12	0,04	0,01	0,04	0,15
33 Theater, Konzerte, Musikpflege, Kunstpflege (34)	0,37	0,28	0,25	0,12	0,01	-0,01	0,01	0,04	0,07	0,03	0,02	0,02
35 Volksbildung (350, 352, 355)	0,11	0,05	0,06	0,02	0,07	0,11	0,03	0,10	0,02	0,09	0,07	0,08
Übrige Kulturpflege (360, 365, 366, 37)	0,08	0,15	0,11	0,05	0,00	0,06	0,03	-0,01	-0,05	0,18	0,30	-0,10
4 Soziale Sicherung	2,06	1,54	2,21	1,59	0,56	0,57	0,49	0,49	0,32	0,90	0,75	1,83
40 Verwaltungen der Sozialen Sicherung	0,07	0,05	0,13	0,05	0,03	0,11	0,02	0,04	0,06	0,00	0,00	0,04
41 Sozialhilfe nach SGB XII (ab 2005)												
43 Soziale Einrichtungen (oh. Einr. der Jugendhilfe)	0,88	0,59	0,44	0,42	0,31	0,12	-0,09	-0,10	-0,57	-0,23	-0,02	-0,04
45 Jugendhilfe nach dem KJHG (oh. Kitas)	0,05	0,04	0,03	0,02	0,01	0,01	0,03	0,06	0,07	0,09	0,03	0,04
46 Einrichtung der Jugendhilfe (oh. Kitas)	0,40	0,17	0,95	0,66	-0,05	0,14	0,21	0,26	0,45	0,15	0,50	0,54
Tageseinrichtungen für Kinder (464 + 454)	0,70	0,73	0,69	0,47	0,28	0,21	0,35	0,25	0,30	0,86	0,24	1,24
482 Grundsicherung f. Arbeitsuchende (nach SGB II), inkl. 485 (nur 2003 und 2004)										0,00	0,00	0,00
übrige soziale Angelegenheiten (42, 44, 47, 486, 487, 49)	-0,04	-0,03	-0,03	-0,03	-0,03	-0,02	-0,02	-0,02	0,00	0,00	0,00	0,00
5 Gesundheit, Sport, Erholung	12,57	13,33	2,92	7,22	8,60	9,36	9,61	9,14	6,45	2,18	5,48	1,11
50 Gesundheitsverwaltung	-0,08	0,12	0,11	0,93	0,02	0,44	0,09	0,12	0,10	0,01	0,00	0,00
51 Krankenhäuser	12,14	12,75	2,41	5,59	7,87	8,51	9,14	8,59	5,98	1,96	5,20	0,77
54 Sonst. Einr. und Maßn. der Gesundheitspflege	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,02	0,00	0,00	0,03	0,02	0,04
55 Förderung des Sports	0,44	0,40	0,32	0,54	0,41	0,36	0,36	0,39	0,32	0,19	0,25	0,28
56 Eigene Sportstätten												
57 Öffentliche Bäder												
58 Park- und Gartenanlagen												
59 Sonstige Erholungseinrichtungen	0,06	0,05	0,08	0,16	0,30	0,05	0,03	0,03	0,00	0,00	0,00	0,01

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 3 (Fortsetzung)

Aufgaben der Kreisebene (inkl. Anteil der kreisfreien Städte)	Zuschussbedarf im Vermögenshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	5,97	4,01	4,42	4,63	4,47	4,09	5,77	4,98	9,70	5,28	3,85	4,76
60 Bauverwaltung	0,24	0,09	0,17	0,06	0,31	0,17	0,04	-0,10	-0,05			
61 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung	0,26	0,39	0,49	0,32	0,10	0,01	0,00	0,15	0,96	0,13	0,00	0,00
62 Wohnungsbauförderung	-0,37	-0,40	-0,49	-0,59	-0,59	-1,72	-1,95	-1,08	-0,63	-0,41	-0,40	-0,45
63 Gemeindestraßen	0,18	0,10	-0,13	0,04	0,06	0,11	0,08	-0,14	0,25	-0,06	0,06	0,00
65 Kreisstraßen	5,65	3,83	4,37	4,79	4,54	5,43	7,44	6,24	8,90	5,29	4,18	5,20
660 Bundesstraßen					0,08	0,16	-0,14			0,00		
665 Landesstraßen								0,03	0,26	0,25	0,00	0,01
670 Straßenbeleuchtung												
675 Straßenreinigung												
68 Parkeinrichtungen				0,00	0,04	0,00		0,00	0,00	0,07	0,00	0,00
69 Wasserläufe, Wasserbau	0,00	0,00	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,00	
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	-0,15	-0,41	0,81	-6,78	4,01	3,84	2,47	1,58	-9,18	1,61	0,35	-1,21
70 Abwasserbeseitigung	0,30	0,17	0,13	0,08	0,06	0,06	0,05	0,04	0,01			
72 Abfallbeseitigung	-1,38	-1,33	0,60	-7,45	1,91	2,63	1,20	0,95	-9,50	1,77	0,43	0,12
77 Hilfsbetriebe der Verwaltung	-0,02	0,01	0,00	0,02	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00			
übrige öffentl. Einrichtungen (73, 74, 75, 76, 78)	-0,05		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,01	0,01	0,04	0,01	-1,53
79 Fremdenv., sonst. Förd. v. Wirtsch. und Verkehr	1,00	0,74	0,09	0,57	2,05	1,16	1,22	0,60	0,31	-0,19		
790 Fremdenverkehr											0,03	0,21
791 Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr											-0,07	-0,03
792 Förderung des Nahverkehrs (ÖPNV)											-0,04	0,01
8 Wirtschaftl. Unt., allg. Grund- und Sonderverm.	-2,74	-1,35	-3,31	-2,05	-4,35	-2,32	-9,74	-2,30	-0,50	-0,06	-0,07	-0,18
80 Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen							0,01					
810 Elektrizitätsversorgung	-0,08	-0,06	-0,06	-0,13	-0,14	-0,35	-0,35	-0,33	-0,16	-0,16	-0,17	-0,18
813 Gasversorgung												
815 Wasserversorgung												
816 Fernwärmeversorgung												
817 Kombinierte Versorgungsunternehmen												
82 Verkehrsunternehmen	0,04	0,10	-0,25	0,28	0,10	-0,29	-0,05					
83 Komb. Versorgungs- und Verkehrsunternehmen												
84 Unternehmen der Wirtschaftsförderung	0,00	0,01		-0,33	-0,96	-0,07	-0,07	-0,07	0,17			
85 Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	-0,09	-0,02	0,01	-0,09	-0,22	0,02	-0,05	-0,56	-0,01	0,00		
86 Kur- und Badebetriebe												
87 Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	-0,04		-0,28	0,00	0,00		-7,39	0,04	0,00	0,07	0,10	0,01
88 Allgemeines Grundvermögen	-2,65	-1,36	-2,73	-1,78	-3,13	-1,62	-1,83	-1,37	-0,51	0,03		
89 Allgemeines Sondervermögen												

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 3 (Fortsetzung)

Aufgaben der Gemeindeebene (inkl. Anteil der kreisfreien Städte)	Zuschussbedarf im Vermögenshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Einzelplan 0-8	1.35,61	48,95	99,52	85,53	73,95	88,13	89,83	108,60	128,11	147,96	146,55	117,78
0 Allgemeine Verwaltung	10,55	10,41	13,33	7,32	7,05	4,97	4,89	6,61	7,83	4,42	6,68	-1,11
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	8,40	9,28	9,32	9,42	8,34	8,60	8,22	9,56	12,06	13,95	10,81	9,12
1.1 Öffentliche Ordnung	0,76	0,75	1,02	0,57	0,67	0,65	0,65	0,46	0,39	0,42	0,46	0,18
1.3 Brandschutz	7,80	8,29	8,29	8,79	7,62	7,95	7,53	8,98	11,58	13,26	10,18	8,84
Übrige Aufgaben im Einzelplan 1 (10, 14, 16, 17)	-0,16	0,25	0,01	0,06	0,05	0,00	0,03	0,12	0,10	0,28	0,17	0,09
2 Schulen	20,89	19,92	23,72	26,67	21,35	29,96	25,93	28,57	28,64	35,58	37,73	25,52
20 Schulverwaltung	1,18	1,20	1,26	1,28	1,49	1,92	1,69	2,71	0,50	-0,36	-0,47	-0,76
21 Grund- und Hauptschulen	10,57	8,75	10,48	12,11	7,43	12,45	10,88	14,20	14,15	16,32	12,47	5,13
22 Realschulen (inkl. komb. Haupt- und R.schulen)	3,03	5,18	4,76	5,46	3,87	5,30	6,06	4,31	6,10	4,31	4,40	4,30
23 Gymnasien, Kollegs (oh. berufliche Gymnasien)	3,56	2,05	3,93	4,24	6,66	7,33	4,96	4,55	3,92	6,74	9,63	6,59
24 Berufsschulen, Fach(ober-)schulen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27 Sonderschulen (Förderschulen)	0,47	0,36	0,73	1,48	0,82	1,51	0,83	0,78	0,54	0,79	0,44	-0,07
28 Gesamtschulen	1,68	2,12	2,34	1,90	0,94	1,16	1,20	1,34	2,35	7,58	10,61	9,87
290 Schülerförderung	0,00	0,02	0,03	0,08	0,06	0,01	0,01	0,03	0,06	0,02	0,02	0,01
Übrige schulische Aufgaben (292, 293, 295)	0,40	0,24	0,19	0,10	0,08	0,28	0,29	0,64	1,02	0,18	0,64	0,45
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	4,62	5,03	3,06	3,17	2,46	2,80	3,07	3,11	3,17	2,20	1,59	1,57
30 Verwaltung kultureller Angelegenheiten	0,51	1,53	0,33	0,08	0,04	0,09	0,02	0,09	0,53	0,03	0,00	0,00
31 Wissenschaft und Forschung	0,06	-0,13	0,15	0,12	0,05	0,07	-0,25	0,26	0,09	-0,07	0,25	0,22
32 Museen, Sammlungen Ausstellungen	0,39	0,84	0,28	0,15	0,51	0,09	0,19	1,01	0,33	0,31	0,55	0,21
33 Theater, Konzerte, Musikpflege, Kunstpflege (34)	1,68	1,11	0,82	0,81	0,09	0,47	1,23	0,70	0,77	0,48	0,09	0,30
35 Volksbildung (350, 352, 355)	1,25	1,05	0,97	0,68	0,60	1,01	1,15	0,86	0,93	1,28	0,57	0,60
Übrige Kulturpflege (360, 365, 366, 37)	0,74	0,63	0,52	1,34	1,17	1,07	0,74	0,18	0,53	0,16	0,13	0,23
4 Soziale Sicherung	8,12	9,01	7,11	4,98	4,45	3,80	4,18	4,04	8,58	10,62	11,76	12,28
40 Verwaltungen der Sozialen Sicherung	0,49	0,26	0,36	0,18	0,25	0,27	-0,11	-0,03	0,04	0,16	-0,04	0,00
41 Sozialhilfe nach SGB XII (ab 2005)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
43 Soziale Einrichtungen (oh. Einr. der Jugendhilfe)	0,72	0,84	0,14	-0,40	0,24	0,04	0,48	0,24	0,72	0,19	0,70	1,32
45 Jugendhilfe nach dem KHG (oh. Kitas)	0,33	0,06	0,09	0,13	-0,05	0,14	-0,09	0,03	0,02	0,08	0,06	0,06
46 Einrichtung der Jugendhilfe (oh. Kitas)	2,11	2,35	2,06	2,00	1,43	1,30	1,69	1,26	1,73	1,29	1,21	1,46
Tageseinrichtungen für Kinder (464 + 454)	4,19	5,28	4,30	2,95	2,32	2,00	2,08	2,55	6,05	8,91	9,76	9,45
482 Grundsicherung f. Arbeitsuchende (nach SGB II), inkl. 485 (nur 2003 und 2004)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
übrige soziale Angelegenheiten (42, 44, 47, 486, 487, 49)	0,30	0,22	0,15	0,12	0,26	0,05	0,14	0,00	0,02	-0,02	0,07	-0,01
5 Gesundheit, Sport, Erholung	7,36	7,64	7,72	8,69	6,41	7,72	8,16	13,07	15,59	13,78	15,02	7,65
50 Gesundheitsverwaltung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,08	0,00	0,00	0,00	0,00	0,01	0,00
51 Krankenhäuser	0,02	0,01	-0,01	0,00	0,05	0,00	0,00	0,05	0,07	0,13	0,25	0,03
54 Sonst. Einr. und Maßn. der Gesundheitspflege	0,82	1,10	1,11	0,45	0,53	0,75	0,42	0,95	1,08	0,72	1,45	0,71
55 Förderung des Sports	3,64	4,75	4,16	5,90	4,44	4,20	4,11	8,51	8,54	8,46	9,34	4,40
56 Eigene Sportstätten	1,30	0,31	0,59	0,35	0,14	0,86	1,43	1,59	2,27	2,00	2,13	0,40
57 Öffentliche Bäder	1,37	1,26	1,63	1,82	1,11	1,56	1,67	1,73	2,21	2,45	1,73	2,02
58 Park- und Gartenanlagen	0,21	0,21	0,23	0,17	0,15	0,27	0,54	0,31	1,41	0,01	0,11	0,08
59 Sonstige Erholungseinrichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 3 (Fortsetzung)

Aufgaben der Gemeindeebene (inkl. Anteil der kreisfreien Städte)	Zuschussbedarf im Vermögenshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	34,74	35,29	29,64	20,26	17,13	22,76	27,23	36,13	35,37	33,01	28,94	25,31
60 Bauverwaltung	0,47	0,14	0,06	0,16	0,79	0,62	-0,08	-1,67	-1,20	1,54	0,04	0,03
61 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung	4,51	5,40	4,06	4,62	2,26	2,52	4,85	4,59	3,43	4,99	5,13	6,95
62 Wohnungsbauförderung	-1,23	-0,22	-1,69	-3,15	-3,67	-3,99	-3,37	-1,64	-1,48	-1,53	-2,62	-2,92
63 Gemeindestraßen	25,99	23,56	20,77	13,15	13,63	19,34	21,91	28,50	25,45	22,17	22,68	15,73
65 Kreisstraßen	0,51	0,73	0,75	0,73	0,38	0,43	0,70	0,34	1,02	0,47	0,13	0,31
660 Bundesstraßen	0,95	1,48	1,44	0,79	0,83	1,00	1,57	1,48	2,10	0,81	0,98	0,59
665 Landesstraßen	0,25	0,60	0,33	0,19	0,28	0,35	0,15	1,21	1,36	1,75	0,44	0,99
670 Straßenbeleuchtung	1,54	1,95	1,62	1,49	1,34	1,11	0,08	1,26	1,27	1,29	0,82	0,40
675 Straßenreinigung	0,26	0,17	0,11	0,32	0,21	0,09	0,10	0,25	0,24	0,10	0,10	0,20
68 Parkeinrichtungen	0,33	0,78	1,05	0,64	0,14	0,39	0,32	0,68	1,29	-0,33	0,30	0,41
69 Wasserläufe, Wasserbau	1,15	0,70	1,13	1,32	0,95	0,89	1,01	1,15	1,88	1,74	0,94	2,62
7 Öffentliche Einrichtungen,	30,17	34,89	25,81	26,07	24,18	22,81	18,33	21,01	26,72	19,94	23,71	22,22
Wirtschaftsförderung												
70 Abwasserbeseitigung	22,46	23,52	20,73	19,39	14,68	16,86	13,76	16,53	16,47	12,98	18,07	19,03
72 Abfallbeseitigung	0,00	0,12	0,15	0,01	0,04	0,07	0,01	0,09	0,10	0,11	0,08	0,16
77 Hilfsbetriebe der Verwaltung	2,26	2,53	1,46	1,27	1,52	1,68	2,94	2,45	3,76	4,20	1,46	1,98
übrige öffentl. Einrichtungen (73, 74, 75, 76, 78)	3,23	4,17	2,11	3,21	3,29	2,79	2,05	2,36	2,66	1,63	2,04	0,58
79 Fremdenv. sonst. Förd. v. Wirtsch. und Verkehr	2,22	4,55	1,37	2,19	4,65	1,42	-0,43	-0,42	3,73	1,02		
790 Fremdenverkehr											0,66	0,22
791 Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr											1,09	0,18
792 Förderung des Nahverkehrs (ÖPNV)											0,32	0,07
8 Wirtschaftl. Unt., allg. Grund- und Sonderverm.	10,74	-82,51	-20,19	-21,05	-17,43	-15,29	-10,19	-13,51	-9,83	14,46	10,29	15,23
80 Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen	0,01	-1,09	-0,12	-0,09	-0,08	0,00	0,10	-0,12	0,52		0,01	
810 Elektrizitätsversorgung	0,06	-1,32	-0,69	-0,04	-0,03	-0,03	0,11	0,08	0,12	-0,13	0,64	7,68
813 Gasversorgung	0,01	-0,37	1,08	0,44	0,75	0,03	1,94	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
815 Wasserversorgung	0,96	0,90	0,56	0,30	0,31	0,49	0,45	0,57	0,59	0,83	0,89	0,74
816 Fernwärmeversorgung	0,15	0,06	-0,02	-0,14		0,00	0,03	0,05	2,45	1,40	0,59	0,21
817 Kombinierte Versorgungsunternehmen	1,60	-61,67	-4,50	0,73	-2,74	-0,21	-0,49	-0,07	-0,10	-0,16	-0,18	3,98
82 Verkehrsunternehmen	5,73	2,12	2,68	4,60	4,20	6,30	11,47	2,54	-3,45	11,37	0,17	0,72
83 Komb. Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	1,75	0,94	0,02	0,08	0,01	0,02	0,33	0,17	1,87	5,94	0,03	0,82
84 Unternehmen der Wirtschaftsförderung	1,35	1,08	-0,54	0,96	-0,09	0,45	-0,06	0,31	0,25	0,55	1,55	-0,27
85 Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	0,04	0,07	-0,05	-0,09	0,09	0,10	0,15	0,08	0,34	0,08	0,01	0,01
86 Kur- und Badebetriebe	0,17	0,19	0,70	-0,45	-0,01	0,44	0,09	0,23	1,12	0,61	0,22	0,14
87 Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	2,56	-6,81	-0,26	-0,90	-0,77	-0,15	-0,16	0,26	0,53	-3,12	10,03	4,94
88 Allgemeines Grundvermögen	-10,38	-16,68	-18,04	-24,69	-19,87	-22,84	-24,62	-17,80	-14,15	-4,63	-4,10	-3,75
89 Allgemeines Sondervermögen	6,75	0,06	-0,99	-1,75	0,80	0,09	0,48	0,20	0,09	1,71	0,44	0,00

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 3 (Fortsetzung)

Kreisfreie Städte	Zuschussbedarf im Vermögenshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Einzelplan 0-8	167,01	-175,43	86,39	139,55	114,53	126,96	142,40	115,77	99,32	145,70	138,73	63,46
0 Allgemeine Verwaltung	11,75	8,20	10,33	10,05	6,45	6,50	6,55	11,38	9,99	8,47	24,78	-33,81
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	6,94	4,54	4,25	5,37	5,43	5,19	4,43	6,46	8,18	4,76	7,98	5,92
11 Öffentliche Ordnung	2,18	1,90	1,08	1,41	2,08	1,63	2,30	1,29	1,25	1,47	1,33	0,44
13 Brandschutz	3,18	1,63	1,06	2,05	1,11	1,39	-0,12	2,60	3,10	0,09	1,94	2,26
Übrige Aufgaben im Einzelplan 1 (10, 14, 16, 17)	1,58	1,01	2,11	1,91	2,24	2,17	2,25	2,57	3,83	3,19	4,71	3,22
2 Schulen	16,51	12,52	18,83	33,01	33,52	45,76	34,46	38,60	27,73	16,49	7,38	16,66
20 Schulverwaltung	2,15	1,61	2,18	4,77	5,35	5,37	8,54	10,98	3,65	0,01		
21 Grund- und Hauptschulen	2,26	2,73	8,78	12,65	8,45	19,87	6,00	8,15	7,30	3,84	0,56	0,94
22 Realschulen (inkl. Komb. Haupt- und R.schulen)	1,69	3,04	1,05	1,47	0,52	2,89	3,41	1,53	3,71	2,05	1,10	0,78
23 Gymnasien, Kollegs (oh. berufliche Gymnasien)	3,06	0,26	2,29	5,63	12,25	5,94	5,95	3,29	3,14	5,34	0,01	2,72
24 Berufsschulen, Fach(ober-)schulen	6,86	3,29	1,98	2,86	3,75	5,72	7,29	12,94	8,26	2,79	3,07	9,46
27 Sonderschulen (Förderschulen)	0,54	0,44	0,70	2,13	0,61	3,14	0,25	0,39	0,38	0,43	0,23	0,30
28 Gesamtschulen	-0,24	0,73	1,43	3,13	2,05	2,51	2,71	0,98	0,95	1,56	2,14	2,23
290 Schülerbeförderung	0,00	0,00	0,15	0,16	-0,01				0,17	0,00		
Übrige schulische Aufgaben (292, 293, 295)	0,17	0,43	0,42	0,21	0,38	0,33	0,30	0,34	0,17	0,46	0,28	0,24
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	10,06	8,69	5,94	4,68	3,35	2,97	4,36	6,91	5,09	1,94	2,18	2,91
30 Verwaltung kultureller Angelegenheiten	0,02	0,10	0,02	0,04	0,01	0,05	-0,08	0,06	2,38	0,09		
31 Wissenschaft und Forschung	1,36	-0,77	0,66	0,57	0,22	0,55	0,71	0,86	0,56	-0,34	1,29	0,78
32 Museen, Sammlungen Ausstellungen	0,74	1,66	0,01	-0,79	1,47	-0,19	0,66	3,28	0,22	0,14	0,12	0,73
33 Theater, Konzerte, Musikpflege, Kunstpflege (34)	5,77	5,02	3,38	2,98	-0,17	0,61	0,61	0,63	0,05	0,12	0,08	0,52
35 Volksbildung (350, 352, 355)	1,83	2,34	1,50	1,42	1,56	1,40	2,09	1,95	1,59	1,89	0,15	0,67
Übrige Kulturpflege (360, 365, 366, 37)	0,34	0,33	0,36	0,46	0,25	0,55	0,36	0,13	0,28	0,05	0,54	0,20
4 Soziale Sicherung	9,29	6,70	5,27	5,39	6,75	3,77	2,66	4,46	6,33	3,29	2,75	8,32
40 Verwaltungen der Sozialen Sicherung	2,51	1,25	1,77	0,93	1,05	-0,10	0,06	0,08	0,20	0,05	0,00	0,02
41 Sozialhilfe nach SGB XII (ab 2005)						0,00				0,01	0,02	0,01
43 Soziale Einrichtungen (oh. Einr. der Jugendhilfe)	1,62	0,85	0,07	0,81	1,17	0,41	0,42	-0,27	-0,03	-0,04	-0,01	1,96
45 Jugendhilfe nach dem KJHG (oh. Kitas)	0,79	-0,01	0,28	0,01	-0,54	0,59	-0,56	0,12	0,07	0,29	0,09	0,08
46 Einrichtung der Jugendhilfe (oh. Kitas)	1,34	1,70	0,94	0,81	1,52	0,84	1,01	1,48	2,23	0,47	0,46	0,59
Tageseinrichtungen für Kinder (464 + 454)	1,84	2,92	2,11	2,86	2,27	1,85	1,14	3,06	3,86	2,50	1,87	5,66
482 Grundsicherung f. Arbeitsuchende (nach SGB II), inkl. 485 (nur 2003 und 2004)										0,00	0,00	0,00
übrige soziale Angelegenheiten (42, 44, 47, 486, 487, 49)	1,19	0,00	0,09	-0,02	1,29	0,18	0,58		0,00	0,31	0,01	
5 Gesundheit, Sport, Erholung	19,59	21,00	0,67	14,64	14,56	15,51	18,47	17,54	24,12	15,50	5,34	8,24
50 Gesundheitsverwaltung	0,17	0,27	0,42	0,07	0,04	0,56	0,15	0,16	0,40	0,02	0,02	0,01
51 Krankenhäuser	12,60	14,49	-5,78	6,36	8,83	8,41	9,03	9,54	10,33	5,26	0,07	0,68
54 Sonst. Einr. und Maßn. der Gesundheitspflege	0,02	-0,01	0,01	0,00	0,01	0,00	0,02	0,00	0,01	0,02	0,10	0,12
55 Förderung des Sports	0,66	0,53	0,50	0,73	0,27	0,27	0,45	0,52	0,35	0,21	0,33	0,55
56 Eigene Sportstätten	2,91	1,98	1,92	2,28	2,43	1,92	3,46	1,91	2,75	6,25	1,43	0,98
57 Öffentliche Bäder	0,51	0,50	0,09	0,09	0,02	0,07	0,14	1,06	0,49	0,02	1,20	0,49
58 Park- und Gartenanlagen	2,25	2,65	2,47	4,18	2,50	3,72	3,23	3,30	5,55	3,72	2,18	5,41
59 Sonstige Erholungseinrichtungen	0,47	0,59	1,04	0,94	0,47	0,54	2,00	1,04	4,24			

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 3 (Fortsetzung)

Kreisfreie Städte	Zuschussbedarf im Vermögenshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	24,97	31,70	40,60	34,13	29,88	15,49	54,64	27,30	30,48	32,57	30,72	21,35
60 Bauverwaltung	1,21	0,87	1,14	-0,07	2,37	0,79	-3,84	-13,34	-14,95		0,01	
61 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung	1,26	7,47	14,31	10,61	0,44	6,39	7,05	7,52	4,61	9,51	0,38	16,27
62 Wohnungsbauförderung	-0,25	0,09	-2,00	-4,24	-4,32	-21,56	-3,91	-3,20	-3,52	-2,73	-3,33	-4,03
63 Gemeindestraßen	9,26	8,93	14,63	12,93	16,47	12,12	24,23	17,41	12,85	10,07	22,11	-0,10
65 Kreisstraßen	10,04	4,75	3,87	8,12	7,75	10,09	25,10	11,51	20,19	12,62	5,30	3,97
66 Bundesstraßen	0,96	5,48	5,62	2,44	1,72	4,43	2,14	1,48	7,40	-0,14	2,57	0,65
665 Landesstraßen			0,30	0,30	0,30	-0,17	0,62	1,48	0,41	0,22	0,06	0,46
670 Straßenbeleuchtung	1,48	2,16	2,00	2,46	2,87	1,55	1,85	1,65	0,95	0,98		
675 Straßenreinigung	0,15	0,06	0,26	0,39	0,18	0,32	0,06	0,27	0,06	0,02	0,02	0,00
68 Parkreinigungen	-0,01	1,22	0,15	0,49	0,11	0,22	0,25	0,50	0,16	0,54	0,09	-0,03
69 Wasserläufe, Wasserbau	0,87	0,67	0,68	0,83	1,76	1,44	0,82	2,22	2,11	1,43	3,52	4,16
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	50,30	40,69	30,87	32,92	55,99	39,63	37,96	39,31	30,62	10,68	33,39	28,70
70 Abwasserbeseitigung	50,21	39,64	37,18	37,34	31,66	35,66	34,35	35,27	26,79	12,76	30,10	29,21
72 Abfallbeseitigung	-2,41	-2,86	-1,53	-6,40	0,52	0,35	0,88	0,01	-2,50	0,00	2,11	0,00
77 Hilfsbetriebe der Verwaltung	1,09	-0,06	-0,17	-0,24	0,22	0,08	0,01		0,01			
übrige öffentl. Einrichtungen (73, 74, 75, 76, 78)	1,14	2,39	-6,65	0,95	0,61	2,40	0,55	1,32	0,10	-1,88	0,75	0,73
79 Fremdenv., sonst. Förd. v. Wirtsch. und Verkehr	0,26	1,59	2,04	1,27	22,98	1,14	2,16	2,71	6,23	-0,20		
790 Fremdenverkehr											0,06	-1,28
791 Sonstige Förderung von Wirtschaft. und Verkehr											0,27	-0,29
792 Förderung des Nahverkehrs (ÖPNV)											0,10	0,32
8 Wirtschaftl. Unt., allg. Grund- und Sonderverm.	17,60	-309,46	-30,37	-0,64	-41,39	-7,86	-21,14	-36,18	-43,22	52,01	24,21	5,18
80 Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen				-0,01		0,41	0,84	-0,04	2,28			
810 Elektrizitätsversorgung												
813 Gasversorgung												
815 Wasserversorgung												
816 Fernwärmeversorgung					-15,06			0,00	-0,16			1,65
817 Kombinierte Versorgungsunternehmen	0,11	-284,46					50,54	11,59	-17,18	52,78		3,25
82 Verkehrsunternehmen	25,81	18,98	12,19	21,50	19,94	27,57						
83 Komb. Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	2,28	1,11	0,00	-0,43						18,78		
84 Unternehmen der Wirtschaftsförderung	1,22	2,08	-0,45	-0,91	0,20	-0,10	0,17	-0,18	-0,12			
85 Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	0,09	0,32	0,16	-0,16	0,38	0,37	0,47	0,13	0,12	0,12		
86 Kur- und Badebetriebe							0,04					
87 Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	12,43	-32,20	-1,22	-4,27	-4,99	-0,52	-0,11	-0,30	-0,19	-18,18	24,06	1,59
88 Allgemeines Grundvermögen	-24,13	-15,48	-41,08	-16,37	-41,79	-35,70	-73,11	-47,40	-27,97	-9,65		
89 Allgemeines Sondervermögen	-0,20	0,20	0,03	0,01	-0,07	0,10	0,02	0,01	0,01	8,16	0,15	-1,30

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 3 (Fortsetzung)

Kreisangehöriger Raum	Zuschussbedarf im Vermögenshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Einzelplan 0-8	166,73	154,15	131,04	98,02	100,08	119,30	106,49	144,46	160,32	176,40	182,01	146,33
0 Allgemeine Verwaltung	13,38	15,66	19,23	9,47	9,63	6,95	6,39	7,34	10,34	5,73	7,93	5,25
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	11,70	14,01	13,72	13,62	12,20	11,78	12,26	14,50	15,57	21,08	14,86	11,97
11 Öffentliche Ordnung	0,53	0,85	1,38	1,20	0,68	0,69	0,55	0,48	0,43	0,39	0,48	0,21
13 Brandschutz	9,93	10,78	10,56	11,20	10,14	10,03	10,06	11,96	13,32	17,66	12,79	10,23
Übrige Aufgaben im Einzelplan 1. (10, 14, 16, 17)	1,24	2,38	1,78	1,22	1,38	1,06	1,65	2,05	1,82	3,03	1,59	1,53
2 Schulen	32,40	33,79	35,11	40,12	32,63	42,74	38,37	39,50	38,83	48,60	56,14	33,96
20 Schulverwaltung	0,93	1,10	1,13	0,39	0,55	1,30	0,09	0,77	-0,08	-0,46	-0,60	-0,97
21 Grund- und Hauptschulen	14,23	12,10	12,59	13,82	8,86	11,64	13,32	16,64	16,56	20,21	16,00	6,48
22 Realschulen (inkl. komb. Haupt- und R.schulen)	4,18	6,92	6,59	7,38	5,51	6,74	7,40	5,63	6,94	5,12	5,50	5,34
23 Gymnasien, Kollegs (oh. berufliche Gymnasien)	5,90	5,01	7,69	8,88	10,75	13,94	8,61	6,82	6,18	9,40	17,44	9,51
24 Berufsschulen, Fach(ober-)schulen	1,73	2,63	2,45	3,93	3,56	4,94	4,96	4,10	2,90	2,90	2,58	0,22
27 Sonderschulen (Förderschulen)	1,46	1,12	1,31	2,99	1,80	2,10	1,87	2,03	1,15	1,68	0,72	0,20
28 Gesamtschulen	3,36	4,58	3,10	2,34	1,27	1,64	1,76	2,72	3,72	9,24	13,51	12,55
290 Schülerförderung	0,10	0,09	0,08	0,31	0,09	0,16	0,05	0,05	0,17	0,06	-0,04	0,01
Übrige schulische Aufgaben (292, 293, 295)	0,51	0,23	0,19	0,09	0,24	0,29	0,30	0,74	1,30	0,46	1,03	0,62
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	4,02	4,86	3,01	3,07	2,44	3,04	3,10	2,38	2,74	2,66	1,97	1,38
30 Verwaltung kultureller Angelegenheiten	0,68	2,04	0,51	0,12	0,05	0,14	0,05	0,10	0,02	0,01	0,00	0,01
31 Wissenschaft und Forschung	-0,31	0,05	0,00	0,00	0,01	-0,06	-0,51	0,10	-0,05	0,00	-0,04	0,07
32 Museen, Sammlungen Ausstellungen	0,46	0,74	0,48	0,45	0,37	0,22	0,35	0,53	0,41	0,37	0,72	0,25
33 Theater, Konzerte, Musikpflege, Kunstpflege (34)	1,00	0,37	0,43	0,37	0,17	0,42	1,42	0,77	1,05	0,62	0,12	0,27
35 Volksbildung (350, 352, 355)	1,22	0,75	0,89	0,50	0,42	1,04	0,92	0,70	0,77	1,23	0,77	0,68
Übrige Kulturpflege (360, 365, 366, 37)	0,96	0,91	0,70	1,64	1,42	1,29	0,87	0,18	0,54	0,42	0,41	0,10
4 Soziale Sicherung	10,44	11,63	10,45	6,90	4,53	4,54	5,23	4,55	9,61	13,79	15,22	15,71
40 Verwaltungen der Sozialen Sicherung	0,01	0,05	0,14	0,04	0,07	0,51	-0,14	-0,01	0,08	0,19	-0,06	0,00
41 Sozialhilfe nach SGB XII (ab 2005)								0,00	0,01	0,03	0,01	0,05
43 Soziale Einrichtungen (Oh. Einr. der Jugendhilfe)	1,59	1,58	0,73	-0,19	0,38	0,09	0,38	0,25	0,20	-0,03	0,87	1,09
45 Jugendhilfe nach dem KJHG (Oh. Kitas)	0,26	0,13	0,07	0,19	0,10	0,03	0,08	0,08	0,10	0,14	0,09	0,11
46 Einrichtung der Jugendhilfe (Oh. Kitas)	2,84	2,75	3,59	3,17	1,35	1,62	2,14	1,53	2,16	1,72	2,05	2,39
Tageseinrichtung für Kinder (464 + 454)	5,74	6,87	5,79	3,57	2,70	2,31	2,78	2,72	7,05	11,77	12,24	12,08
482 Grundsicherung f. Arbeitsuchende (nach SGB II), inkl. 485 (nur 2003 und 2004)			0,00							0,01	0,00	0,00
übrige soziale Angelegenheiten (42, 44, 47, 486, 487, 49)	-0,01	0,24	0,14	0,13	-0,06	-0,02	-0,01	-0,02	0,02	-0,03	0,00	-0,02
5 Gesundheit, Sport, Erholung	20,03	20,96	13,40	16,26	15,15	17,51	17,58	23,50	21,46	16,09	24,70	8,90
50 Gesundheitsverwaltung	-0,16	0,08	0,03	1,17	0,01	0,41	0,08	0,12	0,02	0,00		
51 Krankenhäuser	12,02	12,26	4,67	5,37	7,62	8,63	9,17	8,24	4,79	1,05	6,64	0,80
54 Sonst. Einr. und Maßn. der Gesundheitspflege	0,02	0,02	-0,01	0,00	0,06	0,00	-0,02	0,06	0,10	0,21	0,31	0,06
55 Förderung des Sports	1,44	1,77	1,69	1,06	1,13	1,33	0,86	1,57	1,69	1,11	2,08	1,11
56 Eigene Sportstätten	3,84	5,52	4,78	6,90	4,99	4,83	4,29	10,33	10,13	9,07	11,53	5,35
57 Öffentliche Bäder	1,52	0,26	0,73	0,42	0,17	1,07	1,78	1,73	2,76	2,55	2,39	0,38
58 Park- und Gartenanlagen	1,13	0,87	1,39	1,17	0,72	0,97	1,24	1,30	1,29	2,10	1,61	1,10
59 Sonstige Erholungseinrichtungen	0,22	0,17	0,12	0,16	0,45	0,27	0,18	0,15	0,67	0,01	0,13	0,11

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 3 (Fortsetzung)

Kreisangehöriger Raum	Zuschussbedarf im Vermögenshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	45,14	41,42	32,25	22,34	19,33	29,96	27,07	44,91	49,10	39,86	33,36	32,48
60 Bauverwaltung	0,57	0,05	-0,03	0,29	0,75	0,79	0,99	1,42	2,53	1,97	0,04	0,04
61 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung	5,77	5,32	1,84	3,37	2,89	1,47	4,25	3,97	4,33	3,91	6,44	4,37
62 Wohnungsbauförderung	-1,98	-0,82	-2,22	-3,60	-4,24	-1,35	-5,70	-2,59	-1,72	-1,72	-2,93	-3,19
63 Gemeindestraßen	30,94	27,78	22,31	13,26	12,92	21,47	21,37	31,37	29,25	25,44	22,91	20,13
65 Kreisstraßen	5,07	4,51	5,48	4,81	4,14	4,70	3,48	5,22	7,09	3,87	4,03	5,94
660 Bundesstraßen	0,94	0,37	0,28	0,33	0,58	0,16	1,62	1,30	0,63	1,07	0,54	0,57
665 Landesstraßen	0,31	0,76	0,43	0,16	0,27	0,49	0,03	1,17	1,95	2,49	0,54	1,14
670 Straßenbeleuchtung	1,56	1,89	1,51	1,23	0,92	0,99	-0,40	1,15	1,36	1,38	1,05	0,52
675 Straßenreinigung	0,29	0,20	0,09	0,34	0,16	0,07	0,04	0,31	0,23	0,11	0,13	0,26
68 Parkeinrichtungen	0,43	0,66	1,30	0,69	0,20	0,44	0,33	0,72	1,61	-0,48	0,36	0,52
69 Wasserläufe, Wasserbau	1,23	0,71	1,26	1,47	0,74	0,75	1,06	0,87	1,83	1,82	0,23	2,19
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	24,31	32,74	25,45	15,53	20,56	23,09	16,10	18,00	13,93	24,56	21,48	18,88
70 Abwasserbeseitigung	15,03	19,23	16,32	14,55	10,08	11,77	8,18	11,43	13,63	13,04	14,73	16,20
72 Abfallbeseitigung	-1,09	-0,75	1,38	-7,72	2,34	3,34	1,30	1,32	-11,31	2,40	0,06	0,36
77 Hilfsbetriebe der Verwaltung	2,56	3,27	1,91	1,71	1,88	2,12	3,75	3,12	4,79	5,36	1,86	2,53
übrige öffentl. Einrichtungen (73, 74, 75, 76, 78)	3,76	4,67	4,54	3,83	4,03	2,89	2,46	2,64	3,37	2,65	2,40	-1,41
79 Fremdenv., sonst. Förd. v. Wirtsch. und Verkehr	4,05	6,33	1,30	3,17	2,24	2,97	0,40	-0,51	3,44	1,12		
790 Fremdenverkehr											0,86	0,90
791 Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr											1,23	0,27
792 Förderung des Nahverkehrs (ÖPNV)											0,33	0,02
8 Wirtschaftl. Unt., allg. Grund- und Sonderverm.	5,31	-20,92	-21,59	-29,30	-16,39	-20,29	-19,60	-10,21	-1,25	4,01	6,34	17,80
80 Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen	0,01	-1,39	-0,16	-0,11	-0,10	-0,11	-0,10	-0,14	0,04	0,04	0,01	0,01
810 Elektrizitätsversorgung	0,07	-1,78	-0,96	-0,22	-0,22	-0,49	-0,30	-0,33	-0,04	-0,38	0,59	9,58
813 Gasversorgung	0,01	-0,48	1,38	0,56	0,96	0,04	2,47	-0,01	0,00	0,00	0,00	0,01
815 Wasserversorgung	1,23	1,16	0,71	0,38	0,39	0,62	0,57	0,73	0,75	1,06	1,13	0,95
816 Fernwärmeversorgung	0,19	0,08	-0,03	-0,18	0,01	0,01	0,04	0,06	3,12	1,79	0,76	0,26
817 Kombinierte Versorgungsunternehmen	2,02	0,48	-5,75	0,93	0,64	-0,27	-0,63	-0,09	-0,08	-0,20	-0,23	4,63
82 Verkehrsunternehmen	0,13	-2,46	-0,28	0,29	0,01	0,08	0,69	0,05	0,34	-0,07	0,22	0,02
83 Komb. Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	1,60	0,90	0,02	0,22	0,01	0,02	0,41	0,22	2,39	2,39	0,04	1,05
84 Unternehmen der Wirtschaftsförderung	1,39	0,81	-0,57	1,05	-1,38	0,51	-0,22	0,35	0,57	0,71	1,98	-0,34
85 Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	-0,08	-0,01	-0,09	-0,18	-0,27	0,05	0,00	-0,66	0,39	0,08	0,01	0,01
86 Kur- und Badebetriebe	0,21	0,25	0,89	-0,58	-0,01	0,56	0,10	0,29	1,43	0,78	0,28	0,18
87 Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	-0,26	0,27	-0,35	0,03	0,38	-0,05	-9,59	0,46	0,72	1,13	6,28	5,88
88 Allgemeines Grundvermögen	-9,91	-18,75	-15,13	-29,25	-17,83	-21,38	-13,66	-11,41	-10,98	-3,21	-5,24	-4,79
89 Allgemeines Sondervermögen	8,70	0,02	-1,28	-2,24	1,04	0,09	0,61	0,25	0,11	-0,07	0,52	0,36

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 3 (Fortsetzung)

Kreise	Zuschussbedarf im Vermögenshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Einzelplan 0-8	30,29	35,12	26,14	21,36	26,63	34,25	18,38	27,12	12,45	20,56	25,37	13,65
0 Allgemeine Verwaltung	2,52	4,16	4,54	2,30	2,02	2,03	1,55	1,72	2,67	2,10	2,74	2,51
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2,28	2,98	2,28	2,40	2,20	1,51	2,22	3,26	1,30	3,63	1,93	1,09
11 Öffentliche Ordnung	0,03	0,30	0,27	0,72	0,16	0,18	0,17	0,13	0,16	0,13	0,15	0,06
13 Brandschutz	0,79	0,61	0,25	0,53	0,71	0,26	0,43	1,21	-0,62	0,76	0,31	-0,45
Übrige Aufgaben im Einzelplan 1 (10, 14, 16, 17)	1,45	2,07	1,77	1,15	1,33	1,07	1,62	1,92	1,77	2,74	1,47	1,48
2 Schulen	7,78	10,50	8,63	12,81	11,25	13,74	11,41	9,31	6,95	6,45	9,08	3,08
20 Schulverwaltung	0,00	0,01	0,10	0,00	0,00	0,18	0,00	0,07	0,00	0,00	0,00	0,00
21 Grund- und Hauptschulen	1,25	1,59	1,36	1,48	1,27	0,91	1,00	0,67	0,48	0,41	0,24	0,18
22 Realschulen (inkl. komb. Haupt- und R.schulen)	0,71	1,03	0,77	0,77	0,70	0,70	0,53	0,53	0,14	0,18	0,18	0,06
23 Gymnasien, Kollegs (oh. berufliche Gymnasien)	1,86	2,43	3,02	4,37	4,21	5,58	3,34	1,65	1,84	1,87	5,16	1,67
24 Berufsschulen, Fach(ober-)schulen	1,73	2,63	2,45	3,93	3,56	4,94	4,96	4,10	2,90	2,90	2,58	0,22
27 Sonderschulen (Förderschulen)	0,93	0,72	0,47	1,42	0,86	0,69	0,86	1,09	0,51	0,74	0,19	0,33
28 Gesamtschulen	1,16	2,00	0,39	0,61	0,43	0,60	0,67	1,19	0,95	-0,03	0,55	0,54
290 Schülerbeförderung	0,10	0,06	0,05	0,23	0,03	0,14	0,03	0,01	0,11	0,04	-0,07	0,00
Übrige schulische Aufgaben (292, 293, 295)	0,04	0,03	0,04	0,01	0,20	0,01	0,01	0,01	0,03	0,03	0,26	0,08
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	0,50	0,41	0,54	0,20	0,12	0,29	0,30	0,10	0,09	0,38	0,46	0,14
30 Verwaltung kultureller Angelegenheiten	0,04	0,10	0,10	0,04	0,00	0,03	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31 Wissenschaft und Forschung	0,13	0,05	0,13	0,10	0,05	0,07	0,23	-0,05	0,05	0,01	0,04	0,16
32 Museen, Sammlungen Ausstellungen	0,14	0,07	0,14	0,00	0,01	-0,01	0,01	0,04	0,09	0,03	0,02	0,02
33 Theater, Konzerte, Musikpflege, Kunstpflege (34)	0,11	0,00	0,06	0,01	0,06	0,14	0,02	0,13	0,01	0,10	0,08	0,10
35 Volksbildung (350, 352, 355)	0,09	0,18	0,12	0,05	0,00	0,06	0,03	-0,01	-0,06	0,24	0,32	-0,13
Übrige Kulturpflege (360, 365, 366, 37)	1,97	1,54	2,58	1,62	0,41	0,57	0,53	0,53	0,20	1,05	0,84	2,16
4 Soziale Sicherung	-0,01	0,02	0,06	0,01	0,01	0,13	0,01	0,05	0,06	0,00	0,01	0,05
40 Verwaltungen der Sozialen Sicherung	0,77	0,56	0,56	0,32	0,22	0,10	-0,11	-0,07	-0,73	-0,29	-0,03	-0,05
41 Sozialhilfe nach SGB XII (ab 2005)	0,05	0,05	0,03	0,03	0,02	0,01	0,03	0,06	0,07	0,08	0,03	0,04
43 Soziale Einrichtungen (oh. Eindr. der Jugendhilfe)	0,39	0,14	1,16	0,81	-0,10	0,15	0,21	0,27	0,47	0,17	0,61	0,66
45 Jugendhilfe nach dem KJHG (oh. Kitas)	0,83	0,82	0,80	0,49	0,28	0,21	0,41	0,25	0,32	1,06	0,22	1,45
46 Einrichtung der Jugendhilfe (oh. Kitas)												
Tageseinrichtungen für Kinder (464 + 454)												
482 Grundsicherung f. Arbeitsuchende (nach SGB II), inkl. 485 (nur 2003 und 2004)	-0,05	-0,04	-0,04	-0,03	-0,03	-0,03	-0,03	-0,02	0,00	0,00	0,00	0,00
übrige soziale Angelegenheiten (42, 44, 47, 486, 487, 49)	12,43	12,85	5,10	7,22	8,45	9,38	9,65	8,93	5,20	1,32	6,95	1,18
5 Gesundheit, Sport, Erholung	-0,16	0,08	0,03	1,17	0,01	0,41	0,08	0,11	0,02	0,00	0,00	0,80
50 Gesundheitsverwaltung	12,02	12,27	4,68	5,37	7,62	8,54	9,17	8,33	4,79	1,05	6,62	0,80
51 Krankenhäuser	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,02	0,00	0,00	0,04	0,02	0,05
54 Sonst. Eindr. und Maßn. der Gesundheitspflege	0,52	0,47	0,36	0,61	0,49	0,43	0,41	0,45	0,39	0,23	0,31	0,32
55 Förderung des Sports												
56 Eigene Sportstätten												
57 Öffentliche Bäder												
58 Park- und Gartenanlagen	0,05	0,03	0,03	0,06	0,33	0,01	0,00	0,03	0,00	0,00	0,00	0,01
59 Sonstige Erholungseinrichtungen												

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 3 (Fortsetzung)

Kreise	Zuschnittbedarf im Vermögenshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	5,03	3,70	4,40	3,90	3,77	4,12	1,47	3,75	7,50	3,46	3,65	5,19
60 Bauverwaltung	0,17	0,01	0,06	0,08	0,23	0,16	0,20	0,09				
61 Stadtplanung, Vermessung, Bauordnung	0,31	0,34	0,31	0,18	0,12	-0,01	0,00	0,00	1,12	-0,03	0,00	0,00
62 Wohnungsbauförderung	-0,45	-0,52	-0,49	-0,56	-0,54	-0,54	-2,08	-1,06	-0,50	-0,37	-0,37	-0,41
63 Gemeindestraßen	0,23	0,13	-0,17	0,05	0,05	0,12	0,09	-0,19	0,32	-0,09	0,07	0,00
65 Kreisstraßen	4,77	3,74	4,68	4,14	3,86	4,38	3,05	5,07	6,24	3,56	3,95	5,60
660 Bundesstraßen							0,20	-0,19		0,00		
665 Landesstraßen									0,31		0,31	
670 Straßenbeleuchtung												
675 Straßenreinigung												
68 Parkeinrichtungen					0,05			0,00		0,09		
69 Wasserläufe, Wasserbau			0,01	0,01	0,01	0,01	0,00	0,01	0,01			
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	0,34	0,09	1,33	-7,01	2,97	4,60	2,33	1,64	-11,20	2,06	-0,06	-1,47
70 Abwasserbeseitigung	0,25	0,11	0,10	0,06	0,04	0,04	0,04	0,03				
72 Abfallbeseitigung	-1,09	-0,90	1,19	-7,74	2,29	3,25	1,30	1,20	-11,43	2,26	0,04	0,16
77 Hilfsbetriebe der Verwaltung	-0,03	0,01	-0,01	0,02	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00			
übrige öffentl. Einrichtungen (73, 74, 75, 76, 78)	-0,06	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,01	0,01	0,05	0,01	-1,95
79 Fremdenv., sonst. Förd. v. Wirtsch. und Verkehr	1,27	0,87	0,04	0,65	0,65	1,31	0,99	0,40	0,23	-0,24		0,35
790 Fremdenverkehr												
791 Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr												
792 Förderung des Nahverkehrs (ÖPNV)												
8 Wirtschaftl. Unt., allg. Grund- und Sonderverm.	-2,56	-1,13	-3,25	-2,09	-4,56	-2,01	-11,08	-2,12	-0,27	0,11	-0,22	-0,23
80 Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen							0,01					
810 Elektrizitätsversorgung	-0,10	-0,10	-0,08	-0,17	-0,18	-0,45	-0,45	-0,42	-0,20	-0,21	-0,22	-0,23
813 Gasversorgung												
815 Wasserversorgung												
816 Fernwärmeversorgung												
817 Kombinierte Versorgungsunternehmen												
82 Verkehrsunternehmen	0,05	0,12	-0,32	0,35	0,13	-0,37	-0,07					
83 Komb. Versorgungs- und Verkehrsunternehmen												
84 Unternehmen der Wirtschaftsförderung	0,01			-0,42	-1,22	-0,09	-0,09	-0,09	0,22			
85 Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	-0,11	-0,02	0,01	-0,11	-0,28	0,03	-0,06	-0,72	-0,01	0,00		
86 Kur- und Badebetriebe												
87 Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	-0,05	-0,36	-0,36	0,00	0,00	-0,00	-0,42	0,05	0,01	0,25	0,00	0,00
88 Allgemeines Grundvermögen	-2,45	-1,14	-2,51	-1,75	-3,00	-1,12	-1,01	-0,94	-0,29	0,07		
89 Allgemeines Sondervermögen												

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 3 (Fortsetzung)

Kreisangehörige Gemeinden	Zuschussbedarf im Vermögenshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Einzelplan 0-8	136,44	119,04	104,90	76,66	73,45	85,05	88,11	117,34	147,88	155,84	156,64	132,68
0 Allgemeine Verwaltung	10,86	11,50	14,69	7,16	7,61	4,92	4,84	5,61	7,67	3,63	5,19	2,74
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	9,43	11,02	11,44	11,22	10,00	10,27	10,04	11,23	14,27	17,45	12,93	10,88
11 Öffentliche Ordnung	0,50	0,54	1,11	0,48	0,52	0,50	0,38	0,35	0,26	0,26	0,33	0,15
13 Brandschutz	9,14	10,17	10,31	10,67	9,43	9,77	9,63	10,75	13,94	16,90	12,47	10,68
Übrige Aufgaben im Einzelplan 1 (10, 14, 16, 17)	-0,21	0,31	0,02	0,07	0,05	-0,01	0,02	0,13	0,06	0,29	0,13	0,05
2 Schulen	24,62	23,29	26,48	27,31	21,38	29,00	26,96	30,20	31,88	42,16	47,06	30,88
20 Schulverwaltung	0,93	1,10	1,03	0,38	0,55	1,11	0,09	0,70	-0,08	-0,46	-0,60	-0,97
21 Grund- und Hauptschulen	12,97	10,51	11,23	12,34	7,60	10,72	12,32	15,97	16,09	19,80	15,76	6,30
22 Realschulen (inkl. komb. Haupt- und R.schulen)	3,48	5,89	5,82	6,61	4,81	6,05	6,87	5,10	6,80	4,94	5,32	5,28
23 Gymnasien, Kollegs (oh. berufliche Gymnasien)	4,03	2,58	4,67	4,51	6,54	8,36	5,27	5,18	4,34	7,53	12,29	7,84
24 Berufsschulen, Fach(ober-)schulen	0,00			0,00								
27 Sonderschulen (Förderschulen)	0,54	0,41	0,84	1,57	0,95	1,42	1,02	0,94	0,64	0,93	0,53	-0,13
28 Gesamtschulen	2,20	2,58	2,71	1,72	0,84	1,04	1,08	1,54	2,77	9,27	12,96	12,01
290 Schülerbeförderung	0,00	0,02	0,03	0,09	0,07	0,02	0,02	0,04	0,06	0,02	0,02	0,01
Übrige schulische Aufgaben (292, 293, 295)	0,47	0,20	0,15	0,08	0,04	0,29	0,30	0,73	1,27	0,13	0,76	0,53
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	3,52	4,46	2,47	2,88	2,33	2,75	2,79	2,28	2,65	2,27	1,51	1,24
30 Verwaltung kultureller Angelegenheiten	0,65	1,93	0,41	0,09	0,05	0,10	0,04	0,10	0,02	0,01	0,00	0,01
31 Wissenschaft und Forschung	-0,31	0,05	0,00	0,00	0,01	-0,16	-0,51	0,10	-0,05	0,00	-0,04	0,07
32 Museen, Sammlungen Ausstellungen	0,33	0,69	0,35	0,35	0,33	0,16	0,12	0,59	0,36	0,36	0,67	0,09
33 Theater, Konzerte, Musikpflege, Kunstpflege (34)	0,86	0,30	0,29	0,36	0,16	0,43	1,41	0,73	0,97	0,59	0,10	0,25
35 Volksbildung (350, 352, 355)	1,11	0,75	0,84	0,49	0,36	0,90	0,90	0,57	0,75	1,13	0,68	0,58
Übrige Kulturpflege (360, 365, 366, 37)	0,87	0,73	0,58	1,58	1,42	1,23	0,84	0,20	0,60	0,18	0,09	0,23
4 Soziale Sicherung	8,47	10,09	7,87	5,28	4,13	3,96	4,70	4,02	9,42	12,74	14,38	13,55
40 Verwaltungen der Sozialen Sicherung	0,02	0,03	0,08	0,04	0,05	0,37	-0,15	-0,06	0,02	0,19	-0,06	0,00
41 Sozialhilfe nach SGB XII (ab 2005)								0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
43 Soziale Einrichtungen (oh. Einr. der Jugendhilfe)	0,82	1,02	0,17	-0,51	0,16	-0,01	0,49	0,32	0,93	0,26	0,90	1,14
45 Jugendhilfe nach dem KJHG (oh. Kitas)	0,22	0,08	0,04	0,16	0,09	0,02	0,05	0,02	0,02	0,06	0,06	0,07
46 Einrichtung der Jugendhilfe (oh. Kitas)	2,45	2,61	2,43	2,36	1,45	1,46	1,93	1,26	1,70	1,55	1,45	1,73
Tageseinrichtungen für Kinder (464 + 454)	4,91	6,05	4,99	3,08	2,41	2,10	2,37	2,47	6,72	10,71	12,02	10,63
482 Grundsicherung f. Arbeitsuchende (nach SGB II), inkl. 485 (nur 2003 und 2004)			0,00							0,00		
übrige soziale Angelegenheiten (42, 44, 47, 486, 487, 49)	0,05	0,28	0,17	0,16	-0,03	0,01	0,02	0,00	0,02	-0,03	0,00	-0,02
5 Gesundheit, Sport, Erholung	7,60	8,11	8,31	9,04	6,69	8,12	7,93	14,57	16,26	14,78	17,75	7,71
50 Gesundheitsverwaltung								0,00				
51 Krankenhäuser	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,09	0,00	-0,09	0,00	0,00	0,02	0,01
54 Sonst. Einr. und Maßn. der Gesundheitspflege	0,02	0,02	-0,01	0,00	0,06	0,00	0,00	0,06	0,09	0,17	0,30	0,02
55 Förderung des Sports	0,92	1,30	1,33	0,45	0,64	0,91	0,45	1,12	1,30	0,88	1,78	0,78
56 Eigene Sportstätten	3,84	5,52	4,78	6,90	4,99	4,83	4,29	10,33	10,13	9,07	11,53	5,35
57 Öffentliche Bäder	1,52	0,26	0,73	0,42	0,17	1,07	1,78	1,73	2,76	2,55	2,39	0,38
58 Park- und Gartenanlagen	1,13	0,87	1,39	1,17	0,72	0,97	1,24	1,30	1,29	2,10	1,60	1,08
59 Sonstige Erholungseinrichtungen	0,17	0,14	0,09	0,10	0,12	0,26	0,18	0,12	0,67	0,01	0,13	0,11

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 3 (Fortsetzung)

Kreisangehörige Gemeinden	Zuschussbedarf im Vermögenshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	40,11	37,72	27,85	18,44	15,55	25,84	25,59	41,16	41,60	36,40	29,71	27,29
60 Bauverwaltung	0,40	0,03	-0,09	0,21	0,52	0,63	0,80	1,33	2,53	1,97	0,04	0,04
61 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung	5,45	4,98	1,53	3,18	2,77	1,48	4,24	3,96	3,21	3,94	6,44	4,37
62 Wohnungsbauförderung	-1,53	-0,30	-1,73	-3,03	-3,70	-0,82	-3,63	-1,54	-1,22	-1,35	-2,56	-2,78
63 Gemeindestraßen	30,71	27,65	22,48	13,21	12,87	21,34	21,27	31,56	28,93	25,53	22,84	20,12
65 Kreisstraßen	0,31	0,77	0,80	0,67	0,28	0,32	0,43	0,14	0,85	0,31	0,08	0,34
660 Bundesstraßen	0,94	0,37	0,28	0,33	0,58	0,16	1,42	1,48	0,63	1,08	0,54	0,57
665 Landesstraßen	0,31	0,76	0,43	0,16	0,27	0,49	0,03	1,17	1,64	2,18	0,54	1,14
670 Straßenbeleuchtung	1,56	1,89	1,51	1,23	0,92	0,99	-0,40	1,15	1,36	1,38	1,05	0,52
675 Straßenreinigung	0,29	0,20	0,09	0,34	0,16	0,07	0,04	0,31	0,23	0,11	0,13	0,26
68 Parkeinrichtungen	0,43	0,66	1,30	0,69	0,15	0,44	0,33	0,72	1,61	-0,56	0,36	0,52
69 Wasserläufe, Wasserbau	1,23	0,71	1,25	1,46	0,73	0,74	1,06	0,86	1,82	1,82	0,23	2,19
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	23,97	32,65	24,13	22,54	17,59	18,49	13,77	16,37	25,12	22,50	21,55	20,35
70 Abwasserbeseitigung	14,78	19,12	16,22	14,49	10,04	11,73	8,15	11,40	13,63	13,04	14,73	16,20
72 Abfallbeseitigung	0,00	0,15	0,19	0,02	0,05	0,08	0,00	0,12	0,12	0,14	0,02	0,21
77 Hilfsbetriebe der Verwaltung übrige öffentl. Einrichtungen (73, 74, 75, 76, 78)	2,59	3,25	1,92	1,68	1,88	2,11	3,75	3,12	4,79	5,36	1,86	2,53
79 Fremdenv., sonst. Förd. v. Wirtsch. und Verkehr	3,82	4,67	4,54	3,83	4,03	2,90	2,46	2,64	3,36	2,60	2,40	0,54
790 Fremdenverkehr	2,78	5,46	1,26	2,52	1,59	1,66	-0,58	-0,91	3,21	1,36		0,55
791 Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr											0,83	0,31
792 Förderung des Nahverkehrs (ÖPNV)											1,31	0,31
8 Wirtschaftl. Unt., allg. Grund- und Sonderverm.	7,87	-19,80	-18,34	-27,21	-11,83	-18,29	-8,52	-8,09	-0,98	3,90	6,57	18,03
80 Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen	0,01	-1,39	-0,16	-0,11	-0,10	-0,11	-0,11	-0,14	0,04		0,01	
810 Elektrizitätsversorgung	0,07	-1,68	-0,89	-0,05	-0,04	-0,03	0,14	0,10	0,16	-0,17	0,82	9,81
813 Gasversorgung	0,01	-0,48	1,38	0,56	0,96	0,04	2,47	-0,01	0,00	0,00	0,00	0,01
815 Wasserversorgung	1,23	1,16	0,71	0,38	0,39	0,62	0,57	0,73	0,75	1,06	1,13	0,95
816 Fernwärmeversorgung	0,19	0,08	-0,03	-0,18	0,01	0,04	0,04	0,06	3,12	1,79	0,76	0,26
817 Kombinierte Versorgungsunternehmen	2,02	0,48	-5,75	0,93	0,64	-0,27	-0,63	-0,09	-0,08	-0,20	-0,23	4,63
82 Verkehrsunternehmen	0,08	-2,59	0,04	-0,06	-0,12	0,46	0,75	0,05	0,34	-0,07	0,22	0,02
83 Komb. Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	1,60	0,90	0,02	0,22	0,01	0,02	0,41	0,22	2,39	2,39	0,04	1,05
84 Unternehmen der Wirtschaftsförderung	1,39	0,80	-0,57	1,47	-0,16	0,61	-0,12	0,44	0,35	0,71	1,98	-0,34
85 Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	0,03	0,01	-0,11	-0,07	0,01	0,03	0,06	0,06	0,40	0,07	0,01	0,01
86 Kur- und Badebetriebe	0,21	0,25	0,89	-0,58	-0,01	0,56	0,10	0,29	1,43	0,78	0,28	0,18
87 Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	-0,21	0,27	0,01	0,03	0,39	-0,05	-0,17	0,41	0,72	0,88	6,28	5,88
88 Allgemeines Grundvermögen	-7,46	-17,62	-12,62	-27,51	-14,83	-20,26	-12,65	-10,47	-10,69	-3,28	-5,24	-4,79
89 Allgemeines Sondervermögen	8,70	0,02	-1,28	-2,24	1,04	0,09	0,61	0,25	0,11	-0,07	0,52	0,36

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 3 (Fortsetzung)

Amtsfreie Gemeinden	Zuschussbedarf im Vermögenshaushalt			
	2008	2009	2010	2011
Einzelplan 0-8	159,43	181,36	176,14	134,40
0 Allgemeine Verwaltung	8,23	3,36	4,80	-0,39
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	14,00	16,14	10,57	9,35
11 Öffentliche Ordnung	0,47	0,56	0,58	0,18
13 Brandschutz	13,42	15,29	9,94	9,10
Übrige Aufgaben im Einzelplan 1 (10, 14, 16, 17)	0,11	0,28	0,05	0,08
2 Schulen	43,86	61,14	66,80	43,58
20 Schulverwaltung	-0,55	-1,88	-2,12	-2,41
21 Grund- und Hauptschulen	20,91	26,80	19,94	6,76
22 Realschulen (inkl. komb. Haupt- und R.schulen)	8,40	7,55	7,46	6,06
23 Gymnasien, Kollegs (oh. berufliche Gymnasien)	7,67	12,38	21,81	13,91
24 Berufsschulen, Fach(ober-)schulen				
27 Sonderschulen (Förderschulen)	0,88	1,92	0,89	-0,28
28 Gesamtschulen	5,27	14,32	17,45	18,73
290 Schülerbeförderung	0,06	0,01	-0,01	0,01
Übrige schulische Aufgaben (292, 293, 295)	1,21	0,04	1,37	0,80
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	3,26	3,12	2,17	1,80
30 Verwaltung kultureller Angelegenheiten	0,03	0,02		
31 Wissenschaft und Forschung	0,00	0,00	-0,09	0,13
32 Museen, Sammlungen Ausstellungen	0,30	0,52	1,35	0,13
33 Theater, Konzerte, Musikpflege, Kunstpflege (34)	1,20	1,07	0,09	0,28
35 Volksbildung (350, 352, 355)	1,26	1,49	0,75	0,92
Übrige Kulturpflege (360, 365, 366, 37)	0,47	0,02	0,07	0,34
4 Soziale Sicherung	11,69	12,37	15,38	10,96
40 Verwaltungen der Sozialen Sicherung	0,03	0,01	-0,13	-0,02
41 Sozialhilfe nach SGB XII (ab 2005)	0,01	0,00	0,00	0,00
43 Soziale Einrichtungen (oh. Einr. der Jugendhilfe)	1,57	0,31	1,12	0,81
45 Jugendhilfe nach dem KJHG (oh. Kitas)	0,04	0,09	0,13	0,02
46 Einrichtung der Jugendhilfe (oh. Kitas)	1,69	1,86	1,64	2,22
Tageseinrichtungen für Kinder (464 + 454)	8,30	10,08	12,59	7,90
482 Grundsicherung f. Arbeitsuchende (nach SGB II), inkl. 485 (nur 2003 und 2004)				
übrige soziale Angelegenheiten (42, 44, 47, 486, 487, 49)	0,05	0,03	0,01	0,01
5 Gesundheit, Sport, Erholung	16,81	18,13	18,23	9,94
50 Gesundheitsverwaltung				
51 Krankenhäuser			0,03	0,01
54 Sonst. Einr. und Maßn. der Gesundheitspflege	0,04	0,06	-0,03	0,10
55 Förderung des Sports	1,84	0,96	2,40	1,22
56 Eigene Sportstätten	8,62	10,91	12,74	6,68
57 Öffentliche Bäder	4,00	2,82	0,30	0,26
58 Park- und Gartenanlagen	2,19	3,36	2,65	1,67
59 Sonstige Erholungseinrichtungen	0,12	0,01	0,15	0,01
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	49,91	38,57	32,12	31,24
60 Bauverwaltung	4,86	3,69	0,05	0,07
61 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung	6,44	4,68	9,31	7,62
62 Wohnungsbauförderung	-1,60	-1,22	-1,98	-3,25
63 Gemeindestraßen	29,44	23,27	22,09	18,63
65 Kreisstraßen	1,08	0,42	-0,26	0,37
660 Bundesstraßen	1,22	1,62	1,01	0,91
665 Landesstraßen	2,40	3,92	0,82	1,96
670 Straßenbeleuchtung	1,07	1,22	0,60	-0,56
675 Straßenreinigung	0,43	0,20	0,24	0,47
68 Parkeinrichtungen	2,99	-1,13	0,54	0,88
69 Wasserläufe, Wasserbau	1,57	1,92	-0,30	4,13
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	23,33	22,96	20,75	18,97
70 Abwasserbeseitigung	12,93	11,28	17,36	15,98
72 Abfallbeseitigung	0,23	0,28	0,04	0,40
77 Hilfsbetriebe der Verwaltung	7,19	8,50	1,34	2,36
übrige öffentl. Einrichtungen (73, 74, 75, 76, 78)	1,82	1,58	0,88	0,71
79 Fremdenv., sonst. Förd. v. Wirtsch. und Verkehr	1,16	1,33		
790 Fremdenverkehr			0,82	0,10
791 Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr			-0,41	-0,57
792 Förderung des Nahverkehrs (ÖPNV)			0,71	-0,01
8 Wirtschaftl. Unt., allg. Grund- und Sonderverm.	-11,67	5,57	5,32	8,94
80 Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen	0,07			
810 Elektrizitätsversorgung	0,10	-0,83	-0,01	3,84
813 Gasversorgung				
815 Wasserversorgung	0,00	0,00	0,01	-0,01
816 Fernwärmeversorgung				
817 Kombinierte Versorgungsunternehmen	-0,20	-0,16	-0,65	0,01
82 Verkehrsunternehmen	1,07	-0,16	0,34	0,00
83 Komb. Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	4,60	4,60	0,07	1,59
84 Unternehmen der Wirtschaftsförderung	0,53	1,25	3,18	-1,07
85 Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	0,73	0,14	0,01	0,01
86 Kur- und Badebetriebe	0,43	0,09	1,11	1,39
87 Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	2,30	1,52	9,90	8,83
88 Allgemeines Grundvermögen	-21,31	-0,85	-8,63	-5,64
89 Allgemeines Sondervermögen	0,00	-0,03		-0,02

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 3 (Fortsetzung)

Amtsangehörige Gemeinden	Zuschussbedarf im Vermögenshaushalt			
	2008	2009	2010	2011
Einzelplan 0-8	120,67	111,28	116,60	111,80
0 Allgemeine Verwaltung	0,19	0,72	-0,73	-0,54
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	13,84	17,63	14,55	11,84
11 Öffentliche Ordnung	0,01	0,03	0,01	0,02
13 Brandschutz	13,82	17,32	14,33	11,80
Übrige Aufgaben im Einzelplan 1 (10, 14, 16, 17)	0,00	0,27	0,21	0,02
2 Schulen	14,54	12,93	17,27	9,05
20 Schulverwaltung	0,68	0,85	1,03	0,58
21 Grund- und Hauptschulen	9,63	8,84	8,95	2,55
22 Realschulen (inkl. komb. Haupt- und R.schulen)	2,20	1,24	1,98	2,79
23 Gymnasien, Kollegs (oh. berufliche Gymnasien)	0,07	0,07	0,07	0,13
24 Berufsschulen, Fach(ober-)schulen				
27 Sonderschulen (Förderschulen)	0,38	-0,16	0,14	0,04
28 Gesamtschulen	0,34	1,85	4,98	2,81
290 Schülerbeförderung	0,05	0,03	0,00	0,01
Übrige schulische Aufgaben (292, 293, 295)	1,18	0,20	0,11	0,13
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	2,04	1,36	0,90	0,78
30 Verwaltung kultureller Angelegenheiten	0,00	0,00	0,00	0,01
31 Wissenschaft und Forschung	-0,10		0,01	0,00
32 Museen, Sammlungen Ausstellungen	0,46	0,16	-0,06	0,05
33 Theater, Konzerte, Musikpflege, Kunstpflege (34)	0,71	0,07	0,11	0,22
35 Volksbildung (350, 352, 355)	0,21	0,73	0,61	0,21
Übrige Kulturpflege (360, 365, 366, 37)	0,74	0,39	0,23	0,29
4 Soziale Sicherung	6,43	11,92	12,87	14,71
40 Verwaltungen der Sozialen Sicherung	0,00	0,37		0,01
41 Sozialhilfe nach SGB XII (ab 2005)				
43 Soziale Einrichtungen (oh. Einr. der Jugendhilfe)	0,06	0,13	0,63	1,07
45 Jugendhilfe nach dem KJHG (oh. Kitas)	0,00	0,01	-0,02	0,11
46 Einrichtung der Jugendhilfe (oh. Kitas)	1,70	1,06	1,28	1,20
Tageseinrichtungen für Kinder (464 + 454)	4,66	10,50	10,99	12,37
482 Grundsicherung f. Arbeitsuchende (nach SGB II), inkl. 485 (nur 2003 und 2004)				
übrige soziale Angelegenheiten (42, 44, 47, 486, 487, 49)	0,00	-0,16	-0,01	-0,05
5 Gesundheit, Sport, Erholung	15,25	10,74	15,63	5,13
50 Gesundheitsverwaltung				
51 Krankenhäuser		0,00	0,00	0,00
54 Sonst. Einr. und Maßn. der Gesundheitspflege	0,15	0,18	-0,01	0,09
55 Förderung des Sports	0,67	0,75	1,09	0,30
56 Eigene Sportstätten	11,59	7,05	9,33	3,55
57 Öffentliche Bäder	1,34	2,07	4,61	0,51
58 Park- und Gartenanlagen	0,33	0,73	0,47	0,45
59 Sonstige Erholungseinrichtungen	1,18	-0,04	0,12	0,21
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	32,48	33,89	27,02	23,12
60 Bauverwaltung	0,00	0,06	0,02	0,01
61 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung	-0,32	3,10	3,24	0,77
62 Wohnungsbauförderung	-0,69	-1,43	-3,10	-2,12
63 Gemeindestraßen	28,28	27,86	23,58	21,77
65 Kreisstraßen	0,59	0,18	0,47	0,31
660 Bundesstraßen	0,00	0,49	0,03	0,20
665 Landesstraßen	0,81	0,29	0,25	0,24
670 Straßenbeleuchtung	1,68	1,56	1,54	1,69
675 Straßenreinigung	0,02	0,01	0,01	0,02
68 Parkeinrichtungen	0,11	0,05	0,17	0,14
69 Wasserläufe, Wasserbau	1,99	1,71	0,80	0,09
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	26,12	20,47	21,78	20,47
70 Abwasserbeseitigung	13,70	13,76	11,48	15,47
72 Abfallbeseitigung	0,01	0,00	0,00	0,00
77 Hilfsbetriebe der Verwaltung	2,05	1,73	2,35	2,50
übrige öffentl. Einrichtungen (73, 74, 75, 76, 78)	4,99	3,66	4,00	0,37
79 Fremdenv., sonst. Förd. v. Wirtsch. und Verkehr	5,36	1,32		
790 Fremdenverkehr			0,79	0,93
791 Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr			3,13	1,18
792 Förderung des Nahverkehrs (ÖPNV)			0,03	0,03
8 Wirtschaftl. Unt., allg. Grund- und Sonderverm.	9,79	1,63	7,33	27,25
80 Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen			0,02	
810 Elektrizitätsversorgung	0,22	0,39	1,72	16,32
813 Gasversorgung	-0,01	0,00	0,01	0,01
815 Wasserversorgung	1,14	1,82	2,28	1,93
816 Fernwärmeversorgung	6,49	3,73	1,58	0,55
817 Kombinierte Versorgungsunternehmen	0,04	-0,25	0,23	9,66
82 Verkehrsunternehmen	-0,44	0,02	0,08	0,05
83 Komb. Versorgungs- und Verkehrsunternehmen				0,36
84 Unternehmen der Wirtschaftsförderung	0,16	0,12	0,67	0,46
85 Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	0,03	0,00	0,02	0,01
86 Kur- und Badebetriebe	2,51	1,52	-0,63	-1,14
87 Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	-0,98	0,19	2,35	2,42
88 Allgemeines Grundvermögen	0,40	-5,79	-2,09	-4,14
89 Allgemeines Sondervermögen	0,23	-0,12	1,09	0,75

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 3 (Fortsetzung)

Ämter	Zuschussbedarf im Vermögenshaushalt			
	2008	2009	2010	2011
Einzelplan 0-8	14,73	16,91	18,86	18,99
0 Allgemeine Verwaltung	6,86	3,21	6,34	6,69
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	0,71	1,25	0,95	0,70
11 Öffentliche Ordnung	0,03	-0,09	0,05	0,10
13 Brandschutz	0,68	1,31	0,89	0,60
Übrige Aufgaben im Einzelplan 1 (10, 14, 16, 17)	0,01	0,03		
2 Schulen	4,40	8,66	8,36	7,96
20 Schulverwaltung	-0,25	0,23	0,03	0,02
21 Grund- und Hauptschulen	1,24	3,37	2,27	3,25
22 Realschulen (inkl. komb. Haupt- und R.schulen)	2,87	0,88	1,01	1,63
23 Gymnasien, Kollegs (oh. berufliche Gymnasien)	0,68	2,19	1,87	1,08
24 Berufsschulen, Fach(ober-)schulen				
27 Sonderschulen (Förderschulen)	0,00	0,02	0,00	0,00
28 Gesamtschulen	-0,28	1,95	3,12	1,86
290 Schülerbeförderung			0,06	0,01
Übrige schulische Aufgaben (292, 293, 295)	0,15	0,03	0,00	0,11
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	-0,04	0,00	-0,11	-0,16
30 Verwaltung kultureller Angelegenheiten	0,01	0,00	0,00	
31 Wissenschaft und Forschung				
32 Museen, Sammlungen, Ausstellungen	-0,05	0,02	0,00	0,00
33 Theater, Konzerte, Musikpflege, Kunstpflege (34)	0,00			0,00
35 Volksbildung (350, 352, 355)		0,00	0,00	0,00
Übrige Kulturpflege (360, 365, 366, 37)	0,01	-0,02	-0,11	-0,17
4 Soziale Sicherung	0,53	1,22	0,43	1,68
40 Verwaltungen der Sozialen Sicherung	0,00	0,02	0,02	0,00
41 Sozialhilfe nach SGB XII (ab 2005)				
43 Soziale Einrichtungen (oh. Einr. der Jugendhilfe)	0,17	0,08	0,04	0,44
45 Jugendhilfe nach dem KJHG (oh. Kitas)		0,02	0,01	0,01
46 Einrichtung der Jugendhilfe (oh. Kitas)	0,01	0,15	-0,05	0,00
Tageseinrichtungen für Kinder (464 + 454)	0,35	0,88	0,41	1,23
482 Grundsicherung f. Arbeitsuchende (nach SGB II), inkl. 485 (nur 2003 und 2004)		0,00	0,00	
übrige soziale Angelegenheiten (42, 44, 47, 486, 487, 49)	0,00	0,07	0,00	0,00
5 Gesundheit, Sport, Erholung	0,41	0,40	1,60	0,15
50 Gesundheitsverwaltung				
51 Krankenhäuser				
54 Sonst. Einr. und Maßn. der Gesundheitspflege		0,10	0,66	-0,17
55 Förderung des Sports	0,06	0,04	0,00	0,00
56 Eigene Sportstätten	0,18	0,02	0,89	0,34
57 Öffentliche Bäder	0,08	0,19	0,05	-0,01
58 Park- und Gartenanlagen				
59 Sonstige Erholungseinrichtungen	0,10	0,04	-0,01	0,00
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	0,13	0,16	0,07	-0,13
60 Bauverwaltung	0,00	0,04	0,02	
61 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung	0,04	0,03	0,09	0,05
62 Wohnungsbauförderung	-0,12	-0,06	-0,08	-0,15
63 Gemeindestraßen	0,10	0,12	0,07	-0,02
65 Kreisstraßen		0,03	-0,02	-0,01
660 Bundesstraßen				
665 Landesstraßen				
670 Straßenbeleuchtung				
675 Straßenreinigung				
68 Parkeinrichtungen	0,01	0,00		
69 Wasserläufe, Wasserbau	0,10		0,00	-0,01
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	0,93	1,54	0,63	1,39
70 Abwasserbeseitigung	0,70	1,20	0,39	0,97
72 Abfallbeseitigung				
77 Hilfsbetriebe der Verwaltung	0,15	0,23	0,09	0,23
übrige öffentl. Einrichtungen (73, 74, 75, 76, 78)	0,03	0,04	0,04	-0,01
79 Fremdenv., sonst. Förd. v. Wirtsch. und Verkehr	0,05	0,08		
790 Fremdenverkehr			0,04	0,12
791 Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr			0,06	0,09
792 Förderung des Nahverkehrs (ÖPNV)				
8 Wirtschaftl. Unt., allg. Grund- und Sonderverm.	0,78	0,46	0,59	0,70
80 Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen				
810 Elektrizitätsversorgung		0,17	0,00	0,01
813 Gasversorgung				
815 Wasserversorgung	0,41	0,39	0,07	0,06
816 Fernwärmeversorgung				
817 Kombinierte Versorgungsunternehmen		0,00	0,00	0,00
82 Verkehrsunternehmen				
83 Komb. Versorgungs- und Verkehrsunternehmen				0,10
84 Unternehmen der Wirtschaftsförderung				
85 Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen				
86 Kur- und Badebetriebe				
87 Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	-0,01	-0,01	-0,01	0,23
88 Allgemeines Grundvermögen	0,39	-0,11	0,53	0,28
89 Allgemeines Sondervermögen	-0,01	0,01		0,02

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 3 (Fortsetzung)

Aufgaben der Kreisebene in den kreisfreien Städten	Zuschussbedarf im Vermögenshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Einzelplan 0-8	34,38	26,84	6,27	21,84	38,75	27,64	46,32	38,96	42,83	26,25	28,67	-0,63
0 Allgemeine Verwaltung	2,29	1,70	1,91	2,17	1,44	1,33	1,47	1,58	1,19	1,19	12,71	-18,81
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2,18	1,49	2,58	2,45	3,13	2,65	2,83	2,99	4,11	3,48	4,82	3,16
11 Öffentliche Ordnung	0,48	0,42	0,41	0,49	0,86	0,44	0,66	0,41	0,41	0,50	0,42	0,14
13 Brandschutz	0,17	0,09	0,05	0,10	0,05	0,06	-0,01	0,07	0,10	0,00	0,03	0,04
Übrige Aufgaben im Einzelplan 1 (10, 14, 16, 17)	1,54	0,99	2,12	1,86	2,22	2,15	2,18	2,50	3,60	2,98	4,37	2,98
2 Schulen	8,85	4,69	5,08	8,67	12,28	12,29	12,28	15,95	10,83	4,71	3,37	10,43
20 Schulverwaltung	0,07	0,05	0,09	0,23	0,44	0,51	0,98	0,97	1,07			
21 Grund- und Hauptschulen	0,24	0,29	1,01	1,36	1,61	1,11	0,35	0,38	0,16	0,09	0,01	0,01
22 Realschulen (inkl. komb. Haupt- und R.schulen)	0,24	0,43	0,13	0,16	0,07	0,31	0,31	0,09	0,14	0,04	0,03	0,02
23 Gymnasien, Kollegs (oh. berufliche Gymnasien)	1,20	0,10	1,04	2,39	5,16	2,34	2,14	1,04	0,75	1,43	0,00	0,65
24 Berufsschulen, Fach(ober-)schulen	6,86	3,29	1,98	2,86	3,75	5,72	7,29	12,94	8,26	2,79	3,07	9,46
27 Sonderschulen (Förderschulen)	0,29	0,24	0,34	0,96	0,26	1,30	0,11	0,19	0,19	0,17	0,11	0,14
28 Gesamtschulen	-0,08	0,23	0,43	0,58	0,73	0,92	1,09	0,34	0,13	0,09	0,06	0,07
290 Schülerförderung	0,00	0,00	0,09	0,09	0,11	-0,01			0,10	0,00		
Übrige schulische Aufgaben (292, 293, 295)	0,02	0,05	0,06	0,04	0,15	0,08	0,01	0,01	0,02	0,10	0,09	0,08
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	1,51	1,62	0,75	0,44	0,41	-0,01	0,27	0,79	0,07	0,02	0,28	0,17
30 Verwaltung kultureller Angelegenheiten	0,00	0,01	0,00	0,01	0,00	0,01	-0,01	0,00				
31 Wissenschaft und Forschung												
32 Museen, Sammlungen Ausstellungen	0,14	0,30	0,00	-0,19	0,29	-0,07	0,22	0,74	0,02	0,01	0,02	0,12
33 Theater, Konzerte, Musikpflege, Kunstpflege (34)	1,18	1,03	0,64	0,54	0,01	0,00	0,02	0,03	0,02	0,01	0,01	0,04
35 Volksbildung (350, 352, 355)	0,12	0,21	0,05	0,06	0,10	0,01	0,04	0,01	0,05	0,03	0,00	0,00
Übrige Kulturpflege (360, 365, 366, 37)	0,07	0,07	0,05	0,02	0,01	0,04		0,00		-0,03	0,25	0,00
4 Soziale Sicherung	2,40	1,54	0,91	1,48	1,10	0,54	0,36	0,33	0,78	0,38	0,45	0,65
40 Verwaltungen der Sozialen Sicherung	0,36	0,18	0,39	0,20	0,08	0,01	0,03	0,01	0,10	0,01	0,02	0,00
41 Sozialhilfe nach SGB XI (ab 2005)												
43 Soziale Einrichtungen (oh. Einr. der Jugendhilfe)	1,27	0,68	0,01	0,80	0,61	0,19	-0,01	-0,19	0,00			
45 Jugendhilfe nach dem KJHG (oh. Kitas)	0,08	-0,01	0,01	0,00	0,00	0,03	0,04	0,06	0,07	0,14	0,05	0,04
46 Einrichtung der Jugendhilfe (oh. Kitas)	0,45	0,28	0,20	0,09	0,15	0,10	0,17	0,22	0,39	0,11	0,09	0,13
Tageseinrichtungen für Kinder (464 + 454)												
482 Grundsicherung f. Arbeitsuchende (nach SGB II), inkl. 485 (nur 2003 und 2004)	0,24	0,40	0,29	0,39	0,27	0,21	0,13	0,24	0,23	0,11	0,30	0,47
Übrige soziale Angelegenheiten (42, 44, 47, 486, 487, 49)			0,01								0,00	0,00
5 Gesundheit, Sport, Erholung	13,05	15,03	-4,91	7,24	9,16	9,26	9,48	9,90	10,97	5,31	0,18	0,83
50 Gesundheitsverwaltung	0,17	0,27	0,42	0,07	0,04	0,56	0,15	0,16	0,40	0,02	0,02	0,01
51 Krankenhäuser	12,60	14,49	-5,78	6,36	8,80	8,38	9,03	9,54	10,33	5,25	0,07	0,68
54 Sonst. Einr. und Maßn. der Gesundheitspflege	0,00	0,00	0,01	0,00	0,00				0,00	0,00	0,02	0,02
55 Förderung des Sports												
56 Eigene Sportstätten	0,18	0,15	0,16	0,27	0,12	0,11	0,15	0,16	0,09	0,04	0,07	0,11
57 Öffentliche Bäder												
58 Park- und Gartenanlagen									0,00	0,00	0,01	0,01
59 Sonstige Erholungseinrichtungen	0,10	0,13	0,28	0,54	0,21	0,20	0,15	0,03	0,16			

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 3 (Fortsetzung)

Aufgaben der Kreisebene in den kreisfreien Städten	Zuschussbedarf im Vermögenshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	9,34	5,12	4,52	7,26	6,99	3,95	21,43	9,43	17,68	11,85	4,55	3,19
60 Bauverwaltung	0,50	0,36	0,57	-0,03	0,61	0,18	-0,54	-0,78	-0,24			
61 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung	0,09	0,56	1,13	0,80	0,02	0,08	0,67	0,41	0,71			
62 Wohnungsbauförderung	-0,07	0,03	-0,47	-0,67	-0,77	-6,03	-1,49	-1,16	-1,12	-0,53	-0,49	-0,59
63 Gemeindestraßen	0,02	0,02	0,00	0,08	0,08	0,06	0,01	0,05	0,01	0,04		
65 Kreisstraßen	8,79	4,16	3,28	7,14	7,03	9,25	23,43	10,48	18,56	11,57	5,02	3,76
660 Bundesstraßen						0,38	0,01	0,01				
665 Landesstraßen								0,15	0,05	0,03	0,00	0,03
670 Straßenbeleuchtung												
675 Straßenreinigung												
68 Parkeinrichtungen				0,01	0,00	0,01			0,01	0,03	0,02	-0,01
69 Wasserläufe, Wasserbau	0,00	0,00	0,00	0,01	0,02	0,01	0,01	0,02	0,01	0,00		
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	-1,90	-2,21	-1,04	-5,96	7,81	1,08	3,01	1,40	-1,88	0,00	1,84	-0,27
70 Abwasserbeseitigung	0,46	0,36	0,20	0,18	0,12	0,13	0,12	0,08	0,02			
72 Abfallbeseitigung	-2,41	-2,86	-1,53	-6,40	0,52	0,34	0,85	0,01	-2,50	0,00	1,83	0,00
77 Hilfsbetriebe der Verwaltung			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00					
79 Fremdenv., sonst. Förd. v. Wirtsch. und Verkehr	0,05	0,29	0,30	0,25	7,17	0,60	2,04	1,32	0,59		0,01	-0,28
790 Fremdenverkehr												
791 Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr												
792 Förderung des Nahverkehrs (ÖPNV)												
8 Wirtschaftl. Unt., allg. Grund- und Sonderverm.	-3,35	-2,14	-3,51	-1,91	-3,58	-3,46	-4,83	-2,96	-1,31	-0,69	0,46	0,03
80 Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen												
810 Elektrizitätsversorgung												
813 Gasversorgung												
815 Wasserversorgung												
816 Fernwärmeversorgung												
817 Kombinierte Versorgungsunternehmen												
82 Verkehrsunternehmen												
83 Komb. Versorgungs- und Verkehrsunternehmen												
84 Unternehmen der Wirtschaftsförderung												
85 Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	0,01	0,01						-0,01	-0,01			
86 Kur- und Badebetriebe												
87 Sonstige wirtschaftliche Unternehmen									-0,03	-0,58	0,46	0,03
88 Allgemeines Grundvermögen	-3,36	-2,15	-3,51	-1,91	-3,58	-3,46	-4,83	-2,95	-1,27	-0,11		
89 Allgemeines Sondervermögen												

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 3 (Fortsetzung)

Aufgaben der Gemeindeebene in den kreisfreien Städten	Zuschussbedarf im Vermögenshaushalt in Euro je Einwohner												
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	
Einzelplan 0-8	132,63	-202,27	80,12	117,71	75,78	99,32	96,08	76,81	56,50	119,45	110,06	64,09	
0 Allgemeine Verwaltung	9,46	6,50	8,42	7,88	5,01	5,17	5,08	10,23	8,41	7,29	12,06	-15,00	
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	4,76	3,05	1,67	2,92	2,30	2,54	1,60	3,47	4,08	1,28	3,16	2,76	
11 Öffentliche Ordnung	1,70	1,49	0,67	0,91	1,22	1,19	1,64	0,88	0,84	0,97	0,91	0,30	
13 Brandschutz	3,02	1,54	1,02	1,96	1,06	1,33	-0,11	2,52	3,01	0,09	1,91	2,23	
Übrige Aufgaben im Einzelplan 1 (10, 14, 16, 17)	0,04	0,02	-0,02	0,05	0,02	0,02	0,07	0,07	0,23	0,22	0,34	0,23	
2 Schulen	7,65	7,83	13,76	24,34	21,23	33,47	22,18	22,65	16,90	11,77	4,01	6,23	
20 Schulverwaltung	2,08	1,56	2,09	4,54	4,90	4,86	7,56	10,01	2,58	0,01			
21 Grund- und Hauptschulen	2,02	2,43	7,77	11,29	6,84	18,76	5,65	7,77	7,14	3,75	0,55	0,92	
22 Realschulen (inkl. komb. Haupt- und R.schulen)	1,45	2,61	0,92	1,31	0,46	2,58	3,11	1,45	3,56	2,01	1,07	0,76	
23 Gymnasien, Kollegs (oh. berufliche Gymnasien)	1,86	0,16	1,25	3,24	7,08	3,60	3,81	2,25	2,39	3,91	0,01	2,07	
24 Berufsschulen, Fach(ober-)schulen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
27 Sonderschulen (Förderschulen)	0,25	0,20	0,36	1,17	0,35	1,83	0,14	0,20	0,20	0,26	0,12	0,15	
28 Gesamtschulen	-0,16	0,50	1,00	2,55	1,32	1,59	1,62	0,64	0,82	1,47	2,08	2,16	
290 Schülerbeförderung	0,00	0,00	0,00	0,06	0,05	0,00	0,00	0,00	0,07	0,00	0,00	0,00	
Übrige schulische Aufgaben (292, 293, 295)	0,15	0,38	0,35	0,17	0,24	0,24	0,29	0,34	0,14	0,36	0,19	0,16	
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	8,55	7,07	5,19	4,24	2,94	2,98	4,09	6,12	5,02	1,92	1,90	2,74	
30 Verwaltung kultureller Angelegenheiten	0,02	0,09	0,02	0,03	0,01	0,04	-0,07	0,05	2,38	0,09			
31 Wissenschaft und Forschung	1,36	-0,77	0,66	0,57	0,22	0,55	0,71	0,86	0,56	-0,34	1,29	0,78	
32 Museen, Sammlungen Ausstellungen	0,61	1,36	0,01	-0,60	1,18	-0,12	0,44	2,54	0,22	0,13	0,10	0,62	
33 Theater, Konzerte, Musikpflege, Kunstpflege (34)	4,59	4,00	2,74	2,44	-0,18	0,61	0,59	0,61	0,03	0,11	0,07	0,48	
35 Volksbildung (350, 352, 355)	1,71	2,13	1,45	1,36	1,47	1,39	2,06	1,93	1,54	1,86	0,14	0,67	
Übrige Kulturpflege (360, 365, 366, 37)	0,27	0,26	0,31	0,44	0,24	0,51	0,36	0,13	0,28	0,08	0,30	0,20	
4 Soziale Sicherung	6,88	5,16	4,36	3,91	5,65	3,23	2,30	4,14	5,55	2,91	2,30	7,67	
40 Verwaltungen der Sozialen Sicherung	2,15	1,06	1,39	0,72	0,97	-0,10	0,03	0,07	0,10	0,04	0,00	0,02	
41 Sozialhilfe nach SGB XII (ab 2005)						0,00				0,00	0,00	0,00	
43 Soziale Einrichtungen (oh. Eindr. der Jugendhilfe)	0,36	0,17	0,06	0,01	0,56	0,22	0,43	-0,08	-0,03	-0,04	-0,01	1,96	
45 Jugendhilfe nach dem KHG (oh. Kitas)	0,71	0,00	0,27	0,01	-0,54	0,56	-0,60	0,06	0,00	0,14	0,05	0,04	
46 Einrichtung der Jugendhilfe (oh. Kitas)	0,89	1,41	0,73	0,72	1,37	0,74	0,84	1,26	1,85	0,36	0,37	0,46	
Tageseinrichtungen für Kinder (464 + 454)	1,60	2,52	1,83	2,47	2,00	1,63	1,01	2,82	3,63	2,39	1,57	5,19	
482 Grundsicherung f. Arbeitssuchende (nach SGB II), inkl. 485 (nur 2003 und 2004)											0,00	0,00	
übrige soziale Angelegenheiten (42, 44, 47, 486, 487, 49)	1,19	0,00	0,08	-0,02	1,29	0,18	0,58	0,00	0,00	0,00	0,31	0,01	
5 Gesundheit, Sport, Erholung	6,54	5,97	5,59	7,40	5,40	6,24	8,99	7,64	13,14	10,18	5,16	7,41	
50 Gesundheitsverwaltung							0,00	0,00	0,00				
51 Krankenhäuser					0,03	0,03					0,01	0,00	
54 Sonst. Eindr. und Maßn. der Gesundheitspflege	0,02	-0,01	0,00	0,00	0,01	0,00	0,02	0,00	0,01	0,02	0,08	0,10	
55 Förderung des Sports	0,48	0,39	0,34	0,45	0,15	0,16	0,29	0,36	0,26	0,17	0,27	0,44	
56 Eigene Sportstätten	2,91	1,98	1,92	2,28	2,43	1,92	3,46	1,91	2,75	6,25	1,43	0,98	
57 Öffentliche Bäder	0,51	0,50	0,09	0,09	0,02	0,07	0,14	1,06	0,49	0,02	1,20	0,49	
58 Park- und Gartenanlagen	2,25	2,65	2,47	4,18	2,50	3,72	3,23	3,30	5,55	3,72	2,18	5,40	
59 Sonstige Erholungseinrichtungen	0,36	0,46	0,77	0,40	0,26	0,34	1,85	1,00	4,08				

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Tabelle A 3 (Fortsetzung)

Aufgaben der Gemeindeebene in den kreisfreien Städten	Zuschussbedarf im Vermögenshaushalt in Euro je Einwohner											
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	15,64	26,57	36,08	26,87	22,89	11,53	33,21	17,87	12,80	20,72	26,17	18,16
60 Bauverwaltung	0,71	0,51	0,57	-0,05	1,76	0,61	-3,30	-12,56	-14,71		0,01	
61 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung	1,17	6,91	13,17	9,81	0,42	6,31	7,05	6,85	4,20	8,80	0,38	16,27
62 Wohnungsbauförderung	-0,18	0,06	-1,53	-3,56	-3,54	-15,54	-2,42	-2,04	-2,39	-2,20	-2,84	-3,44
63 Gemeindestraßen	9,24	8,91	14,63	12,93	16,39	12,07	24,22	17,36	12,84	10,03	22,11	-0,10
65 Kreisstraßen	1,25	0,59	0,58	0,98	0,72	0,85	1,68	1,04	1,63	1,05	0,28	0,21
66 Bundesstraßen	0,96	5,48	5,62	2,44	1,72	4,05	2,13	1,47	7,40	-0,14	2,57	0,65
665 Landesstraßen				0,30	0,30	-0,17	0,62	1,34	0,36	0,20	0,05	0,43
670 Straßenbeleuchtung	1,48	2,16	2,00	2,46	2,87	1,55	1,85	1,65	0,95	0,98		
675 Straßenreinigung	0,15	0,06	0,20	0,26	0,39	0,18	0,32	0,06	0,27	0,06	0,02	0,00
68 Parkeinrichtungen	-0,01	1,22	0,15	0,47	0,11	0,21	0,25	0,50	0,15	0,51	0,07	-0,02
69 Wasserläufe, Wasserbau	0,87	0,67	0,68	0,83	1,74	1,42	0,81	2,20	2,10	1,43	3,52	4,16
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	52,19	42,90	31,90	38,88	48,18	38,55	34,95	37,91	32,51	10,68	31,55	28,97
70 Abwasserbeseitigung	49,75	39,28	36,98	37,16	31,55	35,53	34,23	35,20	26,77	12,76	30,10	29,21
72 Abfallbeseitigung						0,01	0,03				0,28	0,00
77 Hilfsbetriebe der Verwaltung	1,09	-0,06	-0,17	-0,24	0,22	0,08	0,01		0,01			
übrige öffentl. Einrichtungen (73, 74, 75, 76, 78)	1,14	2,39	-6,65	0,95	0,61	2,40	0,55	1,32	0,10	-1,88	0,75	0,73
79 Fremdenv., sonst. Förd. v. Wirtsch. und Verkehr	0,21	1,29	1,75	1,01	15,81	0,54	0,12	1,39	5,63	-0,20		
790 Fremdenverkehr											0,05	-1,00
791 Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr											0,27	-0,29
792 Förderung des Nahverkehrs (ÖPNV)											0,10	0,32
8 Wirtschaftl. Unt., allg. Grund- und Sonderverm.	20,95	-307,32	-26,86	1,27	-37,80	-4,40	-16,31	-33,22	-41,91	52,70	23,75	5,15
80 Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmen				-0,01		0,41	0,84	-0,04	2,28			
810 Elektrizitätsversorgung												
813 Gasversorgung												
815 Wasserversorgung												
816 Fernwärmeversorgung												
817 Kombinierte Versorgungsunternehmen	0,11	-284,46			-15,06			0,00	-0,16			1,65
82 Verkehrsunternehmen	25,81	18,98	12,19	21,50	19,94	27,57	50,54	11,59	-17,18	52,78		3,25
83 Komb. Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	2,28	1,11	0,00	-0,43						18,78		
84 Unternehmen der Wirtschaftsförderung	1,21	2,07	-0,45	-0,91	0,20	-0,10	0,17	-0,17	-0,11			
85 Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	0,09	0,32	0,16	-0,16	0,38	0,37	0,47	0,13	0,12	0,12		
86 Kur- und Badebetriebe							0,04					
87 Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	12,43	-32,20	-1,22	-4,27	-4,99	-0,52	-0,11	-0,30	-0,17	-17,60	23,60	1,56
88 Allgemeines Grundvermögen	-20,77	-13,33	-37,57	-14,46	-38,20	-32,24	-68,28	-44,45	-26,70	-9,54		
89 Allgemeines Sondervermögen	-0,20	0,20	0,03	0,01	-0,07	0,10	0,02	0,01	0,01	8,16	0,15	-1,30

Quelle: Eigene Berechnungen des NIW nach Daten des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Literaturverzeichnis

- Bröthaler, J.; Sieber, L.; Schönböck, W., Maimer, A.; Bauer, H. (2002): Aufgabenorientierte Gemeindefinanzierung in Österreich : Befunde und Optionen. Springer Verlag: Wien.
- Cordes, A. und Hardt, U. (2010): Prüfung der Einführung von Ansätzen für Fläche und demographische Entwicklung im kommunalen Finanzausgleich Sachsens, Gutachten im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen, Hannover.
- Cordes, A.; Hardt, U.; Schiller, D.; Thiel, H. (2012a): Überprüfung des kommunalen Finanzausgleichs im Freistaat Thüringen, Gutachten im Auftrag des Thüringer Finanzministeriums, Hannover.
- Cordes, A.; Reinhold M.; Schiller, D. und Thiel, H (2012b): Untersuchung der Finanzbeziehungen zwischen der Landeshauptstadt Saarbrücken, dem Land und dem Regionalverband Saarbrücken, Gutachten im Auftrag der Landeshauptstadt Saarbrücken, Hannover.
- Hardt, U.; Schmidt, J. (1998): Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs in Niedersachsen, Hannover.
- Hardt, U.; Schiller, D. (2006): Zur Methode der Bedarfsbestimmung im kommunalen Finanzausgleich Sachsens, Eine Untersuchung im Auftrag des Beirats für den kommunalen Finanzausgleich beim Sächsischen Staatsministerium der Finanzen, Hannover.
- Hardt, U.; Schiller, D. (2007): Gemeindeschlüsselzuweisungen in Bayern, Überprüfung der Sachgerechtigkeit des derzeitigen Verteilungsmodus der Gemeindeschlüsselzuweisungen im bayerischen kommunalen Finanzausgleich, Gutachten im Auftrag des Freistaates Bayern, Hannover.
- Hardt, U.; Schiller, D. (2010): Finanzwissenschaftliche Benchmarkinganalyse der kommunalen Haushalte in Rheinland-Pfalz, Gutachten im Auftrag des Ministeriums der Finanzen in Rheinland-Pfalz, Hannover.
- Niedersächsisches Landesamt für Statistik (2004): Kommunaler Finanzausgleich 2004. Statistische Berichte Niedersachsen, Hannover.